REKONSTRUIERTE TEXTAUSGABE

analyse & kritik

Nr. 457 · 20.12.2001

Diese Ausgabe ist kein Scan des gedruckten Heftes. Sie rekonstruiert die Ausgabe aus den born-digital HTML-Dateien der CD-ROM akArchiv.5. Titel, Rubriken, Autorinnen- und Autorenangaben sowie Volltexte wurden aus der gesicherten CD-Quelle übernommen.

Umfang: 42 HTML-Quelldateien. Die ursprünglichen Dateinamen und CD-Quellpfade werden bei jedem Eintrag ausgewiesen. Vorhandene oder künftig aufgefundene Faksimile-Scans bleiben eigenständige Primärdigitalisate.

Quelle: akArchiv.5, lokale verifizierte CD-Sicherung · Fassung 9. August 2026

Inhalt

1. Brich oder stirb
2. Happy birthday Hafenstraße. Vom Wallfahrtsort der Autonomen zum Sanierungssmodell für Altbauten. - Frank John
3. "Ehrliche Makler". Fischer und Schröder in Bismarcks Fußstapfen - Boris Kanzleiter, Sherin Abu-Chouka
4. Die neuen Pazifisten. Grüne Friedensfreunde und andere Gurken - Js.
5. Das große Spiel um Zentralasien. Deutsche Interessenpolitik, von einem Insider enthüllt - Js.
6. Krieg der Staaten gegen die Menschen. Essay von John Holloway und Eloina Peláez
7. Enduring Freedom. Notizen aus Kriegszeiten aufgelesen in der Informationsflut
8. Islamismus und soziale Revolte. Das Beispiel Algerien - Bernhard Schmid
9. Rot-Grün: "Drei Kriege in drei Jahren". Interview mit Tobias Pflüger - Boris Kanzleiter
10. Dokumentation: Freilassung sofort! Petition an den 1. Strafsenat des Kammergerichts Berlin
11. Zwei Jahre Justizskandal - und kein Ende. Im Berliner "RZ-Prozess" scheinen die Urteile schon seit März 2000 gefällt - Initiative
12. It's showtime - Frank John
13. Die Weltwirtschaft in der Krise - Winfried Wolf
14. Vom Schwellenland zum Staatsbankrott. Argentinien vor der Pleite - Roberto Frankenthal
15. Moderater Paukenschlag. IG Metall bereitet die kommende Tarifrunde vor - Georg Wißmeier
16. Kommen darf, wer nützt. Rot-Grün definiert Einwanderung ökonomisch - mb
17. Die Farce von Rostock. Eine juristische Verfolgung fand zu keiner Zeit statt - mb.
18. Das Komplott von Rostock - Js.
19. Brechmittel in Hamburg. Rot-Grün trägt Mitverantowortung am Tod von Achidi J. - dk
20. Schill auf Scholz´ Spuren. Hamburg auf dem Weg zur Hochburg des staatlichen Rassismus - Gaston Kirsche
21. Mann über Bord. Arafat ist am Ende - Achim Rohde
22. Wunder gibt es immer wieder. Statt Ampel nun Rot-Rot in Berlin - Martin Reeh
23. Wer kann, wandert aus. Mazedonien in der Wirtschaftskrise - Hannes Hofbauer
24. Euskadi: "Kampf bis zum Tode" - Rainer Zorn
25. Blair meets the Rasmussen brothers. Neue Rechte siegt in Dänemark - Peter Birke
26. Leichen im Keller des Auswärtigen Amtes. Interview mit Angelika Denzler zum Fall Käsemann - Thomas Klein
27. Überraschende Wende - Boris Kanzleiter
28. Angebundene Esel gegen wilde Tiger. Plan Puebla Panamá: Mittelamerika neoliberal - Judith Welkmann
29. Der Aufstieg der Abu-Sayyaf-Gruppe. Antikoloniale Revolte oder organisierter Terror? - Rainer Werning
30. Misuaris letztes Gefecht. Die politische Karriere des Ex-Vorsitzender der MNLF ist zu Ende - Rainer Werning
31. Täter und Opfer. Zwei neue Bücher über den Nationalsozialimus - Raphaela Kula
32. Herrschaftskritik und Handlungsangebote. Perspektiven und Grenzen der "Antiglobalisierungsbewegung" - Tom Binger
33. Weiter dagegen heißt nicht weiter so. Anti-Atom-Bewegung diskutiert in Leipzig - Dirk Hofmeister
34. Krieg schlägt Castor. Die Anti-Atom-Bewegung stößt im Wendland an ihre Grenzen - Tom Binger
35. Sackgasse Castor? - Mm
36. Imagebeschmutzung. Macht und Ohnmacht der Symbole - autonome a.f.r.i.k.a.-gruppe
37. Raus auf die Straße oder lieber in den Zoo? "1968": Kurzweilige Geschichte eines Mythos - Stefanie Gräfe
38. AUFGEBLÄTTERT
39. EDITORIAL

40. KALENDER
41. Spendet für ak! Und jährlich grüßt der Überweisungsträger:
42. Krieg und Friedensstifter

1. Brich oder stirb

Rubrik: Kommentare zu aktuellen Geschehen · CD-Datei: daten/aksuche/ak457/aufm457.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:457:aufm457

Achidi J. war ein junger Mann aus Kamerun. Der 19-Jährige lebte in Hamburg und stand im Verdacht, mit Drogen zu handeln. Er wurde am 9. Dezember festgenommen und zur Beweissicherung in das Institut für Rechtsmedizin überstellt. Seitdem ist Achidi J. tot. Am Mittwoch, dem 12. Dezember, wurde der Tod durch Herzversagen offiziell festgestellt. Ihm ist mit Gewalt, d.h. unter "Fixierung" und mit einer Nasen-Magen-Sonde ein Brechmittel eingeflößt worden. Dabei wurde in der Speiseröhre ein Nerv berührt, der das Herz zum Stillstand brachte. Als Achidi J. vom Stuhl kippte, haben sich die anwesenden ÄrztInnen offenbar noch gar nicht viel dabei gedacht, denn "das kommt schon des öfteren vor." Erst einige Minuten später, als er "auffallend ruhig" blieb, hat man eingegriffen.

Achidi J. ist nicht nur das Opfer der Ärzte. Er starb auch als Opfer der rot-grünen Wahlkampftaktik, denn es sind SPD und Grüne, die in Hamburg die politische und moralische Verantwortung für Brechmitteleinsätze tragen. Im Sommer dieses Jahres ist die Brechmittelvergabe im Rahmen des "Handlungskonzepts St. Georg" vom rot-grünen Senat durchgesetzt worden. Sie wird von der seit Oktober regierenden Rechtskoalition aus CDU, FDP und der Partei des Rechtspopulisten Schill konsequent weiter betrieben. Der Einsatz von Brechmitteln ist das symbolträchtige Herzstück einer politischen Sicherheitsdoktrin, der es in erster Linie darum geht, in der Öffentlichkeit Härte gegenüber "der Drogenszene" zu demonstrieren, vor allem gegen junge Schwarze; Hamburg will Afrikaner kotzen sehen.

Aus juristischer und ermittlungstechnischer Sicht notwendig waren und sind solche Brechmitteleinsätze nicht. In Hamburg galt es bisher als ausreichender Beweis für einen Haftbefehl, wenn Polizeibeamte bei Verdächtigen "Schluckbewegungen" beobachtet haben. Seit Sommer 2001 ist es in Hamburg zu 30 Brechmitteleinsätzen gekommen. Lediglich in zwei Fällen resultierte daraus eine Anklage.

Seit 1993/94 haben der Leiter des rechtsmedizinischen Instituts, Prof. Dr. Klaus Püschel, wie auch die Staatsanwaltschaft die Vergabe von Brechmitteln immer wieder als unnötig, gefährlich und damit gegen die Menschenwürde und die ärztliche Berufsethik verstoßend abgelehnt, zuletzt im März 2001. Nur drei Monate später, mit dem rot-grünen "Handlungskonzept St. Georg" war alles anders. "Wir können Polizei und Justiz nicht im Regen stehen lassen", so Püschel heute. Und: "Wenn niemand sonst bereit dazu ist, mache ich das eben selbst." Selten zuvor hat sich ein Arzt so unverblümt und unter völliger Missachtung des ärztlichen Berufsethos zum Handlanger politischer Vorgaben gemacht.

Bei den Brechmitteleinsätzen geht es nicht um Beweissicherung, sondern um öffentlichkeitswirksame Ersatzstrafe - ohne dass die Betroffenen tatsächlich verurteilt worden wären. Schon unter diesem Gesichtspunkt ist diese Praxis ein rechtsstaatlicher Skandal. Der Tod von Achidi J. rückt die Brechmittelvergabe aber auch in die Nähe von staatlich organisiertem Totschlag und Folter - denn nichts anderes ist die zwangsweise Sicherstellung von Beweisen unter Missachtung und Verletzung der körperlichen und psychischen Unversehrtheit. Der Schwarz-Schill-Senat zeigt sich durch den Tod von Achidi J. wenig beeindruckt und verkündet eiskalt, an der bisherigen Praxis festhalten zu wollen; schließlich handele es sich ja um Dealer, die Not und Elend über unsere Jugend bringen. In der Konsequenz einer solchen Denkweise sind vermeintliche Täter vogelfrei, sie sind schuldig ohne jedes rechtskräftige Urteil. Und die Brechmittelvergabe ist letztlich eine Sanktion, bei der der Tod billigend in Kauf genommen wird.

Seite 19

2. Happy birthday Hafenstraße. Vom Wallfahrtsort der Autonomen zum Sanierungssmodell für Altbauten.

Vom Wallfahrtsort für Autonome zum Sanierungsmodell für Altbauten

Autor: Frank John · Rubrik: Westdeutsche Linke allgemein; Autonome; Sozialbewegung · CD-Datei: daten/aksuche/ak457/30.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:457:30

"Gedenk- und Feiertage können einen praktischen Wert haben, indem sie Gelegenheit zum Gespräch geben. Man vergisst so viel, und im Gespräch tauchen dann bestimmte Dinge wieder auf, die man sonst wahrscheinlich nicht erinnern würde. Und insofern ist es nützlich, auch wenn nichts Systematisches daraus entsteht. Natürlich entsteht kein Werk daraus und keine Form, aber es ist eine Hilfe, um Dinge auszugraben, die sonst vielleicht verschüttet bleiben würden: Archäologie."

(Heiner Müller)

Vom 30.11.-1.12. wurde eine Jubiläumsparty gegeben: 20 Jahre St. Pauli-Hafenstraße. Eine Veranstaltung, die auf unspektakuläre Art und Weise viele Klischees und Wahrheiten rund um diese 20 Jahre widerspiegelte. Open-Air-Konzerte (notdürftig durch kleine Zelte geschützt) mit lauter, guter und schlechter - vor allem - Punkmusik, einige nette kleine Orte mit Veranstaltungen, zum Trinken, Reden, Sehen und Gesehen werden. Dazu gab es peinliche Einlagen wie Eintrittspreise beim eigenen Jubiläum, der respektlose Umgang mit vielen alten FreundInnen und Bekannten, die einfach nicht eingeladen wurden. Insgesamt gaben die spontihafte Planung und das nostalgische Schwärmen von der eigenen Geschichte die Innenansichten besser wieder als 1.000 Worte. Und - zu guter Letzt - schlossen Beschwerden von entnervten NachbarInnen wegen zu lauter und zu langer Musik und Drohungen, die Polizei wegen Ruhestörung zu alarmieren, den Kreis zu einer Geschichte, die irgendwann 1979 begann und 1981/82 ihren Lauf nahm.

Die Verwirrung um den genauen Termin der Besetzung der Häuser markiert bereits einen wesentlichen Unterschied zu vielen anderen Hausbesetzungen und erklärt einen der Trugschlüsse, denen auch viele Linke erlegen sind. Die Besetzung war eine schleichende Inbesitznahme, bei der sich über Monate eine sehr heterogene Gruppe fand und ausbildete. In dem Sinn war die Hafenstraße ein sozialer Prozess, in dem die Homogenität nach außen immer einem kollektiven Willensakt und der Initiative von BewohnerInnen geschuldet war. Sie kämpften um ihr Überleben in den Häusern, bezogen dabei in ihrem Alltag oft radikal (politisch) Stellung und mussten sich erstmal kennen lernen und einigen. Einer der populärsten Irrtümer ist die Annahme, die Hafenstraße wäre ein Wohnprojekt gewesen. Höchstens ist sie vom Wallfahrtsort der autonomen Linken zum Instandsetzungsmodell für Altbauten geworden.

Wenn mensch die Geschichte des Hafens Revue passieren lässt, dann dürfen auch die weniger rühmlichen Kapitel nicht verschwiegen werden. Die wohl umstrittenste Wandparole an der Hafenstr. 108 "Boykottiert "Israel"! Waren, Kibbuzim und Strände! Palästina - Das Volk wird dich befreien! Revolution bis zum Sieg" führte zu heftigen Diskussionen um das Verhältnis zum israelischen Staat und nationalen Befreiungskämpfen sowie linken Geschichtsauffassungen und blinden Flecken im Gedächtnis (vgl. ak 298).

Die Wandbilder und -parolen waren ein beständiger Pol der politischen Positionierung der Hafenstraße innerhalb der Linken und gleichzeitige Frontstellung gegen die Stadt, das Establishment oder "das System". Viele Parolen entstanden oft spontan, während die Wandbilder oft unter Beteiligung vieler kreiert und später zunehmend als Projekte in Zusammenarbeit mit KünstlerInnen geplant wurden.

Das legendäre erste Wandbild am sogenannten 6er - Block sollte sogar ein öffentliches Kunstobjekt im Museum der deutschen Geschichte in Berlin werden. Es wurde angeboten, die Wand abzutragen, um sie restaurieren zu können. Zudem sollte ein Entgelt von ca. 100.000 DM gezahlt werden. Stücke der Wand sollten dann im Raum für bundesrepublikanische außerparlamentarische Opposition neben dem Plattenspieler von Andreas Baader aus seiner Stammheimzelle und einer Fahne von der ersten großen Demonstration der 80er Jahre Häuserkampfbewegung in Berlin ausgestellt werden. Nach kurzer Debatte wurde dieses Anliegen jedoch abgelehnt.

Heute ist die Hafenstraße ein Ort, an dem einige BewohnerInnen auf einer Baustelle arbeiten mit der Möglichkeit, Arbeit anders zu leisten und zu organisieren. Die Balduintreppe ist ein Platz, wo diesen Sommer

die ART - Force (AntiRassistischeTat) einige kleine Begehungen unternahm, um die Polizeirazzien gegen SchwarzafrikanerInnen zu behindern. Ein Fortschritt, nachdem jahrelang BewohnerInnen eher zugeschaut oder selbst rassistische Übergriffe von einigen gestartet wurden. Der kollektive Anspruch artikuliert sich noch im Beharren auf gemeinsame Entscheidungen und Plena, die unregelmäßig und auf Einzelinitiative stattfinden. Die Selbstverwaltung, die einst von 30 Menschen organisiert wurde, findet heute mit fünf bis zehn Leuten statt. Im Alltag hat sich die Sehnsucht nach einem anderen Leben oft in sehr gewöhnliche Verhältnisse verkehrt. Ab und zu wird jedoch diese Routine durchbrochen, wie im April diesen Jahres, als BewohnerInnen und FreundInnen im Scharmützel mit der Polizei ihre Rechte verteidigten. Anlass war eine 500.000 Mark teure New-Media-Party, die der Käufer der Flora, Klaus Kretschmer, am Hafen veranstaltet hatte. Damit die Multimedia- und Yuppiszene ungestört feiern konnte, wurde der öffentliche Raum rund um die Kasematten von Polizei und Sicherheitskräften abgesperrt. Bei den Protesten gegen die Yuppisierung und Vermarktung des Hafens wurden mehrere DemonstrantInnen festgenommen.

Die Hafenstraße besteht aus zwei Institutionen: ein Verein, der die MieterInnenselbstbestimmung garantiert und eine Genossenschaft, die die Sanierung abwickelt. Tätigkeiten, die Arbeit bedeuten, oft auch Nervenkraft, jedoch inzwischen Routine sind. Im Gedächtnis mancher BewohnerInnen bedeuteten der Pachtvertrag von 1987 mit dem Senat und der Kauf der Häuser 1996 den faden Beigeschmack der verlorenen Utopie, nachdem einige zwischendurch einen anderen Horizont gesehen hatten. Im Laufe der Jahre sind viele BewohnerInnen ausgezogen, andere sind neu reingekommen. Dennoch gibt es angesichts der Flüchtigkeit in der Linken hier noch erstaunlich viele vom alten Stamm und einen Hort an Erfahrungen. Auf einer Talk-Show des Autonomieclub AHOI im Sommer ernteten einige BewohnerInnen mit ihren Darlegungen reges Interesse und Nachfragen. Gut möglich, dass nach Abschluss des Mittelblocks, wenn Zweidrittel der Häuser saniert sind, mal eine Party steigt, die diesen Namen auch verdient. Vielleicht mit einer Versteigerung alter Wandbildreste und einem Einblick in die Chancen und Möglichkeiten, die sich am Hafenrand weiterhin bieten. Die einzigartige Aussicht, ein neues Wandbild am 6er-Block, die Nutzung von Freiflächen im Rahmen von Park Fiction (vgl. ak 449), der Polizei auf die Füße treten und Veranstaltungen in den Läden und Kneipen sind nur einige der möglichen Projekte und Aktionen.

Frank John

A wie Ahoia

"Ahoia war 1987 der kurze Versuch einer Frauenkneipe im Hafen, anlässlich der Wiederbesetzung. In der Folge entstand daraus das Frauenhaus, aus dem über mehrere Jahre ein Frauenblickwinkel und manchmal feministische Sichtweisen im Alltag und Plenum platziert wurden.

Eine Freundin ist irgendwann hier ausgezogen, sie meinte, gegenüber einer feministischen - heute würde das wohl antisexistisch genannt werden- Perspektive war die Hafenstraße sehr resistent. Umgekehrt kamen wir als BewohnerInnen mit vielen Abgründen sehr direkt in Berührung. 1983 oder 1984 hat Olli Perverso mit Duldung einer Frau im Rahmen einer sado-masochistischen Dreiecksbeziehung eine Frau gefoltert und misshandelt. Das wurde entdeckt, der Typ wurde verprügelt und eingesperrt, wir machten ein Plenum, um weiter zu entscheiden, dann wurde er von den Bullen rausgeholt. Das gab einen Riesenzoff in der Szene um Selbstjustiz, Gewaltbeziehungen und was weiß ich, aber wir mussten damit einen Umgang finden. Streits und Meinungsverschiedenheiten zwischen Frauen und Männern wurden hier oft sehr direkt, ungeschminkt und manchmal auch handfest ausgetragen, wobei die Frontlinien häufig quer durch die Geschlechter gingen.

Es gab hier immer starke, selbstbewusste und eigensinnige Frauen, die ihre Interessen und Bedürfnisse formulieren und durchsetzen konnten. Aber dann hat frau darauf keinen Bock mehr und viele sind ausgezogen, andere sind Mütter geworden, manche haben Familien gegründet, ihre persönlichen Perspektiven entwickelt, politische Projekte anderswo gesucht oder was auch immer. Heute gibt es kein Frauenhaus mehr, in einem Block gibt's noch eine Frauen-WG, die in gewisser Weise die Tradition selbstbewusster Frauen im Hafen fortführt."

Ahoia

H wie Hönkeln

"Wir haben den Namen von einer Demo 1987 gegen den US-Präsidenten Reagan mitgebracht. Hönkeln war ein Synonym für alles, was verboten ist und Spaß macht. Das haben wir dann hier als Sport einige Jahre durchgezogen. Nach einiger Zeit gab's in den Häusern deswegen Streit, weil manche den Vertrag nicht aufs Spiel setzen wollten wegen einem Haufen geknackter Autos und was weiß ich noch alles. Aber einige Leute haben davon gelebt, es war auch klar, dass Lohnarbeit nicht der einzige Lebensunterhalt ist. Insofern waren wir die ersten Selbstständigen, das ist ja heute in der Szene normal. Es war Arbeit und Spaß in einem, manchmal hielt so eine Prachtkutsche vor der Tür und dann bist du mit ein oder zwei, wer gerade da war, vor die Tür und hast die ausgeräumt. Manchmal hast du auch auf Beute gewartet. Es gab ebenso Combos, die rumgefahren sind und stundenlang Sachen ausgecheckt haben, so konnten wir meistens die Klamotten besorgen, die wir für Renovierung oder Ausstattung brauchen wie Werkzeuge, Funken oder anderes. Später gab's zunehmend Stress mit den Zivis, es hielten auch weniger Autos, die Stimmung war nicht mehr so, dann musste einer nach einer Festnahme untertauchen. Hönkeln war durch. Als Moment von alltäglicher Aneignung, Organisierung und Widerständigkeit sehe ich das in der Linken heute kaum noch. Das wird aber gebraucht."

Horst Hönkel

K wie Knast

"Ich war nicht die einzige, die mit'm Knast Bekanntschaft gemacht hat oder von den Bullen gesucht wurde. Das war ja durchaus üblich von Anfang an. Manche hatten Lampen wg. Diebstahl, Körperverletzung, Junk - all so'n Scheiß, der halt anfällt auf St. Pauli. Dann gab's die, die wegen RAF oder so z.T. 10 Jahre abgerissen hatten und hier wohnten. Dazu kamen die ganzen Demodelikte, wegen Steineschmeißen oder Mollies bis zu drei Jahren, also da hatten wir schon eine Vorstellung und echt normal mit zu tun. Dazu kamen ja noch die, welche auf Trebe waren, die Heime oder Klapse kannten.

Dementsprechend existierte auch alltägliche Unterstützung. Irgendeinen Krankenschein oder eine Wohnung oder ein Auto konntest du immer benutzen. Geld für Anwälte, Besuche, Pakete, Unterhalt, Miete wurde organisiert. Der Hafen war ein riesiges soziales Zentrum mit einer umfangreichen Infrastruktur. Unheimlich viel Leute gingen hier ein und aus, du konntest total viel Connections haben und da wurde sich auch einfach geholfen. Das war oft ohne Sprechen. Im Nachhinein wären ein paar Worte mehr bestimmt klüger gewesen. Mitte der 80er Jahre hatten wir mit einem Haufen Leuten darüber gesprochen, im Falle von Prozessen und Haftstrafen da nicht hinzugehen und stattdessen eigene Strukturen aufzubauen. Das Verhältnis von Aufwand und Wirkung, Angst mit der RAF - Keule vom Staatsschutz erschlagen zu werden, das Interesse weiter zu machen usw. - da entpuppte sich Gesprächsbedarf."

Michelle

3. "Ehrliche Makler". Fischer und Schröder in Bismarcks Fußstapfen

Autor: Boris Kanzleiter, Sherin Abu-Chouka · Rubrik: Interventionspolitik und Kriege; Geschichte; Nationalismus · CD-Datei: daten/aksuche/ak457/27.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:457:27

"Ich muss Ihnen sagen: Ich bin froh darüber, dass wir gute Gastgeber für diese Konferenz sein können", freute sich Kanzler Gerhard Schröder über den UN-Beschluss die "Talks on Afghanistan" Ende November auf dem Bonner Petersberg stattfinden zu lassen. Die zwei Millionen DM Konferenzkosten haben sich für die Bundesregierung gelohnt. Ob Afghanistan, Naher Osten oder Balkan: Etwas mehr als zehn Jahre nach dem Gewinn der vollständigen Souveränität durch die Wiedervereinigung profiliert sich Deutschland zunehmend mit einer eigenständigen politisch-diplomatische Position auf dem internationalen Parkett. Dabei präsentieren sich Bundeskanzler Schröder und sein Außenminister Josef Fischer als Konfliktmanager, die zwischen lokalen Streitparteien und den Großmächten vermitteln.

Das Auftreten der beiden rot-grünen Staatsmänner ruft historische Erinnerungen hervor. Bevor das wilhelminische Deutsche Reich ab 1890 mit dem "Neuen Kurs" eine zunehmend imperiale "Weltpolitik" zu verfolgen begann, folgte Reichskanzler Fürst Otto von Bismarck in seiner Amtszeit von der Reichsgründung 1871 bis zu seiner Entlassung 1890 einer eher zurückhaltenden und ausgleichenden Außenpolitik. Schließlich war es Bismarck als preußischem Ministerpräsident und Außenminister gelungen durch drei Kriege 1864 gegen Dänemark, 1866 gegen Österreich und 1870/71 gegen Frankreich - die "deutsche Frage" von oben zu lösen und unter preußischer Vorherrschaft das zweite Deutsche Reich zu schmieden. Dessen Existenz galt es nun in der neuen europäischen Kräftekonstellation abzusichern statt diese durch neue Forderungen wieder ins Wanken zu bringen.

Bismarck beschrieb das Bild der Außenpolitik, die ihm vorschwebte, während eines Kuraufenthaltes in Bad Kissingen im sogenannten "Kissinger Diktat" vom 15. Juli 1877 so: Es sei "nicht das irgendeines Ländererwerbs, sondern das einer politischen Gesamtsituation, in welcher alle Mächte außer Frankreich unserer bedürfen und von Koalitionen gegen uns durch ihre Beziehungen zueinander nach Möglichkeit abgehalten werden." (1) Die Zukunft des Deutschen Reiches sah er nicht in einem auf Expansion ausgerichteten Staat, sondern in einer selbst auferlegten Machtbeschränkung, um nach der durch "Blut und Eisen" hergestellten Reichseinigung internationale Akzeptanz für die deutsche Mittelage in Europa herzustellen. Das Erreichte, das "kleindeutsche" Reich unter Preußens Führung, sollte gewahrt werden. Die Rivalitäten zwischen Österreich-Ungarn und Russland sollten auf den Balkan abgelenkt werden. England und Frankreich sollten ihre Konflikte im Mittelmeer und in Afrika austragen. Einer eigenständigen deutschen Kolonialpolitik stand der Reichskanzler gerade deshalb lange Zeit ablehnend gegenüber. Mochten die anderen europäischen Mächte doch ihre Konflikte in den Kolonialgebieten austragen. Das Deutsche Reich profitierte von seinem durch die Reichseinigung gewonnenen größeren wirtschaftlichen, geographischen, militärischen und politischen Gewicht, indem es sich als Vermittler ins Spiel brachte.

Internationale Akzeptanz für das Erreichte

Mit dem Berliner Kongress im Juni/Juli 1878, der zur Beilegung der sich zuspitzenden Interessenskonflikte der Großmächte Russland, Österreich-Ungarn, dem Osmanischen Reich und England auf dem Balkan einberufen wurde, erreichte Bismarck die erstrebte Rolle. Der Balkan sei zwar nicht "die gesunden Knochen eines einzigen pommerschen Musketiers werth", meinte er. (2) In einer Reichstagsrede am 19. Februar 1878 erklärte Bismarck aber die Bereitschaft, die Rolle eines "ehrlichen Maklers" zu übernehmen, "der das Geschäft zu Stande bringen will", und zwischen den Großmächten zu vermitteln. (3) Als Vorsitzender der Konferenz legte er größten Wert darauf, den Eindruck zu vermeiden, er gebe einer der Mächte den Vorzug.

Die vorzügliche organisatorische Vorbereitung und Durchführung des Kongresses fand den Beifall aller Beteiligten. Bismarck war als Konferenzvorsitzender bei jeder Sitzung anwesend, griff in den Ablauf ein und steuerte den Fortgang. Die Treffen der sieben Delegationen fanden im neu renovierten Palais Radziwill, dem Amtssitz des Reichskanzlers, statt. Das Buffet der Delikatessen- und Weingroßhandlung des Hoflieferanten F.W. Borchardt, an denen sich die Staatsmänner in den Pausen bedienen konnten, fand ebenso großen Applaus wie die reibungslose Erstellung von Sitzungsprotokollen. Der Gesandte von Radowitz beendete den

Kongress in einer Tischrede mit den Worten: "Die Hoffnungen (...) wurden auf das glücklichste verwirklicht: Das von Europa so sehr ersehnte Friedenswerk hat soeben Ihre Anstrengungen gekrönt." (4) Tatsächlich allerdings markierte der Berliner Kongress im historischen Zusammenhang betrachtet den Beginn des Zeitalters des Imperialismus. Und der "Friede", welcher auf dem Balkan zwischen den Großmächten hergestellt worden war, beruhte auf der Unterdrückung der lokalen Bevölkerungen. Die neue Machtkonstellation mündete schließlich in die Balkankriege von 1912/13.

Den zweiten Höhepunkt Bismarcks außenpolitischer Intervention stellte eine weitere internationale Konferenz dar. Vom 15. November 1884 bis 26. Februar 1885 tagte in Berlin die Afrikakonferenz, an der Delegationen aller wichtigen Kolonialmächte teilnahmen. Anders als beim Berliner Kongress war diesmal der Wunsch nach dem Tagungsort von deutscher Seite ausgegangen. Die Konferenz bot der Elite des Deutschen Reiches die Möglichkeit auf der internationalen Bühne zu agieren, ohne sich in direkte überseeische Konflikte einlassen zu müssen. Bismarck präsentierte sich - ähnlich wie während des Balkankongresses - ein weiteres Mal als Mittler, obwohl der unmittelbare Anlass der Konferenz in deutschen Handelsinteressen im Kongo lag. Im "scramble for Afrika" wurde während der drei Monate unter deutscher Koordination der afrikanische Kontinent neu aufgeteilt. Eine mittelafrikanische Freihandelszone wurde beschlossen, die freie Schifffahrt auf dem Kongo und Niger garantiert, die Bedingungen für Waffenhandel geregelt und der Sklavenhandel verboten. Für "kolonialen Neuerwerb" galt nun das Prinzip der "effektiven Okkupation". Die Deutschen hatten es ins Spiel gebracht, um durch ein striktes Reglement Ordnung in die territorialen Streitigkeiten der Kolonialmächte zu bringen. Beanspruchter Besitz war fortan durch Besetzung und internationale Bekanntgabe anzuzeigen. Unpräzise Grauzonen sollten durch Demarkationslinien ersetzt werden. (5) Für die deutsche Diplomatie geriet die Konferenz ein weiteres Mal zum Erfolg. Der Kolonialhistoriker Wolfgang Reinhard beschreibt die Folgen für Afrika: "Der Imperialismus hatte sich in Berlin Verfahrungsgrundsätze gegeben; jetzt konnte die Teilung erst richtig beginnen!" (6)

"Weltpolitik" heißt heute "global player"

Bis zur Afrikakonferenz war das Deutsche Reich lediglich als Kontinentalmacht aufgetreten, jetzt präsentierte es sich als international agierender Staat mit eigenen Kolonien. Der Schritt zum "global player" war erfolgt. Nur ein halbes Jahr vor der Konferenz hatte Bismarck am 24. April 1884 die ersten Gebiete in Afrika unter den "Schutz" des Reichs gestellt. Bismarck zog zwar den informellen und indirekten Freihandelsexpansionismus gegenüber direkt-formellem Kolonialbesitz immer noch vor, gab dem kolonialenthusiastischen Drängen stärker werdender Kräfte aber schließlich nach. Zu voller Blüte und imperialer Großmannssucht wuchs sich die Kolonialbewegung aber erst nach Bismarcks Abtritt 1890 aus. Mit der prosperierenden Wirtschaftskonjunktur im Rücken steigerte insbesondere der seit 1897 regierende neuen Reichskanzler Bernhard von Bülow den Kolonialenthusiasmus zu einer zunehmend aggressiven imperialen Außenpolitik. Die Flotte wurde energisch aufgerüstet, weitere Kolonialgebiete wurden beansprucht, und mit der Proklamation "Weltpolitik" betreiben zu wollen, die inner-imperialistischen Konflikte angeheizt, die schließlich in den Ersten Weltkrieg mündeten.

Doch zurück zu den "talks on Afghanistan" auf dem Petersberg. Was hat die Performance von Schröder und Fischer mit Bismarcks Pose des "ehrlichen Maklers" zu tun? Natürlich sind Analogien nur sehr begrenzt erlaubt, zu unterschiedlich sind die historischen Kontexte. Aber mindestens zwei Elemente der Bismarck'schen Außenpolitik sind der derzeitigen verblüffend ähnlich und legen nahe, Verbindungslinien aufzuzeigen.

Zunächst einmal ist da die Proklamation, ohne eigene politische oder wirtschaftliche Interessen auf dem internationalen diplomatischen Parkett als Schiedsrichter zu agieren. Einen ersten Schritt in diese Richtung ging Fischer mit der Forderung nach einer Konferenz zur Lösung der "Kosovo-Frage" Anfang 1999. Diese fand dann in Rambouillet in Frankreich statt, wurde aber stark von Deutschland in Anspruch genommen. Hier sei nach friedlichen Lösungsmöglichkeiten gesucht worden, heißt es seither immer wieder, die aber schließlich von Slobodan Milosevic vereitelt worden seien. Auch wenn das wenig mit dem tatsächlichen Geschehen im Schloss bei Paris zu tun hatte, Fischer konnte die Konferenz für die Inszenierung seiner angeblich vorrangig diplomatischen Krisenlösungsstrategien nutzen. In ähnlicher Weise bringt er die deutsche Diplomatie seit einigen Monaten im Israel/Palästina Konflikt ins Spiel, allerdings wesentlich direkter als noch vor dem Kosovo-Krieg.

Mit den "talks on Afghanistan" ist es der deutschen Außenpolitik seit der Wiedervereinigung 1989 nun erstmals gelungen, in einem weltpolitischen Konflikt, in den alle relevanten internationalen Mächte verwickelt sind, auf

der politischen Ebene eine entscheidende Rolle zu spielen. Nicht nur, dass die effiziente Abwicklung und ausgezeichnete Regie der Konferenz - ähnlich wie beim Berliner Kongress 1878 - allenthalben Lob findet, Deutschland drängt sich mit dem Erfolg der Gespräche als Friedensbringer und Vermittler geradezu auf. Fast wäre Deutschland das Oberkommando der "UN-Friedenstruppe", welche in Kabul stationiert werden soll, übertragen worden. Das zumindest brachte US-Außenminister Colin Powell ins Spiel und Schröder/Fischer fühlten sich ungemein geschmeichelt. Nach der erstmaligen Übernahme der Führung eines Nato-Einsatzes in Mazedonien im September wäre dies auf der UN-Ebene der Durchbruch zur abngestrebten "Normalität" als allseits anerkannter Großmacht gewesen. Es fehlte nur noch ein Sitz im UN-Sicherheitsrat. Jetzt wird wohl Großbritannien die Führung der UN-Truppe übernehmen, dennoch war allein die Diskussion über die Möglichkeit, Deutschland diese Aufgabe zu übertragen, ein außenpolitischer Punktsieg.

Normalisierung durch politisches Primat

Ein zweiter historischer Bezug drängt sich auf. Die neu gewonnene politisch-diplomatische Rolle wäre ohne eine voran gegangene territoriale und wirtschaftliche Stärkung Deutschlands unmöglich gewesen. 1871 ist zwar nur begrenzt mit 1989 vergleichbar, schließlich musste die Wiedervereinigung nicht durch einen Krieg erreicht werden. Aber in beiden Fällen veränderte die Vergrößerung Deutschlands nachhaltig die Kräftegleichgewichte in Europa und damit weltweit. Während Bismarck mit seiner Politik des internationalen Ausgleichs nach 1871 darum bemüht war, das neu entstandene Gleichgewicht, von dem das Deutsche Reich profitierte, nicht zu gefährden, geht es den rot-grünen Modernisierern mit ihren politisch-diplomatischen Offensiven um die Wiedererlangung des Status' eines weltpolitischen Faktors. Dies kann heute aus zwei Gründen keine militärisch allzu offensive Politik sein, obwohl auch an dieser Komponente gearbeitet wird. Einerseits ist die Bundeswehr dafür nicht gerüstet. Andererseits wiegt das historische Erbe des nationalsozialistischen Vernichtungskrieges und des Holocausts noch zu schwer. Erst mühsam muss der deutschen Öffentlichkeit eingebläut werden, dass es "normal" sei, wie Schröder kürzlich im Bundestag proklamierte, dass Deutschland eben auch auf eine militärische Außenpolitik nicht verzichten könne. Und nur langsam - aber immer schneller - können auch die Widerstände im Ausland überwunden werden. Menschenrechtsrhetorik und eben "ehrliches Maklertum" sind die Wegsteine auf dem erfolgreichen Weg der rot-grünen "Normalisierung".

Boris Kanzleiter/Sherin Abu-Chouka

Anmerkungen:

1) zit. nach: Fröhlich Michael: Imperialismus. Deutsche Kolonial- und Weltpolitik 1880-1914, München 1994 (dtv), S.20.

2) zit. nach: Hampe, Karl-Alexander: Das Auswärtige Amt in der Ära Bismarck, Bonn 1995 (Bouvier Verlag), S.158.

3) zit. nach: Ebenda, S.158.

4) zit. nach: Ebenda, S.163.

5) vgl. Hildebrand, Klaus: Deutsche Außenpolitik 1871-1918. München 1989 (R. Oldenburg Verlag), S.15f.; Fröhlich 1994, S.34ff.; Hampe 1995, S.170ff.

6) Reinhard, Wolfgang: Geschichte der europäischen Expansion. Bd. 4: Dritte Welt Afrika, Stuttgart 1990, S.54.

4. Die neuen Pazifisten. Grüne Friedensfreunde und andere Gurken

Grüne FriedensfreundInnen und andere Gurken

Autor: Js. · Rubrik: Interventionspolitik und Kriege; Grüne (und Vorläufer) · CD-Datei: daten/aksuche/ak457/18.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:457:18

Fast platzend vor Stolz und Geschichtsbewusstsein erklärte Kanzler Schröder nach der gewonnenen Vertrauensabstimmung: "Unser Volk weiß, dass immer dann, wenn es schwierig wird, es sich auf die deutschen Sozialdemokraten verlassen kann." Gleiches gilt auch für die Grünen, denen allerdings ein Höchstmaß an taktischen Verrenkungen abverlangt wurde. Das "strategische" Stimmensplitting der acht KriegsgegnerInnen zum Wohle der Koalition dürfte als Weltneuheit in die Geschichte des Parlamentarismus eingehen. Zunächst waren auch alle Beteiligten bester Stimmung, selbst Hans-Christian Ströbele: "Ich bin in der schizophrenen Situation, dass ich mit Nein gestimmt habe, aber mit der Abstimmung zufrieden bin." Nicht so einfach war es dagegen, der begriffsstutzigen grünen Basis das Abstimmungsverhalten zu erklären. Christian Simmert (der mit Nein stimmte) hat zu diesem Zweck einen Offenen Brief an seinen Landesverband verfasst: "Die Vier aus der Gruppe der Acht, die mit Ja gestimmt haben, haben auch für diejenigen gestimmt, die mit Nein stimmten und umgekehrt." Mit Opportunismus hat das nichts zu tun: "Es ging und geht uns um einen Politikwechsel gegenüber dem Krieg in Afghanistan" und darum, "nun endlich einen profilierten grünen Kurs innerhalb der Bundesregierung und im Parlament zu fahren."

Allein, Teile der Basis bleiben störrisch, wie Irmingard Schewe-Gerigk klagt (die mit Ja stimmte; wie wir wissen, auch für die, die mit Nein stimmten): "Ich bekomme jetzt Anrufe aus dem Wahlkreis, das ist wirklich katastrophal. Viele sagen, sie seien enttäuscht von mir, sie könnten mich nicht mehr wählen, da wird eine schwere Zeit auf mich zukommen." Und das kurz vor Weihnachten, wo die Menschen sich doch ein bisschen lieb haben sollten!

Gründlich verdorben wurde den Grünen die vorweihnachtliche Stimmung ausgerechnet durch die regierungsnahe taz. Deren Titelseite zum grünen Parteitag in Rostock war von der Redaktion der satirischen "Wahrheit"-Seite in Eigenregie gestaltet worden. Ein Bild von Claudia Roth beim größten Event deutscher Leitkultur (den Wagner-Festspielen in Bayreuth), daneben die Schlagzeile "Die Gurke des Jahres" und ein gewohnt derber Kommentar des Oberzynikers Wiglaf Droste - das war zu viel für die sensible grüne Seele. Geschäftsführer Bütikofer unterband auf dem Parteitag zunächst den Verkauf der Zeitung, deren LeserInnen einige Tage später auf einer ganzen Seite darüber stritten, ob der Überraschungsangriff auf das grüne Führungspersonal eine Geschmacklosigkeit oder einen legitimen Akt der Notwehr darstelle.

In der allgemeinen Aufregung ging die politische Message der umstrittenen Seite leider unter. Droste hatte geschrieben: "Zwei Mal schon hat Fischer bewiesen: Wer ihn und Schröder wählt, bekommt garantiert Krieg." Eine tiefe Wahrheit, die auch durch Drostes Ausfälle gegen Rezzo Schlauch (dessen Fotos er "als Appetitzügler" nutzen will) nicht geschmälert wird. Und was die "persönliche Diffamierung" der Parteisprecherin angeht: Jede Partei hat die Führung, die sie verdient - auch Bündnis 90/Die Gurken.

Dass auch ernst gemeinte Debattenbeiträge mitunter zur Satire geraten, zeigt die am 19.11. begonnene taz-Serie über den "neuen Pazifismus". Den Startschuss (das Wort passt ausnahmsweise) gab der Friedensveteran Erhard Eppler (SPD), der sich für die nächste Werbekampagne der Bundeswehr empfahl: "Der Offiziersbewerber von heute wird nie anwenden, was er vor allem gelernt hat: den Krieg zwischen Armeen. Er wird weniger schießen als andere am Schießen hindern, wie in Bosnien. Er wird Waffen einsammeln, wie in Mazedonien. Immer häufiger wird er seufzen: Hätte ich eine Polizeiausbildung!" Auch Sibylle Tönnies sieht den Pazifismus durch die militärische "Befreiung" Kabuls ("die Menschen tanzen auf der Straße") vor großen Herausforderungen: "Es ist ja nicht das erste Mal, dass militärische Gewalt Gutes bewirkt hat (zum Beispiel die Befreiung von Adolf Hitler)."

Von Krieg sollte man am besten gar nicht reden, belehrt uns Joscha Schmierer, der dritte unter den "neuen Pazifisten". Der frühere Sekretär des Kommunistischen Bundes Westdeutschland (KBW), seit 1999 Mitglied im Planungsstab des Auswärtigen Amtes, schreibt: "Der Bundestag hat nicht über Krieg und Frieden abgestimmt, und die Grünen müssen sich nicht zwischen Bellizismus und Pazifismus entscheiden. Der Bundestag hat nur

die Möglichkeit geschaffen, mit einer beschränkten Zahl von Soldaten die Zerschlagung der Basen des internationalen Terrorismus in Afghanistan zu flankieren, logistisch und medizinisch abzusichern." Selbst die US-Truppen sieht Schmierer in Afghanistan defensiv agieren: "Die USA brauchten keinen Krieg zu eröffnen, sondern griffen in Reaktion auf die Anschläge mit ihren Mitteln in den glimmenden Bürgerkrieg ein." Die anderen haben angefangen, ja heißt nein, nein heißt nichts, beruhigt aber das Gewissen, und Krieg ist - irgendwie doch - Frieden.

Da seufzt nicht nur Epplers Offiziersbewerber, sondern auch mancher Antimilitarist alter Schule: "Hätte ich eine Polizeiausbildung!" Wobei mir, ehrlich gesagt, Wiglaf Drostes "Gewaltfantasie" besser gefällt. Droste rät von Farbbeutel-Attacken gegen Joschka Fischer ab und empfiehlt statt dessen: "Wenn schon eine hilflose Protestgeste, dann eine ganz persönliche, wie Beate Klarsfeld sie Kurt Georg Kiesinger angedeihen ließ: eine Ohrfeige, nicht mehr und nicht weniger." Aber nicht einmal dazu sind unsere grünen FriedensfreundInnen in der Lage.

Js.

5. Das große Spiel um Zentralasien. Deutsche Interessenpolitik, von einem Insider enthüllt

Autor: Js. · Rubrik: Außenpolitik der BRD; Imperialismus und Weltwirtschaft; Asien allgemein · CD-Datei: daten/aksuche/ak457/05.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:457:05

Schon mancher politische Beamte musste seinen Hut nehmen, nachdem er brisante Details der Regierungspolitik ausgeplaudert hatte. Achim Schmillen, Leiter des Planungsstabes im Außenministerium, ist dagegen immer noch im Amt - obwohl er sich eines unverzeihlichen Vergehens schuldig gemacht hat: Er hat die Grundzüge der deutschen Interessenpolitik gegenüber Zentralasien freimütig dem Publikum bekannt gemacht, und zwar in einem FAZ-Artikel, der lange vor dem angeblich epochalen 11. September erschienen ist. Im Zentrum von Schmillens Überlegungen steht Afghanistan, dessen Regime den geostrategischen und ökonomischen Interessen Deutschlands, Europas und der USA im Wege stehe. Der Westen müsse sich fit machen für ein bevorstehendes "great game": den "hegemonialen Wettlauf um die Kontrolle der gesamten Region".

Es ist ja nicht auszuschließen, dass die Damen und Herren in den hinteren Parlamentsreihen gern glauben, was ihre Vorbeter über den leider unvermeidlichen Krieg gegen den Terror von sich geben; so gern, dass sie schließlich auch bereit sind, Streubomben gegen die afghanische Zivilbevölkerung und Massaker an Kriegsgefangenen zu akzeptieren. Das geschieht dann mitunter - besonders bei Grünens - nach öffentlich zelebrierter "Zerrissenheit" und unter schrecklichen Gewissensqualen, weil man sich vor der terroristischen Gefahr nicht "wegducken" dürfe und zur Abwehr eines größeren Übels leider, leider ein kleineres in Kauf nehmen müsse.

Da es sich bei den Abgeordneten des Deutschen Bundestages immerhin um die "politische Elite" handelt - so Kanzler Schröder im Vorfeld der Vertrauensabstimmung vom 16. November - mag man allerdings so viel Naivität kaum für möglich halten. Wo doch schon die Leserinnen und Leser der FAZ wissen (können), dass Deutschland im "Krieg gegen den Terror" eigene machtpolitische Interessen verfolgt. Davon handelt nämlich Schmillens am 15. Mai 2001 erschienener Artikel - ein wichtiger Beitrag zur politischen Bildung; man kann nur hoffen dass die FAZ-Redaktion noch recht häufig Gastautoren aus den Planungsstäben ihr Insiderwissen präsentieren lässt. Schmillens Schilderung der politischen Lage in Zentralasien (1) orientiert sich noch an den vertrauten Schlagworten: Es ist von "politischer Instabilität" und einem machtpolitischen "Vakuum" nach der "Desintegration" der Sowjetunion die Rede, von der Gefahr des Nationalismus und staatlicher "Abspaltung", von der Herrschaft rivalisierender Clans und von wachsender Korruption. Auch seine Ausführungen über das, was die zentralasiatische Region für westliches Kapital "attraktiv" macht, enthalten Altbekanntes: Da gibt es Öl, Erdgas und andere Bodenschätze; aber statt diese mit Hilfe ausländischer Investoren zu nutzen, setzen die regionalen Machthaber auf Opiumanbau und Waffenhandel. Was nicht nur die schönsten Geschäfte zunichte macht, sondern auch ein Sicherheitsproblem schafft: "Die mit dem Drogengeschäft einhergehende Korruption und organisierte Kriminalität unterhöhlen die ohnehin brüchige Staatlichkeit." Kein Wunder, dass militante islamistische Gruppen, unter ihnen der "saudiarabische Millionär Ibn Ladin", sich dauerhaft in Afghanistan niedergelassen haben und dort ihre terroristischen Operationen in Tschetschenien, den zentralasiatischen Republiken sowie Teilen Chinas (Xinjiang) und Indiens (Kaschmir) vorbereiten.

Wirklich brisant wird es da, wo Schmillen sich auf das Terrain der Geopolitik begibt, um ein europäisches Interesse an der fernen Region und politischen Handlungszwang auch für die Bundesregierung zu begründen. Während das US-amerikanische "Engagement eindeutig auf ökonomische Ziele orientiert" sei, müsse die EU mit mehr Weitblick zu Werke gehen: "Es ist sehr wahrscheinlich, dass die geostrategische Bedeutung der Region künftig die politische, ökonomische und sicherheitspolitische Bedeutung übertreffen wird." Geostrategische Bedeutung? Die Antwort auf die Frage, was damit gemeint sein könnte, bleibt Schmillen nicht schuldig. Dabei fällt auf, dass er gegenwärtige und künftige geopolitische Ambitionen mit einem historischen Rückgriff in eine Epoche begründet, die in der bürgerlichen Geschichtsschreibung als "Zeitalter des Imperialismus" firmiert. Man lese und staune: "Im 19. Jahrhundert gab es einen hegemonialen Wettlauf zwischen Russland und Großbritannien um die Kontrolle der gesamten Region. Diesen Wettlauf nannte man ‚great game`. Der Kampf um ökonomische Vorteile, um neue Arbeitsplätze, neue Pipelines, den Energiemarkt und letztlich um politischen und religiösen Einfluss könnte zu einem neuen ‚great game` führen."

An dem "großen Spiel" des 21. Jahrhunderts sind viele beteiligt: Russland, die Türkei, China, die USA; alle verfolgen zugleich ökonomische und "sicherheitspolitische" Ziele. Die EU "und auch Deutschland" aber sollen mehr tun. Aber was genau? Schmillen schwadroniert von der "Förderung regionaler Kooperation und Unterstützung für den Zugang zum Welthandel sowie Hilfe bei der Lösung von humanitären, sozialen und ökologischen Schwierigkeiten", er will "die in der Region aktiven Unternehmen" der Öl- und Gasindustrie zur Kooperation "ermuntern". Eine Anweisung für operative Politik ist das nicht - aber die gehört auch nicht in einen FAZ-Artikel. Dass Schmillens Planungsstab sich in internen Papieren deutlicher ausdrückt, ist anzunehmen.

Eine besonders bezeichnende Aussage findet sich aber auch in der für die Öffentlichkeit bestimmten Fassung: Die Zeit drängt! "Russische Fachleute nehmen an, dass sich die Taliban noch im Laufe des Jahres 2001 gegen die Nordallianz durchsetzen", schreibt Schmillen - wie gesagt, im Mai 2001. Dann kommt der 11. September - was für eine Gelegenheit, das Taliban-Regime zu stürzen, die zentralasiatische Region zu "stabilisieren" und Machthaber einzusetzen, die den Interessen des Westens aufgeschlossener gegenüberstehen! "Die Grenzen unserer eigenen Handlungsmöglichkeiten müssen klar sein", schreibt Schmillen. Was umgekehrt auch die Empfehlung einschließt, beherzt zuzugreifen, wenn sich denn die Gelegenheit ergibt, diese Grenzen zu erweitern. Die Bundesregierung hat das getan, als sie sich den USA unaufgefordert als Kriegspartner aufdrängte, um gleich darauf als Ausrichter der Afghanistan-Konferenz den Friedensstifter zu spielen. A great game!

Js.

Anmerkung:

1) Neben Afghanistan meint Schmillen die ehemaligen Sowjetrepubliken Kasachstan, Kirgistan, Tadschikistan, Turkmenistan und Usbekistan.

6. Krieg der Staaten gegen die Menschen. Essay von John Holloway und Eloina Peláez

Rubrik: Imperialismus und Weltwirtschaft; Interventionspolitik und Kriege; US-Imperialismus · CD-Datei: daten/aksuche/ak457/38.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:457:38

Diesen von dem in Mexiko lehrenden britischen Staatstheoretiker John Holloway und Eloína Peláez verfassten Essay stellte die Internetzeitschrift www.links-netz.de (siehe auch die Rubrik "aufgeblättert", S. 35) unter dem Titel "The War of all States against all People" im Dezember 2001 ins Netz; wir dokumentieren hier eine leicht gekürzte Fassung in deutscher Übersetzung mit freundlicher Genehmigung von links-netz.

I.

Der mächtigste Staat der Welt bombardiert eines der ärmsten Länder, schmeißt täglich Bomben auf Kinder, Frauen und Männer, die sich nicht verteidigen können. Die US-Regierung erklärt, dies sei der Krieg gegen den Terrorismus, die Vergeltung für die Zerstörung des World Trade Center am 11. September. Aber es sind nicht die Terroristen, die getötet werden.

Denn die Motivationen hinter dem Bombardement haben wenig mit den Ereignissen des 11.9. zu tun. Sie haben hingegen viel zu tun mit den US-Interessen in jenem Gebiet, insbesondere mit Öl und geostrategischen Überlegungen. Es ist wichtig, diese Interessen zu analysieren, um zu verstehen, was gerade passiert, und vor allem, um die Rechtfertigungen der USA für ihre entsetzlichen Taten zu entmystifizieren.

Und trotzdem ist es auch wichtig, über diese Art von Analyse hinauszugehen - aus einer Reihe von Gründen.

Erstens sind die beschriebenen Motivationen zweifelsohne vorhanden, aber sie sind Teil einer sehr konfusen Mixtur unterschiedlicher Motivationen. Sich ausschließlich auf diese Art von US-Interessen zu konzentrieren, unterstellt eine Kohärenz und Rationalität der US-Aktionen, die diesen nicht eigen ist.

Zweitens ist der US-Staat nicht der einzige im Krieg involvierte Staat: Er wird von einer internationalen Koalition unterstützt. Auch wenn im Rahmen dieser Koalition die Dominanz der USA sicherlich deutlich zum Ausdruck kommt, so ist doch gleichzeitig klar, dass die anderen Staaten jeweils ihre eigenen Interessen in diesem "Kampf gegen den Terrorismus" verfolgen. Den US-Staat als einzig Verantwortlichen für diese Situation zu präsentieren, führt leicht in einen theoretisch und politisch sterilen Anti-Amerikanismus.

Am wichtigsten ist drittens schließlich, dass eine Analyse des Krieges, die ausschließlich US-Interessen thematisiert, in keinster Weise etwas an unserem Gefühl von Hilflosigkeit ändert. Denn in dieser Art von Analyse sind wir als Subjekte nicht anwesend.

II.

Wie könnte eine Analyse der gegenwärtigen Situation aussehen, in der wir nicht bloß als hilflose BeobachterInnen vorkommen? Wie können wir uns selbst in dem, was gerade passiert, als aktive TeilnehmerInnen und nicht bloß als Opfer thematisieren?

Vielleicht eröffnet sich ein Weg, wenn wir sehen, dass dies nicht bloß ein Krieg der Vereinigten Staaten gegen Afghanistan ist, nicht der Krieg der Vereinigten Staaten gegen den Terrorismus, sondern der Krieg aller Staaten gegen alle Menschen, und wir sind aktiv involviert. (...)

Dies wird klarer, wenn wir an das Konkurrenzprinzip denken. Konkurrenz erscheint als Konflikt zwischen zwei verschiedenen kapitalistischen Unternehmen. Doch so zeichnet es sich bloß an der Oberfläche ab. Die beiden Unternehmen, die verschieden zu sein scheinen, sind tatsächlich zwei Fragmente eines Ganzen (Kapital), die um einen größeren Anteil am gesamten sozialen Mehrwert konkurrieren. Die beiden individuellen Unternehmen konkurrieren in unterschiedlichen Formen, aber vor allem dadurch, dass sie den Arbeitsprozess intensivieren und die Mehrwertproduktion ihrer ArbeiterInnen steigern. Sie konkurrieren miteinander, nicht indem sie gegeneinander kämpfen, sondern indem sie Krieg gegen ihre ArbeiterInnen führen. (...)

Insofern ist Konkurrenz eine Form des Klassenkampfs. Dieser Kampf spielt sich nicht so sehr zwischen zwei Gruppen von Menschen (KapitalistInnen und ArbeiterInnen) ab, als vielmehr zwischen zwei Formen des Handelns, zwei Typen gesellschaftlicher Beziehungen. Der Kampf des Kapitals zielt darauf ab, Wert als eine

Form des Handelns oder als einen Typus gesellschaftlicher Beziehungen zu installieren, in der denen, die handeln, die Kontrolle über ihr Handeln entzogen ist. Der Kampf der ArbeiterInnen ist ein Kampf gegen die Installation des Wertes und, implizit oder explizit, um eine Form des Handelns, in der die Handelnden (die ArbeiterInnen) entscheiden, für welchen Zweck und wie sie handeln. Der Kampf der ArbeiterInnen ist ein Kampf um eine Welt, die sein könnte: Die Kraft ihres Kampfes resultiert aus der Kraft der Anwesenheit dessen, was noch nicht ist.

Entgegen dem Anschein sind Krieg und Konkurrenz einander gleich, insofern als Krieg immer Krieg gegen die arbeitende Klasse ist.

Das bedeutet nicht, dass Krieg bloß eine Ausdehnung von Konkurrenz zwischen individuellen Unternehmen oder Unternehmensgruppen ist. Es kann sein, dass Krieg manchmal bloß geführt wird, um die Kapitalinteressen des Krieg führenden Staates zu befriedigen. Aber die grundlegende Trennung des Politischen und des Ökonomischen (die Partikularisation des Politischen) bedeutet, dass man nicht davon ausgehen kann, dass ein Staat rational im Interesse des Kapitals handelt, das auf seinem Territorium angesiedelt ist. Deshalb sind im Falle des Angriffs auf Afghanistan zwar die Interessen spezifischer Unternehmen oder Kapitalgruppen unzweifelhaft Elemente der Motivation für die US-Aktionen, aber jede Umsetzung dieser Interessen bricht sich in der Konfusion, der Ignoranz, dem Konflikt und der Irrationalität, die dem Staat als einer besonderen Form kapitalistischer gesellschaftlicher Beziehungen innewohnen. (...)

Im Krieg, ebenso wie im Konkurrenzkampf, kämpfen individuelle Staaten gegen ihre eigene Bevölkerung, indem sie die soziale Disziplinierung verschärfen. Typischerweise gehört dazu die Einberufung junger Männer, die gezwungen werden zu töten und sich töten zu lassen, die Einführung von Zensur, um zu verhindern, dass die Leute erfahren, was passiert, die Kontrolle, das Einsperren oder Töten von "Fremden" (diejenigen also, die nicht als BürgerInnen des jeweiligen Staates anerkannt sind), Streikverbote, Verschärfung von Disziplinarmaßnahmen am Arbeitsplatz, Rationierung von Lebensmitteln, Anhebung von Steuern. Staaten im Krieg sind ebenso mit der mangelnden Disziplin ihrer "eigenen" Bevölkerung beschäftigt wie mit dem Verhalten des "Feindes". Der größte Feind für einen Staat im Krieg ist nicht der offizielle Feind, sondern die Abscheu der Bevölkerung gegen die Schrecken und die Absurdität des Krieges.

Im Krieg kämpfen Staaten für ihre partikularen Interessen, ebenso wie individuelle Unternehmen dies im Konkurrenzkampf tun. Dennoch ist das wichtigste Ergebnis nicht der Sieg des einen Unternehmens oder des anderen, des einen Staates oder des anderen, sondern die Restrukturierung der gesellschaftlichen Beziehungen, die hinter dem Rücken der Akteure durch Konkurrenzkampf oder Krieg installiert wird. Die Form, die diese Restrukturierung annimmt, wird durchaus durch den Sieg des einen oder des anderen Staates beeinflusst, weil unterschiedliche Staaten unterschiedliche Typen von Klassenbeziehungen widerspiegeln. Trotzdem werden die Klassenbeziehungen nicht so sehr davon bestimmt, wer gewinnt, sondern durch die Existenz des Krieges selbst. Es ist der Krieg selbst, der eine massive Zerstörung konstanten Kapitals bewirkt, eine Steigerung der Mehrwertrate, eine allgemeine Disziplinierung der Gesellschaft und eine Verfestigung von Männlichkeitswerten, von Disziplin und Nationalismus, die für die Aufrechterhaltung der kapitalistischen Ordnung unabdingbar sind. Krieg ist nicht nur Krieg für die Erreichung dieser Ziele, aber Krieg ist bisweilen ein sehr effektiver Weg, sie zu erreichen. Die Abwesenheit von Krieg kann zu einer langfristigen Erosion der für die kapitalistische Expansion notwendigen Unterwerfung führen. Möglicherweise ist gerade diese langfristige Erosion von Unterwerfung der Kern der gegenwärtigen Schwierigkeiten des Kapitalismus.

Im Krieg ist ebenso wie im Konkurrenzkampf die Fragmentierung der kapitalistischen Herrschaft elementar für die Effektivität dieser Herrschaft. Die Trennung des Politischen vom Ökonomischen und vor allem die Fragmentierung von Staatlichkeit in eine Vielfalt von Staaten sind zentral für die Aufrechterhaltung und die Effektivität kapitalistischer Herrschaft. (...)

Wer sind dann die konkurrierende Kräfte im Krieg? Nur oberflächlich betrachtet sind es die beiden feindlichen Armeen. Tatsächlich sind es die Staaten mit ihren Armeen auf der einen Seite und die Bevölkerungen auf der anderen Seite. Wie lächerlich! Ja, aber in dieser Welt müssen wir in der Tat das Lächerliche denken, um irgendeine Hoffnung auf Vorwärtsbewegung behalten zu können.

Lächerlich und doch nicht so lächerlich. Meutereien und die Erschießungen von Offizieren durch Soldaten sind ein signifikantes Element aller Kriege. Aber nicht nur das. Wenn wir Krieg als Versuch verstehen, eine

bestimmte Restrukturierung gesellschaftlicher Beziehungen durchzusetzen, dann ist er möglicherweise nicht sehr erfolgreich. Denken wir uns den Ersten Weltkrieg als einen Prozess gesellschaftlicher Restrukturierung, welches waren dann die entscheidenden Kräfte, die diese Restrukturierung geformt haben? Die revolutionären Kämpfe der Soldaten, ArbeiterInnen und BäuerInnen in Russland und vielen anderen Ländern. Was hat die gesellschaftliche Restrukturierung, die Resultat des Zweiten Weltkrieges war, ausgemacht? Die latenten und manifesten Kämpfe derjenigen, die sich einer Rückkehr zum Kapitalismus der 30er Jahre verweigerten. Was war die entscheidende Kraft im Vietnam-Krieg? Die Abscheu gegenüber dem Militarismus in der ganzen Welt, das sogenannte "Vietnam-Syndrom", das die PolitikerInnen und Generäle als Hauptfeind im gegenwärtigen Krieg betrachten. (...)

III.

Alle Kriege sind Kriege gegen die Menschen, und das gilt insbesondere für diesen Fall.

Hauptfigur ist der US-Staat, aber der Krieg wird von einer internationalen Koalition unterstützt, die fast alle Staaten mit einbezieht. Dies liegt zum Teil am Druck der USA, aber es wäre falsch, nur in der Kategorie der Stärke des US-Imperialismus zu denken oder in der Kategorie des Empire, in dem die Fragmentierung des Politischen in eine Vielfalt von Staaten nicht mehr wichtig ist. Der Fall liegt eher so, dass jeder Staat die Gelegenheit des Krieges und des Angriffs auf die Twin Towers beim Schopf packte, um die Umsetzung seiner eigenen Interessen voranzubringen (oft in schwankender und konfuser Weise). Ein Beispiel dafür ist die Entsendung von Truppen durch die deutsche Regierung, die sehr viel mehr mit ihrer eigenen internationalen Politik zu tun hat als mit irgendwelchem Druck des US-Staates; oder auch die Tatsache, dass die pakistanische Regierung den Krieg nutzt, um die Auslandsschulden zu reduzieren.

Wichtiger aber als jedes dieser Beispiele ist die Tatsache, dass es sehr wenige Staaten gibt (wenn überhaupt welche), die die gegenwärtige Situation nicht genutzt haben, um die Überwachung ihrer Bevölkerung zu erhöhen. Das tun sie nicht auf Druck der USA, sondern es liegt begründet in ihrer eigenen Natur als Staat, der die Sicherstellung der Ordnung und der Attraktivität des Standortes für kapitalistische Investitionen zu garantieren hat. Deshalb ergreifen alle Staaten in der Welt diese Gelegenheit, die Überwachung dissidenter Gruppen zu verschärfen, die Kontrolle von AusländerInnen zu verstärken, Fortschritte, die durch Kämpfe um Menschenrechte erzielt wurden, zurückzuschrauben, Geheimdienstaktivitäten auszuweiten und Ausgaben für Polizei, Armee und Sicherheitskräfte zu erhöhen. In vielen Fällen schließt das die Einführung von Gesetzen oder öffentlichen Verfügungen ein, die vor dem 11.9. nicht möglich gewesen wären. (...) In manchen Fällen handelt es sich einfach um eine Verschärfung der Überwachung von AusländerInnen und DissidentInnen sowie der Willkür, mit der sie behandelt werden. Solche Maßnahmen mögen von den Regierungen als Reaktionen auf eine externe Situation dargestellt werden, ebenso wie sie die Einführung repressiver ökonomischer Maßnahmen als Reaktion auf den Internationalen Währungsfonds darstellen, aber in jedem dieser Fälle handelt es sich um Maßnahmen, die individuelle Staaten einführen, um ihre eigene Bevölkerung zu disziplinieren. (...)

Vielleicht ist der zentrale Punkt, dass dieser von allen Staaten geführte Krieg Teil eines konfusen, irrationalen, widersprüchlichen und zusätzlich auch noch opportunistischen Versuchs ist, die gesellschaftlichen Beziehungen auf globaler Ebene zu restrukturieren. Das bedeutet nicht, dass der Krieg längst sorgfältig geplant war, und sicher auch nicht, dass die Angriffe vom 11. September von der US-Regierung selbst ausgeführt wurden. Es bedeutet einfach, dass der US-Staat und alle anderen Staaten die Gelegenheit nutzen, eine Restrukturierung der gesellschaftlichen Beziehungen durchzudrücken. Die entsprechenden Maßnahmen sind dabei sowohl kollaborativer als auch konkurrierender Natur (wie es auch die Beziehungen zwischen Staaten sind): kollaborativ, insofern sie auf dem gemeinsamen Interesse basieren, den "Krieg gegen den Terrorismus" zu erklären; konkurrent, insofern sie unvermeidlich Teil des Konkurrenzkampfes der Staaten um die Lenkung des Kapitalflusses in ihre jeweiligen Territorien sind. Die Restrukturierung hängt sicherlich mit der gegenwärtig manifesten ökonomischen Krise des Kapitalismus zusammen und mit dem Versuch, sie zu gestalten und zu überwinden. (...)

Wie sieht diese Widerständigkeit aus, die vom Kapital angegriffen wird? Bis zu einem bestimmten Punkt ist sie das, was die PolitikerInnen proklamieren: die Unterwerfung, die so verzweifelt geworden ist, dass sie sich in terroristischen Attacken wie der vom 11.9. entlädt. Aber das ist für das Kapital bloß ein kleiner Teil des Problems. Viel entscheidender ist die antikapitalistische Bewegung, die in den letzten Jahren so an Stärke

gewonnen hat. Diese Bewegung ist durch den jetzigen Angriff schwer getroffen worden - nicht so sehr direkt durch verschärfte Überwachungsmaßnahmen, sondern vielmehr durch die Verbindung zwischen Protest gegen den US-Staat und Terrorismus in den Köpfen vieler Menschen. (...)

Besondere Aufmerksamkeit verdient eine Form von Widerständigkeit, die ganz offensichtlich angegriffen wurde: die grenzüberschreitende Migration. Migration ist Widerständigkeit in dem ganz einfachen Sinn, dass sie eine Weigerung einschließt - aus welchen Gründen auch immer -, die Lebens- und Arbeitsbedingungen am Herkunftsort zu akzeptieren. Aber nicht nur das. Ein erheblicher Teil von Migrationsbewegungen ist illegal. Er respektiert die Einwanderungskontrollen und damit die territoriale Selbst-Definition des Staates sowie die Definition von Identitäten nicht, auf der die Existenz des Staates aufbaut. In den letzten Jahren, bedingt durch die anwachsende Kluft zwischen den Lebensbedingungen der reichen und der armen Länder, hat diese Form der Migration massiv zugenommen, und die Frage der Kontrolle illegaler Immigration wird als ein zentrales politisches Problem von Staaten verstanden. Man könnte sagen, dass diese Bewegung von Arbeitskräften eine der größten Bedrohungen für die Reproduktion des Kapitalismus ist; möglicherweise ist diese Form unkontrollierter Bewegung mit der Existenz des Kapitalismus inkompatibel. (...) Die meisten (oder gar alle?) derjenigen, die bislang belästigt und eingesperrt worden sind, sind MigrantInnen. Darüber hinaus fördern die staatlichen Maßnahmen einen Rassismus in der Gesellschaft, der die Wirkung gesetzlicher Kontrollen noch übertrifft. Rassismus richtet sich in erster Linie gegen MigrantInnen, aber die Versicherung von Identität, die mit ihm einhergeht, ist ein Angriff gegen uns alle, ein Angriff gegen die Menschlichkeit.

Wir befinden uns folglich im Zentrum des Krieges. Wir stehen nicht am Rand und schauen hilflos zu. Wir sind in diesem Krieg nicht Opfer, sondern ProtagonistInnen. Dieser Angriff auf uns erzwingt unabdingbar unsere Antwort; den Versuch, um unsere Menschlichkeit zu kämpfen. Es sollte nicht vergessen werden, dass die Macht nicht zwingend denjenigen gehört, die die Gewehre haben, und dass Krieg immer Teil eines größeren Kampfes ist. Das tatsächliche Resultat von Kriegen weicht zumeist erheblich vom eigentlichen Ziel der Kriegsparteien ab. Die politischen Führer, die das Morden im Ersten Weltkrieg befehligten, hatten eben nicht die Russische Revolution und die Zerstörung der Ordnung, die sie zu verteidigen glaubten, im Kopf. Churchill wollte Hitler bezwingen; es war sicher nicht der Nachkriegs-Wohlfahrtsstaat, für den er gekämpft hat. Am Ende aller Kriege wenden sich bewaffnete Männer um und fragen voller Entsetzen: "Ist es das, wofür wir gekämpft haben?" Nein, ist es nicht, denn das Ergebnis eines Krieges hängt nicht von Bomben und Gewehren ab. Es hängt von tiefer liegenden Prozessen ab, in denen wir und unser Schrei des Abscheus ein aktives Element sind.

IV.

Der Krieg ist ein Krieg gegen uns, aber unser Kampf ist nicht ein Kampf gegen "sie". Der Ausdruck "Klassenkrieg" ist eine unglückliche Metapher. Zwar gelingt es ihr, die Gewalt, mit der das Kapital uns angreift, und die Intensität, mit der wir sie zurückweisen, zu betonen. Aber das Problem mit dieser Metapher ist, dass sie eine Symmetrie zwischen den beiden Konfliktparteien unterstellt: Im Krieg ist eine Armee mehr oder minder das Spiegelbild der anderen Armee. Aber im Klassenkampf gibt es keine Symmetrie, weil der Kampf nicht zwischen Gruppen von Menschen, sondern zwischen zwei Arten des Handelns, zwei Typen gesellschaftlicher Beziehungen verläuft. Militärische Organisation und Selbstbefreiung sind miteinander inkompatibel, wie die Zapatisten immer wieder erklärt haben. Der gegenwärtige Krieg ist ein Krieg aller Staaten gegen alle Menschen. Aber es ist nicht unser Krieg, wie sehr auch die Gewalt dieses Krieges den Wunsch in uns auslösen mag, ein Gewehr zu nehmen und auf die arroganten Politiker zu schießen, groteske Exemplare eben der Unmenschlichkeit, die sie uns aufzwingen wollen. Lasst uns den Krieg lassen, wo er hingehört. Krieg ist eine kapitalistische Form des Handelns und richtet sich immer gegen die menschliche Würde. Der Kampf gegen den Kapitalismus ist ein Gegen-Krieg, eine beständige Erfindung neuer Formen des Handelns, eine beständige Bewegung über die Perspektive des Kapitals hinaus. In diesem Moment geht es nicht darum, nach den Waffen zu greifen, sondern darum, auf den Lektionen des zapatistischen Aufstandes und der antikapitalistischen Bewegung der letzten Jahre aufzubauen. Die Staaten haben sich in ihrer nackten Brutalität gezeigt, und mehr als je zuvor ist klar, dass wir neue Orte finden müssen.

Übersetzung: Stefanie Gräfe

7. Enduring Freedom. Notizen aus Kriegszeiten aufgelesen in der Informationsflut

Rubrik: Interventionspolitik und Kriege; USA · CD-Datei: daten/aksuche/ak457/22.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:457:22

Pressefreiheit

Kurz vor dem Einmarsch der Nordallianz in Kabul flog eine US-Bombe auf das Büro des unbequemen arabischen Nachrichtenkanals Al Dschasira in der afghanischen Hauptstadt. Mohammed Dschassim el Ali, Geschäftsführer des Senders, erklärte, den Amerikanern sei bekannt gewesen, wo sich das Büro befand. Nach dpa-Angaben hat der in Kabul stationierte Korrespondent Taysir Aluni das Büro kurz vor der Bombardierung verlassen. "Ich habe Warnungen erhalten, dass ich schleunigst die Stadt verlassen sollte", sagte er in einem Interview.

(vgl. Frankfurter Rundschau, 15.11.2001)

Foltern? - "Keine schlechte Idee"

Ist die Zivilisation durch Folter zu retten, fragen sich die Kommentatoren in den USA. Die Debatte begann mit einem Artikel in der Washington Post vom 21. Oktober. Dort wird ein anonymer "hoher FBI-Beamter" zitiert, der dafür plädiert Foltermethoden anzuwenden, um den Ermittlungen der Terrorattacken vom 11. September auf die Sprünge zu helfen. Im Gespräch seien harte Vernehmungstaktiken, "wie sie von israelischen Ermittlern angewendet werden", und die Verabreichung so genannter Wahrheitsdrogen, berichtete die Zeitung. Auch die Auslieferung der Verdächtigen an verbündete Staaten wie Saudi-Arabien oder Ägypten, in denen mit Foltermethoden gearbeitet wird, werde debattiert. Das FBI dementierte eilig. Aber seither wird das Thema ernsthaft diskutiert. Unter der Überschrift "Zeit, über die Folter nachzudenken" schreibt Kolumnist Jonathan Alter im Magazin Newsweek: "Wir können körperliche Folter nicht legalisieren - das ist gegen amerikanische Werte. Aber wir müssen uns gewissen Anti-Terror-Maßnahmen, etwa psychologischen Verhören, öffnen. Und wir müssen erwägen, einige Verdächtige unseren weniger skrupellosen Allierten zu übergeben - selbst wenn das heuchlerisch ist."

Auch das National Public Radio (NPR) nahm das Thema auf, ebenso wie der private Fernsehsender Fox News Channel und das Online-Magazin Slate. In dem gleichen Tonfall, in dem er Hunderte anderer Sendungen anmoderiert hat, begann NPR-Moderator Neal Conan seine Talkshow am 30. Oktober: "Ein Instrument, das wir gegen den Terrorismus benutzen könnten, ist Folter. Obwohl sie wahrscheinlich nie legalisiert wird, beginnen viele zu denken, dass es keine schlechte Idee wäre." Tom Malinowski von der Menschenrechtsorganisation Human Rights Watch beruhigt allerdings die Öffentlichkeit: "Die Wahrscheinlichkeit ist immer noch höher, dass ein gewöhnlicher Krimineller auf einer Polizeiwache zusammengeschlagen wird als ein Terrorist in den Händen des FBI."

(vgl. Spiegel Online, 6.11.2001)

Kurzer Prozess

Alle Gerichtsverfahren gegen Nicht-US-Bürger, die wegen der Unterstützung terroristischer Anschläge auf die USA angeklagt werden, sollen nach dem Willen von US-Präsident George W. Bush vor Militärgerichten durchgeführt werden. Ausländische Staatsbürger, die sich irgendwo im Land wegen Terrorismusverdachtes in Haft oder Polizeigewahrsam befänden, seien dem Verteidigungsministerium zu überstellen, erklärte er. Damit werden zukünftigen Angeklagten wesentliche Rechte verwehrt. Es gibt kein unabhängiges Gericht - die Militärs sind Ankläger, Richter und gegebenenfalls Henker in einem. Um einen Verdächtigen vor Gericht zu bringen, genügt es, dass die Regierung, genauer: der Präsident, ihn für verdächtig hält. Vor dem Militärgericht - einer von der Exekutive zusammengestellten Junta von Offizieren - sind auch Beweise zulässig, die in normalen Prozessen nicht verwandt werden dürften. Zur Verurteilung - auch zu lebenslanger Haft- oder zur Todesstrafe - reicht es, wenn zwei Drittel der Offiziere den Angeklagten für schuldig halten. In normalen Prozessen ist ein einstimmiges Urteil der Jury erforderlich. Eine Berufung ist nicht möglich, lediglich der Präsident selbst oder - wenn Bush das so anordnet - der Verteidigungsminister haben die Möglichkeit, Begnadigungen oder Strafabwandlungen vorzunehmen. Die Gerichtsverhandlungen sind nicht öffentlich und können überall auf der Welt stattfinden, wo US-Militärs aktiv sind - etwa direkt in Afghanistan. Nachdem die Anordnung des

Präsidenten in den USA sofort massive Kritik auslöste, verteidigten Vizepräsident Dick Cheney und Justizminister John Ashcroft die Anordnung aus dem Weißen Haus. Die Terroristen, sagte Cheney, "verdienen es nicht, als Kriegsgefangene behandelt zu werden. Sie verdienen nicht dieselben Garantien und Sicherheiten wie ein amerikanischer Bürger, der einen normalen Strafprozess durchläuft." Justizminister Ashcroft verteidigte die Anordnung mit dem Argument, es gebe überhaupt keinen Grund, einen etwa in Afghanistan gefangenen Al-Qaida-Terroristen erst in die USA zu schaffen, um ihm den Prozess zu machen.

(vgl. taz, 16.11.2001)

Gänseblümchen schneiden

Sechs Tonnen wiegt eine Bombe vom Typ BLU-82. Sie ist die schwerste im gut bestückten Arsenal der US-Luftwaffe. Aber mit Produktionskosten von etwa 27.300 Dollar ist der Explosivkörper mit einer Sprengkraft eines Tausendstels der über Hiroschima abgeworfenen Atombombe vergleichsweise billig.

Trotzdem wirkt die BLU-82 außerordentlich effektiv. Wegen ihres hohen Gewichtes wird sie mit einem Fallschirm aus Transportflugzeugen abgeworfen. Kurz vor dem Aufprall zündet die Bombe. Dabei tötet sie alles im Umkreis von 300 Metern. Deshalb nennen US-Militärs die Bombe auch Daisycutter - "Gänseblümchenschneider".

Ursprünglich wurde BLU-82

während des Vietnamkrieges entwickelt, um im Urwald Hubschrauberlandeflächen zu roden. Kürzlich bestätigte der Sprecher des US-Generalstabs, John Stufflebeem, ihren Einsatz in Afghanistan. Dort wurden Taliban-

Stellung "ausgeräuchert", wie George W. Bush nach dem 11.9. angekündigt hatte.

(vgl. taz, 12.12.2001)

8. Islamismus und soziale Revolte. Das Beispiel Algerien

Autor: Bernhard Schmid · Rubrik: Algerien · CD-Datei: daten/aksuche/ak457/41.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:457:41

Der politische Islamismus ist in aller Munde, seitdem transnational operierende und hoch technisierte Kleingruppen, die sich auf diese Ideologie beziehen, am 11. September 2001 die massenmörderischen Anschläge in den USA begingen. Nur selten aber wird schlüssig erklärt, was diese politische Bewegung genau ausmacht - und worauf ihr (relativer) Erfolg in einer Reihe von Ländern beruht. Eine Untersuchung am Fallbeispiel Algerien.

Den Ausgangspunkt der Überlegungen kann ein Zitat umreißen, das eine der zentralen Ursachen der aktuell dem Islamismus in vielen Ländern von Teilen der Gesellschaft zuerkannten Legitimität beschreibt. Ende der achtziger Jahre schrieben Cheryl Bernard und Zalmay Khalizad in ihrem Buch The Government of God. Iran's Islamic Republic folgende Sätze, die die Situation postkolonialer Gesellschaften skizzieren und mit einigen Abwandlungen auf eine Reihe von Ländern übertragbar sind: "Pseudo-moderne Eliten (...) sitzen an den Schalthebeln der Macht und arrangieren sich mit den Großmächten und dem internationalen System. Daneben aber existieren die traditionellen Eliten fort und behalten bedeutende Teile ihres Einflusses, sowohl materiell als auch kulturell und ideell. Während sie unter anderen Umständen als die Großgrundbesitzer, die rückständigen Traditionalisten und die privilegierten Eliten, die sie tatsächlich sind, bekämpft werden könnten, hat die Struktur der Nord-Süd-Beziehungen ihnen eine nationalistische und sogar revolutionäre Note verliehen. Heute streiten sie um die Restauration ihrer Macht und ihrer Privilegien, aber sie bedienen sich des Vokabulars der nationalen und kulturellen Befreiung und Selbstbehauptung und der entsprechenden Volksstimmung."

Tugendwächter und "Sozialrebellen"

Diese Analyse trifft auf eine Reihe von Ländern von Ägypten (dort auf die älteste Bewegung, die Muslimbrüder) bis Pakistan annähernd zu. Die Situation in Algerien wird dadurch aber nicht hinreichend dargestellt. Tatsächlich hat in Algerien seit langem ein Austausch der gesellschaftlichen Eliten stattgefunden, der es verbietet, den dortigen Islamismus einfach als Wiederkehr alter, feudaler Eliten mit aufgefrischter Legitimation zu interpretieren. Da war zunächst der Kolonialismus, der auf Algerien ganz anders einwirkte als auf andere durch die westlichen Großmächte unterworfene Länder. Denn Algerien wurde durch Frankreich in den Jahren zwischen 1830 und 1962 als Siedlungskolonie behandelt. Der größere Teil der alteingesessenen Eliten sah sich zu Gunsten europäischer Bewirtschafter seines Landbesitzes beraubt.

Der größte Teil der Bevölkerung hingegen wurde aus seinen traditionellen sozialen Rollen herausgerissen und in das umgeformt, was der linke algerische Historiker Mohammed Harbi - in Anlehnung an einen Begriff aus dem antiken Rom - als die "Plebs" bezeichnet hat. Also eine mehr oder minder verarmte und (sub)proletarisierte "Masse" von Menschen, die aber weder als Arbeiter noch als Bauern eine dauerhafte gesellschaftliche Stellung einnimmt, sondern als Hilfskräfte - vom vorübergehend tätigen Landarbeiter bis zur Hausdienerin - vom Kolonialsystem irgendwie durchgefüttert wird.

Eine solche Lage ist der Entwicklung eines materialistischen Klassenbewusstseins nicht besonders dienlich. Andererseits funktionierte die Gesellschaftsordnung im französischen Algerien auf der Basis eines Apartheidsystems, das mit religiösen Kategorien operierte. Dadurch wurden die Konfessionszugehörigkeit, und nebenbei die Herkunft, zum zentralen gesellschaftlichen Identifikationskriterium erhoben, aus dem Rechtspositionen abgeleitet werden konnten. Hier findet sich bereits eine der Zutaten für den Diskurs, der später den Erfolg des FIS (Front islamique du salut: Islamische Rettungsfront) (1) ausmachte: Das Bekenntnis zum Islam einerseits und das Eintreten für die sozial Entrechteten werden als Quasi-Synonyme behandelt.

Dieses Element allein genügt aber noch nicht, um die Genese der islamistischen Massenbewegung zu verstehen, denn diese entstand keineswegs als spontane, direkte Reaktion auf den Kolonialismus. Im Gegenteil fanden sich die Protagonisten der reaktionärsten religiösen Kreise während des Befreiungskrieges gegen Frankreich von 1954 bis 1962 (der nach offiziellen Angaben 30.000 Tote auf französischer und mindestens 1,5 Millionen Opfer auf algerischer Seite kostete) an den Rand gedrängt. Denn die Ulama, die Versammlung der konservativen muslimischen Geistlichen, fürchtete nichts so sehr wie eine weitere Erschütterung der herkömmlichen Sozialordnung durch eine Mobilisierung der "Plebejer", um mit Harbis Begriff

zu sprechen. Sie setzte vielmehr auf Ruhe und Ordnung, wozu die "Erziehung" - im Sinne der Wiederentdeckung traditioneller "eigener Werte" - hinzukommen müsse. Innerhalb der algerischen Nationalbewegung gab es zwar Kräfte, die vor allem für "den Islam" kämpften - in der Regel verstanden sie darunter aber eher eine Selbstidentifikation des ärmsten Teils der algerischen Bevölkerung als die Idee eines Gottesstaates. In den Reihen des FLN (Front de libération nationale - Nationale Befreiungsfront) traf man auf reaktionäre Protagonisten, die beispielsweise die Bevölkerung zwingen wollten, weder Alkohol noch Tabak zu konsumieren. Zugleich aber kamen mit dem FLN auch die Teilnahme der Frauen am bewaffneten Kampf und das schlicht un-islamistische Ringen um ein materiell besseres Leben in die Welt. Einige Kämpfer definierten sich vorrangig als Muslime, andere als Atheisten oder jedenfalls Sozialisten.

Zwei grobe Fehler der algerischen Linken

In den frühen Jahren nach der Unabhängigkeit war in Algerien die Idee eines Religionsstaates überhaupt nicht populär, auch wenn vom Islam viel die Rede war - doch anfangs eher im Sinne einer kulturellen Selbstbeschreibung in Abgrenzung zum kolonialen Erbe. Im Laufe der Jahre, und parallel zur Mutation der Befreiungsbewegung FLN zur zunehmend konservativen und auf reinen Machterhalt ausgerichteten Staatspartei, änderten sich die Inhalte, mit denen die Begriffe gefüllt wurden. Anfänglich eher eine bloße Hülle, die materielle Vorstellungen von einer neuen Sozialordnung umgab, wandelten sich die Bezüge auf den Islam und das Arabertum - je mehr die greifbaren sozialen Versprechungen der neuen Staatsmacht an "ihre" Bevölkerung abnahmen - immer stärker zum eigentlichen Inhalt des Diskurses. Im Jahre 1976, als das Ende der staatssozialistischen Phase begann, wurde der Islam nicht zufällig zur Staatsreligion erhoben. Und die neue Opposition, wie sie ab den achtziger Jahren vorherrschend war, suchte die herrschende Oligarchie noch auf diesem Gebiet zu übertrumpfen.

Es trifft freilich auch zu, dass die neue Opposition des Islamismus - der aus rückwärts gewandten Widerständen etwa gegen die Agrarreform 1972 oder gegen die Industrialisierungsversuche entstanden war - von Teilen des Regimes wohlwollend begleitet wurde. Um die zwar illegale, aber (auch aus Rücksicht auf die verbündete UdSSR) tolerierte algerische KP, die Anfang der Siebziger Jahre noch stark war, und andere linke Strömungen aus den Universitäten zu verdrängen, ließen die Behörden islamistischen Gruppen etwa ab 1975 weitgehend freien Lauf. Zugleich wurde die Islamisierung des offiziellen Diskurses selbst verstärkt. So ist das 1984 vom FLN verabschiedete Familiengesetz (Code de la famille) aus einem Rückgriff auf die reine Scharia abgeleitet und erfüllt somit die Wünsche der Fundamentalisten - jedenfalls auf zivilrechtlicher Ebene, während die in islamistischen Staaten bestehenden strafrechtlichen Normen (Züchtigungen, Steinigung bei Ehebruch) nicht vorkommen. Daher hat auch Werner Ruf Unrecht, der - um das Projekt der Islamisten zu verharmlosen, da er einer Kompromisslösung mit ihnen das Wort redet - im Sommer 2001 in den Blättern des iz3W schreibt, die Familiengesetzgebung in Algerien sei noch schlimmer als in islamistischen Staaten wie dem Iran. Beide gleichen sich auf dem Gebiet des Familien-, also Zivilrechts, aber im Iran und in Saudi-Arabien kommen noch die strafrechtlichen Normen einschließlich der Körperstrafen hinzu.

Dass letztlich beim Zusammenbruch des FLN-Systems der Islamismus als kollektiver Robin Hood der Armen und Gedemütigten erscheinen konnte, dazu trugen einige weitere Faktoren wesentlich bei. Da ist zum einen das Scheitern des staatssozialistischen Entwicklungsmodells, das der FLN ab Ende der sechziger Jahre/Anfang der siebziger Jahre erprobt hatte. Es scheiterte am Ölpreisverfall seit 1985, aber auch am Zusammenspiel von westlichem Technikdiktat und Korruption innerhalb der staatlichen Nomenklatura - als Algerien schlüsselfertige Fabriken mit veralteter Technologie angedreht wurden, die anschließend kaum funktionierten.

Das Robin-Hood-Image trägt nicht mehr

Zum anderen spielt die strategische Niederlage der Linken eine bedeutende Rolle. Während der FIS, mit dem Beginn des Mehrparteiensystems 1988/89, rasch zur dynamischsten politischen Kraft wurde, versuchte die realsozialistische algerische KP, die damals PAGS (Parti de l'avant-garde socialiste) hieß, sich zunächst noch in Opportunismus gegenüber dem neuen politischen Phänomen. Man entdeckte den "wissenschaftlichen Islam", der - im Gegensatz zur obskurantischen Ausgabe - akzeptabel sei.

Die vernichtende Niederlage des PAGS bei den ersten freien Wahlen, den Kommunalwahlen im Juni 1990, läutete den radikalen Kurswechsel gegenüber den Islamisten ein, welche die ärmeren Schichten für sich

gewonnen hatten. Die Anhänger der alten Linie des "wissenschaftlichen Islam" verließen daraufhin die Partei. Ab diesem Zeitpunkt wandte der PAGS sich gegen Wahlen überhaupt, weil das Land rückständig und für die Demokratie nicht reif sei. Er warnte lautstark vor der Gefahr des "religiösen Faschismus", biederte sich den nunmehr von ihm entdeckten "aufgeklärten" Eliten an und schreckte auch vor der Beschimpfung der Bevölkerung nicht zurück. Seit Anfang der neunziger Jahre setzt die Partei, die mittlerweile in MDS (Mouvement démocratique et social) umbenannt ist und kaum noch reale Bedeutung besitzt, auf die Perspektive einer Modernisierungsdiktatur, die zu einem "normalen Kapitalismus" anstelle von Ölrentenwirtschaft und Unterentwicklung führen solle. Jener werde dann auf längere Frist hin eine bürgerliche Demokratie automatisch mit sich bringen.

Zu sozialen Fragen fällt den Ex-Realsozialisten schlichtweg nichts mehr ein. Sie haben - unter dem Vorwand, alle anderen Programmpunkte seien dem Aufhalten des Islamismus bedingungslos unterzuordnen - jegliches gesellschaftliche Projekt aufgegeben und müssen heute als Karikatur einer politischen Kraft erscheinen, da sie sich völlig im Schlepptau der regierenden Oligarchie befinden. Unterdessen haben andere Teile der Linken den exakt entgegengesetzten Fehler begangen und sich hemmungslos den Islamisten angebiedert. Dies gilt in Algerien beispielsweise für den Parti des travailleurs (PT, Arbeiterpartei). Es handelt sich um eine kleine Organisation, die sich auf den Trotzkismus bezieht, aber durch ihre Präsidentschaftskandidatin Louisa Hanoun - immerhin die erste Frau, die sich um dieses Amt beworben hat - weit über ihre reale Bedeutung hinaus bekannt geworden ist. Der PT gehört, ebenso wie unter anderem die völlig abgewrackte Ex-Staatspartei FLN bzw. deren islamo-nationalistischer Flügel, zu den Unterzeichnern des Contrat de Rome. Dieses Abkommen, das am 14. Januar 1995 in der römischen Kirchengemeinde San Egidio unterzeichnet wurde, sieht die Machtteilung eines Teils der politischen Klasse und der Armee mit den Islamisten vor - wurde aber vom damals dominierenden Teil der Armee zurückgewiesen.

Zwar haben andere Teile der Linken, etwa der ebenfalls trotzkistische PST (Parti socialiste des travailleurs - Sozialistische Arbeiterpartei) unter Chawki Salhi, sich ihre Unabhängigkeit sowohl gegenüber den Eliten als auch dem Islamismus bewahrt. Sie sind jedoch in der momentanen Situation weit davon entfernt, eine breite gesellschaftliche Bewegung zu repräsentieren.

Massaker für Gott und die Bandenkasse

Das Dilemma der algerischen Linken stellte sich zwar während der Jahre des Bürgerkriegs in zugespitzter Form dar. Es lässt sich aber in seiner Grundkonstellation auf die Linke anderer Länder der Region übertragen, und die meisten dortigen kommunistischen oder Linksparteien fanden sich auf einem der beiden Pole wieder: Entweder als jeglicher Vorstellung von sozialer Opposition beraubter Wurmfortsatz (vermeintlich) modernistischer Eliten, oder aber als faktische Hilfstruppe der Islamisten.

Zwei weitere Faktoren trugen zum Durchbruch des Islamismus als politische Kraft bei, als das Einparteienregime des FLN unter dem Eindruck der Jugendrevolte im Oktober 1988 zusammenbrach: Die explosionsartige Zunahme des Rassismus im Frankreich der achtziger Jahre und die Politik der Grenzschließung, welche die Emigration nach Frankreich unmöglich machte. Damit war ein Ventil geschlossen, durch das der algerische Staat bisher innenpolitischen Druck hatte ableiten können. Zweitens war es der zweite Golfkrieg Anfang 1991, den das algerische Publikum - wie das in anderen Ländern der sog. Dritten Welt - als feiges Zusammenbomben einer muslimischen Zivilbevölkerung erlebte. Der Kreis mit der eigenen kollektiven Erinnerung an die französischen Kolonialmassaker schien sich so zu schließen.

Eine ähnliche Rolle als "mobilisierender Mythos" (um mit Georges Sorel zu sprechen, einem Theoretiker des französischen Präfaschismus im frühen 20. Jahrhundert) hatte in den achtziger Jahren der islamistische Guerillakrieg gegen die sowjetische Armee in Afghanistan gespielt. Bei allen Unterschieden der dortigen Konstellation - für die Rezeption in den meisten arabischen und/oder muslimischen Ländern waren die Ähnlichkeiten in der Form zwischen ihrer kollektiven Erinnerung an die Kolonialkriege und dem sowjetischen Eingreifen entscheidend. Auch wenn die Sowjetunion objektiv jene Kräfte stützte, die in Fragen wie der Beteiligung der Frauen am öffentlichen Leben weitaus moderner und aufgeklärter waren als die Parteien der islamistischen Opposition - ihre brutale und autoritäre Intervention erfolgte vorrangig aus sowjetischen Staatsinteressen. Jene Freunde der autoritären Linken jedenfalls, die nunmehr meinen, nachträglich die Unterstützung des sowjetischen Militärs in Afghanistan mit der heutigen Situation rechtfertigen zu können (so Tjark Kunstreich in konkret 11/2001: die Sowjetunion sei zu any means necessary berechtigt gewesen) sollten

nicht vergessen, dass zehn Jahre sowjetische Präsenz jedenfalls Teil jener Geschichte sind, die zu der heutigen Kräftekonstellation beigetragen haben. Dieses Jahrzehnt hat das spätere Geschehen nicht nur nicht verhindert, sondern auf seine Weise mit dazu beigetragen, die - äußerst brutalen - islamistischen Guerillagruppen als vermeintliche Widerstandskämpfer gegen eine Unterdrückung in quasi-kolonialer Tradition zu legitimieren. Und dies nicht nur in Afghanistan, sondern weit über dessen Grenzen hinaus.

Hauptfeind ist der "ungläubige" Muslim

Insgesamt wird die Zahl der Freiwilligen aus arabischen Ländern, die in Afghanistan gegen die Sowjets kämpften, auf 10.000 geschätzt - eine ansehnliche Kraft, aber auch wieder keine alles mitreißende Massenbewegung. Zwischen 2.000 und 3.000 kamen aus Algerien. Als 1989 die sowjetische Armee schließlich abzog und in den darauf folgenden beiden Jahren erst die realsozialistischen Staaten in Ost- und Südosteuropa, dann auch die UdSSR selbst zusammenbrachen, glaubten viele der Ehemaligen, sie selbst hätten diesen "historischen Sieg" errungen. Eine gnadenlose Selbstüberschätzung, aber Kriege im Namen der Religion stehen nunmal selten im Zeichen vernünftiger, materialistischer Analyse. Den politischen Islamismus in seiner härtesten Variante versetzte dieser "Triumph" geradezu in Euphorie. In Algerien bildeten die durch den Krieg brutalisierten Rückkehrer aus Afghanistan das Rückgrat der militanten Strukturen des Islamismus.

Zu Anfang der neunziger Jahre bildeten sich am Rande und im Umfeld der islamistischen Massenbewegung in Gestalt des FIS eine Reihe mehr oder minder auf eigene Faust handelnder "islamischer Milizen" heraus, die das "Sittengesetz" notfalls gewaltsam durchzusetzen versuchten. Denn der innerste Kern des politischen Islamismus besteht aus dieser Idee: das "natürliche Wesen" der islamischen Gesellschaft, das durch die modernen Formen des Zusammenlebens in Frage gestellt ist, wenn nötig durch Zwang und Druck auf das Individuum wieder herzustellen. Im Regelfall bedeutet das: einschließlich körperlicher Züchtigungsstrafen. Sämtliche Umwälzungs- und Verwerfungserscheinungen in der Gesellschaft, von der Massenarmut bis zur Frauenemanzipation, werden so über einen Kamm geschoren und als Ausdruck einer Art "Überfremdung" aufgefasst. Matthias Küntzel hat insofern recht, wenn er in konkret 11/2001 darauf beharrt, beim Islamismus handele es sich um eine "moderne Revolte", und nicht um eine Wiederkehr verschütteter Tradition. Aber er irrt, wenn er - den deutschen Nationalsozialismus in die islamistischen Bewegungen hineinlesend - den Antisemitismus als zentralen Motor dieser Massenbewegung beschreibt. Im Zentrum der islamistischen Ideologie, als Inbegriff des Negativen, steht nicht "der Jude" oder ein anderer Glaubensfeind. (Auch wenn natürlich chauvinistische Elemente - die aber eher noch dem mittelalterlichen, christlich geprägten Judenhass gleichen als dem "modernen" rassebiologischen Antisemitismus in Europa - sowie auch Versatzstücke einer Weltverschwörungstheorie unter den AnhängerInnen islamistischer Massenbewegungen mit in den Ideologiebrei einfließen.) Der Ausdruck des Negativen schlechthin aber ist der Muslim, der von seinem Glauben abgefallen ist und dadurch die tiefe Krise "seiner" Gesellschaft mitverschuldet hat.

In den Jahren 1990/91 - parallel zum Aufstieg des FIS als Wahlpartei - häuften sich so die Angriffe der "Tugendwächter"-Milizen, die etwa der Prostitution verdächtigte Frauen oft tätlich angriffen. Dabei gab es bereits am 22. Juni 1989 im südalgerischen Ouargla den ersten Mord: Eine Frau, die der Prostitution bezichtigt wurde, erlitt schwere Verbrennungen, nachdem ihre Behausung angesteckt worden war, während ihr vierjähriges Kind in den Flammen starb.

Zugleich war der Islamismus jedoch in Algerien niemals völlig hegemonial - große Teile der Bevölkerung kennen die Vorzüge des europäischen Lebens, dank des französischen Fernsehens, der Präsenz einer bedeutenden "community" in der Emigration in Frankreich und auf Grund der vielfältigen Verflechtungen beider Gesellschaften. Bei den Parlamentswahlen, die um den Jahreswechsel 1991/92 zwischen dem ersten und dem zweiten Wahlgang abgebrochen wurden, erhielt der FIS insgesamt 3,2 Millionen Stimmen, bei 13,5 Millionen Wahlberechtigten - das sind deutlich weniger als 25 Prozent der Wahlberechtigten. Auf Grund des Mehrheitswahlrechts hätte die Islamistenpartei, die im ersten Durchgang 47 Prozent der Stimmen erhalten hatte (fast die Hälfte der Wahlbevölkerung hatte sich enthalten), freilich eine klare Mehrheit der Parlamentssitze erreicht. Und viele der FIS-Wähler stimmten zwar für die - in ihren Augen - einzige radikale Alternative zu den regierenden mafiösen Eliten, die von der Plünderung der (durch sie heruntergewirtschafteten) ehemals staatssozialistischen Ökonomie profitierten, nicht aber für die reaktionäre Utopie einer "gesundeten islamischen Gesellschaft". Freilich existierte auch ein ideologisch fundierter "harter Kern" der Bewegung.

Der "Sieg" in Afghanistan als Mythos

Mit dem Abbruch der Parlamentswahlen im Januar und dem Verbot des FIS im März 1992 begann eine Ära der Repression gegen die Aktivisten der islamistischen Bewegung. Das bewirkte jedoch zunächst das Gegenteil dessen, was man erreichen wollte: Die Bewegung wurde immer weniger kontrollierbar. An Stelle der politisch-ideologisch motivierten und strategisch handelnden Kader nahmen nunmehr junge Fanatiker aus den subproletarischen Wohnbezirken den Kampf in die Hand. Ab 1993 brach die Ära der selbst ernannten "Emire" (islamischen Befehlshaber) an, die über Mikroterritorien, oft sozial deklassierte Zonen, herrschten und einen "Heiligen Krieg" auf eigene Faust zu führen begannen.

Zwei nicht total entgegengesetzte, aber doch auseinander strebende Logiken prägten ab 1993/94 die islamistische Gewalt, die das Land mit Blut zu überziehen begann. Auf der einen Seite stand die Strategie einer aus dem FIS entstandenen Guerilla, deren wichtigste Vertretung die "Islamische Rettungsarmee" AIS bildete und die das Ziel einer politischen Machteroberung verfolgte. Auf der anderen Seite fand man eine Anzahl selbstständig operierender Guerillagrüppchen, deren wichtigste alsbald die "Bewaffneten Islamischen Gruppen" GIA waren und die sich oftmals um Afghanistan-Rückkehrer herum bildeten. Diese Gruppen hatten einen Doppelcharakter: den von extrem gewalttätigen religiösen Sekten, die auch solche Teile der Bevölkerung für "ungläubig" und todeswürdig erklärten, die nicht für sie zahlen wollten - und andererseits den von Banden, die eine besonders brutale Form der räuberischen Aneignung betrieben. Die Selbstlegitimierung durch die "heilige Sache", die kraft Berufung auf göttlichen Willen keinerlei Widerspruch dulden konnte, rechtfertigte eine Raub-, Plünderungs- und Aneignungsökonomie, die - im Kontext einer Anfang der neunziger Jahre zusammenbrechenden Ökonomie - den Rücksichtslosesten das Überleben auf Kosten des Rests sichern sollte.

Islamistische Machtübernahme nicht in Sicht

Vor allem das Vorgehen der zweitgenannten Gruppen führte bis 1995/96 dazu, dass die islamistischen Guerillabewegungen den allergrößten Teil der zuvor genossenen Unterstützung wieder verloren - anfangs hatten Teile der Bevölkerung in ihnen eine Art kollektiven Robin Hood gesehen, einen Rächer der Entrechteten. Die großen Kollektivmassaker des Sommers 1997 sind die logische Konsequenz dieses Prozesses: Die materielle Basis ihres Kampfes zunehmend einbüßend, entschieden sich vor allem die GIA - die mittlerweile den größten Teil der autonom operierenden Terrorgruppen aufgesogen hatten - für eine blutige Flucht nach vorn. Die eher im Sinne einer politischen Logik operierenden Gruppen gaben teilweise auf; so schloss die AIS im Frühherbst 1997 einen Waffenstillstand mit dem Staat.

Was nicht bedeutet, dass letztere Gruppen keinen Anteil an den Massakern der neunziger Jahren trügen. Einerseits hatte der in der Illegalität operierende FIS-Apparat sich mitunter der GIA bedient, wenn es ihm nützlich schien. So im August 1994: Damals hatte die Staatsführung einen Teil der inhaftierten FIS-Direktion freigelassen und eine Verhandlungsphase eröffnet. Der oberste FIS-Chef Ali Benhadj wurde aus der Haft in eine überwachte Residenz verlegt. Doch sechs Wochen später fand man bei dem getöten GIA-Führer Scherif Gousmi einen Brief von Ali Benhadj, in dem es hieß, die Gruppen sollten auf jeden Fall "den Druck aufrecht erhalten". Seitens des FIS wurde die Echtheit des Dokuments nie bestritten. Im Oktober 1994 war die Gesprächsphase beendet. Zum anderen hat auch die parteinahe AIS, wenngleich sie weniger flächendeckend ZivilistInnen mordete als etwa die GIA, in den von ihr kontrollierten Zonen hinreichend bewiesen, dass sie der Bevölkerung nichts als rigide, ideologisch motivierte Verbotsmaßnahmen und Strafdrohungen zu bieten hatte.

Die Erfahrung mit beiden Varianten des bewaffneten Islamismus hat jedenfalls zur Abwendung der Bevölkerung geführt. Das Ziel einer Machtübernahme in gewaltsamer Form ist auf absehbare Zeit gescheitert (auch wenn eine Reihe islamistischer Banden nach wie vor aktiv ist - ihr Treiben kostete im Jahr 2000 insgesamt 9.000 Tote). Das bedeutet jedoch nicht, dass der politische Islamismus die Auseinandersetzung für immer verloren hätte. Denn erstens bleibt der gesellschaftliche Nährboden, auf dem die Zustimmung zur islamistischen "Alternative" gedeihen konnte: Armut und Perspektivlosigkeit sind in den letzten beiden Jahren eher gewachsen. Zweitens will die regierende Oligarchie, statt einen klaren Trennungsstrich zu ziehen, Teile des politischen Islamismus in das offizielle Politikgeschäft einbinden, so weit diese auf revolutionäre Demagogie verzichten - so in Gestalt der angeblich gemäßigten Partei Hamas/MSP. (2) Und zum Dritten bleibt die Möglichkeit einer linken, sozialen Alternative bisher noch in weiter Ferne, auch wenn deren Möglichkeit mit

den - einstweilen stecken gebliebenen - Revolten des Frühsommers 2001 (vgl. ak 452) erstmals wieder aufgeschienen ist.

Bernhard Schmid

Anmerkungen:

1) Die in manchen Medien übliche Bezeichnung "Heilsfront" ist eine zu wörtliche, den Sinn verfälschende Übersetzung.

2) Das französische Kürzel MSP steht für "Bewegung für eine Gesellschaft des Friedens". Doch diese Namensgebung ist nichts als ein Trick. Die Partei des Scheichs (geistlichen Würdenträgers) Mahfoud Nahnah - ein prominentes Mitglied der Internationale der "Muslimbrüder" - hieß früher Hamas, das bedeutet auf Koranarabisch "Der Eifer". Da die algerische Verfassung von 1996 in der Theorie religiöse Parteien verbietet, während sie gleichzeitig den Islam zur Staatsreligion erhebt, musste die Partei damals ihren klar islamistischen Namen ändern. Doch die neue Parteienbezeichnung lautet, auf algerisches Arabisch übersetzt, el-Harekat el-Mujemaati el-Slim; abgekürzt ergibt das... HMS, gesprochen Hamas. Die Partei geht auf erzkonservative muslimische Kreise zurück, die bereits seit den 60er Jahren gegen die Modernisierung des Landes, gegen Bodenreform und Elektrifizierung opponierten. Ihr Diskurs unterscheidet sich in "moralischen" Fragen kaum von jenem des FIS, doch besitzt sie bei weitem nicht dieselbe Fähigkeit wie die verbotene Partei, durch soziale Demagogie als Verkörperung einer "radikalen Alternative" zu erscheinen und die soziale Revolte zu ihren Gunsten zu kanalisieren.

9. Rot-Grün: "Drei Kriege in drei Jahren". Interview mit Tobias Pflüger

Autor: Boris Kanzleiter · Rubrik: Außenpolitik der BRD; Interventionspolitik und Kriege; SPD; Grüne (und Vorläufer) · CD-Datei: daten/aksuche/ak457/43.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:457:43

Den "langanhaltenden Krieg gegen den Terrorismus" nutzt die rot-grüne Bundesregierung, um den Aufstieg Deutschlands zu einer führenden Militärmacht zu beschleunigen. In unserem Interview befragen wir Tobias Pflüger von der Informationsstelle Militarisierung aus Tübingen zu seiner Einschätzung der Politik der Bundesregierung und den Problemen der Friedensbewegung, auf die Militarisierung der Außenpolitik zu reagieren.

Die Afghanistan-Konferenz auf dem Petersberg war ein großer Erfolg für die deutsche Außenpolitik. US-Außenminister Colin Powell hielt es nach ihrem Abschluss sogar für möglich, dass Deutschland einen anstehenden UN-Afghanistan-Einsatz anführen könnte. Verläuft die Etablierung Deutschlands zu einer veritablen Militärmacht momentan eher über die UN als über die EU und die NATO?

Tobias Pflüger: Die zentrale Frage ist nicht, über welche internationale zwischenstaatliche Organisation (NATO, EU, UNO etc.) der Aufstieg Deutschlands zur neuen militärischen Mittelmacht, zu einer neuen Weltmacht erfolgt. Die Bundesregierung nutzt alle Möglichkeiten zur Etablierung deutscher Einflussnahme, es werden alle Register gezogen, die möglich sind. Gerhard Schröder erklärte am 11.10. im Bundestag mit Blick auf die zurückliegende Zeit, als Deutschland sich nicht an vorderster Front an Militäreinsätzen beteiligte: "Diese Etappe deutscher Nachkriegspolitik ... ist unwiederbringlich vorbei". "Ein weiter entwickeltes Selbstverständnis deutscher Außenpolitik" heiße "auch militärisch für Sicherheit zu sorgen." Joschka Fischer sagte am gleichen Tag: "Anders als zu Zeiten des Kalten Krieges bedeutet Friedenspolitik in der einen Welt im 21. Jahrhundert internationale Ordnungspolitik." Und: "Das Militärische steht jetzt sehr stark im Vordergrund." Und Rudolf Scharping meinte in Bezug auf Mittelasien: "Wir wissen doch alle, dass zum Beispiel die weltwirtschaftliche Stabilität und die weltwirtschaftliche Sicherheit von dieser Region sehr stark beeinflusst werden können, von jener Region, in der 70 Prozent der Erdölreserven des Globus und 40 Prozent der Erdgasreserven des Globus liegen." Die Bundesregierung redet derzeit Klartext. Die Bedeutung der Kriegsermächtigung vom 16.11. ist vielen noch nicht klar: Darin heißt es: "Die Beteiligung mit deutschen Streitkräften an der Operation Enduring Freedom ist zunächst auf zwölf Monate begrenzt." Und weiter: "Einsatzgebiet ist das Gebiet gemäß Art. 6 des Nordatlantikvertrags, die arabische Halbinsel, Mittel- und Zentralasien und Nord-Ost-Afrika sowie die angrenzenden Seegebiete. Deutsche Kräfte werden sich an etwaigen Einsätzen gegen den internationalen Terrorismus in anderen Staaten als Afghanistan nur mit Zustimmung der jeweiligen Regierung beteiligen." Die Bundeswehr kann also auf einem Drittel des Globus für mindestens ein Jahr mit allen Optionen von der "humanitären Hilfe" bis hin zum Kampfeinsatz in den Krieg geschickt werden. Der Beschluss wird Stück für Stück umgesetzt: Die Bundeswehr übt im Iran, in Djibouti, im Oman, und wird teilnehmen an der UN-mandatierten Afghanistantruppe. Gerhard Schröder musste allerdings seine Machtambitionen ("Lead Nation") bzgl. Afghanistantruppe auf Anraten seiner Generalität wieder zurückschrauben.

Die Kriegsermächtigung ist tatsächlich "epochal", da muss ich Gerhard Schröder mal recht geben. Im Beschlusstext heißt es dazu, dies sei eine "Ermächtigung" des Parlaments an die Bundesregierung. Eine Ermächtigung an die Bundesregierung lehnen wir ab, auch und besonders aus historischen Gründen! Die Friedensbewegung wird alles tun, damit diese Kriegsermächtigung nicht umgesetzt wird!

Die zentrale Frage ist also, dass die Bundesregierung dabei ist, den weltpolitischen Aufstieg Deutschlands zu organisieren. Die Friedensbewegung kann und muss dazu klar sagen: Wir wollen keine neue Weltmacht Deutschland!

Die Friedensbewegung hat auf den 11. September zunächst schockiert reagiert. Dann regte sich Anfang Oktober mit zwei großen Demonstrationen in Berlin und Stuttgart Protest gegen die US-Bombardements auf Afghanistan. Jetzt ist weitgehend Funkstille. Worin liegt das Problem, eine prinzipielle Kriegsopposition zu entwickeln?

Wir alle wissen: Es bedarf eines breiten politischen Spektrums, um eine wirkungsvolle Opposition zu entwickeln. Gleichzeitig ist es notwendig, klare Positionen zu vertreten. Oft gibt es schwierigste politische Verwerfungen in örtlichen Friedensbündnissen. Je größer die Stadt, desto komplizierter die Antikriegs- und Friedensstrukturen. Es gibt sehr viele Gruppenegoismen. Zuerst die eigene politische Gruppe und dann die zentralen politischen Fragen. Inhalte müssen im Vordergrund stehen und nicht, welche Gruppe, Institution, Partei wo und wie das Sagen hat. Aber diese Gruppenegoismen sind auch irgendwie typisch deutsch. Manchmal wird in Bündnissen statt auf linke, antikriegsorientierte Gewerkschafter/innen und KirchenvertreterInnen als BündnispartnerInnen zu setzen, auf die Gewerkschaften und die Kirchen gesetzt. Aber Gewerkschaften und Kirchen als Gesamtorganisationen werden niemals etwas Grundlegendes gegen die rot-grüne Regierung tun.

Viele haben die Kriegsvertrauensfrage vom 16.11.2001 noch nicht verdaut. Leider ist bei vielen noch ein Bezug zu Rot-grün vorhanden. Örtliche integre SPD- und Grünen-Vertreter werden genannt dafür, dass ja mit Rot-grün weiter zusammengearbeitet werden müsste. Dabei ist klar: Spätestens wenn die Zustimmung zu einer Regierung Krieg bedeutet, kann und darf man/frau dieser Regierung z.B. in einer Vertrauensfrage nicht mehr zustimmen. Jugoslawien, Mazedonien, Afghanistan: Drei Kriege in drei Jahren Rot-grün sind drei Kriege zu viel. Entweder für den Krieg und die Regierung oder gegen den Krieg und die Regierung.

Ein Teil der Linken kritisiert den "Antiamerikanismus" der Friedensbewegung. Vermischt diese tatsächlich ein anti-amerikanisches Ressentiment mit der Kritik an der Politik der Bush-Regierung?

Was ist "Antiamerikanismus"? Was ist "Amerikanismus"? Hier gibt es ja durchaus eine Begriffsgeschichte, die sich nachzulesen lohnt und in der aktuellen Zeitgeschichte auch eine wiederholte (reaktionäre) Funktionalisierung des Begriffs "Antiamerikanismus" gegen Menschen, die Kritik an der Politik der US-Regierung übten. Wenn mit "Antiamerikanismus" gemeint ist, dass Menschen gegen "die USA an sich" sind und waren, dann das ist "Antiamerikanismus". Wenn allerdings damit eine Skepsis und Kritik an der Politik der US-amerikanischen Regierung gemeint ist, ist diese Kritik kein "Antiamerikanismus." Wer "Antiamerikanismus" schreit, übernimmt die Lesart von weiten Teilen der US-Regierung, die nach dem alten Muster "Wer nicht für uns ist, ist gegen uns" alle, die sich gegen die US-Kriegspolitik nach innen und außen berechtigter- und notwendigerweise wehren, als "Unterstützer der Terroristen" diffamiert; wörtlich hat dies im übrigen der US-Justizsenator John Ashcroft getan.

Ich stelle fest, dass es tatsächlich "Antiamerikanismus" gegen die USA gibt, in Teilen des linksliberalen Milieus, im Umfeld und bei den Neogrünen, bei SozialdemokratInnen, auch in Teilen der Friedensbewegung. Dort gibt es die Position, dass im Gegensatz zur US-Politik die Politik der EU oder Deutschlands vorzuziehen sei. Dass es so etwas gäbe wie gute Hegemonialmächte, also die EU und Deutschland, und schlechte wie die USA. Der übergroße Teil der Friedensbewegung setzt dem aber eine scharfe Kritik sowohl an der Politik der US-Regierung als auch an der bundesdeutschen Regierung entgegen. Leute wie ich stehen in der Friedensbewegung dafür, eine klare Kritik zu formulieren, sowohl an der Kriegspolitik der US-Regierung als auch an der rot-grünen deutschen Kriegspolitik.

Die "Linken", die "Antiamerikanismus" schreien, suchen doch nur nach Ausreden, warum sie den Terrorkrieg der USA, Deutschlands und anderer direkt oder indirekt, klammheimlich oder verschämt unterstützen oder hinnehmen. Dieser Terrorkrieg ist ein lang anhaltender Angriffskrieg der sogenannten "zivilisierten" Welt. Ein Krieg, in dem es um die "Verteidigung unserer Art des Lebens" (Scharping) durch einen brutalen Angriffskrieg (mit Splitterbomben und Benzinbomben) geht. Mich beschleicht manchmal das Gefühl, dass diese sogenannten "Linken", die nicht gegen diesen Krieg sind, sich eingerichtet haben in dieser "Zivilisation" und ihren Erungenschaften und dafür offensichtlich bereit sind das (ferne!) Töten von Menschen teils zu unterstützen oder vielfach hinzunehmen.

Es gibt eben sogenannte "Linke", die Krieg als Mittel der (herrschenden) Politik dann doch irgendwie nicht falsch finden. Die Eigendynamik des Militärischen, die Eigendynamik von Kriegen wird offensichtlich von manchen nicht erkannt. Andere Oppositionsbewegungen hier zu Lande müssen begreifen, dass alle anderen Themen ebenfalls auf die Kriegsfrage ausgerichtet werden. Stichworte: Aufrüstung im Innern, Asylpolitik, Antifa etc. Grundlegende Opposition gegen Kriegspolitik muss das zentrale Thema sein.

Der Friedensbewegung wird auch vorgeworfen, "antisemitisch" zu sein, weil sie verkenne, dass die Anschläge vom 11. September eigentlich Israel gegolten hätten.

Mit dem Vorwurf des "Antisemitismus" ist es teilweise so ähnlich wie mit dem Vorwurf des "Antiamerikanismus". Doch hier kommt noch eine weitere Problematik dazu. Im Moment sehen ja einige "Linke" überall "Antisemitismus". Auch "die Friedensbewegung" soll antisemitisch sein. Bestimmte Menschen haben in ihren Köpfen antisemitische Grundmuster und entdecken deshalb überall den Antisemitismus, auch in den Anschlägen auf das World Trade Center. Ich nenne das einen "philosemitischen Antisemitismus". Ein Beispiel dafür: Die von uns als Informationsstelle Militarisierung (IMI) und Winfried Wolf (PDS) herausgegebene und von vielen unterstützte Zeitung gegen den Krieg hat seit der ersten Nummer ein Titelblatt, auf dem ein Kapitalist, eine Fabrik, ein Offizier und viele Soldaten zu sehen sind. Wir bekamen eine Zuschrift, in der es hieß: "Unserer Meinung nach werden mit der Darstellung antisemitische Stereotype weitergegeben, da ein zigarreschmauchender und Zylinder tragender Mann in Anzug, auf dem ein Stern!!! zu erkennen ist, mit Geld auf einer Fabrik sitzt und die Arbeiter anweist, in den Krieg zu ziehen. Es wird der Anschein erweckt, dass er den Krieg angeordnet hat und der Militär in der Mitte des Bildes lediglich die Befehle des Kapitalisten ausführt. Wir sind uns darüber im Klaren, dass Kriege auch auf Grund einer wirtschaftlichen Lobby stattfinden, die aus Rüstungsindustrie, rüstungsnahen Betrieben und dem Militär besteht. Dies in einer Grafik zu thematisieren, ist legitim. In unserer Gruppe löste Euer Titelbild allerdings (und wir glauben nicht unbegründet) auch Assoziationen wie ‚jüdisches Finanzkapital` oder ‚jüdische Weltverschwörung` aus, weil die Darstellung antisemitische Stereotypen vom fädenziehenden Juden reproduziert." Aus unserer Antwort: "Der angebliche Stern ist keiner, sondern eindeutig eine Blume am Revers der schmucken Kleidung des Kapitalisten. - Außerdem (und das ist schon echt bemerkenswert): Die Blume hat fünf runde ‚Zacken`, der Judenstern hat bekanntlich sechs Zacken! - Im übrigen war der Judenstern ein Zeichen, das die NationalsozialistInnen Menschen aus der jüdischen Bevölkerung zwangsweise verschrieben haben. Der Judenstern war ein sechseckiger Stern aus zwei ineinander geschobenen schwarz umrandeten gelben Stoffdreiecken. In der Mitte stand die schwarze Aufschrift ‚Jude`. (...) Bei diesem Bild auf die Assoziation ‚jüdisches Finanzkapital` zu kommen, ist schon sehr frei in den Assoziationen. Bitte überprüft mal, warum Ihr auf diese Assoziation kommt. Könnte es vielleicht sein, dass wer bei diesem Bild auf diese Assoziation kommt, womöglich genau diese Stereotype im Kopf hat, die Ihr angebt?"

Ich meine, diese e-mail ist typisch für einen Teil der "Linken", das ist "philosemitischer Antisemitismus". Genau dieses Grundmuster fand sich in vielen Kritiken von bestimmten "Linken" an "der Friedensbewegung".

Bezüglich der Kriegsregion Israel/Palästina ist eine Debatte überfällig, die sich mit der Situation vor Ort beschäftigt und nicht so sehr mit der Befindlichkeit von Menschen hier. Insbesondere nötig ist eine Ende der strukturellen Gewalt in der Region. Es ist auch notwendig, sich für ein Ende der direkten Gewalt in Israel und Palästina einzusetzen. Ein Ende der direkten Gewalt zu fordern, bedeutet eine klare Kritik zu üben, an jedem Attentat von palästinensischer Seite und jedem Attentat israelischer Siedler oder des israelischen Staates, insbesondere der so genannten "Liquidierungen".

Webseite der Informationsstelle Militarisierung: www.imi-online.de

"Die Bundeswehr kann also auf einem Drittel des Globus für mindestens ein Jahr mit allen Optionen von der ‚humanitären Hilfe` bis hin zum Kampfeinsatz in den Krieg geschickt werden."

"Es bedarf eines breiten politischen Spektrums, um eine wirkungsvolle Opposition zu entwickeln. Gleichzeitig ist es notwendig, klare Positionen zu vertreten."

"Wer ‚Antiamerikanismus` schreit, übernimmt die Lesart von weiten Teilen der US-Regierung, die nach dem alten Muster ‚Wer nicht für uns ist ist gegen uns` alle, die sich gegen die US-Kriegspolitik nach innen und außen berechtigter- und notwendigerweise wehren, als Unterstützer der Terroristen diffamiert."

10. Dokumentation: Freilassung sofort! Petition an den 1. Strafsenat des Kammergerichts Berlin

Rubrik: Klassenjustiz, Repressionen · CD-Datei: daten/aksuche/ak457/17.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:457:17

Sehr geehrte Frau Vorsitzende Richterin, sehr geehrte beisitzende Richter!

Wir wenden uns mit einer Petition besorgter Bürgerinnen und Bürger an Sie.

Wir wenden uns an Sie, weil wir die Unabhängigkeit des Gerichts achten. Sonst hätten wir uns, wie dies das Petitionsrecht vorsieht (vgl. Art. 17 GG und analog in den Verfassungen der Länder), an den Petitionsausschuss des Deutschen Bundestages bzw. an den Petitionsausschuss des Abgeordnetenhauses zu Berlin gewandt. Wir wissen jedoch - und wir achten dies -, dass kein Petitionsausschuss, solange die Gewaltenteilung nicht faktisch grob verletzt würde, gegen die Unabhängigkeit der Justiz allgemein und in diesem Fall gegen das unabhängige Urteil von Ihnen vorgehen bzw. eine solche Petition überhaupt annehmen würde.

Unser Petitum ist jedoch so dringlich, unsere Irritation über das Verfahren gegen die angeblichen Mitglieder der längst aufgelösten RZ, dem Sie vorsitzen, so gravierend, dass wir uns, Bürgerinnen und Bürger der Bundesrepublik Deutschland, in deren Namen Sie Recht sprechen, direkt an Sie wenden. Wir ersuchen Sie in aller Form, unserem Petitum abzuhelfen. Wir setzen darauf, dass Sie sich umgehend erneut mit der Frage der Haftverschonung der Angeklagten befassen. Als Bürgerinnen und Bürger drängen wir Sie, die übermäßig lange und allen demokratisch-rechtsstaatlichen Strafverfahren entgegenstehende vorläufige Inhaftierung der Angeklagten umgehend auszusetzen. All die Gründe, die das Gericht und zuvor die Anklagebehörde aufgetischt haben, um die lange Untersuchungshaft zu begründen, sind nicht stichhaltig. Sollten Sie dennoch weiterhin an diesen Gründen festhalten wollen, ersuchen wir Sie, die angeblich dafür sprechenden Gründe im Rahmen des öffentlichen Strafverfahrens ausführlich klar und deutlich zu begründen. Sollten Sie die Untersuchungshaft nicht umgehend aufheben - oder überzeugend, wie unserem Wissen nach unmöglich, begründen - bestreiten wir Ihre Unabhängigkeit als Richterinnen und Richter und verlangen hilfsweise Ihren umgehenden Rücktritt. Nur dann könnten Sie weiteren Schaden vom grundrechtlich fundierten Rechtsstaat Bundesrepublik Deutschland abwenden.

Komitee für Grundrechte und Demokratie e.V.; "bis gleich ..." Initiative für Freilassung und gegen den § 129a; BUKO - Bundeskongress entwicklungspolitischer Aktionsgruppen

11. Zwei Jahre Justizskandal - und kein Ende. Im Berliner "RZ-Prozess" scheinen die Urteile schon seit März 2000 gefällt

Im Berliner "RZ-Prozess" scheinen die Urteile schon seit März 2001 gefällt

Autor: Initiative · Rubrik: Klassenjustiz, Repressionen · CD-Datei: daten/aksuche/ak457/15.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:457:15

Vor zwei Jahren, am 19. Dezember 1999, inszenierten die Bundesanwaltschaft (BAW) und das Bundeskriminalamt (BKA) ein wahres Großereignis. Das war auch bitter nötig, war doch das, was man da jagte, schon seit Jahren Geschichte. An diesem Tag durchsuchten an die 1.000 Beamte der Berliner Polizei und des Bundesgrenzschutzes (GSG 9) das Berliner Kultur- und Politikzentrum MehringHof. Gleichzeitig wurden eine Frau in Frankfurt am Main und zwei Männer in Berlin festgenommen. Seit über neun Monaten wird nun in diesem Zusammenhang im Saal 500 des Kriminalgerichts Moabit in Berlin gegen insgesamt vier Männer und eine Frau der Prozess gemacht.

Verhandelt wird gegen Axel Haug, ein Hausmeister des MehringHofs, Harald Glöde, Mitarbeiter der Forschungsgesellschaft Flucht und Migration, Matthias Borgmann, Leiter des Akademischen Auslandsamtes der Technischen Universität Berlin, Sabine Eckle, Frankfurter Galeristin, und ihren Ehemann, Rudolf Schindler. Sie sollen wegen Mitgliedschaft in den "Revolutionären Zellen" (RZ) und verschiedener Anschläge im Berlin der achtziger und frühen neunziger Jahre verurteilt werden, zu denen der Sprengstoffanschlag auf die Zentrale Sozialhilfestelle für Asylbewerber (ZSA) mit 5.000,- Mark Schaden vom Februar 1987 und ein misslungener Anschlag auf die Berliner Siegessäule vom Januar 1991 gehören. Das einzige "Beweismittel" in diesem Prozess ist ein Kreuzberger Karatelehrer, ein so genannter "Kronzeuge", dessen Erzählungen vom Hörensagen die Inhaftierungen auslösten.

Die Dauer des Verfahrens und sein bisheriger Verlauf sind die eine Seite dieses Justizskandals, die andauernde Untersuchungshaft - nachweislich ohne Flucht- oder Verdunklungsgefahr - die andere. Doch bereits die Vorgeschichte zu diesem Prozess hat es in sich, wie sich nun peu à peu herausstellt. Angefangen hatte alles mit einem Sprengstoffdiebstahl im März 1995 aus dem Keller des "Kronzeugen" Tarek Mousli. Als die Diebe ihren Fund zu Geld machen wollten - den zurückgelassenen Rest des Sprengstoffs will Mousli sofort nach dem Diebstahl in einem Wassergraben versenkt haben -, kam die Polizei ins Spiel. Sofort setzte das Landeskriminalamt (LKA) Berlin das BKA von dem Sprengstofffund in Kenntnis. Bei dem Sprengstoff handelte es sich um Gelamon 40, einen Sprengstoff, der seit 1987 bei mehreren RZ-Anschlägen verwandt worden war. Doch es geschah (angeblich) nichts. Also stellte das LKA im Rahmen des Ermittlungsverfahrens gegen Dieter S., der in Mouslis Keller eingestiegen war, eigene Recherchen über den Sprengstoff an. Die Auskunft des Herstellers aus der DDR, des VEB Schönebeck, ergab, dass der Sprengstoff, der mit einer entsprechenden Losnummer gekennzeichnet war, mit großer Wahrscheinlichkeit 1987 an so genannte Sonderbedarfsträger - also die Nationale Volksarmee (NVA) oder das Ministerium für Staatssicherheit (MfS) - ausgehändigt worden war.

Obwohl das LKA Berlin bereits 1995 den Fund an das BKA meldete, wollen BAW und BKA davon erst im November 1997 erfahren haben. Erst zu diesem Zeitpunkt beginnen angeblich ihre Ermittlungen. Dabei kamen sie zu dem Ergebnis, dass der Sprengstoff aus einem Einbruch bei der Firma Klöckner Durilit in Salzhemmendorf stammt. Ermittlungen im Herstellerwerk Schönebeck selbst wurden nicht angestellt. Unklar ist auch, warum das BKA drei Jahre verstreichen ließ, bis es nach eigenen Angaben die ersten Ermittlungen anstellte. Erklärungsbedürftig ist dies vor allem deshalb, weil man weiß, wie schnell die BKA-Maschinerie normalerweise bei einer solchen Meldung anspringt. Von dieser normalerweise sofort anlaufenden Maschinerie berichtete ein BKA-Beamter mittlerweile in der Hauptverhandlung auch sehr anschaulich. Um wenigstens etwas Licht ins Dunkel zu bringen, hat die Verteidigung inzwischen verlangt, die Ermittlungsakten zu den Aktivitäten des BKA seit 1995 beizuziehen, die bisher weder dem Gericht noch der Verteidigung bekannt sind.

Ungereimtheiten gibt es auch an anderer Stelle. Im Zuge der BKA-Ermittlungen fand sich die damalige Lebensgefährtin Mouslis, Karmen T., bereit, gegen ihren Freund auszusagen. Mousli, so machte sie vor der

Polizei deutlich, hatte ihr gegenüber zugegeben, für die Knieschüsse auf den damaligen Richter am Asylsenat des Bundesverwaltungsgerichts in Berlin, Dr. Günther Korbmacher, im Jahre 1987 verantwortlich zu sein: "Ich habe geschossen", so Mousli ihr gegenüber. Für diese Aussage, deren Glaubwürdigkeit weder vom BKA noch von der BAW in Zweifel gezogen worden war, wurde ihr 1999 das Zeugenschutzprogramm angeboten - zum Schutz vor Mousli und "seiner" RZ, denn mittlerweile wurde gegen ihn als "Rädelsführer" und damit "Kopf" der Berliner "Revolutionären Zellen" ermittelt. Und genau diesen Kopf versuchte Mousli sodann Stück für Stück aus der Schlinge der Bundesanwaltschaft zu ziehen - wie sich zeigen sollte, weitgehend mit Erfolg.

Unterschlagenes Beweismaterial ...

Denn die Aussage seiner damaligen Lebensgefährtin wurde fortan ignoriert. Mousli machte sich stattdessen zum vermeintlichen Informanten des BKA und wurde dafür im Dezember 2000 mit zwei Jahren auf Bewährung für einfache Mitgliedschaft in den RZ belohnt. Seitdem wird er monatlich mit 2.400,- Mark alimentiert - plus Pkw, Telefon und Spesen.

Seit März 2001 wird nun gegen die Angeklagten verhandelt. Zur Zeit kann jedoch das einzige "Beweismittel" nicht vernommen werden, weil zunächst unterschlagenes Beweismaterial gewürdigt werden muss. Aus einem Teil dieses Materials - insgesamt sind über 700 Stunden abgehörte Telefongespräche der Verteidigung und dem Gericht vorenthalten worden - geht bereits jetzt hervor, dass das BKA einer Zeugin, der letzten Freundin Mouslis, aufgetragen hatte, gegenüber dessen Anwalt so lange zu lügen, bis Mouslis Geschichte als "wasserdicht" galt. Frühestens im Januar 2002 kann auch sie erst vernommen werden, denn auch diese Anweisung zum Lügen befindet sich in dem unterschlagenen Material. So ist der Prozess bereits jetzt bis April 2002 terminiert und schickt sich offenbar an, dem Schmücker-Skandalprozess Konkurrenz zu machen.

All das ficht den 1. Strafsenat des Berliner Kammergerichts mit seiner Vorsitzenden Richterin, Gisela Hennig, nicht an. So wurde der Antrag der Verteidigung abgelehnt, das durch die Unterschlagungen in Schieflage geratene Verfahren so lange auszusetzen, bis eben dieses unterschlagene Beweismaterial gesichtet und ausgewertet werden kann. Ebenso wenig wurde den Anträgen entsprochen, die Gefangenen aus der Untersuchungshaft zu entlassen, obwohl für alle auf Grund familiärer Bindungen und beruflicher Integration von Fluchtgefahr nicht gesprochen werden kann. Das belegt bereits das Verhalten des in Frankfurt am Main angeklagten und im so genannten OPEC-Verfahren freigesprochenen Rudolf Schindler, der nach seinem Freispruch - schon mit der drohenden Anklage in Berlin konfrontiert - keinesfalls untertauchte und nun wieder inhaftiert ist. Auch ein weiterer von Mousli Beschuldigter, der seit Jahren in Kanada lebende und dort arbeitende Lothar Ebke, entzieht sich dort keinesfalls den Verfolgungsbehörden, was er durchaus könnte, denn dort ist er nicht inhaftiert worden.

... und sich überschlagender Verurteilungswille

Diese Verweigerungshaltung und insbesondere das offensichtliche Desinteresse des Gerichts nährt mehr als den Verdacht, dass es hier zu einer Verurteilung um jeden Preis kommen soll. Und tatsächlich lehnte auch der 2. Strafsenat des Berliner Kammergerichtes den Antrag auf Befangenheit des 1. Strafsenats rundheraus ab, ohne die von der Verteidigung vorgebrachten Argumente überhaupt zu prüfen. Dabei haben bereits die wenigen Auftritte Mouslis - bevor seine Vernehmung wegen des unterschlagenen Materials unterbrochen werden musste - mehr als deutlich gezeigt, dass seine "Erinnerungen" ebenso konstruiert und widersprüchlich sind, wie er offensichtlich das Gericht mehrfach belogen hat.

So ist seine Behauptung, Harald Glöde sei am Anschlag auf die ZSA beteiligt gewesen, nachweislich falsch. Harald Glöde hat ein Alibi. Er befand sich zu diesem Zeitpunkt im Polizeigewahrsam. Dass nach Mouslis Aussage Rudolf Schindler - in Begleitung von Sabine Eckle - bei den Knieschüssen auf den damaligen Chef der Berliner Ausländerbehörde, Harald Hollenberg, der Schütze der RZ gewesen sei, deckt sich ebenso wenig mit den Ermittlungsergebnissen. Das Opfer sprach von einer Frau, die geschossen habe. Die Beweisaufnahme vor Gericht ergab, dass Tatzeugen bereits vor 14 Jahren - also unmittelbar nach der Tat - Personenbeschreibungen geben konnten, die auf beide nicht zutreffen. Und bei Vorlage von Lichtbildern haben dieselben Tatzeugen die beiden nicht wiedererkannt, sondern andere Personen als Tatbeteiligte identifiziert. (Dass die vorgelegten Lichtbilder, die nach Auskunft eines Polizeizeugen bis 1999 noch vorhanden waren, heute unauffindbar sind, ist da nur ein weiteres Detail.) Angeblich will Mousli für diese Aktion

zusammen mit einem anderen RZ-Mitglied das Fluchtauto gestohlen haben. Doch tatsächlich ist das damalige Tatfahrzeug gekauft worden.

Ähnliche, höflich formuliert, Ungereimtheiten gibt es auch bei seinen Aussagen zum Anschlag auf Dr. Korbmacher. So haben zwei Zeugen das Tatfahrzeug, ein Motorrad, zwei Tage vor dem Anschlag am damaligen Kontrollpunkt Drewitz gesehen. Nach Angaben des Kronzeugen sei das Motorrad jedoch schon Wochen vorher nach Berlin gebracht worden. Und obwohl er angeblich alle Details der Aktion schildern kann, will er sich ausgerechnet nicht an den Fahrer des Motorrads erinnern können.

Am deutlichsten - und an sich schon ein Skandal - wurde das Lügen des Kronzeugen bei den beiden Durchsuchungen des Berliner Kultur- und Politikzentrums MehringHof, das Mousli als Sprengstofflager denunzierte. Mehr als 1.000 Beamte von Berliner Polizei und Bundesgrenzschutz (GSG 9) richteten bei der Durchsuchung Zerstörungen von über 100.000,- Mark an, fanden aber weder Waffen noch Sprengstoff. Auch eine zweite Durchsuchung, diesmal mit einer Videodirektschaltung unter Anleitung von Tarek Mousli, brachte weder Waffen noch Sprengstoff zu Tage. Wie sich jetzt herausstellte, sind aber in dieser Sache erneut Beweismaterialien, diesmal Videobänder, vom BKA unterschlagen worden - offenbar um zu vertuschen, dass Mousli keineswegs "zielgerichtet Angaben" gemacht hatte, sondern ein Sprengstofflager erst herbeifantasieren musste.

Initiative "bis gleich ..."

12. It's showtime

US-Gewerkschafterinnen zeigen Perspektiven

Autor: Frank John · Rubrik: USA · CD-Datei: daten/aksuche/ak457/03.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:457:03

"In den USA mussten die Gewerkschaften erst sterben und zur Einflusslosigkeit verdammt sein, bevor sie sich veränderten." Das erklärten die Gewerkschaftsaktivistinnen Kimi Lee und Valery Rey Alzaga bei einer Rundreise durch Deutschland. (1) Vor dem Hintergrund der US-amerikanischen Erfahrung stellten sie neue erfolgreiche Organisierungsstrategien von US-Gewerkschaften im Bereich illegalisierter MigrantInnen und prekär Beschäftigter dar.

Im Zentrum des Vortrages von Lee, Leiterin des "TextilarbeiterInnenzentrums" in Los Angeles, und Rey Alzagas, Organisatorin der Service Employees International Union (SEIU), stand der politische Schwenk des US-Gewerkschaftsdachverbandes AFL-CIO. Dieser fordert nach Jahren einwanderungsfeindlicher Politik nun die Amnestie und Legalisierung illegalisierter EinwanderInnen und setzt sich verstärkt für die Rechte geringbezahlter Beschäftigter ein. Der Kursschwenk hat in den letzten zwei Jahren in Deutschland verstärkt eine Anzahl von antirassistischen und gewerkschaftlichen Linken aufhorchen lassen. (vgl. ak 438) Mit Ken Loachs Film "Bread and Roses" ist die neue Basisbewegung im Herbst einem breiten Publikum bekannt geworden.

Gleich zu Beginn stellten die beiden Frauen klar, dass die Veränderungen, die sich unter anderem in der erfolgreichen Justice-for-Janitors-Kampagne ausdrückt, das Ergebnis einer lebensnahen und 15 Jahre andauernden Aktivität ist. "Janitors" sind die Reinigungskräfte in den USA. Die Justice-for-Janitors-Kampagne bewirkte zum einen eine gewerkschaftliche Organisierung bei den überwiegend Latino-ImmigrantInnen, setzte zum anderen Tariflöhne durch und stoppte das Lohndumping in diesem Bereich. Sie brachte die Frage von BürgerInnenrechten für irreguläre EinwanderInnen und ihre extreme Ausbeutung ins Bewusstsein der US-amerikanischen Öffentlichkeit.

Der neue Kurs musste gegen viele Widerstände durchgesetzt werden. In der US-Gewerkschaftsbewegung hatte es in den 80er-Jahren einen vehementen Streit darüber gegeben, ob Gewerkschaften eher Dienstleistungsunternehmen und Lobbyisten ihrer Mitglieder sein sollen oder vielmehr Organisationen, die sich für soziale Gerechtigkeit einsetzen. Hintergrund war der Mitgliederschwund und Niedergang des gewerkschaftlichen Organisierungsgrads. Dieser liegt in den USA liegt heute bei 14%, in den 80er-Jahren war er auf neun Prozent gefallen. Zum Vergleich: in der BRD sind es 37%.

"Gewerkschaften waren tot"

Umstritten in den US-Gewerkschaften war auch die Konzentration auf die traditionellen Industriezweige und die damit einhergehende Ignoranz gegenüber den vielen Niedriglohnjobs sowie gegenüber MigrantInnen im Dienstleistungsgewerbe. Die SEIU und andere Dienstleistungsgewerkschaften überwanden genau diese Ignoranz und entwickelten in den bisher vernachlässigten Bereichen eine aggressive Organisierungsstrategie. Sie warteten nicht länger darauf, dass die Leute zu ihnen kamen, sondern sie gingen zu den Orten, an denen die ArbeiterInnen leben und arbeiten. Statt Leute für Serviceleistungen der Gewerkschaft einzustellen, wurden verstärkt Gelder für AktivistInnen, Kampagnen und Klagen bereitgestellt.

Auch das amerikanische Arbeitsrecht wird genutzt. Es gibt zwar gesetzlich garantierte Mindestlöhne, doch wo immer möglich, werden diese unterboten. In Los Angeles betragen die Mindestlöhne außerdem nur drei bis vier Dollar pro Stunde. Kimi Lee berichtete von einer Filipina, die vor einigen Jahren aus einem Sweatshop (vgl. Kasten) flüchten konnte, in dem sie mit anderen Frauen für mehrere Jahre eingesperrt war. Trotz der illegalen Einreise konnten sie ihre Lohnansprüche durchsetzen. Das wäre zwar im Prinzip auch in der BRD möglich, doch ist die Person unmittelbar von Abschiebung bedroht bzw. muss aus dem Ausland klagen. Die amerikanische Praxis bietet da andere Möglichkeiten. Deutsche Gewerkschafter sagten auf den Veranstaltungen dazu, dass sie für solche Fälle ein Verbandsklagerecht fordern. Generell stellten Valery Rey Alzaga und Kimi Lee allerdings heraus, dass diese Gesetze wenig Wert haben, wenn ihre Einhaltung nicht vehement eingefordert wird und die juristischen Forderungen nicht von politischen Kampagnen begleitet werden.

Der wesentliche Schwenk stellt die Öffnung der Gewerkschaften für MigrantInnen ohne Papiere sowie die Orientierung auf andere soziale und politische Gruppen aus der Community- und der Bürgerrechtsbewegung dar. Kirchliche und studentische Gruppen spielen dabei eine große Rolle, wobei amerikanische Kirchen als Mitgliederkirchen, die sich von Spenden finanzieren, hohen Wert auf Organisierung und die Interessen ihrer Gemeinden legen. Ein Etappenziel ist dabei die Verständigung der neuen EinwanderInnengeneration aus Lateinamerika und Asien mit der alteingesessenen afroamerikanischen Bewegung, denn gerade diese Gruppen sind oft Konkurrenten auf dem Arbeitsmarkt.

Wie dies funktionieren kann, zeigt das TextilarbeiterInnen-Zentrum in Los Angeles. Es ist ein neues Projekt und wurde im Februar diesen Jahres gegründet. Die AktivistInnen verstehen sich ausdrücklich nicht nur als GewerkschaftInnen, sondern organisieren sich auf Stadtteil- sowie Communityebene. Eine landesweite Organisierung findet als multiethnisches Netzwerk statt mit Beschäftigten aus anderen geringbezahlten Branchen in einer Koalition für die Legalisierung und Amnestie der irregulären EinwanderInnen. Sie schlüpfen in eine Rolle, die die traditionellen Gewerkschaften größtenteils aufgegeben haben. Als eines der wenigen multiethnischen ArbeiterInnenzentren in den USA versucht es vor allem einen Brückenschlag zwischen asiatischen und lateinamerikanischen ArbeiterInnen, die in Sweatshops arbeiten.

Im "Leadership" sehen die beiden Gewerkschaftsaktivistinnen aus den USA ein weiteres wichtiges Element der neuen Basisorientierung. Ein Begriff, bei dem manche ZuschauerInnen meinten, sich verhört zu haben, und nachfragten. Aber er bezeichnet ein zentrales Organisationsprinzip, das sowohl in der Gewerkschaft als auch den Communities angewendet wird. Vereinfachte deutsche Übersetzungen wären "Hilfe zur Selbsthilfe" oder "Anregung zur Selbstorganisation". Jedoch zielt diese Methode auf eine möglichst basisorganisierte und umfassende Struktur, in der die Leute als Individuen den Mut, das Vertrauen und die Fähigkeit zum Kämpfen gewinnen.

"Traut euch, übernehmt Verantwortung!"

Darum werden Bildungs- und Schulungsprogramme mit den Schwerpunkten Selbstorganisierung und Allgemeinbildung durchgeführt. In diesen Trainings und bei der Organisierung vor Ort werden auch die Ziele einer Kampagne oder eines Streiks vorgestellt und diskutiert. Sowohl in der Gewerkschaft als auch im TextilarbeiterInnenzentrum wird großer Wert auf die Interessen und Bedürfnisse der Betroffenen gelegt. Oft sind Streiks oder ein Boykott in kleinen Betrieben nicht unbedingt erwünscht, da dabei in der Regel die Leute bloß rausfliegen. Eher werden die großen Profiteure ins Visier genommen wie die namhaften und einflussreichen Bekleidungsunternehmen, die mit den niedrigen Produktionskosten kalkulieren. Es kann auch Investmentgesellschaften, Kanzleien u.a. Büroetagennutzer treffen, die Extraprofite mit billigen Reinigungskräften machen oder dementsprechend günstigere Büromieten haben. Sie sollen zum Einlenken gezwungen und zur Verantwortung gezogen werden, indem sie die neuen Tarife oder Arbeitsbedingungen bei ihren Subunternehmen bezahlen und einhalten.

Von deutschen Zustände erzählt eine kleine Episode aus der Tourvorbereitung. Der Verleih von "Bread and Roses" hatte im Vorfeld des Filmstarts wegen einer Janitors-Rundreise in gewerkschaftlichen Kreisen angefragt. Ergebnis: keine Finanzierung möglich. Am Rande von Veranstaltungen und auf einer Tagung der Rosa-Luxemburg-Stiftung in Hamburg Anfang November zum Thema "Bündnisse der Arbeit? Gewerkschaften - Migration - Frauen" meinten dann einige GewerkschafterInnen, das hätte man anders einfädeln können. Auf dem diesjährigen Gewerkschaftstag der IG BAU lief der Film als Preview, im Dezember wurde in Hamburg eine Filmvorführung ausdrücklich für Reinigungskräfte veranstaltet.

Auf der Tagung gab es einige Kontroversen betreffs der Gewerkschaftskampagnen gegen die illegale Beschäftigung, die allzu oft die irregulären ArbeiterInnen treffen. Manchmal werden die Razzien auch von Unternehmen instrumentalisiert, um den Lohn einzubehalten, wenn die Illegalisierten abgeschoben sind. So braucht sich kein Gewerkschaftsfunktionär wundern, wenn Arbeiter weglaufen, sobald er die Baustelle betritt, bzw. ihm keine Informationen gegeben werden. Der Streit um die Rolle der Gewerkschaften existiert hier selbstverständlich genauso wie in den 80er-Jahren in den USA. Vertreter des AK Migration, der sich in der Hamburger ver.di gegründet hat, kritisieren entschieden die Ignoranz gegenüber Arbeitslosen und MigrantInnen. Obwohl viele in Gewerkschaften organisiert sind, in manchen Sektoren über 50%, findet das keine Entsprechung bei den Funktionären und in der politischen Tätigkeit. Die US-amerikanische Erfahrung kann da helfen.

Frank John

Anmerkung:

1) Kimi Lee und Valery Rey Alzaga tourten vom 23. bis 28.10.2001 durch Erfurt, Frankfurt, Dortmund, Hamburg, Göttingen und Berlin und beeindruckten ungefähr 400 VeranstaltungsbesucherInnen. Hintergrund war das Make World Festival Ende Oktober in München. Dort wurde eine Vielzahl von Veranstaltungen mit den Leitlinien "Labor without borders", "open source and virtual borders" und "under global construction" mit TeilnehmerInnen aus aller Welt durchgeführt. http://make-world.org

Sweatshops

Es gibt keine rechtliche Definition oder gute Übersetzung für den Begriff Sweatshop. Aber eine gebräuchliche Definition besagt, dass ein Sweatshop eine Werkstatt ist, in der ArbeiterInnen extremer Ausbeutung ausgesetzt sind. D.h. kein Mindesteinkommen, keine Sozial- und Krankenversicherung, elende Arbeitsbedingungen, Unternehmerwillkür wie Beleidigung und Schläge. Das Wort Sweatshop wurde im 19. Jahrhundert üblich, um ein System von Subunternehmern zu beschreiben, in dem diese ihren Profit erzielten durch die Marge zwischen dem Geld, das sie vom Generalunternehmer erhielten und dem, was sie ihren Angestellten auszahlten. Die Marge wurde von den ArbeiterInnen sozusagen ausgepresst/ausgeschwitzt ("sweated").

Los Angeles gilt mit ungefähr 140.000 Beschäftigten in diesem Bereich als Sweatshop-Hauptstadt der USA. Meistens handelt es sich um Textilwerkstätten mit fünf bis 20 Beschäftigten. Sie müssen meist bei großer Hitze mit langen Arbeitszeiten und kaum Pausen arbeitet. Die Textilindustrie funktioniert wesentlich auf der Basis von Subunternehmen, die einer Pyramide ähnlich verschiedene Produktionsstufen bilden. Ganz unten die Sweatshops. Oft sind sie familiär oder ethnisch strukturiert; viele Beschäftigte sprechen kein Englisch. Dadurch ist ein Austausch über Lebens- und Arbeitsbedingungen selten. Denn Angestellte aus chinesischen, vietnamesischen oder lateinamerikanischen Kolonnen erzählen aus Angst, Vorurteilen oder Stolz den "fremden" ArbeiterInnen nichts oder wenig voneinander, und es gibt keine gemeinsame Sprache als Verständigungsmöglichkeit. "Ein chinesischer Arbeiter wird vor einem mexikanischen Kollegen nicht über seinen chinesischen Boss schimpfen. Ja, nicht mal vor einem chinesischen Kollegen, falls der nicht zur Familie gehört", beschreibt eine Sweatshop-Arbeiterin die Funktion ethnischer Spaltung.

Das TextilarbeiterInnenzentrum in Los Angeles verteilt sein Informationsmaterial auf Chinesisch, Vietnamesisch, Thai, Spanisch und Englisch. Für AnalphabetInnen sind dementsprechende Comics gezeichnet worden. Über eine Hotline ist es für ArbeiterInnen möglich auch anonym Kontakt aufzunehmen.

Infos: www.sweatshopwatch.org

13. Die Weltwirtschaft in der Krise

von Winfried Wolf

Autor: Winfried Wolf · Rubrik: Imperialismus und Weltwirtschaft · CD-Datei: daten/aksuche/ak457/11.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:457:11

Was die Lage der Weltökonomie bereits zum Zeitpunkt vor den Terroranschlägen in den USA und dem Krieg um Afghanistan so ernst machte, ist das Zusammenfallen von drei Krisenerscheinungen, bei denen unter normalen Bedingungen bereits jede für sich die Weltwirtschaft erschüttern kann. Erstens erleben wir zum ersten Mal seit 25 Jahren eine Situation, bei der sich alle drei großen kapitalistischen Wirtschaftszentren in einer Rezession befinden: Nordamerika, Japan und Westeuropa. Zweitens hat die Krise der japanischen Wirtschaft inzwischen eine besondere Qualität erlangt. Drittens schließlich gibt es eine neue Krise in Schwellenländern. Argentinien steht hier im Zentrum.

Die führende Ökonomie der Weltwirtschaft, die USA, befindet sich seit Ende 2000 in einer Rezession. Bis einschließlich Oktober 2001 sank die industrielle Produktion bereits 13 Monate in Folge. Sie lag im Oktober um 6,3% unter Vorjahresniveau. Das Bruttoinlandsprodukt stagnierte im 1. und 2. Quartal und war im dritten rückläufig. Damit ging der längste Boom, den die US-Wirtschaft nach dem Zweiten Weltkrieg erlebte, zu Ende. Auch wenn die Länge dieses Aufschwungs von knapp einem Jahrzehnt für den gegenwärtigen Kapitalismus ungewöhnlich ist, bleibt doch zur Entmystifizierung festzuhalten: Es gab auch in jüngerer Zeit in den USA ähnlich lange Boomphasen, so die neunjährige positive Konjunktur in der "Reagan-Ära" (1982-1990).

Im Fall dieser beiden Boomperioden existieren überzeugende Erklärungen für ihre jeweilige außergewöhnliche Länge. Der jüngste Boom beispielsweise wurde in erheblichem Maß durch die Ausweitung des Dienstleistungssektors und eine allgemeine Senkung der Lohnkosten befördert. In jedem Fall unterstreicht die neue Krise die grundlegende Aussage, dass sich die kapitalistische Ökonomie grundsätzlich in einer zyklischen Form - von Aufschwung über Boom zu Abschwung und Krise - bewegt.

Das neue Konjunkturtief in den USA zeigt Anzeichen dafür, dass es sich keineswegs um eine kurze Rezession handeln wird. So ist inzwischen ein Viertel der nominellen industriellen Kapazitäten nicht ausgelastet. Im Herbst 2000 waren es noch 85%. Seit Beginn der Rezession kam es zur Zerstörung von rund 1,5 Millionen industrieller Jobs. Bis Frühsommer 2001 konnte dies noch durch einen weiteren Anstieg der Jobs im Dienstleistungssektor und im Staatsbereich wettgemacht werden. Doch inzwischen hat der Beschäftigungsabbau auch den Dienstleistungssektor erreicht. Selbst in der "Zukunftsbranche" der Computerdienstleistungen sinkt inzwischen die Beschäftigtenzahl - erstmals seit 1988. Dazu kam es im Dezember zur größten Pleite in der US-amerikanischen Wirtschaftsgeschichte: der Energiekonzern Enron stellte mit einem Schuldenstand von 33 Mrd. US $ einen Insolvenzantrag.

Die US-amerikanische Regierung unter Bill Clinton und diejenige unter George W. Bush haben einiges getan, um den Marsch in die Krise zu verhindern. Sie wurden dabei unterstützt von der US-amerikanischen Zentralbank "Fed" unter ihrem Chef Greenspan, von dem der ehemalige US-Arbeitsminister Robert Reich treffend sagte: "Greenspan hat den wirksamsten Griff in dieser Stadt Washington - seine Hand um die Eier des US-Präsidenten."

Die gegenwärtige Rezession in der US-Wirtschaft findet statt

- trotz eines massiven Gegensteuerns durch die Fed, die seit Auftreten erster Krisenerscheinungen und bis Anfang Dezember 2001 zehn aufeinander folgende Zinssenkungen vornahm. Während der US-Zinssatz ("prime rate") im vergangenen Boom immer deutlich (um bis zu 1,75 Prozentpunkte) über demjenigen der Europäischen Zentralbank (EZB) lag, unterschritt er ab dem 18.4.2001 erstmals das EZB-Niveau.

- trotz massiver Steuersenkungen, die insbesondere die Unternehmen entlasteten und die unter der Präsidentschaft von Bill Clinton begonnen wurden und unter George Bush jun. beschleunigt fortgesetzt werden.

- trotz eines erneuten Anstiegs der Militärausgaben, insbesondere der Ausgaben für militärische Beschaffungen.

- trotz einer deutlichen Ausweitung der Beschäftigung im staatlichen Sektor exakt in derjenigen Periode, in der in der Industrie und dann im Dienstleistungssektor Jobs massenhaft vernichtet wurden. So liegt die Zahl der beim Staat Beschäftigten im Herbst 2001 um 150.000 über dem Vorjahresniveau.

All das bedeutet: Obgleich die Regierung Bush sich ideologisch dem puren Wirken der Marktkräfte verpflichtet sieht, wird gerade durch sie (und die Zentralbank) massiv gegengesteuert, um die Krisenerscheinungen abzumildern. Ohne diese "staatsinterventionistischen" Eingriffe wären die Auswirkungen der aktuellen US-Rezession nochmals deutlicher.

Japan vor der Depression

Die japanische Ökonomie galt bis Ende der achtziger Jahre als die dynamischste Wirtschaft im weltweiten Kapitalismus: Es gab keine Krisen, sondern nur Jahre mit niedrigen Wachstumsraten. In den neunziger Jahren begann eine neue Phase: Zunächst brachen die Börsenkurse und die Spekulation am Grundstücksmarkt ein. Dann kam es zum Ausverkauf von bisherigen industriellen Perlen an die ausländische Konkurrenz: Mazda ging an Ford, Isuzu und Suzuki an GM, Nissan an Renault, Mitsubishi an DaimlerChrysler. Schließlich kamen Krisen, Stagnation und Überschuldung.

Der entscheidende Grund für diesen Niedergang ist in der japanischen Ökonomie selbst zu suchen: Die Sonderfaktoren, die diesen langen Boom ermöglicht hatten, waren kontinuierlich abgebaut worden: Der abgeschottete japanische Markt wurde geöffnet; der jahrzehntelang existierende Produktivitätsvorsprung konnte von der Konkurrenz in den USA und in Westeuropa eingeholt werden; der japanischen Arbeiterklasse gelang es, ihren Lebensstandard anzuheben.

In der Konsequenz war die gesamte Periode 1991 bis 2001 von Stagnation, Rezession und kurzen Aufschwungsperioden bestimmt. Seit Sommer 2001 ist deutlich: Japan befindet sich erneut in einer Rezession. Im Oktober 2001 lag die industrielle Produktion bereits um 13% unter Vorjahresniveau. Im 2. und 3. Quartal war auch das Bruttoinlandsprodukt rückläufig. Es handelt sich um die dritte Rezession binnen eines Jahrzehnts. Die Erwerbslosigkeit in Japan erreicht inzwischen einen historischen Rekordstand. Allein von April bis Oktober 2001 verloren 1,7 Millionen Japanerinnen und Japaner ihren Arbeitsplatz. 5,5% offizielle Arbeitslosenquote - das gab es seit Jahrzehnten nicht. Der Anstieg der Erwerbslosigkeit wirkt sich auch deshalb sozial verheerend aus, weil die japanischen Arbeitslosen in 2001 insgesamt nur Hilfen in Höhe von 60% dessen erhalten, was ihnen im vorausgegangenen Jahr gezahlt wurde.

Die Obdachlosigkeit hat sich seit 1996 verdoppelt. Die wesentlichen Gründe für die wachsende Zahl von Selbstmorden sind Stress bei der Arbeit, Jobverlust und Angst vor dem Arbeitsplatzverlust.

Auch im Fall Nippon lässt sich sagen: Die Regierungen in Tokio haben viel unternommen, um den wirtschaftlichen Verfall zu stoppen. Das gilt auch für die neue Krise. Zu ihr kam es,

- trotz massiver neuer Konjunkturprogramme und einer nun ein Jahrzehnt andauernden keynesianischen - auf Pump finanzierten - Wirtschaftspolitik;

- trotz einer Nullzins-Politik, die die japanische Zentralbank "Bank of Japan (BoJ)" de facto seit vier Jahren verfolgt und trotz neuer finanzpolitischer Erleichterungen, welche die BoJ im Frühjahr 2001 beschloss;

- trotz einer neuen Regierung unter Koizumi, die erstmals seit vielen Jahren nicht nur die japanischen Konzerne und Banken, sondern auch die übergroße Mehrheit der Bevölkerung hinter sich weiß.

Die Krise der japanischen Wirtschaft ist bereits jetzt historisch einmalig. So liegt die japanische Industrieproduktion Ende 2001 unter dem Niveau des Jahres 1991. Im gleichen Jahrzehnt gab es drei Rezessionen, was die Periode faktisch zur zehnjährigen Stagnationsperiode macht. Bei den japanischen Konjunkturprogramme von in diesem Zeitraum addierten 800 Mrd. DM handelt es sich um die größten, die es in der Geschichte des Kapitalismus gab; dass sie dennoch keine Wirkung zeitigen, ist ein zusätzliches Zeichen für die Tiefe der Krise.

Die wichtigste Frage lautet heute nicht: Wann kommt in Japan der Aufschwung? Sie lautet: Gelingt es, den neuerlichen Absturz auf eine Rezession zu begrenzen. Oder kommt es zu einer Depression: einer lang anhaltenden Krise, zu einem Zusammenbruch des Finanzsektors und zu schwerwiegenden Folgen für die Weltwirtschaft.

Rezession in der EU und in der BRD

Anfang des Jahres 2001 rechnete die Europäische Kommission noch mit einem Jahreswachstum von 2,5 bis 3%. Inzwischen verzeichnete das Bruttoinlandsprodukt (BIP) der Eurozone im 2. und 3. Quartal eine Stagnation. Die industrielle Produktion in der EU - Großbritannien eingeschlossen - liegt zur Zeit deutlich im Minus. Am Ende dürfte das Jahr 2001 der EU ein Nullwachstum bringen und das Jahr 2002 von einer neuen Rezession geprägt sein.

Im wirtschaftlich wichtigsten EU-Land, der BRD, sind die Rezessionstendenzen besonders ausgeprägt. Die industrielle Produktion lag im Oktober 2001 um 2,5% unter Vorjahresniveau. Das BIP stagnierte im 2. und 3. Quartal. Dabei erweist sich bisher der Export noch als Konjunkturstütze. Die sich verallgemeinernden internationalen Rezessionstendenzen dürften bald zu einem Rückgang der Ausfuhren beitragen. Dies würde die deutsche Wirtschaft mit ihrer sehr hohen und im letzten Boom weiter gesteigerten Exportabhängigkeit an ihrer empfindlichsten Stelle treffen. Die Aufträge im Oktober 2001 lagen bereits um 8,2% unter Vorjahrsniveau (Inland: -6,9%; Ausland: -9,8%).

Finanzminister Hans Eichel hielt am 11. September 2001, wenige Stunden vor dem Einsturz des World Trade Centers, im Bundestag seine Eröffnungsrede zur Debatte um den Haushalt 2002. Seine entscheidende Botschaft lautete: "Ich bin der sparsame Hans und kann 1. sparen, 2. sparen und 3. sparen." Eichel begründete die für 2002 vorgesehenen, real stagnierenden staatlichen Ausgaben und die real rückläufigen staatlichen Investitionen mit einem Verweis auf Japan: Dort habe man versucht, mit Konjunkturprogrammen gegenzusteuern. Das habe nichts geholfen und nur zu einer enorm vergrößerten Verschuldung Japans geführt.

Nun ließe sich argumentieren, ohne diese Konjunkturprogramme sähe es in Japan noch düsterer aus. Vor allem aber muss ein Nein zu exzessiven Konjunkturprogrammen noch lange nicht heißen, dass die Staatsausgaben reduziert und eine Politik des Totsparens betrieben werden müsse.

Doch die SPD-Grünen-Regierung scheint vor lauter Sparwut keinen Blick zu haben für die Gefahren eines Absturzes der bundesdeutschen Ökonomie. Das wichtigste Versprechen der Regierung Schröder, die Erwerbslosigkeit bis zur Wahl 2002 deutlich unter 3,5 Millionen zu senken, wird bei dieser Politik und angesichts der Rezessionsgefahr nicht nur nicht eingelöst. Im August 2001 scheint vielmehr eine Trendwende stattgefunden zu haben: Erstmals seit April 1998 stieg die Erwerbslosenzahl gegenüber dem Vorjahr wieder an. Im November streifte sie bereits wieder die 4-Millionen-Marke, die im Dezember überschritten werden wird. Für das Wahljahr 2002 drohen monatliche Spitzenwerte von bis zu 4,5 Millionen. Selbst der Softwarekonzern SAP verkündete im Dezember 2001: "Alle ... Unternehmensfunktionen in allen Ländern müssen Maßnahmen einführen, um die variablen Ausgaben ... um 50% zu kürzen." Vieles spricht dafür, dass Schröder und seine Bundesregierung im Wahljahr mit einer Massenarbeitslosigkeit belastet sein werden, die an die Rekordwerte der Ära Kohl heranreicht.

Tatsächlich ist die SPD-Grünen-Regierung mit "ruhiger Hand" dabei, die größte Ökonomie Westeuropas zum "Marktführer" beim Weg in die weltweite Rezession zu befördern und damit die Gefahren für deren Umschlag in eine Weltwirtschaftskrise zu erhöhen.

Auch für die EU und für die Bundesrepublik Deutschland gilt: Diese Rezession zeichnet sich ab

- trotz einer erheblichen Ausweitung der Zahl der prekär Beschäftigten mit massiven negativen Folgen für die betroffenen Menschen und mit einer erheblichen Schönung der offiziellen Erwerbslosenzahlen;

- trotz massiver Steuersenkungen und Privatisierungen, wie sie von den neoliberalen Wirtschaftsexperten eingeklagt und als Voraussetzung für ein "verstetigtes Wachstum" genannt wurden;

- trotz ebenfalls mehrmaligen Zinssenkungen, die die Europäische Zentralbank seit Frühsommer 2001 vornahm.

Das Beispiel Argentinien

1997/98 gab es die schwere Krise der südostasiatischen "Tigerstaaten", von der später auch Russland und Brasilien erfasst wurden. Damals wurden die Zentren der Weltwirtschaft nur kurzzeitig von diesen Regionalkrisen negativ beeinflusst. Sie konnten die Krise der "Tigerstaaten" "wegstecken", weil es damals

keine Rezession in den USA oder Westeuropa gab und weil der Internationale Währungsfonds mit gewaltigen neuen Krediten den betroffenen Ländern half, eine Runde weiter zu kommen.

Seit Frühjahr 2001 erleben wir erneut das Aufbrechen einer solchen Krise in Schwellenländern. Argentinien ist hierfür der herausragende Fall.

In diesem Land war es bereits in 2000 zu einer offenen Krise gekommen, die der IWF durch einen neuen 15-Milliarden-US-Dollar-Kredit glaubte, behoben zu haben. Seit Frühjahr 2001 verschärft sich diese Krise erneut. Arbeitslosigkeit und Massenverelendung steigen dramatisch. Hunderttausende flüchten in die Tauschwirtschaft oder gleich ins Ausland. Vor allem kann Argentinien seine Auslandsschuld von 150 Milliarden US-Dollar nicht mehr aus eigener Kraft bedienen. Noch zu Weihnachten könnte die schöne Bescherung des Staatsbankrotts angekündigt werden. Mögliche neue IWF-Kredite wurden an Auflagen gebunden, welche die argentinische Regierung nur umsetzen kann, wenn sie kaum kalkulierbaren sozialen Widerstand, auch seitens der Provinzgouverneure, riskiert.

Die FAZ schrieb höhnisch: "Man kann sich fragen, wie ein von der Natur so reich beschenktes Land derart in der Krise versinken kann." Das Blatt verschweigt, dass die argentinischen Regierungen unter Menem und de la Rua in den letzten Jahren all das getan haben, was in den Lehrbüchern des Neoliberalismus steht, was nicht zuletzt die Kommentatoren in der Frankfurter Allgemeinen Zeitung gefordert hatten: Sie haben die Zollschranken abgebaut, ihre Märkte geöffnet, fast alles öffentliche Eigentum verkauft und schließlich sogar die argentinische Währung fest an den US-Dollar gebunden und diese Bindung in die Verfassung aufgenommen. Derzeit stellt sich nicht mehr die Frage, ob der Peso abgewertet wird; ohne eine solche Abwertung droht der Exportwirtschaft der Verlust eines großen Teils der Märkte. Es stellt sich nur noch die Frage, ob eine solche Abwertung vor einer Verfassungsänderung, also unter Bruch der Verfassung erfolgt, oder ob der Schein gewahrt und zuerst die feste Peso-US-Dollar-Bindung aus der Verfassung herauskomplimentiert und dann kräftig abgewertet wird.

Wenn Argentinien - und ähnliches gilt für die Türkei und demnächst wohl Polen - in einer existenziellen Krisen versinkt, dann nicht trotz der neoliberalen Rezepte, sondern wegen derselben: Diese Musterknaben der Globalisierung werden nun vom Weltmarkt für ihren tumben Gehorsam abgestraft. Im Grunde war diese Entwicklung absehbar; sie wurde auch von marxistischen Theoretikern vorhergesagt: Wenn Ökonomien mit ungleicher Produktivkraft zu gleichen Bedingungen miteinander konkurrieren, dann werden logischerweise die Konzerne und Banken der produktiveren "Ersten Welt" einen Großteil der einheimischen Unternehmen in den Schwellenländern - und erst recht solche in sogenannten Entwicklungsländern - vom Markt fegen oder übernehmen.

Dennoch handelt es sich auch aus Sicht der kapitalistischen Zentren um einen widersprüchlichen Prozess, der dem Westen keineswegs nur Vorteile bringt. Denn die Krise in den Schwellenländern schlägt auf die Erste Welt zurück. Die neue Krise in Argentinien kann massive Rückwirkungen auf die gesamte Gruppe der Schwellenländer und schließlich auf die Zentren des Kapitalismus, die sich bereits in einer Rezession befinden, haben. Die FAZ schrieb treffend: "Eine Zahlungsunfähigkeit Argentiniens würde Schockwellen durch die gesamte Welt senden."

Es gibt eine Reihe besonderer Krisen-Risiken, die das Umkippen der Rezession in eine weltweite schwere Krise bewirken können.

Das größte "besondere Krisenfeld" stellt zweifellos Japan dar. Hier gibt es bereits Anzeichen für eine Depression, so die seit zwei Jahren vorliegende Deflation, ein rückläufiges Preisniveau. Sodann ist Japan inzwischen der am höchsten verschuldete Industriestaat. Die gewaltige Staatsschuld erreicht bereits 130% des Bruttoinlandprodukts. Die größte Gefahr geht in Japan allerdings vom Bankensektor aus. Dieser schiebt einen Berg fauler Kredite vor sich her, der umgerechnet 400 Milliarden US-Dollar entspricht. Würden diese nicht eintreibbaren Kredite korrekterweise abgeschrieben, brächen mehrere Großbanken zusammen. Japans Regierung hat bereits Notstandspläne in den Schubladen liegen, wie im Extremfall einbrechende Banken zu verstaatlichen wären, um damit eine unkontrollierbare Kettenreaktion auszubremsen.

Ein vergleichbares Ereignis - die zusammenbrechende Dresdner Bank und deren kurzzeitige Verstaatlichung - war 1929 Ausgangspunkt der Weltwirtschaftskrise. Hier gibt es einen "Krisenfaktor im Krisenfaktor": Japanische Unternehmen und Privatpersonen halten US-Staatspapiere in einer Gesamthöhe von umgerechnet

300 Milliarden US-Dollar. Wenn sich die Krise in Japan vertieft, dann dürfte versucht werden, durch den Verkauf dieser Papiere die "Löcher" in japanischen Bilanzen auszugleichen. Das wiederum würde jedoch den Anleihenmarkt in den USA massiv unter Druck setzen.

Einen zweiten besonderen Krisenfaktor stellen die Branchen Elektronik/IT und Telekommunikation dar. Während diese Sektoren den vorausgegangenen Boom in einem erheblichen Umfang "befeuert" hatte, gibt es nun in diesen eine gewaltige Überproduktion mit Preisverfall und Massenentlassungen. Für 2001 wird in der Halbleiterbranche, die in 2000 immerhin weltweit 186 Milliarden US-Dollar umsetzte, ein Einbruch von mehr als 30% erwartet. Die eng mit dem IT-Sektor zusammenhängende Branche der Telekommunikation wird von einem Überangebot, Preisverfall und Überschuldung bestimmt.

Rezession oder Krise der Weltwirtschaft

Eine besondere Rolle spielen dabei in Europa die Sonderkredite, die im Rahmen der UMTS-Lizenz-Versteigerungen aufgenommen wurden. Zufällig war es am Tag vor den Anschlägen in den USA, als British Telecom vor "unkalkulierbaren UMTS-Risiken" warnte. Sollte tatsächlich die technologische Umstellung auf UMTS nicht wie geplant realisiert werden, dann drohen in der Branche mehrere Großpleiten und mehrere hundert Milliarden US-Dollar "fauler" Kredite.

Als dritter besonderer Krisenfaktor sind die Schwellenländer zu nennen. Neben dem Fall Argentinien ist hier erneut Südostasien anzuführen. Die beschriebene Krise im IT-Sektor droht in den "Tigerstaaten", die sich auf die Elektronik-Industrie konzentriert hatten, eine neue Regionalkrise auszulösen. In anderen Ländern, die zur Gruppe der Schwellenländer zu rechnen sind, gibt es eine offene Finanzkrise. Dies trifft zu auf die Türkei und in Kürze auch auf Polen, wo im August 2001 ein Haushaltsloch von umgerechnet 40 Milliarden Mark "entdeckt" wurde.

Einen vierten besonderen Krisenfaktor stellt das Entstehen eines neuen Protektionismus dar. Dieser ist Resultat der in der Krise verschärften Konkurrenz. Im Dezember 2001 verkündete die US-Regierung weit reichende Maßnahmen zur Abschottung des US-Stahlmarktes. Die härtere Gangart unter den "Handelspartnern" schlägt sich auch in kartellrechtlichen Verfahren nieder. Anfang 2001 wollten die beiden US-Unternehmen General Electric und Honeywell fusionieren. Mit ihren Auflagen gelang es dem EU-Kartellamt, diese Fusion zu verhindern. Die Gegenseite in den USA drohte kaum verhüllt an, bei nächster sich bietender Gelegenheit darauf zu "antworten".

Unter normalen Bedingungen kann jeder dieser angeführten besonderen Krisenfaktoren schwerwiegende Auswirkungen auf die Weltwirtschaft haben. Das gilt erst recht für eine Zeit, in der alle drei großen kapitalistischen Zentren eine Rezession erleben. Sicherlich wäre es falsch und spekulativ, eine Weltwirtschaftskrise als logische Konsequenz zu prognostizieren. Gesagt werden muss jedoch, dass die Gefahr einer solchen Entwicklung seit Ende des Zweiten Weltkriegs noch nie so groß war.

Ursachen und Antworten

Die Gewerkschaften, die Linke und die Globalisierungsgegner müssen den Herausforderungen bewusst sein, die in der aktuellen Rezession oder gar mit einer Weltwirtschaftskrise auf sie zukommen. Es geht darum, erstens den grundlegenden Charakter des Kapitalismus zu verstehen und die Kritik an demselben nicht auf einen einzelnen Aspekt, z.B. die Finanzspekulation, zu reduzieren. Zweitens ist es notwendig, die soziale Frage ins Zentrum zu rücken. Drittens schließlich muss gerade in der aktuellen Situation ein Verständnis dafür geschaffen werden, dass Kapital und Krieg eine Einheit bilden.

Die jüngeren Krisenerscheinungen an den Börsen haben das Thema Spekulation erneut ins Zentrum gerückt. Seit kurzer Zeit fordern nicht nur Gruppen wie ATTAC eine "Tobin-Tax" als Spekulationssteuer; Gewerkschaften und Umweltverbände haben sich diese Forderung zu eigen gemacht. Das ist ohne Zweifel Ergebnis der großen Mobilisierungen wie derjenigen im Juli in Genua. Allerdings sollte bereits zu denken geben, dass jetzt, wo sich die Spekulation von den zusammenbrechenden Finanzmärkten teilweise zurückzuzieht, diese Spekulationssteuer zu einem größeren gesellschaftlichen Thema wird.

Tatsächlich kann eine "Tobin-Tax" oder eine andere Form einer Steuer auf internationale Finanzspekulationen nur ein Mosaikstein für eine Alternative darstellen. Vor diesem Hintergrund macht die Frage "Was ist Spekulation?" Sinn. "Spectare" heißt im Lateinischen "abzielen auf"; "specula" heißt "Anhöhe" und "esse in

speculis" = "sich auf einer Anhöhe befinden; lauern auf". Übersetzt auf kapitalistische Verhältnisse meint Spekulation schlicht: Abzielen auf maximalen Profit. Im Grunde sind alle wirtschaftlichen Aktivitäten der großen Konzerne und Banken spekulativ - nicht allein diejenigen im Finanzsektor. Wenn nach den Anschlägen vom 11. September die Aktien von Rüstungskonzernen ansteigen, ist dies Ausdruck von unverhohlener "Spekulation". Die "Tobin-Tax" bleibt da außen vor.

Die Verschärfung der Krisentendenzen führt zu einem weltweiten Anstieg der Massenerwerbslosigkeit. Damit rückt die soziale Frage mehr denn je ins Zentrum. Diejenigen, die den Kapitalismus im allgemeinen und diejenigen, die die kapitalistische "Globalisierung" im besonderen bekämpfen, müssen diese soziale Frage aufgreifen und dazu beitragen, dass der Widerstand der Betroffenen unterstützt bzw. entwickelt wird. In vielen Ländern - so in Frankreich, in Argentinien oder Brasilien - gibt es beeindruckende Beispiele von sozialen Widerstandsaktionen.

Eine der wichtigsten Folgerungen aus der Analyse der kapitalistischen Verhältnisse lautet: die "Standortlogik" ist abzulehnen. Wer glaubt, mit sozialen Konzessionen ließe sich "der Standort X" verteidigen, der handelt zunächst nach dem St. Floriansprinzip, das heißt moralisch verwerflich.

Doch das ist nicht alles. Es lässt sich nachweisen, dass die "Standortlogik" nur einem nutzt: den Kapitaleignern. Letzten Endes wird mit der Standortlogik eine Spirale sozialer Demontage in Gang gesetzt, die gerade auch die trifft, die sich als erste auf diese Logik einließen. Diese Spirale sozialer Demontage kennt keine Grenzen. Hohe Gewinne durch Befolgen der Standortlogik machen erst richtig Appetit auf noch höhere Profite und ein noch schamloseres Ausnutzung der Konzessionsbereitschaft. Schließlich gilt: Kapital und Krieg, Waren- und Kapitalexpansion einerseits und Expansion durch militärische Aktion andererseits bilden eine Einheit. Das lehren Geschichte und Aktualität des Kapitalismus.

Das wird auch die Lehre der gegenwärtigen Krisentendenzen sein. Die militärische Eskalation, die die US-Regierung, die Nato und die Bundesregierung betreiben, ist nur vordergründig Resultat der Terrorangriffe in New York und Washington. Diese Reaktion hat im allgemeinen viel zu tun mit der Militarisierung von Politik und dem Ziel einer "neuen Weltordnung". Im besonderen geht es um Energie- und Ölinteressen. Diese Politik wird auch erheblich beeinflusst von den großen militärisch-industriellen Komplexen, wie sie in den USA existieren, wie sie aber auch im Rahmen der EU mit der EADS (u.a mit der Daimler-Tochter Dasa) gebildet wurden. Schließlich wird mit der allgemeinen Militarisierung versucht, die tiefe gesellschaftliche und wirtschaftliche Krise zu "überspielen" und von den Ursachen, die zu solchen Terrorakten auch beitragen, abzulenken.

Damit kann die Menschheit in ein neues, selbstzerstörerisches Abenteuer gestürzt werden. Auch dies - der Widerstand gegen den Krieg und eine Politik zur Entlarvung des Humanismus-Geschwätzes und des Geredes über "Terrorbekämpfung" als verlogene Begründung neuer kapitalistischer Kriege - muss Thema der Globalisierungskritik und der antikapitalistischen Arbeit sein.

14. Vom Schwellenland zum Staatsbankrott. Argentinien vor der Pleite

Autor: Roberto Frankenthal · Rubrik: Argentinien · CD-Datei: daten/aksuche/ak457/08.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:457:08

Ob sich Argentinien noch 2001 oder erst im nächsten Jahr für zahlungsunfähig erklärt, ist von relativer Bedeutung. Darüber entscheiden im Endeffekt ein paar Beratungsgesellschaften an der Wall Street. Schon lange steht das Ende des neoliberalen Traumes in Argentinien bevor.

Argentinien hatte alle Voraussetzungen die es ermöglichen sollten, den Schritt vom industriellen Schwellenland hin zum entwickelten Industrieland zu vollziehen. Über 90% der Bevölkerung hatte mindestens eine Grundschule besucht. Das Land hat sich selber mit wichtigen Rohstoffen wie Erdöl oder Erdgas versorgt. Darüber hinaus wurde es als "die Kornkammer der Welt" bezeichnet und es verfügte über eine ausbaufähige Konsumgüterindustrie. Es gab keine ethnischen Konflikte Alle Voraussetzungen waren da, um aus Argentinien ein entwickeltes Land zu machen. Was ist schief gelaufen?

Dieses selbstständige Land, gesegnet mit Naturreichtümer und einer gebildeten Bevölkerung, passte ab Mitte der 70er Jahre nicht mehr in die internationale Arbeitsteilung. Argentinien sollte seine Rolle als industrielles Schwellenland aufgeben und sich auf seine so genannte "Vorteile" als landwirtschaftlicher Exporteur zurück besinnen. Am Anfang des 20. Jahrhunderts hatte dieses Modell funktioniert, allerdings lebten damals nur ca. 15 Millionen Menschen auf argentinischen Boden.

Das argentinische Establishment begriff die Zeichen der Zeit am schnellsten. Aber seit der Einführung des allgemeinen und geheimen Wahlrechts 1916 hatte das Establishment keine politische Vertretung mehr. Diese Rolle übernahmen die argentinischen Streitkräfte, die regelmäßig demokratisch gewählte Regierungen aus dem Amt weg putschten. So geschah es auch 1976 als die sehr geschwächte Regierung von Isabel Peron beseitigt wurde. Der Putsch vom 24. März 1976 hatte eine besondere Qualität. Er sollte Fakten schaffen, die bis heute die Geschichte des Landes prägen.

Geplünderte Staatskassen

Zu allererst musste die Bevölkerung unter Kontrolle gebracht werden. All jene Kräfte die sich einer möglichen Veränderung der Grundkoordinaten des Staates widersetzen könnten, mussten entweder geschwächt oder gleich ganz eliminiert werden. Die Schwächung der politischen und sozialen Organisationen erreichte man durch einen sogar für lateinamerikanische Verhältnisse beispiellosen Völkermord. Unter dem fadenscheinigen Argument der Bekämpfung der Subversion wurde fast eine ganze Generation von engagierten Arbeitern, Studenten, Intellektuellen und Priestern umgebracht. "Der argentinische Tod", d.h. das gewaltsame Verschwindenlassen von Personen, bereicherte die Liste der abscheulichsten Menschenrechtsverletzungen.

Die Schwächung der inlandsbezogenen mittleren und kleinen Industrie erreichte man durch einen radikalen Abbau aller Zollschranken und eine einseitige Öffnung des Landes gegenüber dem Weltmarkt. Daraus ergab sich eine noch höhere Konzentration des Reichtums in wenigen Händen und die Entstehung eines überdimensionierten Finanzsektors, der durch den Zufluss von internationalem Spekulationskapital wuchs.

Zeitgleich begannen die argentinische Massenmedien eine Kampagne, die ihren Weg in das Bewusstsein der Menschen fand. "Die Nation kann man nur vergrößern, wenn der Staat verkleinert wird" war das Leitmotiv dieses neoliberalen Werbefeldzuges. Die Rolle des Staates bei der Entwicklung eines Landes wurde regelrecht verteufelt. Zwar konnten die Streitkräfte ihre ideologischen Vorgaben nicht vollständig erfüllen (sie waren selber zu sehr von diesem Staatsapparat abhängig), aber sie legten das Fundament für die zukünftige Umgestaltung der Gesellschaft.

Argentinien hatte zum Zeitpunkt des Putsches Auslandsschulden in Höhe von sechs Milliarden US-Dollar. Als sich die Streitkräfte sieben Jahre später aus der Regierung zurückzogen, waren es bereits 43 Milliarden US-Dollar. Rund zehn Milliarden davon hatte die Diktatur vor, während und nach dem Malvinaskrieg verpulvert, ein geringerer Betrag floss in pharaonische Bauten. Aber der größte Teil diese Betrages stammte aus einer Bürgschaft der argentinischen Zentralbank. 1982 stand eine Reihe von argentinischen Konzernen kurz vor dem Konkurs. Sie waren besonders durch ausländische Kredite belastet, die in der zweiten Hälfte der 70er Jahre auf Grund der übermäßigen Liquidität der Kapitalmärkte (Petrodollars) zu sehr günstigen Bedingungen

ins Land geflossen waren. Der damalige Präsident der argentinischen Zentralbank und heutige Wirtschaftsminister, Domingo Cavallo, beschloss um einen Kollaps der argentinischen Wirtschaft zu vermeiden, diese Schulden durch eine Bürgschaft der Zentralbank zu decken. Cavallo führte eine Maxime ein, die die nächsten zwanzig Jahre Wirtschaftspolitik bestimmt: Sozialisierung der Verluste und Privatisierung der Gewinne.

Terror setzt Neoliberalismus durch

Die demokratisch gewählte Regierung von Raul Alfonsin fand am 10.12.1983 nach ihrer Amtsübernahme eine fast leer geplünderte Staatskasse. In den ersten Monaten des Jahres 1984 war Argentinien praktisch zahlungsunfähig und die erwarteten Hilfen der europäischen Sozialdemokratie für die junge Demokratie am Rio de la Plata erwiesen sich als leere Versprechungen. Der damalige Wirtschaftsminister Grinspun versuchte mit anderen lateinamerikanischen Ländern einen Schuldnerclub zu bilden, um gemeinsam bei den ausländischen Gläubigern anzutreten.

Diese Versuche wurden massiv von der damaligen Reaganadministration und den internationalen Finanzhäusern, die damals noch keine Rücklagen für diese Schulden gebildet hatten, gestört. Grinspun selber musste nach ca. einem Jahr sein Amt aufgeben. Seine Nachfolger während der Amtszeit von Alfonsin (1983-89) versuchten mehr oder weniger neoliberale Pläne durchzusetzen, scheiterten aber am Widerstand der damaligen Opposition dem peronistischen Gewerkschaftsdachverband CGT und der peronistischen Partei (PJ). Begleitet wurde diese Periode durch eine rasante Inflation und einer ständigen Abwertung der argentinischen Währung (bis 1985 Peso, danach Austral). Alfonsin musste sein Amt im Juli 1989 vorzeitig übergeben, inmitten einer beispiellosen Krise mit einer Hyperinflation von ca. 2.000 Prozent. Plünderungen von Supermärkten waren durchaus keine Seltenheit.

Sein Nachfolger Carlos Menem wurde auf Grund einer nationalpopulistischen Wahlplattform gewählt. Der peronistische Caudillo verkörperte die Sehnsucht der argentinischen Gesellschaft nach dem Wohlfahrtsstaat peronistischer Prägung. Aber schon wenige Tage nach seiner Amtsübernahme ernannte er einen Geschäftsführer des multinationalen Unternehmens "Bunge y Born" zum Wirtschaftsminister. Menem gelang es eine Allianz zwischen den verarmten Massen mit dem wirtschaftlichen Establishment zu bilden. Das Bindeglied dieser Allianz war der Pragmatismus dieses gewissenlosen Populisten. In den ersten beiden Jahren seiner Amtszeit gelang es aber der neuen Regierung nicht, die wirtschaftliche Situation zu stabilisieren. Allerdings wurden damals die Weichen schon gestellt für die weitere Plünderung des Staatseigentum.

Erst die Entscheidung des Wirtschaftsministers Domingo Cavallo die argentinischen Währung erneut zu reformieren und zu einem festen Wechselkurs an den US - Dollar zu binden (1 Peso = 1 US-Dollar) bremste die Inflation und führte eine kurze Stabilitätsperiode ein. Das Tandem Menem - Cavallo setzte eine neoliberale Wirtschafts- und Sozialreform durch, die das Land radikal veränderte. Die Privatisierung aller öffentlichen Dienste zu Ausverkaufspreisen und unzumutbaren Bedingungen, die absolute Öffnung des Landes in Zoll- und Handelsfragen, der völlige Abbau der Arbeitsgesetzgebung und der Rückzug des Staates aus den Feldern der Erziehung, Gesundheit und Sozialfürsorge prägten die zehnjährige Amtszeit des zum Neokonservativen gewendeten Caudillo. Begleitet wurde diese Reform durch eine, sogar für lateinamerikanische Verhältnisse, uferlose Korruption. Drogenhandel, Waffenverkäufe an Embargoländer und Geldwäsche wurden zu den Begleiterscheinung eines Staates, der das "laissez - faire" des Liberalismus mit der Etablierung der organisierten Kriminalität verwechselt hat.

Wachstumsperiode verstärkt Armut

In diesen zehn Jahren erhielt der Prozess der Konzentration des Reichtums zwei Wachstumsschübe. Zuerst kauften inländische Holdings die staatlichen Unternehmen auf; ab der zweiten Hälfte der 90er Jahre übernahmen ausländische Unternehmen und Banken, die Eigentumsmehrheit über einen großen Teil der argentinischen Wirtschaft. Zwar verzeichnete das Land zwischen 1992 und 1998 ein durchschnittliches Wirtschaftswachstum von sieben Prozent aber die Lebensumstände der Mehrheit der Bevölkerung haben sich entschieden verschlechtert. 15 Millionen ArgentinierInnen (bei einer Gesamtbevölkerung von 37 Millionen) leben unter der offiziell anerkannten Armutsgrenze, ein Drittel davon in absoluter Mittellosigkeit. Entlassungswellen in den privatisierten Betrieben und die Rationalisierung der Industrie trieben die Arbeitslosigkeit auf bisher unbekannte Größen (rund 20%).

Die Wachstumsperiode des Menemismus wurde zuerst von den Erlösen aus der Privatisierung der staatlichen Unternehmen finanziert (40 Milliarden US-Dollar). Als diese Mittel ab 1995 aufgebraucht waren, nahm der Staat Schulden in einer ähnlichen Größenordnung im Ausland auf.

Als Carlos Menem sich am 10.12.1999 von seinem Amt verabschiedete, betrugen die Auslandschulden des Landes bereits 160 Milliarden US-Dollar. Die Privatisierungserlöse und die Kreditaufnahme der 90er Jahre wurden nicht zum Abbau der Auslandschulden benutzt, sondern um eine Modernisierung des Landes durchzuführen, die nur einer Minderheit der Bevölkerung Vorteile gebracht hat. Argentinien hat einen großen Salto rückwärts getan und wurde, wie Anfang des 20. Jahrhunderts, zum reinen Exporteur von landwirtschaftlichen Produkten.

Die als gemäßigt fortschrittlich gewählte Regierung von Fernando de la Rua hat sich bis jetzt geweigert die Grundpfeiler der bestehenden Wirtschaftsordnung zu verändern. Das klarste Zeichen für die Kontinuität dieses Modells war die Ernennung von Domingo Cavallo zum Wirtschaftsminister im März 2001. Aber die Finanzierungsquellen der 90er Jahren sind verschwunden und Argentinien befindet sich seit 1998 in einer Rezession. Die ausländischen Banken und Finanzinstitutionen, die im vergangenen Jahrzehnt bereit waren, die neoliberale Veränderung des Landes und den Konsumrausch einer Minderheit zu finanzieren, weigern sich weitere Mittel zur Verfügung zu stellen. Durch die Bindung an die US-Währung leidet das Land unter einer ungünstigen Kostenstruktur, die sich negativ auf den Export niederschlägt.

Die Wirtschaftspolitik der letzten Jahrzehnte hatte klare Ziele: die pünktliche Tilgung der Zinsschulden des Landes und die Erhaltung einer beträchtlichen Gewinnmarge für die argentinische Oligarchie. Alle anderen Staatsziele blieben auf der Strecke. Nur eine radikale Abkehr von diesen Zielen und die Wiederbelebung des Inlandsmarktes werden die Grundlage für das Überleben Argentiniens als unabhängiger Staat sichern können. Ob die Zahlungsunfähigkeit vor oder nach dieser Wende eintritt, ist im Prinzip zweitrangig.

Roberto Frankenthal

15. Moderater Paukenschlag. IG Metall bereitet die kommende Tarifrunde vor

Autor: Georg Wißmeier · Rubrik: DGB und Einzelgewerkschaften · CD-Datei: daten/aksuche/ak457/39.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:457:39

Der Vorstand der zweitgrößten Gewerkschaft der Welt, der IG Metall, gab am 10. Dezember seine Forderungsempfehlung an die Bezirke für die kommende Tarifrunde bekannt. Die Arbeitgeberseite schäumte und sprach von "traumtänzerischen" Forderungen. Dabei ist der vorgelegte Forderungskorridor von 5-7% Lohn- und Gehaltssteigerung in 2002 bloß eines: moderat. Entgegen dem Geschrei der Arbeitgeberpräsidenten bleibt diese Vorgabe auf dem Niveau der letzten Jahre. Dennoch gibt es für die kommende Tarifrunde einige Besonderheiten. Das Land befindet sich in einer wirtschaftlichen Rezession, die anderen kapitalistischen Zentren ebenfalls; die Tarifrunde findet unter dem Vorzeichen einer bevorstehenden Bundestagswahl statt und nicht zuletzt ist die Forderung nach höheren Tarifabschlüssen aus kampfstarken Betrieben laut und deutlich zu vernehmen. Die IG Metall steht deshalb unter besonderer Beobachtung.

Es ist allgemein bekannt: Eine Forderung ist kein Abschluss, und aus Erfahrung weiß man, dass sich die Tarifabschlüsse in der Regel bei der Hälfte der ursprünglichen Forderung bewegen - also würde das Ergebnis hier zwischen 2,5% und 3,5% liegen. So wird auch mit diesen Forderungen der IG Metall einmal mehr der kostenneutrale Verteilungsspielraum (Inflationsrate plus Produktivitätssteigerung) nicht einmal ausgeschöpft; von einer Umverteilung hin zu den Löhnen ganz zu schweigen. Legt man einen Anstieg der Inflationsrate um 2% und einen Produktivitätsanstieg von ebenfalls 2% zu Grunde, würde also mit einem Abschluss von maximal 3,5% de facto eine weitere Umverteilung hin zu den Unternehmensgewinnen stattfinden. Trotz aller Aufgeregtheiten und Beschimpfungen aus dem Unternehmerlager und den weisen Empfehlungen aus den wirtschaftswissenschaftlichen Instituten über die "traumtänzerischen" Forderungen der IG Metall: Von den Empfehlungen der Wirtschaftsforschungsinstitute liegt die IG-Metall-Forderung gar nicht weit entfernt. Diese halten Abschlüsse von bis zu 3% für akzeptabel.

"Traumtänzerische Forderungen"

Die Bundesregierung geht in ihrer Konjunkturprognose für das Jahr 2002 von einen Anstieg der Lohnzuwächse um 2,7% aus. Eine Prognose, die die stellvertretende DGB-Vorsitzende Engelen-Kefer "für eine realistische Einschätzung" hält. (Handelsblatt, 12.11.) Auch wenn Meldungen über Lohnabsprachen zwischen Gewerkschaften und Bundesregierung für die Tarifrunde 2002 seitens des DGB dementiert wurden, zumindest der Handlungsrahmen dürfte doch abgesteckt worden sein. Die Gewerkschaften sind sich ihrer "gesamtgesellschaftlichen Verantwortung" brav bewusst und haben kaum ein Interesse, die Vorgaben aus den Instituten zu überschreiten.

Doch in dieser Tarifrunde bleibt eine Komponente nur schwer einschätzbar: die Stimmungslage in den Betrieben. Zumindest in den größeren Unternehmen scheint es heftig zu gären. Forderungen zwischen 9% und 12%, im Durchschnitt 10,4% forderte beispielsweise die Vertrauensleute-Vollversammlung bei DaimlerChrysler aus dem Werk Wörth am 1. Dezember für die nächste Tarifrunde. (1) Forderungen in dieser Größenordnung sind keine Seltenheit. Sie können sich auch auf Aussagen ihres Ersten Vorsitzenden berufen, der vor noch nicht allzu langer Zeit Lohnerhöhungen von 10% als durchaus angemessen ansah. In der Zwischenzeit ist Klaus Zwickel wieder zurückgerudert.

"Zwickel verspricht Tarifrunde mit Augenmaß", titelte das Handelsblatt Anfang Oktober und zitierte den IG-Metall-Vorsitzenden folgendermaßen: "Seine Gewerkschaft werde die wirtschaftlichen Risiken infolge der Terroranschläge bei ihrer Lohnforderung berücksichtigen. Für den Fall einer Rezession kündigt Zwickel tarifpolitische Alternativszenarien an." Zwickel wörtlich: "Es gibt keinen Anlass davon auszugehen, dass wir in der anstehenden Tarifrunde unvernünftig handeln werden." (Handelsblatt, 4.10.) Davon brauchte bisher niemand auszugehen; die Gewerkschaften wurden ja schon immer ihrer "gesamtwirtschaftlichen Verantwortung" gerecht.

Nur muss Klaus Zwickel und mit ihm andere gewerkschaftliche Verhandlungsführer in der bevorstehenden Tarifrunde berücksichtigen, dass der Unmut in vielen Betrieben über die Lohn- und Gehaltsentwicklungen der letzten Jahre doch sehr stark ist. An die "Absprachen" im Bündnis für Arbeit, Ausbildung und

Wettbewerbsfähigkeit hielten sich zwar die Gewerkschaften, nicht aber die Unternehmen. Im Bündnis traf man zum Beispiel die Verabredung, den durch den Produktivitätsanstieg zur Verfügung stehenden Verteilungsspielraum für beschäftigungswirksame Vereinbarungen zu nutzen. Die IG Metall stimmte einer zweijährigen Laufzeit des Tarifvertrages zu, mit einer Erhöhung der Tarifgehälter von 3% zum 1. März 2000 und 2,1% zum 1. Mai 2001. Doch selbst der Vorsitzende der IG Bergbau, Chemie, Energie (IG BCE), Hubertus Schmoldt, musste feststellen: "Die Arbeitgeber haben uns im Bündnis zugesagt, dass sie die durch niedrige Lohnabschlüsse entstehenden Spielräume für die Schaffung neuer Arbeitsplätze nutzen wollen. Diese Zusage haben sie bislang nicht eingehalten." (Handelsblatt, 6.7.)

"Ertragsabhängige Komponenten berücksichtigen"

Aus der Kombination von Reallohnverlusten bei gleichzeitiger Intensivierung der Arbeitshetze speist sich der Unmut in den Betrieben. Sieht man sich die Entwicklungen bei den Einkommen aus abhängiger Beschäftigung und bei den Gewinnen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen an, so ist ein stetiges Auseinanderdriften zu Gunsten der Gewinne festzustellen. Dieser Unmut der "Basis" über die Vereinbarungen im Bündnis für Arbeit kam auch bei der Gewerkschaftszentrale in Frankfurt am Main an. Deshalb lehnte Klaus Zwickel schon Anfang Oktober diesen Jahres eine ähnliche Vereinbarung wie die von Anfang 2000 im Bündnis für Arbeit ab. Nachdem die Vorschläge von Zwickel (kurzfristige Tarifverträge, differenziertere Tarifpolitik) auf erheblichen Gegenwind aus den Betrieben stießen, wurde das von Kanzler Schröder gewünschte neuerliche Zusammentreffen im Bündnis für Arbeit seitens der Gewerkschaften abgesagt.

An der Tariffront hätte Schröder gerne Ruhe gehabt. Aber jetzt, nach der Empfehlung des IG-Metall-Vorstandes an die Bezirke, herrscht, trotz der überaus moderaten Forderungen, allenthalben Unruhe. "Trotz Konjunkturflaute wollen die Gewerkschaften von moderaten Lohnrunden nichts wissen", stellt die Frankfurter Rundschau (8.12.) fest.

Dabei besteht mehr als genug Aufholbedarf. Gesamtwirtschaftlich betrachtet, stiegen die nominalen Bruttolöhne und -gehälter zwischen 1991 und 2000 um jährlich 2,5%. Rechnet man nur die Preissteigerungsrate heraus, bleibt im gleichen Zeitraum ein Anstieg der jährlichen realen Bruttolöhne und -gehälter je Beschäftigten von 0,2% übrig. Seit 1991 hat die Kaufkraft der abhängig Beschäftigten um 5,9% abgenommen. Einen wesentlichen Anteil an dieser Umverteilung hatte die staatliche Politik: Lagen die Abzüge an Steuer- und Sozialversicherungsbeiträgen von den Bruttolöhnen und -gehältern 1991 noch bei 30,5%, so stiegen sie bis 2000 auf 35,8%. Und weil ja entscheidend ist, was hinten rauskommt, sei zuschlechterletzt die Entwicklung der realen Nettolöhne und -gehälter benannt: Da ergibt sich eine jährliche durchschnittliche Reduzierung von 0,7%.

Der umgekehrte Trend ist bei der Besteuerung der Bruttogewinne festzustellen: Die privatunternehmerischen Bruttogewinne stiegen im Zeitraum von 1980 bis 2000 um 71,4%. Dagegen stiegen die Nettogewinne (auf Grund ständig sinkender Steuerbelastung) real im gleichen Zeitraum sogar um 96,5%. Eine gelungene Form staatlicher Umverteilungspolitik zu Gunsten der Gewinneinkommen. Schaut man sich noch die Kapitalrendite an (also die Entwicklung der Gewinne im Verhältnis zum eingesetzten Kapital), so kommt Erstaunliches zu Tage. Seit 1988 (und mit Ausnahme der Rezessionsjahre 1992/93) bewegt sich die Netto-Kapitalrendite im zweistelligen Bereich. Im Verlauf der 90er Jahre wurde damit deutlich der Durchschnittswert der 70er und 80er Jahre überschritten. (2)

Der Ausgang der Tarifrunden im nächsten Jahr wird nicht unwesentlich davon abhängen, ob die IG BCE oder die IG Metall den ersten Abschluss vorlegt. Sowohl die Tarifverträge in der Metall- als auch in der Chemieindustrie laufen zum 1. März aus. Der Vorsitzende der IG BCE, Hubertus Schmoldt, hält sich bisher mit Stellungnahmen zu den IG-Metall-Empfehlungen vornehm zurück und will die Tarifforderung erst Ende Januar bekannt geben. Die IG BCE wird wesentlich stärker auf betriebliche Belange eingehen und eine "ertragsabhängige Komponente" mit in den Tarifverhandlungen berücksichtigen. Das Stichwort lautet "differenziertere Tarifabschlüsse". Bei der IG BCE ist davon auszugehen, dass sie einem wesentlich niedrigeren Abschluss zustimmen würde. Wird dieser vor dem Abschluss in der Metallindustrie vereinbart, so sinken die Chancen für die IG Metall, einen höheren Abschluss durchzusetzen.

Angesichts der Gefahr eines weiteren konjunkturellen Abschwungs und eines Verharrens in der Rezession wird der IG Metall trotz der niedrigen Forderung ein rauer Wind ins Gesicht blasen. Dies könnte dann wiederum auch Auswirkungen auf die Kampfbereitschaft in den Betrieben haben.

Dazu kommt, dass auch das Gegeneinanderausspielen der Belegschaften aus den großen Automobilunternehmen gegen die Belegschaften aus den Zulieferunternehmen in den nächsten Wochen einsetzen wird. Dass die (Gewinn-)Situation in Zuliefererunternehmen, wesentlich schlechter als in den Endunternehmen ist, liegt im Wesentlichen an den Knebelverträgen der Endabnehmer. Jüngstes Beispiel - aus dem Handel - ist die Vorgehensweise des KarstadtQuelle-Konzerns, der von seinen Lieferanten eine dreiprozentige "Rückvergütung" des bisherigen Jahresumsatzes "erbat" und seine "Bitte" mit "In Hoffnung auf eine weiterhin gute Zusammenarbeit" beschloss - eine auch den Zuliefererbetrieben in der Metallbranche nicht unbekannte Methode der Risiko- bzw. Kostenverlagerung. Dies zu thematisieren, wäre eigentlich Aufgabe der Gewerkschaften, und nicht das Jonglieren mit Arbeitgebervorschlägen wie etwa ertragsabhängige Lohnabschlüsse.

Oder doch etwa Klassenbewusstsein?

Ende Oktober hatte Klaus Zwickel variable Lohnabschlüsse bei der Strategiefindung für die nächste Tarifrunde ins Spiel gebracht. Sein Vorschlag: In der ersten Stufe eine Lohnerhöhung für alle Beschäftigten, in der zweiten Stufe eine Orientierung am wirtschaftlichen Erfolg des Unternehmens. Ein durchaus nicht neuer Vorschlag, sieht man von dem kleinen Unterschied ab, dass er bislang von den Unternehmen vorgelegt und von der IG Metall abgelehnt worden war. Klaus Zwickel und der Bezirksleiter der IG Metall Baden-Württemberg, Berthold Huber, konnten sich bei ihrer Basis damit ebenso wenig durchsetzen wie mit dem Vorschlag, Tarifabschlüsse mit kurzer Laufzeit zu vereinbaren. Letzteres stößt allerdings auch auf Arbeitgeberseite nicht auf Gegenliebe.

Variable Tarifabschlüsse bedeuten letztlich nichts anderes als die Aufgabe einer gemeinsamen Tarifpolitik in einer Branche. Dass diese Vorgehensweise in den Bezirken nicht aufgegriffen wurde, deutet durchaus auf eine Art, nennen wir es mal so, "Klassenbewusstsein" hin. Die nächste Tarifrunde wird zeigen, ob sich dieses Bewusstsein trotz Rezession, trotz Gegenwind, trotz gewerkschaftsinterner Widersprüche materialisiert. Das Ende der Bescheidenheit wurde schon oft ausgerufen. Voraussetzung dafür wäre allerdings nicht ein Abschluss bei der Hälfte der jetzigen Forderung, sondern die volle Ausschöpfung des Forderungsrahmens. Daran darf, wer die gewerkschaftliche Landschaft kennt, zweifeln. Aber vielleicht melden sich ja die Vertrauensleutekörper mit ihren zweistelligen Forderungen noch einmal deutlicher zu Wort.

Georg Wißmeier

Anmerkung:

1) Weitere Informationen zur Tarifrunde unter: www.labournet.de/gewlinke/tarpo

2) Die Angaben beruhen auf der Studie des DGB "Zur Einkommensentwicklung in Deutschland: Arbeitnehmerkaufkraft seit 1991 stetig gesunken" Herausgeber: DGB-Bundesvorstand Abt. Struktur- und Umweltpolitik; www.dgb.de/idaten/einkommen.pdf

16. Kommen darf, wer nützt. Rot-Grün definiert Einwanderung ökonomisch

Autor: mb · Rubrik: Ausländer- und Asylpolitik · CD-Datei: daten/aksuche/ak457/33.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:457:33

Anfang November war für die Grünen mal wieder (zumindest für kurze Zeit) die Welt so richtig in Ordnung. Mit demonstrativer Selbstzufriedenheit stellten sie damals den rot-grünen Entwurf für ein Einwanderungsgesetz vor. Ob die Grünen am Ende immer noch Grund zur Freude haben werden, ist ungewiss. In der Union jedenfalls schließt sich die Front der GegnerInnen. Ob die CDU am Ende das Gesetz nach einigen Änderungen doch noch durchwinkt, wird davon abhängen, ob sie nächstes Jahr einen rassistischen Bundestagwahlkampf zum Thema Einwanderung führen will. Entscheidend wird sein, wen die CDU und CSU als Kanzlerkandidaten aufstellen wird.

Nun ist endlich ein Zuwanderungsgesetz auf dem parlamentarischen Weg - ein Erfolg bündnisgrüner Beharrlichkeit, dank der Verhandlungen von Kerstin Müller, Volker Beck, Claudia Roth, Marieluise Beck und Cem Özdemir", so feiern sich die Grünen selbst. Und angesichts der Reaktionen der Union könnte man fast meinen, es ginge hier wirklich um einen Erfolg. Doch letztendlich hat Rot-Grün ein Gesetz vorgelegt, dass lediglich die partielle Öffnung der Grenzen für ökonomisch nützliche EinwandererInnen vorsieht. Im Kern bedeutet das rot-grüne "Reform"werk Erleichterungen für Hochqualifizierte, Studierende und sonstige Fachkräfte, deren Beschäftigung im ökonomischen Interesse der Bundesrepublik liegt. Auf der anderen Seite verschärft das Gesetz die Ausgrenzung und Diskriminierung von Nicht-Deutschen, die nicht in dieses Raster passen. Mit den ausländerrechtlichen Verschärfungen, die mit Schily II verbunden sind, wird gleichzeitig der Schritt unternommen, die grenzpolizeiliche Abschottung voranzutreiben. Diese Trennung zwischen "gewollten" und "geduldeten" MigrantInnen ist Konsens nicht nur zwischen SPD und Grünen, sondern wird auch von der FDP und der Union getragen. Strittig sind hingegen die Fragen des Familiennachzugs und der nichtstaatlichen Verfolgung.

Das Gesetz führe "zu einer ganz massiven Ausweitung der Zuwanderung und weiterem Anstieg der Arbeitslosigkeit", wetterte deshalb Erwin Marschewski, der innenpolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion. Der SPD-Innenexperte Ludwig Stiegler wiegelt ab. Für die kommenden zehn Jahre sei sowieso kein zusätzlicher Einwanderungsbedarf auf dem deutschen Arbeitsmarkt, daher hätte das Gesetz keine Auswirkungen auf die Zuwandererzahlen. Die Grünen haben ihre eigne Sicht der Dinge, denn auch wenn sie die Sicht Stieglers teilen, sehen sie damit den Einstieg in die demographische Einwanderung verbunden. Wie beim Atomkonsens vertrösten sich somit die Grünen mal wieder mit einem Einstieg in ferner Zukunft. Damit bleibt Rot-Grün jedoch selbst hinter den Erwartungen der Wirtschaft und den Empfehlungen der Süssmuth-Kommission zurück. Gleiches gilt bei der Integration: Zwar schreibt der rot-grüne Entwurf auch das Recht auf Integration fest. Die daraus abgeleitete Pflicht zur Integration, deren Nichterfüllung zum Entzug der Aufenthaltserlaubnis führen kann, wiegt jedoch um so schwerer, weil die Finanzierung der verordneten Integrationskurse nicht gesichert ist. Der Bund will nämlich die Hälfte der Kosten auf die Länder abschieben.

Einwanderung unerwünscht ...

Gleichzeitig wird Einwanderung in vielen Bereichen zukünftig noch restriktiver reglementiert. So etwa beim Familiennachzug, auch wenn hier die Grünen Schily zum Nachgeben bewegen konnten, indem das Nachzugsalter auf 14 Jahre festgelegt wurde bzw. bei Nachweis entsprechender Deutschkenntnisse auch bis 18 Jahre erfolgen kann. Schilys selbst gestecktes Ziel war es einmal, das modernste Einwanderungsgesetz Europas zu schaffen. Doch mit dieser Regelung "liegt er immer noch weit hinter dem Richtlinienvorschlag der Europäischen Kommission, der ein Nachzugsalter von 18 Jahren vorsieht", wie die Vorsitzende des Paritätischen Wohlfahrtsverbandes, Barbara Stolterfoht, feststellte.

Im Flüchtlingsbereich sind zwar auch Verbesserungen beim materiellen Asylrecht vorgesehen, andererseits soll die Repression gegen "unerwünschte" Flüchtlinge ausgebaut werden. Eine grundlegende Verbesserung, an deren Erfüllung Kirchen, Wohlfahrtsverbände und Flüchtlingsorganisationen schon nicht mehr geglaubt hatten, stellt die Anerkennung nichtstaatlicher und geschlechtsspezifischer Verfolgung nach der Genfer Flüchtlingskonvention dar. Es bleibt allerdings abzuwarten, ob diese einzige substanzielle Verbesserung das Gesetzgebungsverfahren überlebt.

Zwar konnten die Grünen auch durchsetzen, dass bislang Geduldete, die aus zwingenden humanitären Gründen nicht abgeschoben werden konnten (z.B. weil ihnen in ihrem Herkunftsland Folter und Todesstrafe droht), zukünftig eine Aufenthaltserlaubnis erhalten. Doch die Hürden zur Erteilung einer Aufenthaltserlaubnis werden für viele andere Geduldete unerreichbar hoch sein, denn sie müssen nachweisen, dass eine Ausreise weder "möglich" noch "zumutbar" ist. Gelingt ihnen das nicht, kommen sie in "Ausreisezentren", in denen "eine intensive soziale Betreuung" die Flüchtlinge zur Ausreise nötigen soll. Auf Kritik von Pro Asyl stößt die Regelung, dass im Unterschied zur bisherigen Praxis ein generelles unbefristetes Arbeitsverbot für diejenigen eingeführt wird, die künftig nur noch eine so genannte "Bescheinigung" statt der bisherigen Duldung besitzen.

... Integration erst recht

Mit der von Rot-Grün proklamierten Zielsetzung, "die Integration dauerhaft aufhältiger Ausländer" zu verbessern, sind Flüchtlinge und unerwünschte MigrantInnen offensichtlich nicht gemeint. Asylberechtigte müssen eine deutliche Schlechterstellung in Kauf nehmen. Auch die Personen mit Aufenthaltsbefugnis ohne Flüchtlingsstatus haben dem Entwurf zufolge zukünftig eher schlechtere Lebensbedingungen: Beschränkungen bei der Arbeitsaufnahme, Wohnsitzauflagen, räumliche Beschränkungen des Aufenthalts, Ausschluss von Kinder- und Erziehungsgeld. Außerdem fallen sie nun unter das Asylbewerberleistungsgesetz, das um mehr als 30 Prozent geminderte Sozialleistungen zu meist in Form von Sachmitteln vorsieht. "Die strukturelle Ausgrenzung von anerkanntermaßen legal in Deutschland lebenden Menschen ist in diesem Ausmaß neu und zeugt einmal mehr von der Scheinheiligkeit bundesdeutscher ‚Zuwanderungspolitik", so das vernichtende Fazit des Flüchtlingsrats Niedersachen.

Schily sieht im Entwurf einen Beitrag, "die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft zu sichern (...), die Zuwanderung besser als bisher zu begrenzen und den Missbrauch des Asylrechts einzudämmen." Also eigentlich alles paletti, um die Union mit ins Boot zu holen. Doch für die Verabschiedung des Zuwanderungsgesetz ist Rot-Grün im Bundestag auf die Stimmen der Union angewiesen - und die mauert momentan noch. Zwar haben die von Großen Koalitionen regierten Länder Brandenburg und Bremen signalisiert, sie könnten unter Umständen dem Gesetz zustimmen. Bedingung seien aber Korrekturen in Richtung "Zuzugsbegrenzung", womit vor allem das Nachzugsalter für Kinder und der Abschiebeschutz bei nichtstaatlicher und geschlechtsspezifischer Verfolgung gemeint sind. Schily, SPD und Grüne signalisieren Kompromissbereitschaft. Die von der Union geforderte Begrenzung der Zuwanderung ins Gesetz zu schreiben ist für Schily kein Problem. Und selbst bei ihren Herzensangelegenheiten - Familiennachzug und nichtstaatliche Verfolgung -, wollen sich die Grünen "notwendigen" Korrekturen nicht verschließen. Die Kritikpunkte der Union sind also alle verhandelbar.

mb.

17. Die Farce von Rostock. Eine juristische Verfolgung fand zu keiner Zeit statt

Autor: mb. · Rubrik: Geschichte der BRD · CD-Datei: daten/aksuche/ak457/40.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:457:40

Mehr als neun Jahre ließ sich die Jugendkammer des Landgerichts Schwerin Zeit. Am 20. November begann wahrscheinlich der letzte Prozess um die rassistische Terrornacht in Rostock-Lichtenhagen im August 1992. Drei Beschuldigte müssen sich vor der Jugendkammer wegen Mordversuchs, Brandstiftung und schweren Landfriedensbruchs verantworten. Tatmotiv: "Ausländerhass". Die skandalöse Prozessverschleppung ist symptomatisch für den laxen Umgang der Justiz mit den rassistischen Tätern.

Bereits im September 1992 hatte der Vorsitzende der Jugendkammer, Horst Heydorn, die Haftbefehle gegen die Angeklagten außer Vollzug gesetzt. Sie hatten in der Pogromnacht Molotow-Cocktails auf das Ausländerheim im Norden Rostocks geworfen, in dem sich zu diesem Zeitpunkt noch an die 150 Menschen aufhielten. In schöner Regelmäßigkeit ließ Heydorn anschließend die Akten mit der Begründung liegen, seine Kammer müsse andere Haftsachen vorrangig behandeln. Fünf Tage vor Prozessbeginn stellte er dann das Verfahren wegen schweren Landfriedensbruchs gegen den heute 28-jährigen Sven M. mit der Begründung ein, der Vorwurf sei mittlerweile verjährt.

So stehen jetzt nur noch Ronnie S. (26), Andre B. (28) und Enrico P. (28) vor Gericht. Anfang der 90er Jahre gehörten alle vier der Schweriner Skinhead-Szene an. Auch nach ihrer Festnahme 1992 blieben sie weiter polizei- und gerichtsbekannt. Wegen Gewalttätigkeiten, der Verwendung von Nazi-Symbolen oder Widerstand gegen Polizisten wurden sie zu Geld- oder Haftstrafen verurteilt. Ronnie S. sitzt seit Sommer 2000 wegen eines entsprechenden Propagandadelikts und anderer Straftaten eine Haftstrafe ab und wird aus der JVA Bützow in den Gerichtssaal gebracht. Bereits 1995 hatte die Staatsanwaltschaft die Anklage gegen die vier formuliert, doch sechs Jahre lang ist nichts passiert. Obwohl die Anklage auf Mord lautet, kündigte der Vorsitzende Richter bereist am ersten Verhandlungstag ein niedriges Strafmaß an - wegen des späten Prozessbeginns.

Der Justizminister von Mecklenburg-Vorpommern, Erwin Sellering, spricht angesichts der Prozessverschleppung von einem "Ausrutscher". Doch davon kann keine Rede sein.

"Für uns ist die Sache seit einem halben Jahr so gut wie abgeschlossen." Bereits ein Jahr nach dem Rostocker Pogrom rechnete Peter Häfner, Direktor des Rostocker Amtsgerichts, nur noch "mit ein paar Nachzüglerverfahren". Aus den 260 Festnahmen, 32 Haftbefehlen und 300 Ermittlungsverfahren nach den rassistischen Ausschreitungen waren damals insgesamt 32 Anklagen zur Verhandlung vor dem Amtsgericht gelangt. Eine Reihe von Verfahren wurde außerdem per Geldbußen und Einstellung des Verfahrens gegen Geldauflagen geregelt.

Drei Jahre Jugendstrafe wegen gemeinschaftlichen schweren Landfriedensbruchs und schwerer Brandstiftung war das höchste Strafmaß, das die Rostocker Amtsrichter in diesem Zusammenhang ausgesprochen haben. Die Mehrzahl der Verfahren endete aber mit Jugendarresten, Betreuungsauflagen wie der Teilnahme an sozialen Trainingskursen und mit geringen Bewährungsstrafen. Strafmildernd gestanden die Rostocker Jugendrichter den Angeklagten häufig den hohen Blutalkoholwert zur Tatzeit oder die schlechte Situation für Jugendliche in Ostdeutschland zu. So werteten sie beispielsweise das Verhalten eines wegen schweren Landfriedensbruchs angeklagten Gewalttäters als "lediglich symbolisches Aufmucken".

Nur einmal musste sich in Rostock bislang ein Beteiligter wegen versuchten Mordes verantworten. Bezeichnenderweise, weil er einen Molotow-Cocktail auf einen Polizisten geworfen hatte. Noch während des Verfahrens ließ das Landgericht allerdings diesen Vorwurf fallen und verurteilte den damals 22-jährigen Mann aus Berlin wegen schweren Landfriedensbruchs und gefährlicher Körperverletzung zu zweieinhalb Jahren Freiheitsentzug.

"Wer Beifall klatscht, wenn Molotow-Cocktails und Steine in Asylantenheime geworfen werden, macht sich strafbar, das würde ich gerne vor Ort einmal durch die Strafverfolgungsbehörden verdeutlicht sehen." Selbst diese Kritik des damaligen Generalbundesanwalts Alexander von Stahl scherte die Rostocker Anklagebehörde nicht. In bester deutscher Juristentradition erklärten sie spitzfindig, es könne nicht ausgeschlossen werden,

dass eine "Sympathiekundgebung erst nach Beendigung einer Tat erfolgte". Von Volksverhetzung wollte die Staatsanwaltschaft schon gar nicht reden. "Anlässlich der Ausschreitungen in Rostock-Lichtenhagen konnte bei keinem der beteiligten Gewalttäter der Nachweis einer Volksverhetzung geführt werden", heißt es in einer Einstellungsverfügung. Rufe wie "Ausländer raus" seien zwar "im weiteren Sinne diskriminierend und ausländerfeindlich", nicht jedoch volksverhetzend.

mb.

18. Das Komplott von Rostock

Autor: Js. · Rubrik: Geschichte der BRD · CD-Datei: daten/aksuche/ak457/06.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:457:06

Gegen die skandalöse Verschleppung der Rostocker Prozesse protestierte jüngst sogar der Bund deutscher Kriminalbeamter. Ein wohlfeiler Protest: Dass 150facher Mordversuch nicht ernsthaft verfolgt wird, kann kein Staatsdiener gut finden - solche "Schlamperei" untergräbt das Vertrauen in die "Rechtsordnung". Der politische Skandal, der das Rostocker Pogrom im August 1992 erst möglich machte, ist indes kaum noch Thema: das Zusammenspiel von hochrangigen Politikern, Polizeiführung, Lokalpresse, angereisten Nazi-Kadern und einheimischem Mob.

Deutschland im Jahre 1992: Das beherrschende innenpolitische Thema ist die "Asyldebatte", die dritte nach 1980 und 1985/86. Die Parolen der Rechtsextremen und der bürgerlichen "Mitte", wachsende Teile der Sozialdemokratie inklusive, unterscheiden sich nur in Nuancen: Gehetzt wird gegen die "Asylantenflut", den "Asylmissbrauch", die drohende "Überfremdung". "Das Boot ist voll", mahnen auch als "seriös" geltende Medien. Die Kohl-Regierung betreibt die Abschaffung des Grundgesetzartikels 16, dessen humanitäre Garantie "Politisch Verfolgte genießen Asylrecht" angeblich zum Missbrauch geradezu einlade. Allein, eine Grundgesetz-Änderung ist nur mit Zwei-Drittel-Mehrheit möglich, die SPD aber ziert sich noch. Damit verursacht sie den "Staatsnotstand", geifert Kohl: Wenn die politischen Instanzen gelähmt und handlungsunfähig sind, so die unausgesprochene Botschaft, muss "der Bürger" selbst zur Tat schreiten. Das geschieht auch - in beiden Teilen des gerade "wiedervereinigten" Landes.

Mordhetze in der Lokalpresse

Rostock im Sommer 1992. Im Wohnviertel Lichtenhagen befindet sich die "Zentrale Aufnahmestelle für Asylbewerber" (ZAST) des Landes Mecklenburg-Vorpommern, die im Oktober 1990 die Arbeit aufgenommen hat. Im Sommer 1992 ist die ZAST hoffnungslos überfüllt, die Zustände werden menschenunwürdig - für die Flüchtlinge, die nicht ausreichend verpflegt werden und von denen viele im Freien übernachten müssen. Die Stadt weigert sich sogar, Toilettenwagen aufzustellen - was Oberbürgermeister Kilimann (SPD) später so begründet: "Das hätte bedeutet, dass wir einen Zustand legalisieren, den wir nicht haben wollten." Dabei ist eine gewaltsame Entladung des "Volkszorns" absehbar. Dass Rostocks "ausländische Bürger", ob AsylbewerberInnen oder ehemalige DDR-VertragsarbeiterInnen, generell gefährdet sind, hat der Rostocker Oberbürgermeister schon im Juli 1991 an das Landesinnenministerium gemeldet: "Gewalttätigkeiten gegenüber ausländischen Bürgern nehmen zu. Schwerste Übergriffe bis zu Tötungen sind nicht mehr auszuschließen."

Ab Mittwoch, dem 19.8.1992, muss den politisch Verantwortlichen klar sein, dass eine Eskalation unmittelbar bevorsteht: An diesem Tag zitieren die lokalen Norddeutschen Neuesten Nachrichten (NNN) und die Ostseezeitung (OZ) die unmissverständlichen Drohungen einer "Interessengemeinschaft Lichtenhagen": "Wenn die Stadt nicht bis Ende der Woche in Lichtenhagen für Ordnung sorgt, dann machen wir das. In der Nacht von Samstag auf Sonntag räumen wir in Lichtenhagen auf. Das wird eine heiße Nacht." Warnungen der Kommunalpolitiker oder der Polizei an die Bevölkerung, auch Fahndungsmaßnahmen gegen die Urheber der Drohungen bleiben aus. Die Lokalzeitungen tragen das Ihre zur Mobilisierung bei. "Lichtenhäger Kessel brodelt. Anwohner fordern Schließung des Asylbewerberheims" - so steht es in den NNN vom Freitag, dem 21.8.

Tags darauf beginnt das öffentlich angekündigte Pogrom. Ab dem Nachmittag rottet sich vor der ZAST eine auf 2.000 Personen anwachsende Menge zusammen. Mindestens 150 bis 200 Skinheads, aber auch viele Jugendliche und Erwachsene aus Lichtenhagen greifen das Asylbewerberheim mit Steinen, Leuchtspurmunition und Brandflaschen an. Bis in den vierten Stock werden die Scheiben zertrümmert. Mehrere Autos der Polizei und der vietnamesischen AnwohnerInnen werden abgefackelt, ein Balkon in der zweiten Etage der ZAST fängt Feuer. Treffer werden mit Beifallsstürmen gefeiert, Nazi-Parolen gegrölt: "Deutschland den Deutschen - Ausländer raus" und "Sieg Heil". Die Polizei ist am Samstag mit 35 Mann vor Ort. In Sommerkleidung und ohne Ausrüstung haben sie gegen die gut organisierten Nazis keine Chance. Erst um zwei Uhr nachts treffen zwei Wasserwerfer aus Schwerin ein. Im Laufe der Nacht erhöht sich die Zahl der eingesetzten Polizisten auf 150.

Ab Sonntag mobilisiert die gesamte norddeutsche Nazi- und Skinheadszene nach Rostock. Das Bundeskriminalamt (BKA) sieht angeblich "keine Hinweise auf ein organisiertes Vorgehen der Gewalttäter", während der Rostocker Polizeichef Siegfried Kordus gegenüber der OZ erklärte: "Wir hatten Erkenntnisse über Vorbereitungen und waren darauf vorbereitet, dass rechte ausländerfeindliche Trittbrettfahrer den Protest der Lichtenhäger nutzen werden, um die ZAST anzugreifen." AntifaschistInnen, die sich den Angreifern entgegenzustellen versuchen, erkennen etliche alte Bekannte, darunter Führungskader fast sämtlicher militanter Nazi-Gruppen.

Der Mob wütet, die Polizei sieht zu

Am frühen Sonntagnachmittag gehen die Angriffe auf die ZAST weiter. Abends dann wird auch das Nachbarhaus, in dem vietnamesische ArbeiterInnen wohnen, von "Kindern und Jugendlichen" (OZ) angegriffen, Zimmer werden verwüstet. Dies ist das Vorspiel zur Brandschatzung des Heimes am Montagabend, die also keineswegs unerwartet kommt. Mindestens 500 Personen rechnet die Polizei in der Nacht von Sonntag auf Montag zum harten Kern der Gewalttäter, 3.000 bis 5.000 "Anwohner und Anwohnerinnen" bilden das Beifall klatschende Publikum, in dessen Schutz sich die Angreifer immer wieder zurückziehen können. Die Polizeikräfte, am Abend immerhin 600 bis 800 Mann, agieren genauso defensiv wie am Vortag und lassen den Mob sich weitgehend ungestört austoben; direkt vor der Polizeiabsperrung werden Molotow-Cocktails abgefüllt oder kistenweise aus Autos herangeschleppt.

Dass die Polizei das Pogrom am Sonntag relativ leicht hätte zerschlagen können, geht aus Aussagen von Polizisten hervor, die am 21.9.1992 in der Süddeutschen Zeitung zitiert wurden. Darin ist von einem Plan mit dem Codenamen "Die Sonne scheint" die Rede, der am Sonntag ausgeführt werden sollte: "An diesem Tag seien reichlich Polizeikräfte da gewesen, ‚da hieß es, wir sollen die Randalierer einkesseln. Und die Spezialtrupps hätten dann einem nach dem anderen rausgeholt. Wenn wir so vorgegangen wären, hätten wir schon am Sonntag Ruhe gehabt.` Sie erzählen, wie sie stundenlang darauf gewartet haben, dass über Funk das Signal ‚Die Sonne scheint` gegeben würde, aber es passierte nicht." Der zeitweilige Einsatzleiter Jürgen Deckert bestätigt auf Nachfrage zwar die Existenz dieses Planes, den er persönlich entwickelt habe - warum er nicht umgesetzt wurde, verrät er aber nicht.

Die Eskalation des Terrors am folgenden Abend ist weitgehend bekannt. Zu diesem Zeitpunkt sind die letzten Flüchtlinge aus der ZAST weggebracht worden. Nazis und Bürgerpack feiern ihren "Sieg"; bis zu 1.000 aktive Gewalttäter genießen den lautstarken Beifall von annähernd 5.000 "Zuschauern". Kurz nach 21 Uhr räumt die Polizei plötzlich das Feld. "Innerhalb weniger Minuten sind rund um das Haus kein Wasserwerfer, kein Polizeiwagen und kein einziger Polizist mehr zu sehen", schreibt die Berliner Zeitung am 26.8.. Jetzt ist der Sieg des Mobs total. Man singt "So ein Tag, so wunderschön wie heute" und intensiviert die Angriffe auf das Wohnheim der VietnamesInnen. Systematisch werden Molotow-Cocktails in die Fenster der unteren Stockwerke geworfen, begleitet von Beifall und "Sieg-Heil"-Rufen. Die Meute will Tote. Daran lassen Parolen wie "Hängt sie", "Lyncht sie" oder "Wir räuchern sie aus" keinen Zweifel.

Um 21.44 Uhr, sechs Minuten nach dem ersten Notruf, ist die Feuerwehr vor Ort, wird aber von den Nazis gewaltsam zum Rückzug gezwungen. Der angeforderte Polizeischutz bleibt aus. Die Rechten beherrschen das Feld vollständig und verwüsten die Räume, bis sie durch das selbst gelegte Feuer und den sich ausbreitenden Rauch zum Verlassen des Gebäudes gezwungen werden. Dessen BewohnerInnen haben sich in die oberen Stockwerke geflüchtet, aber der Rauch kommt immer näher. Auch ein ZDF-Team, Wachmänner und der Rostocker Ausländerbeauftragte Wolfgang Richter sind in dem Haus eingeschlossen. Mit Hilfe einer zufällig gefundenen Brechstange können sie sich den Weg auf das Dach bahnen. Ständige Handy-Anrufe bei der Polizei bleiben erfolglos: Die Notruf-Nummer 110 ist nicht besetzt. Erst kurz vor 23 Uhr, als sich wieder schwache Polizeikräfte sehen lassen, kann die Feuerwehr mit den Löscharbeiten beginnen. Gegen Mitternacht werden die VietnamesInnen mit Bussen evakuiert.

Dass alle 150 bedrohten Menschen den Massenmordversuch überlebt haben, grenzt an ein Wunder. Dass sie überhaupt in Lebensgefahr gerieten, ist allem Anschein nach das Ergebnis staatlicher Regie auf höchster Ebene: Zur Tagung des Krisenstabes am Montagmorgen ist eigens Bundesinnenminister Seiters (CDU) nach Rostock gereist, um sich mit Landesinnenminister Kupfer und der Polizeiführung Mecklenburg-Vorpommerns abzustimmen. Letztere besteht ausschließlich aus "hochrangigen Westimporten"; die Einsatzleitung am Montag haben Polizei-Offiziere mit einschlägigen Erfahrungen, vor allem bei den Bürgerkriegseinsätzen um

das AKW Brokdorf. In den entscheidenden Stunden am Montagabend ist dann nicht nur der Notruf nicht besetzt, auch Innenminister Kupfer und Einsatzleiter Kordus sind unerreichbar - während in unmittelbarer Nähe des Schlachtfeldes mehrere Hundertschaften der Polizei bereit stehen, die aber nicht eingreifen dürfen. Auch aus dieser Truppe melden sich später frustrierte Beamte zu Wort: "Die Polizisten erzählen, dass die meisten der Kollegen der Ansicht seien, der verkorkste Einsatz sei aus irgendwelchen Gründen gewollt gewesen. ‚Vielleicht sollte es einfach die große Katastrophe geben.` Einer sagt, wie sehr er sich gewundert habe, ‚als wir plötzlich vom Heim weggezogen wurden`. Ein anderer meint, schon den ganzen Tag über seien so ‚merkwürdige Dinge` über Funk gelaufen, die keiner verstanden habe. Ein dritter, der in einer Hundertschaft nahe des Schauplatzes postiert war, weiß noch, wie sie alle den Kopf geschüttelt haben, als sie das brennende Haus gesehen haben, ‚aber nicht los durften. Das darf doch nicht wahr sein.`" (SZ, 21.9.)

Gegenüber Komplott-Theorien ist ja generell äußerste Vorsicht geboten. Die polizeilichen "Pannen und Versäumnisse" der Rostocker Pogromtage sind aber zu zahlreich, als dass man an eine "Verkettung unglücklicher Umstände" (Polizeisprecher Teichmann) glauben könnte. Innenminister Kupfer wollte überhaupt keine Fehler der Polizei erkannt haben. Er bescheinigte der Polizei vielmehr, "dass sie in der Lage gewesen sei, den Auftrag umzusetzen, den sie von ihm und von der Einsatzleitung bekommen habe" - das stimmt eben nur dann, wenn der Auftrag lautete, das Pogrom laufen zu lassen, um mit dem Fanal von Rostock-Lichtenhagen einen Durchbruch in der Asylfrage zu erzielen. Das Kalkül ging auf. Die Regierungsparteien CDU/CSU und FDP verurteilten ebenso wie die oppositionelle SPD zwar die "Ausschreitungen", äußerten gleichzeitig aber ihr tiefes Verständnis für die berechtigten "Ängste der Bürger" (Thierse, SPD), ausgelöst durch "den unkontrollierten Zustrom von Wirtschaftsflüchtlingen" (Seiters, CDU) oder "das Verhalten mancher Asylbewerber" (SPD-Vorsitzender Engholm). Kupfer verstieg sich gar zu dem extrem zynischen Satz, in Lichtenhagen sei "keinem Asylbewerber auch nur ein Haar gekrümmt worden". Und die SPD war es, die dem tobenden Mob, eine ganz besondere "Grußadresse" zukommen ließ: Zeitgleich mit dem Pogrom vollzog sie ihre "Petersberger Wende" in der Asylpolitik, die den Weg zur Grundgesetzänderung frei machte.

All diese Beschwichtigungen und Verständnisbekundungen konnten von Nazis und Rassisten nur als Ermutigung begriffen werden. Für die in den folgenden Monaten eskalierende rassistische Gewalt mit den Morden von Mölln und Solingen ist die politische Elite mitverantwortlich, weil sie den Rassisten in Rostock zum Sieg verhalf und den massenhaften Mordversuch als Ausdruck eines prinzipiell berechtigten Anliegens verharmloste. Dieses Verbrechen verjährt nicht - auch wenn sich kein Staatsanwalt jemals dafür interessieren wird.

Js.

Eine ausführliche Analyse des Rostocker Pogroms erschien im November 1992 in einem ak-Extrablatt; Restexemplare werden gegen 3 DM (in Briefmarken) zugesandt.

19. Brechmittel in Hamburg. Rot-Grün trägt Mitverantowortung am Tod von Achidi J.

Autor: dk · Rubrik: Klassenjustiz, Repressionen · CD-Datei: daten/aksuche/ak457/37.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:457:37

Die Vergabe von Brechmitteln ist gefährlich, ja lebensgefährlich, selbst wenn sich die Opfer nicht wehren. Das ist allgemein bekannt. Aus diesem Grund haben Staatsanwaltschaft und Gerichtsmedizin in Hamburg die Brechmittelvergabe immer wieder als unnötig, unverhältnismäßig und die Würde des Menschen verletzend abgelehnt, zuletzt noch im März 2001. Ein Urteil des Oberlandesgerichts Frankfurt aus dem Jahr 1996 bestätigt diese Auffassung. Die PropagandistInnen der Brechmittelvergabe von Rot-Grün bis CDU-Schill berufen sich gerne auf ein Urteil des Bundesverfassungsgerichts aus dem Jahre 1999. Aber wie das BVerfG jetzt klargestellt hat, wird dort nur fest gestellt, dass es keine grundsätzlichen und prinzipiellen verfassungsrechtlichen Bedenken gegen die Brechmittelvergabe gebe. Das sei kein Freifahrtschein für die konkrete Praxis, insbesondere nicht für die Anwendung von Zwang.

In einer kürzlich veröffentlichen Erklärung der Hamburger Ärztekammer werden gewaltsame Brechmitteleinsätze als "aus ärztlicher Sicht unverantwortlich" kritisiert. Allerdings mag sich der Präsident der Ärztekammer, Frank Ulrich Montgomery (SPD) nicht zu einer völligen Verurteilung dieser Praxis hinreißen. Er liegt damit ganz auf SPD-Linie, die dafür plädiert, die Brechmittelvergabe lediglich auszusetzen. Für einen sofortigen Stopp treten die Grünen ein - und spekulieren dabei auf das nicht vorhandene politische Kurzzeitgedächtnis der Öffentlichkeit: Dass sie die politische und moralische Mitverantwortung für den Tod von Achidi J. tragen, wird verschwiegen. Eine öffentliche Entschuldigung irgendeines grünen Funktionsträgers liegt bis heute nicht vor.

Außerparlamentarische linke, antirassistische und Bürgerrechtsgruppen fordern den sofortigen Stopp der Brechmitteleinsätze. Sie verlangen eine unabhängige Begutachtung und Untersuchung des Todes von Achidi J. Dessen Leichnam ist mittlerweile zur Obduktion nach Berlin transportiert worden. Die Hamburger Ärzteopposition wie auch der Republikanische AnwältInnenverein haben inzwischen Strafanzeige gegen die beteiligten ÄrztInnen und Polizeibeamten wie auch gegen den Senat gestellt. Auf einer Spontandemonstration am 11. Dezember wurden Ärztinnen und Ärzte aufgefordert, die Beteiligung an der Brechmittelvergabe zu verweigern. "Ihre Aufgabe ist es Leben zu retten, nicht zu töten. Verweigern Sie diese Drecksarbeit!"

dk

20. Schill auf Scholz´ Spuren. Hamburg auf dem Weg zur Hochburg des staatlichen Rassismus

Autor: Gaston Kirsche · Rubrik: Ausländer- und Asylpolitik; Klassenjustiz, Repressionen · CD-Datei: daten/aksuche/ak457/20.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:457:20

In einem Demoaufruf gegen die Amtseinführung des neuen rechten Senates hieß es: "Schill, CDU und FDP können mit ihrem Law-and-Order-Geschwätz an vielen Punkten da weitermachen, wo Rot-Grün aufgehört hat. Scholz verkündete beispielsweise stolz: ‚In Hamburg wird effektiver abgeschoben als in Bayern!` Das wird sich in Zukunft wohl kaum ändern. Gerade im Bereich der Flüchtlingspolitik wird der CDU/FDP/Schill-Senat die rot-grüne Ex-Regierung in puncto Rassismus noch übertreffen." Die Befürchtungen haben sich in kürzester Zeit bestätigt.

Das Hamburger Abendblatt forderte seinem Publikum neulich eine kleine Denkleistung ab, wo sie vor einigen Jahren noch kurz und bündig von "Zigeunern" schrieb. "Wer ist der jetzt festgenommene 14 Jahre alte Räuber? Mirko ist gebürtiger Jugoslawe, Angehöriger einer dort verfolgten Minderheit. Er wohnt in Hausbruch bei seiner Mutter. Besucht die Sonderschule. Aber nur ab und zu, heißt es. Die Polizei kennt ihn schon länger." Der Aufmacher "Jugendbande raubt alte Frauen aus" vom 22. November über "eine Serie brutaler Überfälle auf Rentnerinnen" endete dann aber doch noch mit einem gängigeren rassischen Etikett: "Die Räuber flüchteten über den Balkon, der Beschreibung nach zwei Jugendliche, 16 bis 17 Jahre alt. Und beide Südländer." Die wurden nicht gefasst, aber der 14-jährige Mirko sitzt seit dem 20. November in Hamburgs Jugendgefängnis Hahnöfersand.

Dass 14-jährige dort eingesperrt werden, ist auch zu Zeiten vorgekommen, als in Hamburg die SPD regiert hat. So wurden im Februar 1999 einige minderjährige Migranten dort mehrere Wochen lang inhaftiert, weil sie aus Protest gegen die Verhaftung des PKK-Vorsitzenden Abdullah Öcalan einen Raum in der Hamburger SPD-Zentrale mitbesetzt hatten. Aber nach dem Regierungswechsel im Stadtstaat Hamburg am 31. Oktober wird die Rechtsentwicklung beschleunigt.

Nur wenige Tage vor Mirkos Festnahme hatte sich Hamburgs neuer Innensenator Ronald Barnabas Schill von der Schill-Partei PRO im Gespräch mit dem Hamburger Abendblatt dafür ausgesprochen, schnellstmöglich ein geschlossenes Heim für jugendliche "Drogendealer und junge Gewalttäter" einzurichten. "Wir brauchen etwa 100 bis 200 Plätze", erklärte Schill. Damit solle "verhindert werden, dass jugendliche Dealer nach der Festnahme gleich wieder auf der Straße sind." So soll das Jugendgericht umgangen werden, das nach Meinung von Schill bisher viel zu selten Haft für Jugendliche anordnet.

Schill macht keinen Hehl daraus, welche Leute er als Dealer verdächtigt: Es müsse verhindert werden, dass minderjährige unbegleitete Flüchtlinge "falsche Altersangaben machen, um das mildere Jugendrecht zu nutzen. In Zukunft sollen bereits über die Ausländerbehörde Altersgutachten angeordnet werden - noch bevor die Jugendlichen straffällig werden." Aber nicht nur Schill sieht junge Flüchtlinge generell als verdächtig an. Bereits der im September abgewählte rot-grüne Senat richtete vor einem Jahr die Drogeneinsatzgruppe DEG ein: Zivilfahnder, die nach kleinen Menschenansammlungen Ausschau halten, die sie für Drogenverkäufer halten. Im Juli wurde auch der zwangsweise Brechmitteleinsatz bei Verdächtigen vom rot-grünen Senat beschlossen, die im Verdacht stehen, vor der Festnahme Drogenkugeln verschluckt zu haben. Erst kürzlich erklärte der Chef der DEG, Kriminaloberrat Ulf Schöder, dass die Arbeit der DEG und der Brechmitteleinsatz erfolgreich seien: In den vergangenen Monaten sei die Zahl der "sichtbaren schwarzafrikanischen Dealer an den Brennpunkten sichtbar zurückgegangen".

So wird deutlich gemacht, wer gemeint ist, wenn in Hamburg von Dealern die Rede ist. Um die Festgenommenen vermehrt anzuklagen, hat Schill jetzt 15 neue Staatsanwälte eingestellt. Schill dazu gegenüber dem Eimsbütteler Wochenblatt: "Schon in wenigen Wochen wird man auch im Schanzenviertel davon etwas spüren."

Der repressive Kurs von Innensenator Schill wird vom gesamten neuen Hamburger Senat mitgetragen. Schon nach der ersten Klausurtagung der Senatoren von FDP, CDU und Schill-Partei konnte zum Beispiel Bürgermeister Ole von Beust (CDU) verkünden, dass der Arbeitsauftrag zur Errichtung eines geschlossenen Heimes für straffällige Jugendliche vergeben worden sei. Ein weiteres Ergebnis war, dass bei Justiz und

Polizei eingestellt wird: Neben den 15 neuen Staatsanwälten auch 252 Angestellte im Polizeidienst, eigentlich eine Beamtendomäne. Doch die (Polizei-)Beamten sollen zukünftig von Verwaltungsaufgaben entlastet werden, um sich auf "die Jagd nach Dealern und anderen Kriminellen konzentrieren" zu können.

Noch nicht beschlossen wurde der massive Ausbau der DEG, die bisher schwerpunktmäßig in der Innenstadt nach "sichtbaren schwarzafrikanischen Dealern" Ausschau hält. Schill möchte gerne weitere Einsatzgruppen auch in andere Stadtteile schicken - etwa dem Schanzenviertel, wo bereits jetzt kaum unbehelligt von der Polizei zu Fuß unterwegs sein kann, wer ins polizeiliche Dealer-Raster passt: jung, "schwarz" - verdächtig. Die Aufstockung der DEG ist ebenso wie der Verzicht auf eine staatsanwaltliche Anordnung zur zwangsweisen Verabreichung von Brechmittel bisher nur ein Plan von Schill - und noch nicht vom Senat beschlossen: "Im Moment gilt noch das Paket, welches der ehemalige Innensenator Olaf Scholz (SPD) auf die Reise geschickt hat", erklärte Polizeisprecher Reinhard Fallak dazu. Aber es seien Treffen geplant, um Schills Vorschläge von den Amtsleitern genauer ausarbeiten zu lassen: Demnächst wird es mehr No-Go-Areas für "Schwarze" in Hamburg geben. Das liegt nicht nur an Neonazis, die im innerstädtischen Hamburg nicht viel zu melden haben, oder an der Polizei: Bitter ist, dass Politik und Polizei bei der rassistischen Ausgrenzung von jungen Schwarzen von der Mehrheit der Bevölkerung unterstützt werden.

Im Koalitionsvertrag zwischen CDU, Schill-Partei und FDP werden Menschen ohne deutschen Pass nur noch unter den Stichworten Innere Sicherheit, Justiz, Drogen und Terrorismusbekämpfung erwähnt, während sie bei Soziales, Kultur, Familie, Wirtschaft, Stadtplanung usw. nicht vorkommen. Einzige Ausnahme ist die Schulpolitik: "Gut ein Jahr vor der Einschulung erfolgt eine Sprachüberprüfung bei Kindern nichtdeutscher Muttersprache. Bei erheblichen Defiziten erfolgen verbindliche Sprachfördermaßnahmen vor der Einschulung, so dass ausreichende Deutschkenntnisse bei allen Kindern zum Zeitpunkt der Einschulung sicher gestellt sind." Wo bei der SPD-Regierung noch von Förderung die Rede war, soll jetzt schon im Kindergarten die Kontrolle Vorrang haben. Aber Protest kommt nur von der Bildungsgewerkschaft. "Die GEW hält es für einen Skandal, Kinder ohne ausreichende Deutschkenntnisse nicht mehr einschulen zu wollen", erklärte Anna Ammon, GEW-Vorsitzende in Hamburg, und: "darüber hinaus sollen offenbar die positiven Ergebnisse bilingualer Alphabetisierung über Bord geworfen und durch Eingangstests und Sprachtraining für Kinder nichtdeutscher Muttersprache ersetzt werden."

Nicht-Deutsche nur noch ein Sicherheitsproblem

Der neue Schulsenator Rudolf Lange wird auf Protest stoßen. Seine bisherige Tätigkeit spricht allerdings nicht dafür, dass er sich von der GEW etwas sagen lassen wird. Bis zum Wahlkampf leitete er als Konteradmiral die Führungsakademie der Bundeswehr, wo die Offiziersausbildung stattfindet. Tipps dafür, wie Schule funktionieren sollte, holte er sich sofort nach seiner Amtseinführung bei der Hamburger Handelskammer, die für mehr Konkurrenz, Elite und Förderung von leistungsstarkem Nachwuchs eintritt.

Wer von Polizei und Justiz sanktioniert wird, muss laut Hamburger Koalitionsvertrag neben einer Verurteilung häufiger als bisher mit doppelter Bestrafung rechnen: "Ausreisepflichtige Ausländer werden konsequent abgeschoben." Aber entsprechend der unterschiedlichen sozialen Lage von MigrantInnen macht auch der neue Senat Angebote im Rahmen einer Multi-Kulti-Repression. Eine Chance zum Mitmachen für Einige, die Mittlere Reife oder Abitur haben: "Es werden vermehrt ausländische Bewerber sowohl bei der Polizei als auch bei den Angestellten im Polizeidienst eingestellt, um ihre Sprach- und Kulturkenntnisse für die Bekämpfung von Straftaten zu nutzen. Ziel ist eine Verstärkung der uniformierten Präsenz in vorwiegend von Zuwanderern bewohnten Gebieten." Multi-Kulti-Polizisten können dann Schlägereien in Dönerbuden schlichten oder den Abschiebebescheid übersetzen. Ob sie jedoch auch rassistische deutsche Diskobesitzer verhaften dürfen, darf bezweifelt werden - sie sollen ja bei ihrer "Kultur" bleiben.

Gaston Kirsche

21. Mann über Bord. Arafat ist am Ende

Autor: Achim Rohde · Rubrik: Israel / Palästina · CD-Datei: daten/aksuche/ak457/35.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:457:35

Seit dem von einer Attentatsserie der Hamas überschatteten Besuch Ariel Sharons in Washington überstürzen sich die Ereignisse im israelisch-palästinensischen Konflikt. Im Wettstreit zwischen Arafat und Sharon, wer von beiden am ehesten von der neuen weltpolitischen Situation nach dem 11. September profitieren würde, scheint es einen Sieger zu geben. Er heißt Sharon. Zunächst hatte es noch so ausgesehen, als würde die Bush-Administration im Hinblick auf die Stabilität ihrer Kriegskoalition eher auf die "arabische Karte" setzen und Israel abseits stehen lassen. Die Einbindung der pragmatischen arabischen und muslimischen Staaten in eine internationale Anti-Terror-Koalition ist für Bush jr. auch weiterhin wichtig, etwa um die Isolierung des Irak aufrecht zu erhalten und verstärkten Druck auf Saddam Hussein auszuüben. Doch zum gegenwärtigen Zeitpunkt bietet sich ein Bild, das diesen Zielen widerspricht.

Vielleicht haben die USA sich für eine andere Strategie im Nahen Osten entschieden. Vielleicht waren es das unsägliche Timing und Ausmaß der palästinensischen Attentatsserie, welche den Ausschlag gaben und Arafat als zu unglaubwürdig oder zu schwach erscheinen ließen, um noch eine Rolle in der Nahostpolitik der USA zu spielen. Manche sagen, dass für die USA Sharon immer noch besser, d.h. berechenbarer, sei als ein Premierminister Netanjahu, der bei einem Sturz der Regierung Sharon als aussichtsreichster Bewerber gilt. Dass Bush die Sharonsche Lesart der Intifada schlicht übernommen hat, lässt Unheil ahnen und könnte sich bald als Riesendummheit erweisen. Seit der Rückkehr Sharons aus den USA spricht das israelische Kabinett von der palästinensischen Administration als einer Organisation, die den Terror unterstützt. Was mit solchen Leuten passieren soll, machen die USA ja gerade vor. Seitdem fallen verstärkt Bomben auf Arafats präsidentielle Einrichtungen und seine persönlichen Sicherheitsdienste. Seit dem 13. Dezember hat die israelische Regierung den Kontakt zu Arafat offiziell abgebrochen; "Arafat existiert für uns einfach nicht mehr", erklärte Sharon. Wie es scheint, hat er von Bush grünes Licht bekommen, Arafat und seine Administration von der Macht zu drängen, möglicherweise ins Exil zu jagen, um endlich effektiv gegen palästinensische Guerillas und Selbstmordattentäter vorgehen zu können. Ein solches Szenario wäre die Übertragung der Lage in Afghanistan auf diejenige in Israel/Palästina. Nach eigenen Aussagen hält Sharon ja Arafat für den Bin Laden der Israelis, aber sein Leben darf Sharon wohl selbst unter Bush nicht antasten. In jedem Fall verspricht die jetzige Situation noch um einiges schlimmer zu werden, bevor sie sich wieder bessern kann. Denn die Westbank ist nicht Afghanistan, und eine Taktik der totalen militärischen Überlegenheit zum Zweck einer gewaltsamen politischen Neuordnung eines anderen Landes, wie sie die USA dort anwenden, würde in den palästinensischen Gebieten höchstens zu einem Blutbad führen, das eine Destabilisierung des gesamten Nahen Ostens auslösen könnte.

Die palästinensische Gesellschaft befindet sich in einer verzweifelten Lage. Kommunikation, Verkehr, Verwaltung, Gesundheitsversorgung, Nahrungsmittelversorgung, Bildungswesen u.a. sind unter der Taktik der israelischen Armee, die besetzten Gebiete in fein säuberlich voneinander getrennte Parzellen zu zerschlagen, unter ungeheuren Druck geraten. Hinzu kommen die Abriegelung vom israelischen Kernland, die permanenten Luftangriffe und Panzerattacken auf dicht besiedelte Gebiete und der ganz normale Alltag der Besatzung. Die Realität dieses schmutzigen Krieges gegen eine verarmte, radikalisierte und politisch schwache Bevölkerung, mehrheitlich Zivilisten, erreicht zur Zeit nur selten die Schlagzeilen. Dies liegt zu einem großen Teil an den immer neuen Selbstmordattentaten gegen israelische Zivilisten und ihrer ungeheuren Medienwirkung, gegen die Arafat in seiner jetzigen bedrängten Lage, aber letztlich schon seit längerem, nicht viel unternehmen kann. Sollte die palästinensische Administration fallen, worauf einiges hindeutet, dann würden die besetzten Gebiete in einem politischen Chaos versinken, bis sich aus einem internen Machtkampf verschiedenster Diadochen eine neue politische Führung etablieren könnte, die von der palästinensischen Bevölkerung akzeptiert wird. Zu einem Kampf um Arafats Erbe würde allerdings zunächst kaum Gelegenheit sein, weil die israelische Armee im Interesse der Sicherheit die Besatzung wieder vollständig aufrichten müsste, um gegen bewaffnete palästinensische Gruppen und Attentäter vorgehen zu können. Die wiederum würden unter solchen Bedingungen immer genügend Nachwuchs finden. Letztlich wird eine Zerschlagung der palästinensischen Administration der Hamas am meisten nutzen.

Was hat Sharon nur im Sinn? Hat er eine Vision, die über einen schicksalhaften Kampf zwischen beiden Seiten hinausgeht? Erwartet er im Ernst, dass die Palästinenser einem von ihm mehrmals ins Gespräch

gebrachten palästinensischen "Staat" von Israels Gnaden auf etwa 40 Prozent der Westbank ohne Jerusalem und ohne Räumung der Siedlungen zustimmen werden? Die Sicherheit israelischer BürgerInnen jedenfalls kann durch eine solche Neuordnung der Besatzung nicht erhöht werden. Sämtliche Selbstmordattentäter der vergangenen Monate drangen trotz der Abriegelung und Parzellierung der besetzten Gebiete nach Israel ein, häufig aus Gebieten unter voller israelischer Hoheit. (Amira Hass in Ha'aretz, 12.12.01)

Und wo bleibt die israelische Arbeitspartei in dieser Situation? Sie ist praktisch erledigt. Außenminister Peres hat keinen nennenswerten Einfluss auf das Geschehen mehr, er und seine Parteigenossen im Kabinett entziehen sich entscheidenden Abstimmungen, indem sie rechtzeitig den Raum verlassen. Die Reste der israelischen Linken versinken in tiefe Depression und Apathie, und wer kann, fliegt öfter mal ins Ausland, um sich zu entspannen.

Achim Rohde

22. Wunder gibt es immer wieder. Statt Ampel nun Rot-Rot in Berlin

Autor: Martin Reeh · Rubrik: SPD; PDS · CD-Datei: daten/aksuche/ak457/34.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:457:34

Am 4. Dezember platzten die Gespräche über die Berliner Ampelkoalition. Die FDP lehnte Steuererhöhungen auf Motorboote, Getränke und Grundstücke ab, die Grünen wollten Autobahnausbau und Olympiabewerbung nicht mittragen und die SPD hatte ohnehin auf ein Linksbündnis mit der PDS statt auf die von der Bundespartei aufgedrückte Ampelkoalition hingearbeitet. Dass Koalitionsgespräche aus inhaltlichen Gründen scheitern, nachdem sie einmal aufgenommen wurden, schien dabei im Selbstverständnis deutscher Parteien bislang nicht recht vorgesehen.

Nun kommt es doch zu Rot-Rot in der Hauptstadt. In den Verhandlungsrunden, die bis Mitte Januar abgeschlossen sein sollen, präsentiert sich die PDS - anders als im Frühjahr, als sie wusste, dass sie in die Koalition wollte, nicht aber wozu - bislang gut vorbereitet. Das Gesprächsklima mit der SPD ist konstruktiv. Beide Seiten verzichten darauf, sich entlang von Symbolthemen vorzuführen. So handelte die PDS den Sozialdemokraten den Verzicht auf eine Olympia-Bewerbung für 2012 ab, im Gegenzug stimmte sie dem Ausbau des Flughafens Schönefeld zu.

Im Bereich der Inneren Sicherheit einigten sich die Parteien auf die Kennzeichnungspflicht für Polizeibeamte. Statt der Videoüberwachung öffentlicher Plätze, wie sie beispielsweise Brandenburg praktiziert, soll die PDS-Idee von mehr Beamten auf der Straße umgesetzt werden. Die "Verwaltung der Verwaltung" (PDS) wird zu Gunsten des Streifendienstes reduziert. Die Verkrustungen, die die große Koalition hinterlassen hat, machen es der PDS leicht, sich zugleich als Bewahrer der Bürgerrechte und als Ordnungspartei zu präsentieren. Die "Law-and-order"-Innensenatoren der CDU hatten es zehn Jahre lang nicht einmal vermocht, die Polizeidienststellen mit Computern auszustatten, statt dessen aber sinnlose Repräsentationseinrichtungen wie die Reiterstaffel und das Polizeiorchester beibehalten. Nun modernisiert die PDS die Berliner Polizeistruktur.

Die eigentliche Auseinandersetzung um die Haushaltskonsolidierung steht der neuen Koalition jedoch noch bevor. Der Regierende Bürgermeister Klaus Wowereit sprach nach den Wahlen von notwendigen Sparmaßnahmen, angesichts derer die ganze Stadt "quietschen" werde. Die PDS plädiert für "sozial gerechtes Sparen". Bereits wenige Tage nach der Abgeordnetenhauswahl hatte die SPD ihr Versprechen gebrochen, den Bildungsetat von Kürzungen auszunehmen. So sahen die Ampel-Vereinbarungen die Privatisierung sämtlicher Kindertagesstätten vor. Eltern befürchteten steigende Beiträge, die Gewerkschaften die Flucht aus den Tarifverträgen. Nach Angaben der GEW hat die SPD in den laufenden Koalitionsverhandlungen die Streichung von 300 Lehrer- und Erzieherstellen vorgeschlagen. Die Ver.di-Landeschefin Susanne Stumpenhusen kündigte Streiks für den Fall einer Kita-Privatisierung an. Bereits 1989 hatte das Kita-Thema die rot-grüne Koalition an den Rand des Scheiterns gebracht, als der Senat trotz eines wochenlangen Streiks der Beschäftigten Lohnerhöhungen ablehnte und damit die ureigenste Klientel der Alternativen Liste gegen sich aufbrachte.

Berlin, Berlin, wie wirste dir verändern

Offen ist auch noch, wie das von SPD und PDS beschlossene Sparziel von einer Milliarde Mark jährlich bei den Beschäftigten im Öffentlichen Dienst umgesetzt werden soll. Während die SPD betriebsbedingte Kündigungen nicht ausschließen will, sperrt sich die PDS dagegen. Seit 1990 wurden bereits 50.000 Stellen in der Verwaltung gestrichen - allerdings ohne eine gleichzeitige Verwaltungsreform. In einzelnen Bereichen wie den Sozialämtern müssen nun weniger Beschäftigte die gleiche Leistung erbringen, während anderswo Prestigeposten in der oberen Verwaltungshierarchie nach der Bezirksfusion doppelt besetzt blieben. Ver.di-Landeschefin Stumpenhusen hat auch gegen betriebsbedingte Kündigungen Widerstand angekündigt. Angesichts ihrer Biografie kann man darauf hoffen, dass es sich nicht um das übliche wortgewaltigen Säbelrasseln der Gewerkschaften handelt, dem das ebenso übliche baldige Einknicken folgt. Stumpenhusen entstammt nicht dem verkrusteten Gewerkschaftsapparat, sondern kennt das Berliner Elend aus eigener Erfahrung: Nach zehnjährigem geisteswissenschaftlichen Studium hangelte sie sich von einer ABM-Stelle zur nächsten.

Mit Sparmaßnahmen alleine ließe sich der Haushalt nicht sanieren, so Stumpenhusen: "Berlin muss langfristig sein Einnahmeproblem lösen, die Wirtschafts- und Finanzkraft der Stadt ist viel zu gering." Der rot-roten Koalition fehlt aber jedes Konzept, wie die wirtschaftliche Misere der Hauptstadt zu ändern wäre. Das ist schon deshalb kein Wunder, weil alle möglichen Ideen schon in den letzten Jahren verbraucht wurden, aber nicht aufgingen oder nur einen geringen Effekt hatten - von der Olympiabewerbung über Regierungsumzug und Ansiedlung der New Economy bis hin zu massiven Infrastrukturinvestitionen. Was der neuen Koalition noch bleibt, sind kleinteilige Maßnahmen: Förderung einzelner Projekte, Abbau von Bürokratie in den Genehmigungsverfahren, Aufbau Berlins als Bildungsmetropole mit dem Standortfaktor "Human Resources". Dass Berlin vermehrt Investoren anziehen wird, ist nicht völlig auszuschließen, aber nur wenig vom Senat zu beeinflussen.

Der PDS-Kurs des "sozial gerechten Sparens" leitet daher ein neues Kapitel in der Konzeption linker Regierungsbeteiligungen ein. Waren die ersten rot-grünen Koalitionen noch von einem "Sofortismus" begleitet ("Sofortiger Ausstieg aus der Atomenergie") - so als sei ein parlamentarischer Regierungswechsel eine Revolution mit der Wahlurne - richtete sich die Regierungslinke von PDS und Grünen auf nachhaltige Reformen in einem Zeithorizont von ein bis zwei Legislaturperioden ein. Davon ist seit Amtsantritt der rot-grünen Bundesregierung keine Rede. Die wenigen Reformprojekte in Bereichen wie der Energiepolitik sind auf 20-30 Jahre angelegt. Bei der Berliner PDS bleibt nun jedoch nicht mehr als das vage Versprechen, dass es der nächsten Generation einmal besser gehen möge.

Martin Reeh

23. Wer kann, wandert aus. Mazedonien in der Wirtschaftskrise

Autor: Hannes Hofbauer · Rubrik: Mazedonien · CD-Datei: daten/aksuche/ak457/02.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:457:02

Die Reste des alten Bahnhofs stehen als Mahnmal im Zentrum der mazedonischen Hauptstadt Skopje. Die Uhr zeigt 17 Uhr 15, jene Minute, in der am 26. Juli 1963 ein Erdbeben die Stadt fast vollständig zerstörte. Auch der später neu errichtete Bahnhof wirkt heute funktionslos. Zwei riesige Betonröhren auf einer Brücke, ein gespenstisch leeres Gebäude, in dem der letzte Kiosk schon lange geschlossen hat. Eingeschlagene Tür- und Fensterscheiben erzählen vom wohl einzigen Gebrauch der gar nicht so alten Restaurations- und Geschäftsräumlichkeiten: Obdachlose finden hier ein Dach über dem Kopf.

ZweiMal täglich fahren je zwei Waggons in die alte jugoslawische Hauptstadt Belgrad. Außer einer Roma und zwei gesetzt wirkenden Herren sind wir die einzigen Fahrgäste, die den Weg durch den albanisch besiedelten Norden Mazedoniens wagen. Mit im Waggon noch vier Soldaten in Kampfanzügen, den Finger lässig am Abzug der nach unten baumelnden Maschinenpistolen. Sie sind zum Schutz des kleinen Zuges vor etwaigen Überfällen durch die UCK abgestellt, deren radikale Teile sich seit dem Einmarsch der NATO in Mazedonien in Albanische Nationalarmee (ANA) umbenannt haben. Gleich hinter Skopje ziehen sich die mazedonischen Militärs kugelsichere Westen über und wanken wie kahl geschorene, braun-grün gescheckte Bären durch den Gang. Nun geht es die 420 Kilometer bis Belgrad, wo wir zehneinhalb Stunden später ankommen werden. Knapp zwei Stunden dieser Reise sind knapp hinter Kumanovo für den Aufenthalt an den Grenzübergängen in Tabonovce (Mazedonien) und Presevo (Jugoslawien) vorgesehen. Die Zerstörung des früheren Jugoslawien, das vermittelt einem die Abreise aus Skopje in eindrucksvoller Weise, ist perfekt gelungen.

Die offizielle Statistik weist für Mazedonien im November 2001 eine Arbeitslosenrate von 46% aus, das sind zehn Prozent mehr als vor drei Monaten. Die Gesellschaft ist nicht nur ethnisch in zwei Teile - in etwa 60% MazedonierInnen und 30% AlbanerInnen - gespalten, sondern auch sozial weitgehend zerstört. Vor allem die MazedonierInnen kommen mit der neuen Art von Armut nicht zurecht. Die Mehrheit der Bevölkerung fand sich in rasend schnellem Tempo ihrer wirtschaftlichen Grundlagen beraubt. Eine Mittelklasse mit bescheidenem Wohlstand, wie es sie im Titoismus gegeben hatte, verschwindet.

Neuer Typus von Armut

"Noch vor einem Jahr ist es vielen Leuten hier gar nicht so schlecht gegangen", meint Suzana Saveska vom Institut für Sozialarbeit und Sozialpolitik in Skopje, "nun sind sie richtiggehend abgesackt". Irgendwann war das Ersparte aufgebraucht. Die Lohnzahlung aus dem Betrieb lässt oft mehr als ein halbes Jahr auf sich warten, die Arbeitslosenunterstützung beträgt etwa 90 DM, die Sozialhilfe für eine vierköpfige Familie liegt bei 110 DM monatlich. Um das Überleben zu sichern, ist der Gang in die graue Ökonomie meist unabdingbar.

Die MazedonierInnen haben mit Handel und Schwarzarbeit allerdings, anders als die AlbanerInnen, kaum Erfahrungen. "Albanische Familien sind mit der Privatwirtschaft viel vertrauter, meist befinden sich einige ihrer nächsten Verwandten im nahen Ausland, in der Schweiz, in Deutschland oder in Belgien, und helfen den Daheimgebliebenen." In den großen Fabriken, die seit Jahren ihre Belegschaften drastisch abbauen, waren vornehmlich MazedonierInnen beschäftigt. Sie, die auf die titoistische Modernisierung gesetzt hatten, fallen nun in eine soziale Depression, während die AlbanerInnen, die immer schon in staatlichen oder selbstverwalteten Betrieben diskriminiert worden waren, mit der absoluten Krise leichter zurechtkommen. Das bestätigt auch Iljaz Halimi, Vizepräsident der größten albanischen Partei DPA und Ko-Vorsitzender des mazedonischen Parlaments: "Die traditionelle Diskriminierung der Albaner am Arbeitsplatz entpuppt sich heute als gewisser Vorteil. Albaner sind ökonomische Krisen gewöhnt, viele sind emigriert. Die aktuelle Krise trifft die Mazedonier eindeutig härter." Bei einer Gesamtbevölkerung von knapp zwei Millionen leben 500.000 Menschen unterhalb der Armutsgrenze.

"Ein Markt mit zwei Millionen Einwohnern braucht keine Industriestruktur", bringt Vladimir Glogorov, mazedonischer Ökonom am Wiener Institut für Internationale Wirtschaftsvergleiche (WIIW) die Strukturkrise des Landes auf den Punkt. Die mazedonische Industrie, die noch 1989 80% ihres Absatzes innerhalb Jugoslawiens gefunden hatte", verlor nach dem Zusammenbruch Jugoslawiens ihre Märkte. "1991 ist unser Markt mit einem Schlag weggebrochen", meint auch Miroslava Mimorska-Marjanovic von der Ökonomischen

Fakultät in Skopje. Zum Zusammenbruch Jugoslawiens kamen noch das anfänglich von Griechenland gegen Skopje betriebene EU-Embargo sowie das zehn Jahre aufrechterhaltene UN-Embargo gegen Jugoslawien, das für Mazedonien eine Katastrophe bedeutete. 1999 setzte dann die NATO die kleine Republik unter Druck und zwang sie zur Aufnahme hunderttausender Flüchtlinge aus dem Kosovo, bis Anfang 2001 der von außen ins Land getragene Bürgerkrieg jede wirtschaftliche Aktivität erlahmen ließ. Auf über eine Milliarde DM schätzt die Vize-Präsidentin der regierenden VRMO, Dosta Dimovska, allein den wirtschaftlichen Verlust, der in den letzten Monaten durch die Schließung der Grenze zum Kosovo entstanden ist.

Kompensationen für all diese wirtschaftlichen Ausfälle, für die Mazedonien so gut wie nie irgendeine Schuld traf, wurden von der sogenannten "internationalen Gemeinschaft" häufig versprochen; gekommen ist bislang so gut wie nichts. Die USA haben noch nicht einmal für die Benutzung des stark in Anspruch genommenen "Autoput", der Autobahn, die den griechischen Hafen Thessaloniki mit Pristina verbindet und auf dem seit dem Sommer 1999 täglich mehrere KFOR-Kolonnen ihre Militärgüter transportieren, irgendeine Zahlung getätigt.

Ökonomie ist paralysiert

Statt versprochener Entschädigungen erhöhte der Westen im Frühsommer 2001 seinen Druck auf die Administration in Skopje. Die Anfang des Jahres noch von allen Seiten - inklusive der größten albanischen Partei in Mazedonien, der DPA - als Terrororganisation bezeichnete UCK, die vom Kosovo kommend am 23. Januar 2001 ihre Offensive startete, wurde Schritt für Schritt von NATO und EU unterstützt und in den politischen Prozess Mazedoniens integriert. Damit gelang es dem Westen, die im Kern ökonomischen Probleme mit der nationalen Frage zu überlagern. Nationales Konfliktpotenzial und das entsprechende Krisenmanagement kommt dem Begehren der neokolonial agierenden Mächte entgegen, lässt sich doch mit der ethnischen Karte Volksgruppe gegen Volksgruppe leicht gegeneinander ausspielen, während sich bei der Beschäftigung mit sozio-ökonomischen Problemen immer wieder die Frage der Verteilung stellen würde, die seit dem Beginn der Transformation systematisch tabuisiert wird. Heutzutage spricht folgerichtig niemand in Skopje oder Tetovo von der wirtschaftlichen Krise; alle sind mit Formulierungen einer neuen Konstitution, mit der Verbesserung von allerlei Minderheitenrechten, die der EU noch im Jahr 2000 als mustergültig galten, und mit der Wiederherstellung einer interethnischen Vertrauensbasis beschäftigt.

"Die ganze Ökonomie ist paralysiert", gibt sich Miroslava Mimorska-Marjanovic von der ökonomischen Fakultät in Skopje keiner Illusion hin. "Seit zehn Jahren wurde keine einzige größere industrielle Investition getätigt, die Produktion sank um 50%". Dementsprechend sieht es auch um die Beschäftigtenzahlen aus. Heute sind in der Industrie um 40% und in der Landwirtschaft um 48% weniger Arbeitskräfte tätig als 1990. Ein diese Verluste kompensierender Aufbau des tertiären Sektors hat nicht stattgefunden. Metall- und chemische Industrie, der Abbau von Zink und Ferrosilizium sowie der agroindustrielle Sektor sind am Zusammenbrechen.

Die Maßgaben der Weltbank verschärfen die katastrophale Lage am Arbeitsmarkt weiter: Seit 1999 beharrt sie auf einem Kündigungsprogramm bei den öffentlich Bediensteten, um im Gegenzug budgetäre Sanierungsmaßnahmen zu unterstützen. 45.000 der insgesamt 90.000 Staatsangestellten sollen in fünf Jahren abgebaut werden. Gleichzeitig drängen NATO, EU und ausländische NGO-Gruppen darauf, vermehrt AlbanerInnen in den Staatsdienst aufzunehmen. Die politische Reaktion auf diese ökonomische Schere, in die die staatlich Bediensteten zwangsweise kommen, kann man sich unschwer vorstellen. Eine nationalistische, anti-amerikanische Stimmung nimmt unter der mazedonischen Mehrheitsbevölkerung überhand.

In den Regalen der Supermärkte von Skopje stehen Joghurt aus Deutschland, Olivenöl aus Griechenland und Tomaten aus der Türkei. Die heimische Landwirtschaft koppelt sich Schritt für Schritt vom Markt ab und wird zum Rückzugsgebiet für subsistente Lebensformen. Der ehemalige südslawische Gemüsegarten Mazedonien mit seinen auf dem ganzen Balkan bekannten Agrarbetrieben muss für seine Städte Tomaten, Zucker und Speiseöl importieren. In der negativen Handelsbilanz schlägt sich dann diese nationale Demütigung auch in Ziffern nieder.

Für die neuen Kolonialherren aus dem Westen ist freilich die mazedonische Industrie nur von untergeordnetem Interesse. Investitionen in größerem Umfang sind auch nach einem etwaigen Ende des Bürgerkrieges nicht zu erwarten. Einzig die Textilproduktion weckt westeuropäische und US-amerikanische Begehrlichkeiten. Die billige Arbeitskraft und der ausgereifte Charakter der Produktion machen verlängerte Werkbänke im Textil- und

Bekleidungssektor für westliche Auftraggeber und Investoren interessant. So arbeitet bereits eines der großen Textilunternehmen, Tetex in Tetovo, ausschließlich für den US-amerikanischen Markt.

Migrationslotto und Brain-drain

Der Aufbau von Kapazitäten für eine Produktion auf der Basis von verlängerten Werkbänken beinhaltet freilich eine strategische industriepolitische und regionalpolitische Entscheidung, die weit über den mazedonischen Staat hinausgeht. Denn wer seine Kapazitäten auf Basis billiger Arbeitskraft für entfernte Märkte aufbaut bzw. rettet, der hat mittelfristig kaum die Möglichkeit, eine wirtschaftliche Integration des umliegenden Raumes zu Stande zu bringen. Bulgarien, Serbien, Albanien und Mazedonien müssten jedoch für den Aufbau zukunftsweisender Produktionsstätten zusammenarbeiten, statt jedes Land für sich unter den für EU-Europa günstigsten Bedingungen den Marktpreisen im fernen Brüssel, Berlin oder Paris auszuliefern.

Starkes Interesse haben westliche Öl- und Gaskonzerne an der mazedonischen Politik. Schon heute laufen eine Reihe von Pipelines durch das Land. Mit der irgendwann geplanten Ausweitung der Förderung von Öl und Gas am Kaspischen Meer stellt sich die Frage, über welche Route der Energieträger in das Mittelmeer bzw. in die Ägäis gelangen soll. Zur Zeit sind zwei Projekte in Ausarbeitung. Die eine Pipeline würde über den bulgarischen Schwarzmeerhafen Burgas nach Alexandropolis, die andere ins albanische Vlore führen. Die Strecke Burgas-Vlore, vom Multi AMBO forciert, müsste über mazedonisches Territorium laufen, wofür eine politische Stabilität, hergestellt durch NATO-Truppen, die Voraussetzung wäre.

Doch die meisten MazedonierInnen sehen ihre eigene wirtschaftliche Zukunft weit weg. Wer kann, wandert aus. Als vor einigen Wochen die kanadische Botschaft in Skopje angekündigte, 5.000 EinwandererInnen für ein Besiedlungsprojekt in der Prärieprovinz Manitoba aufnehmen zu wollen, meldeten sich binnen kürzester Zeit 80.000 InteressentInnen. Nun kann man sich in Winnipeg die 5.000 besten Kräfte, vornehmlich TechnikerInnen aller Sparten, aussuchen. Die USA haben den Brain-drain aus der mazedonischen Peripherie ins amerikanische Zentrum gleich als "lottery" organisiert. An jedem Zeitungskiosk in Skopje konnten Auswanderungswillige Formulare kaufen, mit denen sie sich an der großen Lotterie um ein paar tausend "Green Cards" beteiligen. Demnächst werden die SiegerInnen bekannt gegeben. Die Demütigung durch einen solchen Vorgang ist den US-Behörden offensichtlich gar nicht bewusst. Wie auch? Ihre Soldaten stehen doch angeblich deshalb in Mazedonien, um dort die Menschenrechte zu verteidigen.

Hannes Hofbauer

Von Hannes Hofbauer ist gerade eine erweiterte und aktualisierte Auflage seines Buches "Balkankrieg. Zehn Jahre Zerstörung Jugoslawiens 1991 - 2001" im Wiener Promedia Verlag erschienen.

24. Euskadi: "Kampf bis zum Tode"

Autor: Rainer Zorn · Rubrik: Spanien · CD-Datei: daten/aksuche/ak457/28.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:457:28

Als die ETA vor zwei Jahren ihren Waffenstillstand aufkündigte, wussten alle, dass dem Baskenland turbulente Zeiten bevorstehen. ETAs Kommandos wie auch der Repressionsapparat sind seitdem tatsächlich äußerst aktiv. Der Titel dieses Beitrags könnte in diesem Sinne zwar gut die Strategie ETAs charakterisieren, zitiert aber tatsächlich den baskischen Innenminister. Um die baskischen Rebellenorganisation in den Griff zu bekommen, werden die polizeilichen Mittel von drastischen politischen Aktionen flankiert. Erstaunlich, was sich Demokraten nach dem 11.9. alles zu sagen trauen. Weil seitdem der politische Wind aus der richtigen Richtung bläst, werden (auch) in Spanien alle verfügbaren Kriegstrommeln im Kampf gegen Unabhängigkeit und politische Dissidenz gerührt. Die Instanzen des eigenen Rechtsstaates werden da schon mal übersehen. Ein Bericht.

In dem Maße, wie die militärische Konfrontation nach der von ETA zwischen September 1998 bis Dezember 1999 eingehaltenen Waffenruhe wieder Oberhand gewann, zerfielen nach und nach beinahe alle Allianzen, die zwischen konservativen und fortschrittlichen Kräften einerseits und innerhalb der Blöcke andererseits geschlossen worden waren.

Insgesamt war die Zeit der Waffenruhe eine Zeit blühender politischer Aktivitäten. Neben großen politischen Allianzen kanalisierte das linksnationalistische Bündnis Euskal Herritarrok bis auf die lokale Ebene hinunter eine vielversprechende oppositionelle Strömung. Bei den Wahlen im September 1999 war EH für den Waffenstillstand ETAs mit 20% belohnt worden, nachdem das engere nationalistische Vorgängerbündnis Herri Batasuna mit fallender Tendenz lediglich bei den vorherigen Wahlen nur noch 14% auf sich hatte vereinigen können. Im baskischen Parlament hatte der konservative Block, gebildet von den Parteien Partido Nacional Vasco und Eusko Alkartasuna (PNV und EA), begonnen, mit EH zu kooperieren. Es schien, dass das Primat der Politik von großen Teilen der baskischen Bevölkerung die akzeptiertere Form bei der Auseinandersetzung mit dem spanischen Staat war. Die damit einhergehende Euphorie, die damals schon zu siegestrunken wirkte, wich beinahe schlagartig mit der Aufkündigung des Waffenstillstandes und den darauf folgenden tödlichen Schlägen ETAs.

Der linksnationalistische Block verkraftete die Feuerkraft ETAs nicht. Ihre Einheit zerfiel. Linke Bündnispartner zogen sich aus den (Rathaus-)Initiativen zurück, EH wurde ein Skelett und schließlich aufgelöst, nachdem es sich noch einmal im März 2001 zur Wahl gestellt hatte - und mit Pauken und Trompeten durchgefallen war. Übrig blieb ein kleineres Bündnis nationalistischer fortschrittlicher Kräfte, Batasuna, und die Neugründung Aralar - ehemalige Mitglieder von Herri Batasuna und vehemente Kritiker bewaffneter Aktionen und deshalb Verteidiger einer ewigen Waffenruhe ETA's. Zutik, entstanden aus der trotzkistischen LCR und der maoistischen EMK, verließ mit gleicher Kritik ebenfalls das Linksbündnis EH, dessen Existenz einzig der Waffenruhe ETAs geduldet war.

Für den nationalistisch-konservativen Block wurde die Folgezeit eine Zeit des schwierigen taktischen Lavierens. Die Gegner einer Kooperation der verschiedenen Flügel baskischer Nationalisten, allen voran die spanische konservative Regierungspartei Partido Popular (PP), benutzten die Attentate für einen Bekennungs- und Glaubenskrieg. Ins Fadenkreuz gestellt wurde vor allem die PNV, von der eine Aufgabe jeder Kooperation mit EH verlangt wurde. Das war eine heikle Forderung für die PNV. Denn einerseits konnten die während des Waffenstillstandes eingenommenen opportunen Positionen zu Gunsten einer Lösung der Gefangenenfrage und einer politischen Gesamtlösung für das Baskenland nicht einfach fallen gelassen werden und andererseits verurteilte die PNV naturgemäß jedes Attentat, zumal auch baskische Kapitalisten und Polizisten den Attentaten ETAs ausgesetzt waren.

Madrid prallt am baskischen Parlament ab ...

In dieser Situation der doppelten politischen Schwäche, in der sowohl die Einheit der Linken wie auch die der baskischen Nationalisten zerfallen war, holte die PP zum großen Schlag aus. Erstmals nach Francos Abgang sah die PP die Stunde gekommen, der widerspenstigen ehemaligen Schwesterpartei PNV (beide kannten sich gut aus der Christdemokratischen Internationale, bis das Gründungsmitglied PNV auf Betreiben der PP ausgeschlossen wurde) die Rechnung für ihre baskischen Umtriebe zu präsentieren und sie aus der

Landesregierung zu verdrängen. Sozusagen als Vorspiel für den lang ersehnten Machtwechsel im Baskenland schob sie die PNV rhetorisch wider besseren Wissens ins unterstützende terroristische Umfeld. Wer sich mit dem sozialen Umfeld von ETA in politische Bündnisse begebe sei nun mal Helfershelfer. Damit hatte die PP auf ein Spiel gesetzt, das am Ende nicht vorteilhaft für sie ausgehen sollte. Den Sieg bei den Wahlen zum baskischen Parlament im März diesen Jahres sollte ihr das Paradepferd und Scharfmacher in Sachen Repression, der damalige spanische Innenministier Jaime Mayor Oreja, bringen. Auf blauen Wahlplakaten verkündete dieser, dass Terroristen keine Chance unter ihm haben würden und die Taktierereien der PNV ein für alle mal vorbei seien. Seine Entscheidung allerdings, das Ministeramt freizugegeben, erwies sich als voreilig, denn er verfehlte sein Wahlziel weit. Statt dessen hatte der spanische Angriff zu einem mächtigen nationalistischen Schulterschluss im baskischen Parlament geführt. Während die Konservativen alte Feindschaften begruben und sich in der Koalition PNV/EA zusammenfanden, wurden viele WählerInnen am Wahltag ihrem Bündnis EH untreu und wählten, von links kommend, rechts. Seitdem regiert die Partei PNV/EA im Bündnis mit der linksreformistischen Izquierda Unida (IU, linksreformistisch) in absoluter Mehrheit. Die Oppositionsparteien PP und die sozialdemokratische PSE wie auch Batasuna, die Nachfolgeorganisation von EH, müssen nun nicht einmal mehr gefragt werden.

Ungetrübt von diesen parlamentarischen Vorgängen schreitet ETA derweilen unter Anwendung alter Kriegsmentalität weiterhin zur Tat. Nur die Ziele sind nicht immer die alten geblieben. Es trifft jetzt mehr Journalisten oder Verkehrspolizisten. Das erleichtert die bürgerliche Hetze, die es so schafft, ein partiell vorhandenes Verständnis für ETA Stück für Stück abzubauen. Die zu eben demselben Zweck von der PP entwickelte Argumentationsschablone trennt zwischen den operativen Kommandos und den politisch öffentlich arbeitenden Gruppierungen: ETA bestehe nicht nur aus ETA, sondern auch aus vielen Satellitenorganisationen.

... und schlägt erneut zu

Nicht nur Insidern ist aufgefallen, dass die PP damit ihre alte Sichtweise aufgegeben hat, nach der ETA lediglich vereinzelte Pistoleros sind, ohne jegliche soziale Anbindung. Nach der neuen Lesart ist das Umfeld sogar größer als ETA selbst, die zwar die Tat ausführt. Andere aber, die weitaus Gefährlicheren, würden die Organisation finanzieren, deren Ansichten in der Presse vertreten, die ETA-Gefangenen in Schutz nehmen, die polizeiliche Arbeit kritisieren und damit erschweren etc. etc. Dieses Umfeld gelte es sichtbar zu machen und trockenzulegen. Das hat dazu geführt, dass es heutzutage wieder nicht schwierig ist, unter Terrorismusverdacht zu geraten. Kaum ein Bereich, der die neue Doktrin nicht zu spüren bekommt hat. Viele bekannte Organisationen, Publikationsorgane und Gruppen sind in der letzten Zeit unter der Beschuldigung, terroristisch zu sein, Terroristen zu helfen oder ihnen ihr Denken und Fühlen zur Verfügung zu stellen, illegalisiert und ihre Mitglieder ins Gefängnis gesteckt worden.

Batasuna auf der internationalen Anti-Terror-Liste

Noch nicht in Vergessenheit geraten sind die Schließung der Tageszeitung Egin und des gleichnamigen Radios wegen angeblicher Informationsbeschaffung für ETA oder die Schließung und Beschlagnahmung verschiedener Firmen wegen angeblicher Zugehörigkeit zum Finanzimperium ETAs im Jahre 1998. Die nächsten Schläge konzentrierten sich auf das Verbot der radikalen Jugendorganisation Haika wegen Propagierung und Durchführung von Straßenschlachten, Verbot der Gruppe Xaki als angeblichem Außenministerium von ETA, Kriminalisierung der Stiftung Joxemi Zumalabe und der Gruppe Ekin und schließlich erfolgte die Schließung der investigativen Monatszeitschrift Ardi Beltza. Der Grund in allen Fällen: angebliche Kolaboration mit ETA. Fast alle Gerichtsverfahren sind juristisch noch nicht entschieden.

Bei ihrem Vorhaben kann sich die PP im Justizapparat auf einen treuen Verbündeten verlassen. Der umstrittene Untersuchungsrichter Garzon hält seit Jahren ein umfassendes Ermittlungsverfahren gegen ETA in der Hinterhand unter dem Aktenzeichen 18/98. Findet es Anwendung, steht der ganze Kanon antiterroristischer Gesetze und Praktiken zur Verfügung, wobei der gefürchtetste Teil immer noch die fünftägige Spezialhaft ist. Während dieser ersten Tage nach der Verhaftung ist der/die Verhaftete allein mit der Guardia Civil im Keller. Viele erheben danach Klage, gefoltert worden zu sein.

Ein Ende der Kriminalisierung offen und transparent arbeitender Gruppierungen ist gegenwärtig nicht absehbar. Beinahe täglich geraten neue Gruppierungen in das Fadenkreuz der PP-Gesteuerten Ermittler.

Glücklicherweise ist die baskische Gesellschaft in der Lage, für die benannten angegriffenen Gruppen und Organisationen Ersatzmöglichkeiten zu entwickeln. Sie funktionieren mit neuen juristischen Konstruktionen weiter. Ob das für alle Zeiten und bei allen Schlägen gelten kann, wird sich hoffentlich nicht zeigen müssen.

Aber die staatliche Repression hat bereits ihre Fühler ausgestreckt nach der großen Baskisierungsinitiative AEK mit Hunderten von Zentren für Sprache und Kultur und beschuldigt diese, eine Geldwaschanlage für ETA zu sein. Durchsuchungen und Verhaftung mussten im letzten Monat auch die Gefangenen-Solidaritätsgruppen Gestoras pro Amnestia und Senideak ertragen. Ins Visier genommen wurden selbst die Verantwortlichen der baskischen Regierung für die Subventionierung für baskischsprachige Medien, weil nach Madrider Interpretation damit Medien finanziert werden, die positiv über ETA und ihr Umfeld berichten. Die Partei Batasuna ist vor möglichen Illegalisierungsversuchen juristisch bereits ins französische Baskenland ausgewichen. Diesen Weg hat im übrigen auch die Nachfolgezeitschrift der oben genannten Ardi Beltza, Kale Gorria, gewählt; sie publiziert bereits seit einem halben Jahr erfolgreich aus dem französischem Rechtsraum heraus.

Die Situation nach dem 11.9. kommt den Madrider Hardlinern äußerst gelegen. Endlich mit dem geeigneten Rückenwind versehen, gelangen Madrider Politiker mit ihrem Anliegen ins internationale Terrain. Einziges Anliegen: klar machen, dass ETA wie Al Qaida ist, oder besser: ETA ist AL Qaida. So traute sich der spanische Regierungschef Aznar in Washington zu sagen, dass er schon vor dem 11.9. wusste, was Terror ist, um damit zu zeigen, dass die von den USA verteilte Liste internationaler Widerstandsgruppen nicht komplett ist. Vom Europäischen Parlament hat Aznar bereits die Zusage, dass ETA auf die Liste der internationalen Terrorbanden kommt. Die beantrage Aufnahme der politischen Organisation Batasuna will indes nicht so recht klappen. Noch gibt es im europäischen Rahmen keine einheitliche Willensbildung dahingehend, ob jegliche Lösung des spanisch-baskischen Konfliktes auf dem Verhandlungswege ausgeschlossen bleiben soll. Denn sollte Batasuna auf den europäischen Terror-Index kommen, könnten mögliche Verhandlungen mit dieser Gruppierung künftig schon aus diesem Grunde abgelehnt werden.

Aber auch so ist das derzeitige Vorgehen allein schon gewaltig. Batasuna ist nicht nur nicht illegalisiert, die Illegalisierung ist nicht einmal beim Verfassungsgericht beantragt. Zur Überspielung dieses demokratischen Defektes wird aus Madrid darauf hin gewiesen, dass die Demokratie selbst der Defekt sei: Alle wüssten zwar, dass Batasuna ETA sei, bloß juristisch beweisen könne man es noch nicht. Deshalb müsse man Batasuna ertragen. Ein Weg könnte sich für die Madrider Politiker im Europaparlament eröffnen, indem man dort eine Änderung der Terrorismus-Definition durchsetzt. Auf dieser Grundlage könnten dann auch neue Auslieferungsregelungen gefunden werden.

Während auf internationalem Terrain noch gefeilt wird, werden auf der Straße weiter Verhaftungen vorgenommen. Zu hoffen ist nur, dass das Bekenntnis des baskischen Innenministers zum "totalen Kampf" nicht Vorbote neuer Todesschüsse ist.

Rainer Zorn, Donostia

25. Blair meets the Rasmussen brothers. Neue Rechte siegt in Dänemark

Autor: Peter Birke · Rubrik: Dänemark · CD-Datei: daten/aksuche/ak457/26.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:457:26

Der Sieg der bürgerlichen Parteien bei den dänischen Kommunal- und Parlamentswahlen war keine Überraschung. Wie er zu Stande kam, hat dennoch Empörung ausgelöst. Selbst die liberalen Schwesterparteien in Skandinavien kritisierten den Wahlkampf der dänischen Venstre, die mit Anders Fogh Rasmussen den neuen Regierungschef stellt, ungewöhnlich scharf. Die europäische Presse von Le Monde bis zur taz und PolitikerInnen der meisten Regierungsparteien inklusive der deutschen Grünen stimmten in die Klage über den Rassismus im dänischen Wahlkampf ein. In der Tat war der Wahlkampf eine geschmacklose Angelegenheit. Nur ist die Kritik daran verlogen. Denn diese Geschmacklosigkeit war und ist stärker von Tony Blair als von Jörg Haider inspiriert.

Der nun ehemalige sozialdemokratische Ministerpräsident Nyrup Rasmussen rief die Wahl bewusst kurz nach dem 11.9. aus, weil die katastrophalen Umfrageergebnisse der Sozialdemokratie sich zu dieser Zeit etwas verbessert hatten. Damit bewegte sich die sozialdemokratische Wahlkampfstrategie von vornherein auf dem Gipfel einer autoritären Welle, die die Anschläge des 11.9. und die darauf folgende Militarisierung der öffentlichen Diskussion zwar nicht ausgelöst, aber doch verschärft hat. Auf dieser autoritären Welle brachte die alte sozialliberale Regierung ein Antiterrorgesetz ein, das ermöglicht, fast jede Solidaritätsbewegung mit fast jeder politischen Strömung im Ausland als "terroristisch" zu kriminalisieren. Die Ausformung des entsprechenden Paragrafen erinnert stark an den deutschen §129a StGB. Grundlage der Verschärfungen ist die nahezu einhellige Befürwortung des Krieges in Afghanistan durch das dänische Establishment. Aktuell hat sich sogar die linke Sozialistische Volkspartei (SF) einer "maßvollen" Kriegsführung angeschlossen, während nur noch die kleine linke Einheitsliste und eine ebenso kleine Friedensbewegung konsequent gegen den Krieg eintreten.

Rechtsruck in Dänemark

Sind schon die Antiterrorparagrafen und die Befürwortung des Krieges Beispiele dafür, dass Rasmussen und Rasmussen austauschbar sind, so gilt dies um so mehr für die dänische "Einwanderungsdiskussion". Von der Dänischen Volkspartei (DFP) angetrieben, schaukelte sich dieser Diskurs anlässlich des Wahlkampfes in ungeahnte Tiefen. Der Anfang machte die ehemals linksradikale Innenministerin der alten Regierung im Herbst 2000, die "kriminelle Einwanderer" auf eine "einsame Insel" verbannen wollte. In der Folge wurde das Motiv des "kriminellen Einwanderers" immer wieder bemüht. Die DFP veröffentlichte klischeeartige Bilder von "Moslems" mit der Aufforderung zu verhindern, dass die Furcht einflößenden Gestalten "Dänemark übernehmen". Venstre schloss sich im Wahlkampf mit einer Kampagne an, die einen "ausländischen Vergewaltiger" zur Abschreckung und Besinnung des Stimmviehs präsentierte.

Im Ergebnis haben die chauvinistischen Töne des Wahlkampfes gefördert, dass zum erstenmal seit 1921 Venstre die SozialdemokratInnen als stärkste Partei im dänischen Parlament ablösen konnte. Die SozialdemokratInnen bekamen nur noch 29,1% der Stimmen. Auch die SF konnte nicht von der Krise der Sozialdemokratie profitieren und verlor fast 20% ihrer WählerInnen. Da auch die Einheitsliste einige Stimmen verloren hat und gerade noch eben im Parlament vertreten ist, muss konstatiert werden, dass es ihr in dieser Hinsicht nicht geholfen hat, eine konsequente linke Oppositionspolitik beizubehalten. Die Gruppe ist vor allem ein Kopenhagener Phänomen, wo sie trotz Verluste im Stadtparlament mit ca. 8% der Stimmen vertreten ist. Auf der rechten Seite hat sich Venstre mit etwas über 30% der Stimmen eindeutig als hegemoniale Partei im bürgerlichen Sektor etabliert. Die Konservative Partei ist nunmehr Juniorpartner einer von Venstre geführten Minderheitsregierung. Die Dänische Volkspartei hat, trotz des rassistischen Wahlkampfes, nicht den Durchbruch geschafft. Der Zuwachs auf 12% der Stimmen relativiert sich dadurch, dass die rassistische Fremskridtsparti nicht mehr im Folketing vertreten ist. Insgesamt ist der Anteil beider Parteien um etwa 3% gestiegen. Die DFP wird zwar nicht in der neuen dänischen Regierung vertreten sein, ist aber potenzielle Mehrheitsbeschafferin, vor allem für die Flüchtlingspolitik der neuen Rasmussen-Regierung.

Der Einbruch der Sozialdemokratischen Parteien Skandinaviens, zunächst im September mit der Niederlage der Stoltenberg-Regierung in Norwegen, jetzt auch in Dänemark, sowie das Scheitern linker parlamentarischer

Alternativen erinnert an die Entwicklung in anderen europäischen Ländern. Das Horrorszenario eines Siegeszuges der Neuen Rechten, der in Österreich und Italien begann und, mit einem kleinen Umweg über Hamburg, sich nun in Skandinavien fortzusetzen scheint, wird immer realitätsnaher. Die WählerInnen von Venstre und DFP kommen aus der Mitte der Gesellschaft. Sie wohnen eher auf dem Land als in der Stadt, sind überwiegend männlich und verfügen über ein mittleres Einkommen. Sie treten durchaus für soziale Gerechtigkeit ein - zumindest wenn es um die Absicherung ihrer eigenen Risiken geht. Die Situation von Erwerbslosen und Flüchtlingen ist für sie kein dringendes Problem. Während die linke Restöffentlichkeit sich mit der Welle der "Dänischkeit" (danskhed) beschäftigte, machte die Rechte die Sozialpolitik zum vermutlich entscheidenden Schwerpunkt ihres Wahlkampfes.

Im Gegensatz zu anderen Parteien der Neuen Rechten wie Forza Italia, der dänischen DFP oder der Schillpartei ist Venstre keine Neugründung. Die Partei hat sich allerdings eine völlig neue soziale Basis geschaffen. Ihr Wahlkampf war von einem Reklamefeldzug geprägt, der die politischen Unebenheiten in einer Partei, in der es früher auch einen humanistisch-liberalen Flügel gab, reduziert hat. Die Spindoctors der Partei verfahren dabei nach einem System, das in den USA und Großbritannien erfolgreich ausprobiert wurde. Im Wahlkampf erschien hauptsächlich der "Präsident" in spe, begleitet durch eine Schar Cheerleaders, die, in den Farben der Partei gekleidet, schrien, dass "Dä-ne-mark ei-ne li-be-ra-le bür-ger-lich-e Po-li-tik" brauche. Bei dieser Gelegenheit wurde auch das neoliberalen Outfit abgelegt. In ihrer Koalitionsvereinbarung versprachen Venstre und die Konservativen, die Leistungen der Krankenhäuser, der Volksschulen, der Altenversorgung zu verbessern. Mit diesem Versprechen ist, wird es eingelöst, eine Expansion der öffentlichen Ausgaben verbunden. Da gleichzeitig ein "Stopp den Steuer- und Abgabenerhöhungen" geplant ist, ist die Politik der neuen Regierung angesichts der sich auch in Dänemark abzeichnenden Rezession kaum realistisch. Doch solche Versprechen treffen innerhalb der Bevölkerung auf eine stark verbreitete Kritik. Die Unbeliebtheit der alten Regierung wurde vor allem durch Warteschlangen in den Krankenhäusern, unzureichende Pflege von alten Menschen und die Kürzungen im Bereich der Frühverrentung des Jahres 1998 ausgelöst.

Die Politik Fogh Rasmussens orientiert sich weniger an Berlusconi als an Tony Blair. Jenseits der Wahlreklame verspricht diese Politik keineswegs Armen wie Reichen das Blaue vom Himmel, sondern nur denjenigen, die bereit und in der Lage sind, sich in die arbeitsame Mittelschicht zu integrieren. Das politische Projekt von Venstre kann man am ehesten als Versuch der Modernisierung des Wohlfahrtsstaates auf der Grundlage forcierter sozialer und ethnisierter Ausgrenzung einer gesellschaftlichen Minderheit bezeichnen. Die Fortsetzung der "Recht- und Pflicht-Aktivierung", die für SozialhilfeempfängerInnen und einen Teil der Erwerbslosen den Entzug der Existenzgrundlage vorsieht, wenn sie die Arbeits- oder "Bildungs"angebote nicht wahrnehmen, ist auch unter dem neuen Rasmussen garantiert. Die sozialen Verbesserungen im Bereich der Bildung, der Gesundheits- und Altenversorgung soll u.a. durch Kürzungen des Arbeitslosengeldes finanziert werden. Auch hier ist die alte Regierung bereits mit schlechtem Beispiel vorangegangen, indem sie u.a. die Anspruchdauer um fast die Hälfte reduzierte.

An dieser Stelle wird der Zusammenhang zwischen sozialer und rassistischer Spaltung der Gesellschaft am deutlichsten. Bereits in den letzten Jahren lag Dänemark im EU-Vergleich bezüglich der Integration von MigrantInnen auf dem Arbeitsmarkt kontinuierlich an letzter Stelle. Die Maßnahmen der neuen Regierung werden daran nichts ändern, auch wenn sie als "Arbeitsförderung" daherkommen. So soll Flüchtlingen für die ersten sieben Jahre ihres Aufenthaltes das Recht auf Einkommen außerhalb von Arbeit sowie dem damit verbundenen Arbeitslosengeldanspruch verweigert werden. Diese Verschärfung des Arbeitszwangs wird zur weiteren Spaltung des Arbeitsmarktes führen. Im Zusammenhang mit dem Arbeitszwang für Flüchtlinge wird von der neuen Regierung diskutiert, den bisher gesetzlich verankerten Mindestlohn abzuschaffen. Die Absenkung der Löhne und die potenzielle Illegalisierung von Arbeit wäre ein Bruch mit dem in Dänemark etablierten Arbeitsregime. Die BRD ist hier Vorbild. Ebenso einschneidend ist die Abschaffung von sozialen Ansprüchen als Bürgerrecht. Das nach dem Zweiten Weltkrieg abgeschaffte Prinzip der "Bedürftigkeitsprüfung" soll für MigrantInnen wieder eingeführt werden, ohne dass es festgelegte Prinzipien für das Vorliegen von Bedürftigkeit oder die Höhe der Almosen gibt. Was für bundesdeutsche Verhältnisse normal erscheint, ist für dänische ein historischer Einschnitt.

Die Politik der Rechtskoalition wird mehr sein als eine bloße Fortsetzung der Politik ihrer Vorgänger. Obwohl es der Eingriff in die gewerkschaftlichen Rechte war, der die alte Regierung einen großen Teil ihrer Unterstützung gekostet hat, setzt die neue Regierung in ihrem Koalitionsvertrag auf eine harte Konfrontation

mit der Arbeiterbewegung. Dabei werden auch Ladenhüter aus der neoliberalen Mottenkiste wieder hervorgekramt. Dass dies in der Öffentlichkeit nicht besonders ankommt, haben schon die ersten Reaktionen gezeigt. So wurde die Ankündigung, das Recht der Gewerkschaften abzuschaffen, Tarifverträge ohne Beteiligung der winzigen "gelben" Gewerkschaften abzuschließen, selbst von den Unternehmerverbänden kritisiert, die um den sozialen Frieden fürchten. Ein Vorstoß, "freiwillige" außertarifliche Vereinbarungen über flexible Arbeitszeiten möglich zu machen, wurde bereits von den Gewerkschaften abgelehnt. Die weiteren Privatisierungen öffentlicher Unternehmen werden von den Kommunen zum Teil abgelehnt, weil diese häufig teurer als staatliche Unternehmen sind. Dennoch ist zu erwarten, dass die neue Regierung im Gegensatz zur alten versuchen wird, die Privatisierung "weicher" Bereiche (Krankenhäuser, Altenpflege etc.) zu forcieren.

Vorbild Bundesrepublik

Wichtig für die Differenzierung des Horrorszenarios ist: Die vorgesehenen Projekte sind noch nicht durchgesetzt. Und es gibt durchaus die reale Chance, dass sie scheitern könnten. Bereits die erste Maßnahme der Regierung - die Durchsetzung von einkommensabhängigen Ansprüchen in einem Teil der Rentenversorgung - stieß auf heftigen Protest in Teilen der Gewerkschaften. Und selbst das versprochene Ende der Steuer- und Abgabenerhöhungen konnte schon einige Tage nach der Wahl nur noch mit viel Kosmetik eingehalten werden. Bis zur Verabschiedung des nächsten Haushaltes werden sich die Widersprüche vermutlich verschärfen. Angesichts der Haushaltslage und dem Wunsch der Regierung, insbesondere hohe Einkommen "zu entlasten", wird kaum zu gewährleisten sein, dass sich die Kürzungen nur auf einen bestimmten Teil der Bevölkerung begrenzen werden. Offen ist, ob sich die zu erwartenden Proteste gegen die neue Sozialpolitik nur an Angriffen in einzelnen Sektoren orientieren werden oder ob es ein erfolgreiches linkes Projekt geben kann, das die Gesamtheit der skizzierten Angriffe ins Visier nimmt.

Im Parlament wird es darauf ankommen, ob der neue Rasmussen, wenn sich die Versprechungen des Wahlkampfes als blauer Dunst erweisen, die Hilfe von der DFP oder der Sozialdemokratie erwarten kann, auf die er angewiesen ist. Es ist möglich, dass die DFP auf die Zuspitzung der Forderung nach einem "nationalen Wohlfahrtsstaat" setzt. Zu konstatieren, dass das Konzept des "nationalen Wohlfahrtsstaates" eine rassistische Veranstaltung ist, wird in dieser Situation ebenso richtig wie unzureichend sein. Als ersten Ansatz einer Opposition auch in den sozialen Fragen ernannte die Einheitsliste eine "Robin-Hood-Beauftragte". Diese Parlamentarierin soll "sich darauf konzentrieren, von den Reichen zu nehmen und den Armen zu geben". Wenn dieses Projekt nicht wieder in einer Volksballade über eine kleine Schar von Getreuen im tiefen Sherwood Forest enden soll, hat die dänische Linke noch einiges zu tun. Was sie sicherlich mit der Linken in der BRD gemeinsam hat.

Peter Birke

Ergebnis der Parlamentswahl in Dänemark

Socialdemokratiet (S/Sozialdemokraten)

Radikale Venstre (Linksliberale)

Konservative

Socialistisk Folkeparti (SF/Sozialist. Volkspartei)

Dansk Folkeparti (DFP/Dän. Volkspartei, rechtspop.)

Kristelig Folkeparti (KrF/Christliche Volkspartei)

Venstre

Fremskridtsparti (Fortschrittspartei, rechtspop.)

Enhedslisten (Einheitsliste, linkes Bündnis)

in Prozent

29,1

5,2

9,1

6,4

12,0

2,3

31,3

0,6

2,3

*Verluste

(-6,8)

(+1,3)

(+0,2)

(-1,2)

(+4,6)

(-0,2)

(+7,3)

(-1,8)

(-0,4)

*) gegenüber Vorwahl

Dazu kommen vier "nordatlantische" Mandate (ehemalige dän. Kolonien), die in Grönland an die Linke gegangen sind, auf den Färörinseln an die Parteien,, die eine Unabhängigkeit von Dänemark wünschen. Venstre und Konservative bilden eine Minderheitsregierung, die die Unterstützung von DFP oder den SozialdemokratInnen braucht, um Gesetzesvorhaben durchzubringen.

26. Leichen im Keller des Auswärtigen Amtes. Interview mit Angelika Denzler zum Fall Käsemann

Autor: Thomas Klein · Rubrik: Außenpolitik der BRD; Argentinien · CD-Datei: daten/aksuche/ak457/07.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:457:07

Am 21. September 2001 reichte Rodolfo Yanzón, Rechtsanwalt der deutschen und deutschstämmigen Verschwundenen in Argentinien, eine Klage gegen die argentinische Regierung ein. Diese richtet sich gegen die Weigerung des argentinischen Staates, ein Rechtshilfeersuchen der Staatsanwaltschaft Nürnberg-Fürth im Fall der deutschen Verschwundenen zu beantworten. Noch immer weigert sich die argentinische Regierung, mit ausländischen Gerichten zu kooperieren, um die während der Militärdiktatur begangenen Menschenrechtsverletzungen zu untersuchen. In Argentinien sind nur Ermittlungen in Fällen von Kindesentführung durch die Militärs möglich sowie die Durchführung von Anhörungen zur "Wahrheitssuche" - die ohne strafrechtliche Konsequenzen bleiben. Auch in Europa wird das Kapitel "Lateinamerikanische Militär-Diktaturen" von offizieller Seite gerne rechts liegen gelassen. ak sprach mit Angelika Denzler, Sprecherin der "Koalition gegen Straflosigkeit".

ak: Welches sind die zentralen Ziele der "Koalition gegen Straflosigkeit" und welche Gruppen unterstützen diese Initiative?

Angelika Denzler: Die Koalition gegen Straflosigkeit ist ein Arbeitsbündnis. Es setzt sich aus 16 Organisationen zusammen, darunter die Argentinien-Koordinationsgruppe von amnesty international, das Dokumentationszentrum Chile-Lateinamerika, Misereor, das Diakonische Werk, der Republikanische AnwältInnenverein und andere Gruppen aus der Soli-Szene und aus dem kirchlichen Spektrum.

Die Gründung des Bündnisses ging zurück auf eine Anregung des argentinischen Nobelpreisträgers Adolfo Perez Esquivel. Das war zu der Zeit, als in Spanien Prozesse gegen argentinische Folterknechte begannen, die spanische BürgerInnen in der Zeit der letzten Militärdiktatur 1976 bis 1983 gefoltert und umgebracht haben. Ähnliche Prozesse gab es auch in Italien. Und dann kam sowohl bei den deutschen als auch den argentinischen Angehörigen von Opfern der Militärdiktatur der Gedanke auf: Warum kann man nicht auch in Deutschland diejenigen zur Verantwortung ziehen, die an der Verschleppung und Ermordung deutscher StaatsbürgerInnen beteiligt waren. Wir hatten schon damals eine Liste, auf der etwa hundert Personen deutscher Abstammung aufgeführt sind, die in Argentinien zur Zeit der Militärdiktatur umgebracht wurden.

Warum steht die Ermordung von Elisabeth Käsemann derzeit im Mittelpunkt Eurer Arbeit?

Der Fall Elisabeth Käsemann ist in Deutschland zur Zeit ihres Verschwindens ein sehr prominenter Fall gewesen. Ihr Vater, Ernst Käsemann, war als Professor für Evangelische Theologie in Tübingen und als Widerstandskämpfer gegen den Nationalsozialismus ein sehr bekannter Mann.

Nach ihrem Soziologiestudium in Berlin verließ Elisabeth 1968 Deutschland und ging nach Argentinien. Als in Argentinien die Militärs putschten, ist sie als politische Oppositionelle aufgefallen. Sie hat in einer Widerstandsgruppe gearbeitet. Ihre Aufgabe war es, Pässe zu fälschen und auf diesem Weg verfolgten ArgentinierInnen die Ausreise zu ermöglichen, sie ins Exil zu bringen. Doch die Gruppe ist hochgegangen. Zum Glück wussten die Militärs nicht genau, was die Gruppe wirklich gemacht hat, sonst hätte niemand überlebt.

Nachdem Elisabeth verhaftet worden ist, hat ihr Vater in Deutschland alle Stellen gedrängt, für die Rettung seiner Tochter aktiv zu werden. Er kannte sogar den Namen des Haftlagers, in dem sie vermutlich festgehalten wurde. Sechs Wochen vergingen und nichts geschah. Die damalige Bundesregierung hat den Fall in der Schublade liegen lassen, mit fatalen Konsequenzen. Schließlich haben die Militärs Elisabeths Leiche freigegeben: sie war schon seit mehreren Wochen tot, ihre Leiche wurde nach Deutschland überführt. Bei der Obduktion hat man Genickschüsse festgestellt.

Der Begriff "Schuld" am Tod von Elisabeth Käsemann bzw. genauer Mitverantwortung gilt vor diesem Hintergrund aber eher deutschen Stellen, die untätig geblieben sind?

Der Fall zeigt, wie die Bundesregierung, obwohl sie informiert war, sich geweigert hat, deutschen StaatsbürgerInnen in Argentinien zu helfen. Es gibt von Prof. Käsemann den bitteren Satz: "Der deutschen Regierung ist ein verkaufter Mercedes-Benz wichtiger als ein Menschenleben". Tatsache ist: Zur Zeit der Militärdiktatur war die Bundesrepublik einer der wichtigsten Waffenlieferanten Argentiniens. Die Zusammenarbeit mit Firmen wie Daimler-Benz lief außerordentlich gut. Von diesem Unternehmen ist bekannt, dass sie die Hilfe der Militärdiktatur für Repressionsmaßnahmen in Anspruch nahm, um sich die unliebsamen linken GewerkschafterInnen in den argentinischen Niederlassungen vom Hals zu schaffen. Auch in diesen Fällen ist inzwischen die Beweislage so gut, dass wir die Grundlage für einen Haftbefehl als gegeben erachten für den Leiter einer argentinischen Niederlassung von Daimler-Benz.

Gibt es zum Aufruf, gegen Foltergeneräle vorzugehen, eine offizielle Reaktion deutscher Stellen?

Verbal werden wir selbstverständlich unterstützt, aber wir sehen wenig konkrete Taten. Damals wurde erfolglos versucht, die politischen Stellen einzuschalten. Inzwischen versuchen wir es auch über die juristische Schiene. Beim Fall Elisabeth Käsemann ist unserer Meinung nach die Beweislage so gut, dass ein internationaler Haftbefehl ausgesprochen werden könnte. Da der zuständige Staatsanwalt erklärte, er hätte nicht genug Beweise, haben wir auf eigene Kosten zwei Zeuginnen, die Elisabeth Käsemann kurz vor ihrem Tod gesehen haben, eingeladen. Die Zeuginnen wurden vier Stunden vernommen. Dennoch erklärte der Staatsanwalt danach, er sei immer noch nicht davon überzeugt, dass Elisabeth Käsemann tatsächlich umgebracht worden sei.

Was haben diese Frauen berichtet?

Diana Austin, eine Britin, wurde zwei Tage nach Elisabeths Verschleppung in das Folterlager gebracht, in dem auch Elisabeth festgehalten wurde. Dort hörte sie Elisabeth schreien. Die andere Zeugin, Elena Alfaro, hat Elisabeth Käsemann wenige Tage vor ihrem Tod in "sehr schlechter körperlicher Verfassung" gesehen. Elena Alfaros Aussagen zufolge wurden am 26. Mai 1976 insgesamt 16 Menschen aus dem Lager verlegt. Diese Verlegung entsprach dem Todesurteil. Denn diese Gefangenen, darunter Elisabeth Käsemann, starben nach Mitteilung eines Militärkommandanten in einer Auseinandersetzung. Die Getöteten wurden in der Erklärung als "subversive Delinquenten" bezeichnet, die bei einem Schusswechsel zu Tode gekommen seien.

Zur Zeit der Verschleppung von Elisabeth Käsemann gab es seitens der Bundesregierung wenig Interesse daran, Druck auf das Militärregime in Buenos Aires auszuüben. Es gab sowohl rüstungspolitisch als auch wirtschaftlich eine enge Zusammenarbeit; dabei wurde buchstäblich über Leichen gegangen. Bemüht sich das Auswärtige Amt heute um Aufklärung?

Zu dem Satz, es wurde über Leichen gegangen: Wir vermuten, dass hier noch einige Leichen im Keller liegen. Auch damals gab es eine SPD-geführte Bundesregierung, und die Leute, die seinerzeit an entscheidenden Stellen saßen oder die im diplomatischen Dienst in diesen Fall mitverwickelt waren, sind teils heute noch nicht in Pension. Bei unseren Nachfragen beim Auswärtigen Amt merken wir immer wieder, wie reserviert mit unseren Anliegen, mit dem Thema insgesamt, und dem Fall Elisabeth Käsemann im Besonderen, umgegangen wird.

Welche Reaktionen gibt es heute aus Argentinien?

Es geht ja nicht nur um Ermittlungen in Deutschland, sondern auch in Frankreich, in Großbritannien und in der Schweiz. Was da auf europäischer Ebene läuft, wird in Argentinien aufmerksam beobachtet. Zum einen von der Regierung, aber auch von den Angehörigen der Verschwundenen und von Menschenrechtsorganisationen, die sehr große Hoffnungen auf Prozesse in Europa setzen. Denn auch wenn in Argentinien durch Gesetze eine Strafverfolgung ausgeschlossen worden ist, so ist es doch klar, dass die Verurteilung einer dieser Foltergeneräle im Ausland mehr wäre als eine symbolische Verurteilung.

Es geht darum, dass endlich diese Herren, die verantwortlich sind für tausendfache Verschleppungen, als das da stehen, was sie sind: als Mörder. Die verschiedenen argentinischen Regierungen haben sich immer nach Kräften bemüht, diese Verfahren zu boykottieren. Die aktuelle Regierung ist zwar angetreten mit der Haltung, die Justiz müsse in Ruhe ermitteln können, ohne dass sich die Politik einmischt. Aber tatsächlich weigert sie sich, mit uns zusammenzuarbeiten.

Um welche Schicksale ermordeter Menschen geht es hier noch?

Es gibt eine lange Liste. Es geht uns nicht nur um den Fall Elisabeth Käsemann. Auch im Fall Klaus Zieschank, einem Studenten, der für ein Werkspraktikum nach Argentinien gegangen ist und zwei Tage später verschwand, hat die Bundesregierung der Darstellung der argentinischen Militärs geglaubt, die erklärten, er sei bei einem Autounfall ums Leben gekommen. Wir fordern auch Aufklärung in den Fällen der verschwundenen Gewerkschafter von Mercedes-Benz.

Wie verhält sich die Daimler-Firmenleitung gegenüber den Vorwürfen, in argentinischen Niederlassungen seien GewerkschafterInnen verschwunden - unter Duldung oder gar Mittäterschaft der Firma?

Die Firmenleitung verweigert jeden Kommentar.

Gibt es von der Gewerkschaft das Bemühen, Licht ins Dunkel zu bringen?

Wir haben uns mit Gewerkschaftern bei Daimler in Verbindung gesetzt, aber das ist ein Thema, mit dem sich scheinbar die meisten lieber nicht beschäftigen wollen. Insgesamt können wir feststellen: Seit über zwanzig Jahre wird hier vertuscht und geschwiegen. An einer Aufklärung sind nicht nur bei Daimler, sondern auch an anderer Stelle viele nicht interessiert. Umso mehr müssen wir darauf drängen.

Das Gespräch führte Thomas Klein

"Zur Zeit der Militärdiktatur war

die Bundesrepublik einer der wichtigsten

Waffenlieferanten Argentiniens."

"Wir vermuten, dass hier noch

einige Leichen im Keller sind."

"Die Firmenleitung verweigert

jeden Kommentar."

27. Überraschende Wende

Autor: Boris Kanzleiter · Rubrik: Außenpolitik der BRD; Argentinien · CD-Datei: daten/aksuche/ak457/10.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:457:10

Nun tut sich doch noch etwas: Nachdem die deutsche Politik und Justiz 25 Jahre lang weitgehend untätig blieben, reichte das Amtsgericht Nürnberg im Juli auf Antrag der Staatsanwaltschaft Nürnberg-Fürth Haftbefehl gegen General a.D. Suárez Mason, den ehemaligen Chef des 1. Heereskorps und Kommandeur der Zone 1 der früheren argentinischen Militärjunta, ein. Ihm wird zur Last gelegt, für Folter und Ermordung der linken deutschen Aktivistin Elisabeth Käsemann 1976 in Argentinien verantwortlich zu sein. Die Auslieferung Masons nach Deutschland wurde ebenfalls beantragt. Nach Jahren des politischen Druckes reagierte die deutsche Justiz auf die Forderungen der Familienangehörigen.

Die argentinische Reaktion überraschte kaum: Die Behörden lehnten den deutschen Auslieferungsantrag am 15. November ab. Die Begründung lautete, die Auslieferung bedeute eine "Einschränkung der argentinischen Souveränität". Gleichzeitig gab die Regierung an, der General a.D. sei wegen seiner Verantwortlichkeit in diesem Fall bereits begnadigt worden und könne deshalb nicht ein zweites Mal angeklagt werden.

So weit war das Prozedere voraussehbar. Doch dann folgte die Überraschung: Die Bundesregierung bestand auf ihrer Forderung und beauftragte den international renommierten Strafrechtsexperten Professor Zuppi mit dem Fall Käsemann/Suarez. Zuppi stellte in einem Einspruch die Verfassungsmäßigkeit der Begnadigung des Militärs in Frage. Erstens sei dieser zum Zeitpunkt seiner Begnadigung noch nicht verurteilt gewesen, nach der argentinischen Verfassung darf ein Täter aber erst nach seiner Verurteilung begnadigt werden. Zweitens habe die Begnadigung laut Zuppi den Charakter einer verdeckten Amnestie, die aber in Fällen schwerster Menschenrechtsverletzungen mit dem Völkerrecht unvereinbar sei.

War das Nachhaken dern Bundesregierung schon ein Novum, stellt die Reaktion der argentinischen Justiz einen Wendepunkt in den Bemühungen um die Strafverfolgung der ehemaligen Foltergeneräle dar: Am 7. Dezember nahm ein argentinisches Gericht die Klage der Bundesrepublik zur Befassung an. Anwalt Zuppi erklärte dazu: "Ich glaube, so etwas hat es in der Rechtsgeschichte noch nicht gegeben: Ein souveräner Staat, nämlich Deutschland, ruft die Gerichte eines anderen souveränen Staates (Argentinien) an, um dort Klage zu führen, dass die von der argentinischen Regierung erlassenen Begnadigungsdekrete für die Befehlshaber der geheimen Haftlager sowohl das nationale argentinische Recht als auch das Völkerrecht verletzt haben."

Die Angehörigen Elisabeth Käsemanns und Menschenrechtsorganisationen in Argentinien reagieren auf die Entwicklung erleichtert. Die Chancen steigen, den Folterern und Mördern, die während der Diktatur von 1976 bis 1983 über 30.000 meist linksgerichtete Oppositionelle "verschwinden" lassen haben, unbequem zu werden. Könnte Suárez Mason belangt werden, wäre er kein Bauernopfer. Er war ein hochrangiger Militär. Aus deutscher Perspektive ist es nun umso wichtiger, die damalige Rückendeckung der deutschen Behörden und Politik für die argentinischen Foltergeneräle deutlich zu machen. Sie zählten zu den engsten internationalen Verbündeten der Junta. So kann die Geschichte der Repression gegen die Linke in einen internationalen Zusammenhang gestellt werden.

Boris Kanzleiter

28. Angebundene Esel gegen wilde Tiger. Plan Puebla Panamá: Mittelamerika neoliberal

Autor: Judith Welkmann · Rubrik: Imperialismus und Weltwirtschaft; Lateinamerika allgemein · CD-Datei: daten/aksuche/ak457/16.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:457:16

Eigentlich müsste man es in Lateinamerika besser wissen: Die Öffnung der eigenen Märkte und der natürlichen Ressourcen für ausländisches Großkapital hatte selten eine langfristige wirtschaftliche Verbesserung zur Folge, und in der Regel hat sie auch nicht die von der jeweiligen Regierungsseite ersehnte nachholende Industrialisierung gebracht. Statt dessen hat jeder Abbau von Zollschranken und Protektionsmechanismen stets zu einer Verschlechterung der sozialen und wirtschaftlichen Situation und zu noch größerer Abhängigkeit von den industrialisierten Staaten der "Ersten Welt" geführt.

Unter dem Schlagwort ALCA (Area de Libre Comercio de las Americas - Freihandelszone der Amerikas) arbeiten die Regierungen und Wirtschaftslobbyisten Amerikas zur Zeit an der Schaffung einer interamerikanischen Freihandelszone, die praktisch eine Ausdehnung des Freihandelsabkommens NAFTA (zwischen Mexiko, den Vereinigten Staaten und Kanada) über den gesamten amerikanischen Kontinent vorsieht.

Parallel dazu verhandelt man in der mittelamerikanischen Region ein umfassendes geostrategisches Programm, das weitere Handelsbarrieren abbauen und die Länder inklusive ihrer natürlichen Ressourcen und der im Überfluss vorhandenen "billigen Arbeitskraft" verstärkt dem Zugriff multinationaler Konsortien feilbieten soll: Mitte Juni diesen Jahres unterzeichneten die RegierungsvertreterInnen von Mexico, Belize, Costa Rica, El Salvador, Guatemala, Honduras, Nicaragua und Panamá den Plan Puebla Panamá (PPP). Verbunden hiermit ist vor allem die Förderung der Infrastruktur zu Gunsten der Ansiedlung von Weltmarktfabriken (Maquilaindustrie), die Förderung des Tourismussektors und der Zugänglichkeit der natürlichen Ressourcen der Region insbesondere für Holz-, Pharma- und transgenetische Konzerne sowie für Landwirtschaftsunternehmen. (1)

Seine wirtschaftliche Vision hinsichtlich der extrem marginalisierten Süd- Südostregion Mexikos und der mittelamerikanischen Staaten stellte der mexikanische Präsident Vicente Fox, Initiator des PPP, in Guatemala am 11. September 2000 vor: "Eine meiner Hauptbestrebungen in den nächsten sechs Jahren wird es sein, in unserem Land die regionale Entwicklung anzutreiben, um den Bruch zwischen dem Norden und dem Süden auszugleichen und zu schließen. Aber wir wollen auch, dass der Fluss der Entwicklung sich bis nach Mittelamerika ausweitet, da dies der einzige Weg ist (...) um von dem enormen Potenzial der Vereinbarungen und Handelsverträge, die von Mexiko mit den Ländern Mittelamerikas bereits geschlossen worden sind, zu profitieren. Wir wollen eine Grenze zwischen Nachbarn, die offener ist (...), und wir möchten uns in einen gemeinsamen Markt integrieren." (2)

Wenn der Fuchs im Hühnerstall ...

Die Interamerikanische Entwicklungsbank hat die Koordination für die Umsetzung des Projektes übernommen; weitere internationale Organisationen wie die Wirtschaftskommission für Lateinamerika CEPAL, das Entwicklungsprogramm der Vereinten Nationen, die Weltbank und der internationale Währungsfonds (wobei die beiden letztgenannten die wichtigsten Geldgeber sind) sind an einer Unterstützung des Plans interessiert. (3)

Der zentralamerikanische Korridor ist wegen seiner natürlichen Ressourcen und der Möglichkeit der intensiven Ausbeutung der billigen Arbeitskraft ideal für den Wettbewerb mit den asiatischen Tigern. Der Plan Puebla Panamá ist ein Projekt der Süd- Südkonkurrenz im internationalen Standortkampf. Für die Anwerbung ausländischer Investitionen sind vor allem juristische Sicherheit und wirtschaftliche Garantien sowie eine funktionierende Kommunikations-Infrastruktur erforderlich. Gerade der letzte Aspekt wird im offiziellen Dokument der mexikanischen Regierung zum PPP als strukturelle Schwäche der Region benannt, die durch den PPP beseitigt werden soll. (4)

Als fatal erweist sich für Lateinamerika weniger seine Armut, als vielmehr sein unglaublicher Reichtum. Der mexikanische Süden und das mittelamerikanische Festland verfügen über enorme Ressourcen, was

Biodiversität, Wasser, Wasserenergie, fruchtbare Böden, Bodenschätze, Erdöl und Edelhölzer angeht. Außerdem verläuft eine mögliche Alternative zum völlig überlasteten Panama-Kanal ebenfalls durch die Region, nämlich durch den Isthmus von Tehuantepec.

Florencio Salazar Adame, der mexikanische Regierungskoordinator für den Plan Puebla Panamá, bezeichnet den Plan als einen Plan der nationalen Sicherheit, mit dem der Drogenhandel und die Migration bekämpft werden sollen. Drogenschmuggel und Einwanderung sind auch zwei der wichtigsten Punkte auf der US-Agenda für die Region. Im offiziellen Diskurs wird aber wenig thematisiert, was diese Schwerpunktsetzung auch bedeutet: nämlich die weitere Militarisierung der Region im Kontext der Absicherung von Investitionen. Aus diesem Blickwinkel betrachtet, ist der PPP ein verkapptes Aufstandsbekämpfungsprogramm und ein regionales Standbein für die Umsetzung der gesamt-amerikanischen Freihandelszone ALCA.

Die (Para-)Militarisierung der Region, die Vertreibungen und die systematische Vernachlässigung des Agrarsektors werden auf lange Sicht die Migration in die Städte weiter vorantreiben - mit zwei Haupteffekten:

Erstens werden die wirtschaftlich interessanten Territorien für die ungestörte Nutzung durch multinationale Unternehmen freigeräumt, und zweitens wird die industrielle Reservearmee für die expandierenden Maquilazentren weiter anwachsen.

... auf Chancengleichheit macht

Das heißt: Die Vertreibung der Landbevölkerung soll eine Neustrukturierung der Produktions- und Handelsformen ermöglichen. Beispiel Mexiko: Bereits Ende der 80er Jahre, als Bedingung für das NAFTA-Abkommen, hatte man den Artikel 27 aus der mexikanischen Verfassung gestrichen. Dieser Artikel, Errungenschaft der mexikanischen Revolution und Grundlage für die Landreform, garantierte den LandarbeiterInnen Parzellen für die Subsistenzwirtschaft, die Staatsbesitz und somit unverkäuflich waren. Seit der Verfassungsänderung aber werden die Campesinos mit Agenten transnationaler Konzerne konfrontiert, die ihnen entweder gleich ihr Land abkaufen wollen oder ihnen Saatgut und Düngemittel auf Darlehensbasis anbieten. Oft zwingt die Verschuldungsspirale die Campesinos dann bereits nach wenigen Erntezyklen zum Verkauf ihres Landes - nicht zuletzt, weil die Ernte aus dem häufig genmanipulierten Saatgut für die Subsistenzwirtschaft ungeeignet ist.

Vor diesem Hintergrund wird auch die ausbleibende Anerkennung von Rechtsansprüchen der Rechte der indigenen Bevölkerung durch das mexikanische Parlament verständlich. Mit dem nun verabschiedeten "Indígenagesetz" hat das mexikanische Parlament den indigenen Campesinos erneut das einklagbare Recht auf eigenes Land verweigert. Die Anerkennung der indigenen lokalen Selbstverwaltung beschränkt sich auf eine Anerkennung als Objekt öffentlichen Interesses, enthält ihnen aber den Status als juristische Person des öffentlichen Rechts vor, so dass die indigene Bevölkerung über keinerlei Handhabe gegen den Ausverkauf ihres Landes verfügt.

Süd-Süd-Konkurrenz im Standortkampf

Der amtliche Diskurs in Mexiko ist schwer bemüht, den PPP als ein demokratisches, mit allen gesellschaftlichen Sektoren abgestimmtes Projekt zu verkaufen, welches zur Entwicklung der verarmten Regionen führen soll. Der Regierungskoordinator Adame erklärte vollmundig, der PPP sei ein umfassender Plan, der die indigenen Völker stets an erster Stelle berücksichtige: "Wir werden nichts gegen die Interessen der indigenen Gemeinden tun, (...) denn diese sollen die hauptsächlichen Nutznießer des Plans sein." (5)

Tatsächlich aber wurde der Plan nicht nur in Mexiko - unter Ausschluss derjenigen gesellschaftlichen Kräfte entwickelt und verabschiedet, die den geplanten Strukturanpassungsmaßnahmen ablehnend gegenüber stehen. So gab es auch zum Beispiel in Nicaragua auf lokaler Ebene niemals eine Befragung der Bevölkerung zu dem Thema, sondern die Beschlüsse wurden ausschließlich auf präsidialer Ebene gefasst. (6) Aber auch die Kritik selbst dieser Kräfte am PPP lässt noch zu wünschen übrig: zwar wurden in NGO- und wirtschaftswissenschaftlichen Kreisen einige Vorbehalte gegen den Plan formuliert. Aber diese beklagen vor allem die ungünstige Konkurrenzsituation der einheimischen Wirtschaft im Vergleich zu den weitaus stärkeren Nachbarländern. Für den Soziologen Orlando Nuñez etwa ist der Plan Puebla Panamá ein Auftrag des nordamerikanischen Präsidenten George Bush, den sein Amtskollege, der mexikanische Präsident Vicente Fox ausführen soll: eben die Durchsetzung des Freihandels in ganz Amerika.

"Die Freihandelsabkommen als Basis des PPP bedeuten die Demontage der nationalen Grenzen und die Bevorzugung der transnationalen Unternehmen, die unter besseren Ausgangsbedingungen konkurrieren können, was die Vertreibung des nationalen Unternehmenssektors zur Folge hat (...). Ich glaube, das ist der Todesstoß für die industriellen und landwirtschaftlichen Produzenten der Region. Vor allem, wenn diese Unternehmen alle Vergünstigungen bekommen, die den nationalen Unternehmen gestrichen werden, ist das, wie den Tiger auf den angebundenen Esel loszulassen." (7) Diese Befürchtungen teilt man über politische Gräben hinweg: Auch der nicaraguanische Minister für Wirtschaft und Handel, Norman Caldera, äußerte sich skeptisch hinsichtlich der Rolle Mexikos, welches sich bereits an die Vereinbarungen im 1997 abgeschlossenen Freihandelsvertrag mit Nicaragua nicht hält und seine eigenen Märkte gegenüber Produkten aus Nicaragua schützt.

Immerhin kam es bereits im Mai zu einer ersten überregionalen Koordination des Widerstandes gegen den PPP. Drei Tage lang trafen sich in Chiapas VertreterInnen von über hundert ProduzentInnenverbänden und Nichtregierungs-Organisationen aus Guatemala, El Salvador, Nicaragua und Mexiko. Man vereinbarte die Gründung einer mittelamerikanischen Sozial-Allianz (Alianza social Mesoamericana) und stellte fest: "In Erwägung, dass jede Entwicklungsplanung das Ergebnis eines demokratischen, nicht das eines autoritären Prozesses sein sollte, lehnen wir den sogenannten Plan Puebla Panamá aufs Schärfste ab, weil er eine Neuauflage des Projektes der brutalen Kolonisierung Mittelamerikas (...) darstellt, die Durchsetzung der Interessen des Großkapitals, der transnationalen Konzerne und der Oligarchie. (...) Wir betrachten den Plan Puebla Panamá als Resultat einer Expansionsstrategie des Kapitals entsprechend der sogenannten neoliberalen Globalisierung, zu der das Freihandelsabkommen der Amerikas (ALCA) gehört." (8)

Es ist durchaus möglich, dass die Umsetzung des Plan Puebla Panamá den Ländern auf lange Sicht Devisen bringt (vorausgesetzt es gelingt den Regierungen, die Korruption und die Kapitalflucht einzudämmen) und dass neue Arbeitsplätze in der Industrie wie im Tourismussektor entstehen. Profitieren wird davon allerdings kaum die Klasse der Ärmsten, der Kleinbauern und ArbeiterInnen. Subcomandante Marcos bezog folgendermaßen Stellung zur angeblichen Chancengleichheit durch Marktöffnung: "Wenn man dem Fuchs die Tür zum Hühnerstall öffnet, hat das wenig mit Chancengleichheit zu tun".

Judith Welkmann

Anmerkungen:

1) Wenngleich das offizielle Dokument (www. ppp.presidencia.gob.mx) der mexikanischen Regierung die ALCA kein einziges Mal erwähnt, sind beide Projekte in Beziehung zueinander zu betrachten: Beim PPP geht es um die Integration von Strukturanpassungsmaßnahmen in einer stark marginalisierten Region, die eines Tages Teil der "Freihandelszone der Amerikas" werden wird und ihre Ressourcen ausschöpfen muss um in dieser Liga konkurrieren zu können.

2) CIEPAC:Chiapas al Dia, No 233 (03/2001):Plan Puebla Panamá, primera Parte

3) Vgl. La Jornada (Mexico), 25.07.2001

4) Vgl. www.ppp.presidencia.gob.mx

5) zit. n. Milenio (Mexico), 22.02.2001

6) vgl. La Prensa, 25.06.2001

7) ebd.

8) zit. n. CIEPAC: Chiapas al Dia, No. 233 (03/2001): Plan Puebla Panamá, segunda Parte.

29. Der Aufstieg der Abu-Sayyaf-Gruppe. Antikoloniale Revolte oder organisierter Terror?

Autor: Rainer Werning · Rubrik: Philippinen · CD-Datei: daten/aksuche/ak457/12.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:457:12

In den Südphilippinen, vor allem auf der Insel Basilan, herrscht seit dem 13. Juli faktisch der Ausnahmezustand. Dort geht ein Gespenst um - das Gespenst des Terrorismus. Doch der Terror hat viele Gesichter und ist ebenso vielschichtig. Seit den Anschlägen in New York und Washington soll auf Basilan, der Wiege der Abu Sayyaf, mit US-amerikanischer Unterstützung der Terror mit Stumpf und Stiel ausgemerzt werden. Doch in Südostasiens ältester Konfliktregion ist vieles komplexer und komplizierter, als sich das unbedarfte Kommissköpfe und lernresistente Politiker im fernen Manila vorstellen.

Sie nennen sich "Vater des Scharfrichters" (Abu Sayyaf), verfügen über Kampferfahrungen in Afghanistan während der sowjetischen Besatzung und sorgen seit einem Jahrzehnt für Unruhe im südlichen Teil der Philippinen. International bekannt wurde die Abu Sayyaf-Gruppe, als sie im Frühjahr 2000 von der ostmalaysischen Ferieninsel Sipadan mehrere westliche Touristen, darunter die Göttinger Familie Wallert, entführte und sie erst nach monatelangem Verhandlungspoker und hohen Lösegeldzahlungen wieder auf freien Fuß setzte. Nach den Terroranschlägen in New York und Washington ließ US-Präsident George W. Bush die Abu Sayyaf wegen ihrer Afghanistan-Verbindung und vermeintlicher Kontakte zu Osama bin Laden auf die Liste von 27 Organisationen setzen, deren weltweite Netzwerke es zu zerstören gelte. Das schürt vor allem auf den beiden südphilippinischen Inseln Basilan und Jolo zusätzliche Spannungen.

So paradox es klingt: Es waren - letztlich gescheiterte - Friedensverhandlungen, die in Südostasiens ältester Konfliktregion einen Faktor für das Aufkommen der Abu Sayyaf darstellten. Ende der achtziger Jahre hatte die damals größte politische Organisation des muslimischen Widerstandes, die Moro Nationale Befreiungsfront (MNLF) unter Führung des charismatischen Nur Misuari, Friedensverhandlungen mit Präsidentin Corazon C. Aquino geführt. Die MNLF war seit Beginn der 70er Jahre in einen blutigen Bürgerkrieg gegen die philippinischen Streitkräfte (AFP) verwickelt worden, der etwa 150.000 Tote forderte und auf dem Höhepunkt der Kampfhandlungen über eine halbe Million südphilippinische Muslime in den benachbarten ostmalaysischen Bundesstaat Sabah ins Exil trieb. Die Friedensverhandlungen führten allerdings in die Sackgasse.

Das ursprünglich propagierte Ziel der MNLF, in den Südphilippinen einen unabhängigen, säkularen Staat, die Bangsa Moro Republic, zu gründen, wurde von der Misuari-Führung durch die Forderung nach Autonomie ersetzt. Nach jahrelangen Verhandlungen kam es am 2. September 1996 in der Hauptstadt Manila zur feierlichen Unterzeichnung des so genannten Endgültigen Friedensabkommens zwischen der MNLF und der philippinischen Regierung. Die zwei Kernpunkte dieses Abkommens sahen vor, einstige MNLF-Kader, darunter natürlich auch Misuari, mit Regierungsposten und Pfründen zu versorgen und insgesamt 7.500 Ex-Kombattanten der MNLF in die Nationalpolizei und AFP zu integrieren.

Fragiler Frieden und Verrat

Aus Sicht einer wachsenden Zahl von Kritikern und Gegnern Misuaris war das Friedensabkommen ein Affront. Hatte sich damit doch die Befreiungsbewegung auf jene Staatsapparate hinbewegt und sich in ihnen aufgelöst, die jahrelang erbittert bekämpft worden waren. Resultat: Tiefe Enttäuschung, Demütigung, Verbitterung und wachsende Rachegelüste auf der einen, Neuformierung politischen Protests und militärischen Widerstands auf der anderen Seite. Organisatorisch fand dies seinen Ausdruck in unterschiedlicher Form: in der Abu Sayyaf und der stetig an Einfluss gewinnenden Moro Islamischen Befreiungsfront (MILF). Die Abu Sayyaf-Gruppe operierte dabei von Anfang an als ein "lost command" der MNLF. Im Gegensatz dazu setze sich die MILF - neben dem Aufbau regulärer Streitkräfte und der Konsolidierung sektoraler Massenorganisationen - für die Schaffung modellhafter muslimischer Gemeinwesen als alternative Struktur zum philippinischen Staatsverband ein. Camp Abubakar, gleichzeitig das Hauptquartier der MILF, war ein solches Gemeinwesen mit über 30.000 Bewohnern. Im Sommer 2000 wurde es im Rahmen des von Manila propagierten "totalen Krieges" gegen den Moro-Widerstand bombardiert und die Infrastruktur weitgehend zerstört.

Enttäuscht über die Kapitulation ihres einstigen Führers Misuari und die ihrer Meinung nach Missachtung des islamischen Elements in der Politik der MNLF, rückten auf Basilan mit Ustadz Wahab Akbar und Ustadz Abdurajak Janjalani zwei Männer zunehmend ins Blickfeld des öffentlichen Interesses, die einer von ihnen

inspirierten Erneuerungsbewegung den Namen Al Harakatul al Islamiya (Islamische Bewegung) gegeben hatten. Akbar, ausgebildet in Ägypten, schwebte wie Janjalani ein "reiner" islamischer Staat auf Basilan und später auf ganz Mindanao vor. Akabar profilierte sich vor allem damit, jungen Basilenos das Lesen des Korans auf Arabisch schmackhaft zu machen. Janjalani war erst Ende der 80er Jahre auf Umwegen nach Basilan zurückgekehrt. Anstatt nach dem Islam- und Militärstudium in Saudi-Arabien und Libyen direkt in seine Heimat aufzubrechen, hatte er sich in Afghanistan als mujahideen im Kampf gegen die sowjetische Besatzungsmacht rekrutieren lassen. Dort soll er in einer Guerillaeinheit unter dem Kommando von Prof. Abdul Rasul Abu Sayyaf gedient haben, der seine Gruppe im Jahre 1986 aufgebaut hatte und dessen Beinamen sich Janjalani später zulegen sollte. In Afghanistan soll er sich seine Sporen als furchtloser Kämpfer verdient haben, was ihm später unter seiner - vorwiegend jugendlichen - Gefolgschaft in Basilan Hochachtung einbrachte. 1989 endete in Afghanistan der jihad mit dem Abzug der letzten russischen Truppenverbände. Und kurz darauf wurde Abu Sayyaf erstmalig auf Basilan und in der vorgelagerten Stadt Zamboanga zu einem Begriff.

Zur Führungsschicht der Abu Sayyaf zählten in der Anfangsphase neben Janjalani und Akbar auch zwei jüngere Kader: Abdul Ashmad war für Aufklärung und Edwin Angelees für Operationen der Gruppe zuständig. Die Abu Sayyaf-Gruppe verstand sich zu diesem Zeitpunkt nicht als klandestine Organisation. Ihre Ziele formulierte Ashmad wie folgt: 1) Beseitigung aller katholischer Symbole in den muslimischen Gemeinschaften; 2) Fischfangverbot ausländischer Flotten in den Gewässern von Basilan und Sulu und 3) die Einbeziehung von Geistlichen (ulema) in anstehende Verhandlungen.

Afghanistan-Connection

Angeles, zwischenzeitlich zum Islam konvertiert und innerhalb der Abu Sayyaf-Gruppe besser als Ibrahim Yakub bekannt, stand auch mit philippinischen Geheimdienststellen in Zamboangas SouthCom (dem für die gesamte Region zuständigen Südkommando der AFP) und mit Intelligence Units der Philippinischen Nationalpolizei (PNP) in Kontakt. Gleichzeitig befürwortete er Kidnappings zur Finanzierung der Organisation. Anfang Mai 2000 spekulierte der philippinische Senatspräsident Aquilino "Nene" Pimentel mit Verweis auf Chalmers Johnsons gerade erschienenes Buch "Blowback", dass auch der US-amerikanische Geheimdienst CIA in der Anfangsphase von Abu Sayyaf seine Finger im Spiel hatte.

Ab 1992 machte Abu Sayyaf mit ersten Entführungen auf sich aufmerksam und schreckte im Frühjahr des darauf folgenden Jahres nicht davor zurück, selbst einen Fünfjährigen und dessen Großvater (Besitzer eines Busunternehmens auf Basilan) zu kidnappen. Seither zählen Geiselnahmen und Anschläge auf öffentliche Einrichtungen zum wesentlichen Bestandteil ihrer Strategie. Als Angeles im Jahre 1995 der Abu Sayyaf-Gruppe den Rücken kehrte, wurde er von dem aus Nordmindanao stammenden Juvenal Bruno ersetzt, der wie zuvor Angeles zum Islam übergetreten war.

Zwischenzeitlich hatte sich Akbar nach einer Attacke auf einen Militärposten nahe Isabelas nach Malaysia abgesetzt, um sich dort als Geschäftsmann zu betätigen. Jahre später kehrte er wieder nach Basilan zurück, um als Politiker Karriere zu machen. Heute ist er Gouverneur von Basilan. Seit Frühjahr 2000 hat er bei sämtlichen Entführungen der Abu Sayyaf-Gruppe in der Region im Hintergrund die Fäden geknüpft (und wahrscheinlich einen Teil der seitdem geflossenen immensen Lösegeldsummen eingeheimst). Abdurajak Janjalani und Edwin Angeles (dieser als mutmaßlicher Doppelagent) wurden hingegen Ende 1998 beziehungsweise Anfang 1999 von philippinischen Sicherheitskräften erschossen. Seitdem führt Janjalanis jüngerer Bruder Khadafy die Abu Sayyaf-Gruppe auf Basilan an.

Als Mitte der 90er Jahre Scharmützel zwischen Abu Sayyaf-Mitgliedern und AFP-Einheiten Janjalani und seine Getreuen zum zeitweiligen Rückzug (nach Jolo) gezwungen hatten, kam es dort zu ersten Kontakten mit gänzlich desillusionierten Söhnen ehemaliger MNLF-Kommandeure und -Kombattanten. In der Folge entstand so etwas wie eine lukrative Jolo-Filiale der Abu Sayyaf. Sie wurde befehligt von jungen "Heißspornen", die von dem Gedanken beseelt waren, sich an ihrem einstigen Idol Nur Misuari zu rächen. Zu diesen Leuten auf Jolo zählten u.a. Radulan Sujiron, alias Commander Putol, der als einstiger MNLF-Kämpfer einen Arm verloren hatte, Ghalib Andang, alias Commander Robot (der während des Sipadan-Geiseldramas ein ungeahntes Debüt im internationalen Medienrummel zelebrieren durfte), und Mujib Susukan, Sprössling eines Kämpferclans, dessen Vater es als erstem MNLF-Kommandeur gelungen sein soll, ein Flugzeug der philippinischen Luftwaffe vom Himmel zu holen. Es verwunderte deshalb nicht, dass die erste Forderung im Geiseldrama der im Frühjahr 2000 von der ostmalaysischen Ferieninsel Sipadan entführten philippinischen

und ausländischen Touristen kategorisch lautete: Keine Anerkennung Nur Misuaris als Manilas Sondergesandten und Vermittler!

Dream-Teams auf Jolo

So geschah es denn auch. Stattdessen übernahm von Regierungsseite der damals für so genannte "flagship projects" (groß angelegte Vorzeigeprojekte Manilas) verantwortliche Roberto Aventajado das Szepter. Ein sich über 140 Tage hinschleppender, aufreibender Poker um die Höhe und Aufteilung des Lösegelds folgte. Dadurch wurden die Bemühungen des weitaus besser mit der Region vertrauten Sonderemissärs und Libyens Ex-Botschafter in Manila, Abdul Rajab Azzarouq, um die Freilassung der Geiseln stark beeinträchtigt und scheiterten fast. Aventajado nämlich hatte hinter den Kulissen mit einem anderen Dream-Team der Jolo-Unterwelt gekungelt: mit dem Onkel von Robot, Ernest Pacuno, einem Armeeoberst im Ruhestand mit dem Codenamen Dragon (Drache) und Samil Jumaani alias Dragonito (Kleiner Drachen), dessen Frau die Schwester einer der Ehefrauen Robots ist. Mit von der Partie war damals auch Provinzgouverneur Abdusakur Tan, dessen Privatresidenz eine Art Clearingstelle bildete, von der aus reichlich Gelder verschoben wurden und in dunklen Kanälen versickerten.

Gangstertum auf Gegenseitigkeit

Robot und Co. nutzten ihre "akquirierten" Gelder für die Rekrutierung neuer Gefolgsleute und zur Anschaffung modernen Waffengeräts. Von ursprünglich etwa 20 Mann (auf Basilan) zu Beginn der 90er Jahre war die Abu Sayyaf bis Mitte der Neunziger auf etwa 600 und am Ende des Jahrzehnts (nunmehr inklusive Jolo) auf über 1.000 Kämpfer angewachsen. Anfang 2001 dürfte die Gruppe 2.000 Anhänger gehabt haben. Diese Expansion vollzog sich unbehelligt von staatlichen Sicherheitskräften, waren darin doch seit dem Friedensabkommen vom September 1996 etliche Ex-Kombattanten der MNLF integriert worden, die vielfach verwandtschaftlich, zumindest aber aus alter Kameraderie mit den "Abus" verbunden sind. Das hinderte andere Segmente der AFP jedoch nicht daran, gleichzeitig in Zentralmindanao den "totalen Krieg" gegen die MILF zu führen, nach dem Ende des Geiseldramas Mitte September 2000 die Zivilbevölkerung um Jolo City als Geisel zu schikanieren und Tausende Familien über Nacht zu internen Flüchtlingen werden zu lassen.

Als Konsequenz der Geiselnahmen und Entführungen, von denen mittlerweile auch mehrere US-Staatsbürger betroffen waren, sollte die Schlagkraft der Counter-Terrorist Force (CTF) erhöht werden. Die CTF, eine "Entwicklungshilfe" Washingtons an Manila unmittelbar nach dem Ende des Sipadan-Geiseldramas, ist eine aus zwei Kompanien der philippinischen Streitkräfte bestehende und eigens von US-amerikanischen Counterinsurgency-Experten gedrillte Eliteeinheit, die im Bedarfsfall von Marines unterstützt werden soll. Auf Basilan kursiert seit diesem Sommer, da faktisch in der Region Ausnahmezustand herrscht und Menschen- und Bürgerrechte nicht mehr so genau genommen werden, der makabre Witz: "Was unterscheidet die AFP von der Abu Sayyaf-Gruppe? Erstere schikanieren und inhaftieren Leute auf unbestimmte Zeit. Die Abu Sayyaf lässt dich wenigstens bei Lösegeldzahlung wieder frei."

Die Durchschlagskraft der CTF konnte freilich nicht unter Beweis gestellt werden. Trotz eines militärischen Großaufgebots von etwa 7.000 Soldaten allein auf Basilan vermochten es die AFP bislang nicht, der Abu Sayyaf-Gruppe Herr zu werden. Ganze Dörfer auf Basilan und der Nachbarinsel Jolo gewährten den "Abus" immer wieder Unterschlupf. Aufsehen erregte auch die Tatsache, dass Offiziere gegen Zahlung von Schmiergeldern wegschauten, als die Abu Sayyaf Ende Mai 2001 mit auf Palawan gekidnappten Geiseln am helllichten Tage in Lamitan (Basilan) eine Kirche und ein Krankenhaus stürmten, sich dort mit Medikamenten eindeckten und trotz eines Belagerungsrings und Helikopter-Überwachung entweichen konnten. (vgl. ak 455)

Nach den Anschlägen in New York und Washington wurden Militärs und Sicherheitskräfte auf einen Schlag und allerorten wichtiger denn je. Die "Allianz gegen den Terror" fand in der philippinischen Präsidentin Gloria Macapagal-Arroyo Südostasiens glühendste Befürworterin. Diese Vasallentreue gegenüber dem früheren Kolonialherrn USA führte bald dazu, dass das öffentlich gebräuchliche Kürzel der Präsidentin, GMA, umgedeutet wurde in "Gloria Maka Amerikano" - Gloria für die Amerikaner! Mitte November flog US-Admiral Dennis Blair von seinem Hauptquartier in Honolulu (Hawaii) nach Zamboanga. Blair ist Oberkommandierender der gesamten US-Pazifikstreitkräfte (CINCPAC), mithin ranghöchster US-Militär in diesem weltweit größten Operationsgebiet. Dort traf er sich mit Generalstabschef Diomedio Villanueva, Verteidigungsminister Angelo Reyes und SouthCom-Chef Generalleutnant Roy Cimatu. Seine Mission galt aber auch den bereits präsenten

Kontingenten von FBI, CIA und GIs, die er im Rahmen des bilateralen Visiting Forces Agreement (VFA) auf ihren verstärkten Einsatz in der Region vorbereitete.

Sackgasse militärische Lösung

Zeitgleich tauchten in US-amerikanischen Medien sporadisch Berichte über eine vermeintliche philippinisch-malaysisch-indonesische Connection zu Osama bin Ladens Al Qaida-Netzwerk auf. In diesem Zusammenhang bekundeten philippinische Behörden, ihrerseits verstärkt gegen die International Islamic Relief Organisation (IIRO) und von dieser unterstützter NGOs vorzugehen. Der von Mohamed Jamal Khalifa (einem Schwager Osama bin Ladens) geleiteten IIRO wird vorgeworfen, unter dem Deckmantel humanitärer Hilfe auf Mindanao die Abu Sayyaf finanziert zu haben. Tatsächlich verbrachte Khalifa eine längere Zeit in den Südphilippinen und setzte sich 1996 ab. Mit Hilfe von IIRO-Geldern sollen auch Trainingsprogramme für indonesische Laskar Jihad-Anhänger auf Mindanao finanziert worden sein und zumindest informelle Bande zur Abu Sayyaf-Gruppe bestanden haben. Die Laskar Jihad-Gruppe war ihrerseits für mehrere Terroranschläge auf den Molukken verantwortlich (wo sie offen für eine "Christen-freie Region" die Trommel rührt), erfreut sich gewisser Rückendeckung unter Offizieren, die noch immer Ex-Diktator Suharto nahe stehen, und dürfte der indonesischen Präsidentin Megawati Sukarnoputri noch einiges Kopfzerbrechen bereiten.

Solange die Zentralregierung in Manila den Süden des Archipels militärisch befrieden will und dabei im Sinne ihrer bedingungslosen Unterstützung der von Washington geführten weltweiten "Allianz gegen den Terror" auch den aktiven Einsatz von GIs befürwortet, eskaliert die Gewalt und vertieft sich die Kluft zwischen der dortigen muslimischen Bevölkerung und christlichen Siedlern. Selbst wenn es Manila und Washington gelänge, die Abu Sayyaf-Gruppe aufzureiben, ist zu befürchten, dass dann ein neues, ASG-ähnliches Phänomen auftaucht. Dann allerdings mit weitaus radikalerem Impetus, als er die Gründer "Väter der Scharfrichter" auszeichnete. Denn Widerstand hat in der Region Tradition: zuerst gegen ausländischen - spanischen, amerikanischen und japanischen - Kolonialismus und seit der Unabhängigkeit der Philippinen (1946) auch gegen interne Kolonisierung. Die Wurzeln des Konflikts sind ungelöste Landprobleme, soziale Benachteiligung, Massenarmut und kulturelle Geringschätzung. Die legitime Autonomie-Forderung der Moros droht durch nichtstaatlichen wie staatlichen Terror und Gegenterror vereitelt zu werden.

Rainer Werning

Der Autor befasst sich seit Anfang der 70er Jahre intensiv mit der Mindanao- und Moro-Problematik und hat die Region seitdem mehrfach bereist. Im Juli dieses Jahres kehrte er von einer neuerlichen Reise nach Mindanao, Basilan und Jolo zurück.

30. Misuaris letztes Gefecht. Die politische Karriere des Ex-Vorsitzender der MNLF ist zu Ende

Die politische Karriere des Ex-Vorsitzenden der MNLF ist zu Ende

Autor: Rainer Werning · Rubrik: Philippinen · CD-Datei: daten/aksuche/ak457/13.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:457:13

Nun also hat der Moro seine Pflicht und Schuldigkeit getan und mag von der Bühne abtreten. Nur Misuari, Gründungsvorsitzender der ältesten, Ende der 60er Jahre gegründeten und lange Zeit bedeutendsten muslimischen Widerstandsorganisation in den Südphilippinen, der Moro Nationalen Befreiungsfront (MNLF), ist politisch am Ende.

Nur Misuaris letztes Gefecht begann am 19. November auf der Insel Jolo und endete unzeremoniell im Morgengrauen des 24. November im ostmalaysischen Bundesstaat Sabah, wohin er sich mit einem Schnellboot abgesetzt hatte. Malaysische Grenzpolizisten griffen ihn und sechs seiner Gefolgsleute auf und halten ihn zur Zeit in Sabahs Hauptstadt, Kota Kinabalu, fest. Obwohl zwischen Malaysia und den Philippinen kein Auslieferungs-Abkommen besteht, dürften Misuari und die anderen Inhaftierten alsbald den philippinischen Behörden übergeben werden. In Manila droht ihnen der Prozess wegen Rebellion. Ein bitteres Finale für einen Mann, der sich große historische Verdienste um die muslimische Bevölkerung in den Philippinen erworben hatte. Er half tatkräftig mit, das von den spanischen Kolonialherren geprägte Schimpfwort "Moro" umzudeuten und positiv zu besetzen. Gern hätte er sich in der Rolle eines "Arafat der Moros" gesehen. Letztlich aber scheiterte er auf der ganzen Linie: Selbst innerhalb seiner Organisation war er zum Schluss isoliert, als "Opportunist" gebrandmarkt und als "Verräter" geächtet.

Die Politisierung des aus Kabingaan (Tapul-Gruppe in der Sulu-See) stammenden Nur Misuari erfolgte in der linken Studenten- und Jugendorganisation Kabataang Makabayan (Patriotischen Jugend; gegründet Ende 1964 von dem späteren Gründungsvorsitzenden der Kommunistischen Partei, CPP, José Maria Sison) in Manila, wo er Politik studierte und zeitweilig lehrte. Anfang der siebziger Jahre setzte er sich ins Ausland ab und verbrachte die Jahre bis 1986/87 vorwiegend in Libyen, Pakistan und anderen Ländern des Nahen und Mittleren Ostens. Politisch-diplomatisch unterstützt wurde die MNLF seitdem von der Organisation der Islamischen Konferenz (OIC), in der sie Beobachterstatus hat.

Das Tripolis-Abkommen vom 23. Dezember 1976 und das sogenannte Endgültige Friedensabkommen vom 2. September 1996 markierten die Abwendung der MNLF von ihrem ursprünglichen Maximalziel, in den Südphilippinen eine unabhängige Bangsa Moro Republik zu schaffen. Misuaris Kooptation brachte ihm zwar den Vorsitz des südphilippinischen Friedens- und Entwicklungsrates sowie den Gouverneursposten der lediglich aus vier Provinzen bestehenden Autonomen Region in Moslem Mindanao (ARMM) ein. Gleichzeitig gingen seine Gefolgsleute von einst aber auf Distanz und warfen ihm "Kapitulation" vor, weshalb er auch als Vermittler im Geiseldrama auf Jolo im Sommer letzten Jahres scheiterte. Als Administrator hatte Misuari wenig vorzuweisen. Seine Leistungen und Amtsführung wurden selbst von seinen Getreuen als lausig und launig empfunden. Überdies zog Misuari Auslandsreisen und das Verweilen in Fünf-Sterne-Hotels in Manila einem Leben in seiner Residenz von Cotabato City vor.

Im Frühjahr 2001 erklärte schließlich ein 15-köpfiges Exekutivkomitee der MNLF ihren Gründungsvorsitzenden für abgesetzt und stufte Misuari zum "Chairman Emeritus" herab. Ende Oktober 2001 unterzeichneten die Misuari-kritischen Elemente der MNLF und die bereits in den 70er Jahren von ihr abgespaltene, heute einflussreichste Moro-Organisation, die Moro Islamische Befreiungsfront (MILF), eine Vereinbarung, künftig stärker zu kooperieren und den Vereinigungsprozess beider Organisationen zu beschleunigen. Eine Politik, die gegenwärtig tatkräftig vom libyschen Botschafter in Manila, Salem Adem, unterstützt und offensichtlich auch von der OIC befürwortet wird.

Aus Verbitterung über dieses jähe Ende seiner politischen Laufbahn und in einem Akt von militärischem Desperadotum griff ein noch Misuari ergebenes Kontingent von etwa 400 bewaffneten Kämpfern, unterstützt von Mitgliedern der Abu Sayyaf-Gruppe, im Morgengrauen des 19. November Stellungen der philippinischen Streitkräfte nahe dem Flughafen in Jolo City an. Dabei fanden mindestens 120 Soldaten und Zivilisten den Tod. Misuaris Anhänger mussten in die nahe gelegenen Berge entweichen, während er selbst mit einem Schnellboot nach Malaysia entkommen, doch dort nur wenige Tage in Freiheit verbringen konnte.

Zwischenzeitlich wurde in Zamboanga City der Ausnahmezustand verhängt, der Schulunterricht bis auf weiteres eingestellt und der Flughafen der Stadt geschlossen. Misuari-Anhänger hatten kurzzeitig annähernd 100 Zivilisten als Geiseln genommen, um einer militärischen Vergeltungsaktion zu entgehen. Statt Friedensperspektiven herrscht in den Südphilippinen erneut (Bürger-)Kriegsstimmung. Für die erklärtermaßen enge Waffenbrüderschaft zwischen Manila und Washington eine höchst willkommene Chance, stärker denn je mit den Säbeln zu rasseln und den "bedingungslosen Kampf gegen den Terrorismus" zu schüren. Präsidentin Gloria Macapagal-Arroyo, erst Ende November von einem Staatsbesuch aus den Vereinigten Staaten zurückgekehrt, ist in Kriegslaune. 100 Millionen US-Dollar hat sie dort an zusätzlicher Militärhilfe eingeheimst und das sogenannte Mutual Logistics Support Agreement (MLSA) eingefädelt. Dieses Abkommen, dessen Vorläufer, das Acquisition Cross-Servicing Agreement (ACSA), noch im Jahre 1997 gescheitert war, gibt den USA auf den Inseln weit reichende Vollmachten und garantiert ihren Streitkräften größtmögliche logistische Unterstützung durch das philippinische Militär. Die Eskalation von Gewalt ist mithin programmiert.

Rainer Werning

31. Täter und Opfer. Zwei neue Bücher über den Nationalsozialimus

Autor: Raphaela Kula · Rubrik: Geschichte des Faschismus; Bücher, Filme, Broschüren · CD-Datei: daten/aksuche/ak457/01.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:457:01

Zwei neue Bücher über Nazi-Deutschland

Bei der wissenschaftlichen Erforschung der Shoa geht es zumeist um das Handeln der Täter: die Entscheidungsfindung, die Organisation des Völkermordes, die Motive der Mörder und die Mitschuld der scheinbar unbeteiligten Zuschauer. Auch in Christopher Brownings neuem Buch sind die Täter der wesentliche Gegenstand der Untersuchung. Marion Kaplan dagegen verarbeitet in ihrer Studie authentische Aufzeichnungen jüdischer Frauen in Nazi-Deutschland. In ihrer Schilderung des jüdischen Alltags wird zugleich auch das Verhalten der deutschen "Volksgenossen" anschaulich beschrieben.

Das Verhalten der Täter

Christopher Brownings Buch "Judenmord. NS-Politik, Zwangsarbeit und das Verhalten der Täter" heißt im englischsprachigen Original "Nazi Policy, Jewish Workers, German Killers". Dieser Titel ist sehr viel passender, denn sowohl Opfer als auch Täter sind handelnde Subjekte - aber, erinnert sei an die Goldhagen-Debatte um die "willigen Vollstecker", solch ein Titel scheint in dieser BRD schwierig. Dennoch, es waren German Killers - deutsche Mörder - die den Judenmord planten und ausführten bzw. ausführen ließen.

Browning stellt in diesem Band die Ergebnisse seiner Forschung zur NS-Vernichtungspolitik vor, die in zentralen Bereichen immer noch kontrovers diskutiert wird. Der Band umfasst sechs Einzelstudien: 1.) Von der "ethnischen Säuberung" zur "Endlösung"; 2.) Der Entscheidungsprozess im Machtzentrum; 3.) Jüdische Arbeitskräfte in Polen; 4.) Die "Arbeitsjuden" des Arbeitslagers Starachowice; 5.) Deutsche Mörder - der Ermessensspielraum örtlicher Instanzen; 6.) Verhalten und Motivation deutscher Mörder. Alle Kapitel sind hintergründig und enthalten reichlich Verweise und Quellenangaben, sind aber auch für Nicht-HistorikerInnen ohne weiteres lesbar.

Browning nimmt in seinem Buch Stellung zu Fragen, die nicht nur in der Wissenschaft, sondern auch in der öffentlichen Diskussion immer noch umstritten sind. Insbesondere geht er der Frage nach, wie die Entscheidung zum Völkermord fiel. Browning geht davon aus, dass Hitler Mitte Juli 1941 Himmler und Heydrich beauftragte, "so etwas wie eine ‚Machbarkeitsstudie` für die massenhafte Ermordung der europäischen Juden zu erarbeiten, und dass er Anfang Oktober 1941 Himmler und Heydrich sein Einverständnis mit ihrem Vorschlag zu verstehen gab, die Juden zu den Tötungszentren im Osten zu transportieren." Zu diesem Zeitpunkt, Mitte Juli bis Anfang Oktober 1941, verlief der Krieg an der Ostfront für die Deutschen siegreich - eine Ermutigung für die nationalsozialistische Politik in einer Situation, in der weitere Radikalisierungen möglich waren. Der Bau des Vernichtungslagers Belzec wurde spätestens im Oktober 1941 vorbereitet und war Anfang November bereits in vollem Gang. Zeitgleich mit den Planungen für Belzec wurden weitere Vernichtungslager, darunter Chelmno, geplant. Die Entscheidung zur Ermordung erst der sowjetischen, dann der europäischen Jüdinnen und Juden fiel also nach Browning im Herbst 1941.

Die "German Killers" waren entscheidend für die Durchführung der Vernichtungspolitik des nationalsozialistischen Deutschlands. Allerdings ist ihr Verhalten nicht automatisiert oder homogen, sondern abhängig von den Umständen, der Situation, dem Einsatzort. Browning stellt z.B. Unterschiede fest zwischen den im polnischen Generalgouvernement stationierten Polizeieinheiten und denen in Ost-Oberschlesien, die mehr Ähnlichkeit mit "zu Hause" eingesetzten Beamten hatten. Im November 1939 schärfte der Kommandant der Schutzpolizei Ost-Oberschlesien seinen Männern ein: "Der Gruß eines Juden ist überhaupt nicht zu beachten!" Außerdem bemängelte er, Ausgangssperren und das Verbot der Nutzung öffentlicher Verkehrsmittel würden nicht streng genug überwacht. Vier Monate später sah er sich veranlasst, diese Ermahnung noch einmal zu wiederholen. Die Polizeibeamten sind zu diesem Zeitpunkt mit jüdischen Menschen konfrontiert, die sie anscheinend eher als deutsche denn als polnische Juden wahrnehmen. Die Juden in Ost-Oberschlesien sind noch nicht heftigster Stigmatisierung ausgesetzt wie im Generalgouvernement (durch den Zwang, den "Judenstern" zu tragen, das Wegsperren in isolierte Ghettos, Schwäche durch Hunger). Dieser erhebliche Unterschied zu den Lebensbedingungen der Juden in anderen

Teilen des besetzten Polen wirkte sich allem Anschein nach auf das Verhalten der Beamten aus. Die Brutalisierung der Polizei schritt hier offensichtlich langsamer voran. Browning schreibt: "Das Auftreten als Vertreter einer ‚Herrenrasse` auf besetztem Territorium bewirkte Verhaltens- und Einstellungsveränderungen, und jeder Schritt auf der Skala der Erniedrigung und Misshandlung der Opfer machte den nachfolgenden Schritt leichter."

Auch das Beispiel der Räumung des Ghettos von Marcinkane (in der Nähe von Bialystok) ist in Bezug auf die Täter aufschlussreich. Zur Räumung des Ghettos am 3. November 1942 wurde ein Sonderkommando gebildet, bestehend aus 17 Reichsdeutschen; einheimische Hilfstruppen wurden nicht hinzugezogen. Vier Männer aus diesem Kommando waren Berufs- oder Reservepolizisten, die übrigen wurden aus der Zivilverwaltung rekrutiert. Unmittelbar vor der Ghettoräumung begeht ein Beamter Selbstmord, ein weiterer entzieht sich der Räumung, er gibt vor, sich um Transportfahrzeuge kümmern zu müssen. Zwei weitere aus der Postenkette (ein Zoll- und ein Landwirtschaftsbeamter) gaben keine Schüsse auf fliehende Juden ab. "Die Präsenz dieser kleinen Gruppe (etwa 3-5 von 17 Personen) führt nicht einmal zu irgendwelchen merklichen Spannungen innerhalb der Gruppe. Ihr Nichtmitmachen wurde toleriert und zugleich als nicht weiter bedeutsam abgehakt. Das Morden nahm ohne sie seinen Lauf." Es gibt einen harten Kern von "virulent antisemitischen" Tätern, eher die Berufspolizisten, die mit Eifer morden; es gibt eine Minderheit, die am Morden nicht teilnimmt, wobei der Beweggrund nicht unbedingt eine humanistische Grundeinstellung ist, sondern eher Überforderung. Nur der Protest eines Einzelnen zieht disziplinarische Folgen nach sich; die "Überzeugungstäter und ... ihre Vorgesetzen taten sich zusammen, um diesen Täter zu diskreditieren und mundtot zu machen", was aber auch relativ glimpflich ablief. Brownings Fazit: "Ein harter Kern mordwilliger und entschlossener Offiziere und Mannschaften, ... mehr brauchte es offenbar nicht."

Jüdischer Alltag im Dritten Reich

"Was war es für ein Gefühl, Jüdin oder Jude in Nazideutschland zu sein? Wie gestaltete sich das jüdische Leben in Deutschland nach 1933? Warum haben die Juden Deutschland nicht eher verlassen? Wie verhielten sich die nichtjüdischen Deutschen, und was wussten sie von dem, was sich in ihrer Mitte abspielte?" Diesen immer noch aktuellen Fragen nähert sich Marion Kaplan, die 1946 als Tochter überlebender jüdischer Flüchtlinge aus Deutschland in den USA geboren wurde. Es gelingt ihr, Antworten zu geben, nicht immer nur eine, mitunter widersprüchliche.

Glücklicherweise stehen uns mittlerweile eine Reihe von Zeugnissen (Briefwechsel, Tagebuchaufzeichnungen, Biografien, Autobiografien) von Opfern bzw. Überlebenden des nationalsozialistischen Deutschland zur Verfügung. Sie gewähren uns einen Einblick (oft sehr persönlich, nah, intim) in eine durch und durch verkehrte, mörderische Welt. Gerade die Berichte der Opfer, der Überlebenden veranschaulichen abstrakte Fakten, die sich aus reiner Analyse der Dokumente ergeben. Es entstehen Bilder; es wird klar, dass es um Menschen mit individuellen Lebensgeschichten, mit Hoffnungen und Träumen geht. Dies ist auch Marion Kaplans Ausgangspunkt: "Es sind persönliche Erlebnisse und Erkenntnisprozesse und die konkret erlebte soziale Desintegration, die uns in neuer Weise einem Verständnis der späteren katastrophalen Ereignisse näher bringen können." Der Wert dieser Zeugnisse ist immens.

Marion Kaplan hat für ihre Studie in Archiven sehr unterschiedliche Aufzeichnungen, insbesondere jüdischer Frauen, gesichtet. Auch jüdische Frauen hatten auf Grund der patriarchalen gesellschaftlichen Verhältnisse in der Regel bestimmte "geschlechtsspezifische" Aufgaben zu erfüllen. Marion Kaplans Blick speziell auf die Frauen ist gewollt: "Die Frauengeschichte stellt jene Art von Fragen, die zum Verständnis des Alltagslebens von zentraler Bedeutung sind. Die Erinnerungen von Frauen werfen ein wichtiges Licht auf die Probleme des Alltags, indem sie private Gedanken und Gefühle zu Tage fördern ... Während es mir die Frauengeschichte gestattet, die private Seite jüdischen Lebens darzustellen, bringt die Geschichte des jüdischen Alltags ans Licht, wie die deutsche ‚Volksgemeinschaft` die Juden in ihrer Mitte ächtete und Tag für Tag tyrannisierte."

Neben Rassismus und Antisemitismus bestimmte auch Sexismus den Alltag im nationalsozialisitischen Deutschland. Das hatte unmittelbare Auswirkungen auch auf jüdische Männer und Frauen; so bestimmte nicht selten Alter und Geschlechtszugehörigkeit über Leben und Tod: die Nazis ermordeten z.B. eine größere Anzahl älterer Frauen, doch wirkte sich die Geschlechterdifferenz zu verschiedenen Zeiten unterschiedlich für die Betroffenen aus. Marion Kaplan beschreibt diesen Aspekt immer wieder sehr eindringlich und anschaulich anhand der unterschiedlichen Lebenssituationen und -entscheidungen: Da geht es um Ausreise, Arbeit,

Zwangsarbeit, Emigration, Untergrundarbeit, Lager, Deportation, Versorgung der Kinder/Familie, Heirat ... Die Antworten sind authentisch, Opfer/Überlebende kommen selbst zu Wort, sie schildern ihr alltägliches Erleben der TäterInnen und ihrer Taten. "Um die Erfahrungen und das Bewusstsein der durchschnittlichen Deutschen rekonstruieren zu können, gilt es, die Erfahrungen und das Bewusstsein der Jüdinnen und Juden mit einzubeziehen, damit nicht (erneut) den Tätern das entscheidende Gewicht gegeben und so ihre Perspektive nachträglich legitimiert wird, die Opfer hingegen (erneut) zum Schweigen gebracht werden".

Marion Kaplan beleuchtet eindringlich den gesamten Zeitraum der nationalsozialistischen Herrschaft, sie spürt Rechtlosigkeit und Unterdrückung durch Staat und Gesellschaft von Anfang an nach. Immer wieder interessiert sie dabei die Beziehung zu nichtjüdischen Deutschen, die Wahrnehmung der gesellschaftlichen Veränderungen, Zuspitzungen durch die Jüdinnen und Juden und die daraus resultierenden Konsequenzen. Ein aufschlussreiches, kompaktes, lesenswertes Buch.

Raphaela Kula

Christopher Browning: Judenmord. NS-Politik, Zwangsarbeit und das Verhalten der Täter. S. Fischer Verlag, Frankfurt am Main, 2001. 288 Seiten, 49 DM

Marion Kaplan: Der Mut zum Überleben - Jüdische Frauen und ihre Familien in Nazideutschland. Aufbau Verlag, Berlin, 2001. 39,80 DM

32. Herrschaftskritik und Handlungsangebote. Perspektiven und Grenzen der "Antiglobalisierungsbewegung"

Autor: Tom Binger · Rubrik: Imperialismus und Weltwirtschaft; Westdeutsche Linke allgemein; Antiglobalisierungsbewegung · CD-Datei: daten/aksuche/ak457/09.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:457:09

Nach dem "Summer of Resistance" und den massiven internationalen Protesten in Barcelona, Göteborg, Salzburg und Genua wird allenthalben über die sogenannte Anti-Globalisierungsbewegung diskutiert und spekuliert. Was hat es mit dieser ominösen Bewegung auf sich? Welches Kapitalismusverständnis zeichnet Gruppen wie ATTAC aus? Wie wirken sich die Anschläge vom 11. September auf diese Bewegung aus? ak sprach mit Markus Wissen vom Arbeitsschwerpunkt Weltwirtschaft des Bundeskongress entwicklungspolitischer Aktionsgruppen über Anti-Globalisierung, ATTAC und Antisemitismus.

ak: Handelt es sich bei der sogenannten Antiglobalisierungsbewegung tatsächlich um eine neue internationale soziale Basisbewegung gegen die desaströsen Folgen des kapitalistischen Weltmarktes, oder ist der ganze Hype um die GlobalisierungskritikerInnen eher als Medienphantom anzusehen?

Markus Wissen: Ich sehe schon einen neuen Ansatz für eine internationale Protestbewegung. Und zwar aus zwei Gründen: Einmal ist es eine Bewegung die sich international organisiert und sich darin von den eher national organisierten sog. neuen sozialen Bewegungen der 70er und 80er Jahre unterscheidet. Zum anderen ist es eine Bewegung, die versucht eine Kritik von Unten zu formulieren, und die sich dabei den institutionellen Zentren neoliberaler Globalisierung - also IWF, Weltbank, WTO, G8 und dergleichen - zuwendet und versucht diese Zentren symbolisch anzugreifen und dadurch zu delegitimieren. Dadurch unterscheidet sie sich von den NGOs, die sozusagen die internationale Protestkultur in den 90er Jahren geprägt haben und die sich dabei vor allem an den großen UN-Konferenzen zu Umwelt und Entwicklung, zu Menschenrechten, zu Wohnen und zu ähnlichen Themen orientiert haben. UN-Konferenzen, die sich dann im Nachhinein eher als Spielwiesen symbolischer Politik herausstellten. Diese Konferenzen konnten auch nicht mit dem typischen Politikansatz der NGOs, also dem Vertrauen auf die Kraft des besseren Argumentes, erreicht werden. Insofern liegt ein neuer Politikansatz vor, der eine Reihe von Widersprüchen neoliberaler Globalisierung zu artikulieren versucht und der durchaus Hoffnung macht.

Allerdings stellen sich eine Reihe von Herausforderungen an die Anti-Globalisierungsbewegung, damit diese es auch wirklich schafft eine dauerhafte Bewegung zu sein. Vor allem - und dies gilt besonders für den deutschen Kontext - bedarf es einer stärkeren Verankerung der globalen Aktivitäten, der Aktivitäten die sich jetzt unmittelbar gegen internationale Großereignisse richten, mit Aktivitäten vor Ort. Da ist noch einiges an Arbeit zu leisten.

Den GlobalisierungskritikerInnen wird von linker Seite häufig eine verkürzte Kapitalismuskritik vorgehalten. Worauf bezieht sich dieser Vorwurf?

Dieser Vorwurf bezieht sich vor allem auf bestimmte Spektren der globalisierungskritischen Bewegung. Ich möchte als ein Beispiel ATTAC als ein sehr heterogenes Bündnis herausnehmen. Es ist innerhalb Deutschlands heterogen und es ist dann noch mal unterschiedlich, wenn man die verschiedenen Länder in denen ATTAC aktiv ist, in Betracht zieht. Aber ATTAC hat sozusagen seine Geburtsstunde erlebt mit der Forderung nach einer Tobin-Tax, also nach einer Besteuerung internationaler Devisentransaktionen. Das ist eine Forderung, der implizit die Annahme zu Grunde liegt, dass es ein Regulierungsdefizit gäbe. Das heißt, dass die Weltwirtschaft gewissermaßen aus ihren Fugen geraten ist, vom Staat dereguliert wurde; dass der Markt entfesselt und von seinem gesellschaftlichen Bett befreit wurde. Und nun komme es darauf an, den Markt wieder in sein gesellschaftliches oder politisches Bett einzubetten, um seine destruktiven Konsequenzen im Rahmen zu halten. Das ist meiner Ansicht nach eine verkürzte Kapitalismuskritik, da sie die Rolle des Staates im Prozess neoliberaler Globalisierung herunterspielt.

Es ist keineswegs so, dass der Staat nur die Märkte dereguliert hat, sondern der Staat spielt auch heute nach wie vor eine sehr wichtige Rolle. Ich denke, Genua ist das beste Beispiel dafür, dass der Staat eben nicht die Instanz ist, die gegen die neoliberale Globalisierung in Anschlag gebracht werden kann. Sondern er ist die

Instanz, die die neoliberale Globalisierung, bei allen Widersprüchen innerhalb des Staates, notfalls mit Gewalt verteidigt und durchsetzt.

Aber haben die GlobalisierungskritikerInnen nicht Recht, wenn sie auf die desaströse Rolle des verselbstständigten internationalen Finanzsystems hinweisen?

Das ist richtig. Die Folgen des internationalen Finanzsystems sind für sehr viele Menschen desaströs. Doch es sollte nicht der Eindruck entstehen, als handele es sich hier um eine Sphäre, die völlig frei von politischer Regulierung ist. Es lassen sich durchaus politische Regulierungen des internationalen Finanzsystems feststellen. Regulierungen, die aber weniger den Menschen zugute kommen, die unter den Folgen internationaler Finanzkrisen zu leiden haben, sondern eher den hauptsächlichen Akteuren auf den internationalen Finanzmärkten, deren Zahlungsfähigkeit durch diese Regulierungen aufrecht erhalten werden soll.

Außerdem ist davor zu warnen, dass internationale Finanzsystem als eine gänzlich von der realwirtschaftlichen Sphäre losgelöste Sphäre zu betrachten. Die Tatsache, dass auf den internationalen Finanzmärkten Milliarden von Dollars und D-Marks hin und her transferiert werden, ist auch vor dem Hintergrund realwirtschaftlicher Krisentendenzen oder auch vor dem Hintergrund der Absicherung realökonomischer Geschäfte zu sehen. Insofern spielen die Finanzmärkte eine wichtige Rolle. Sie haben durchaus desaströse Konsequenzen, aber sie sind auch nicht losgelöst von staatlichen Regulierungen und realökonomischen Krisentendenzen zu betrachten.

Hat eine solche Kritik an den krisenhaften Konsequenzen des Finanzsektors zwangsläufig eine antisemitische Komponente?

Eine Globalisierungskritik, die sich rein auf die internationalen Finanzmärkte bezieht, hat eine offene Flanke Richtung Antisemitismus, ohne jetzt notwendigerweise unbedingt antisemitisch zu sein. ATTAC etwa, stellt die internationalen Finanzmärkte in den Vordergrund, seine Kritik ist aber nicht antisemitisch. Aber es gibt durchaus Anti-Globalisierungskritik von Rechts, die versucht die Finanzmärkte auf eine antisemitische Weise zu besetzen. Das passiert dann, wenn man falsche Dichotomien, falsche Gegenüberstellungen, aufmacht: wenn man etwa das internationale Finanzkapital dem sogenannten produktiven Kapital gegenüberstellt und dann sehr schnell bei der Unterscheidung zwischen dem "schaffenden" und dem "raffenden" Kapital ist, die eine eindeutig antisemitische Unterscheidung ist. Insofern ist da Vorsicht geboten. Ich sehe allerdings bei ATTAC jetzt nicht die Gefahr in antisemitische Argumentationen abzugleiten. Ich sehe hier eher auch eine gewisse Sensibilität für dieses Thema. Trotzdem sollte diese Gefahr immer bedacht und bei Argumentationen gegen Globalisierung berücksichtigt werden. Vor allen Dingen sollte in diesem Zusammenhang gegen rechte Globalisierungskritik vorgegangen werden.

ATTAC scheint immer mehr zu einer Art Sammlungsbewegung für GlobalisierungskritikerInnen zu werden. Bei dem Berliner ATTAC-Kongress haben im Oktober ca. 4000 Menschen unter dem Motto "Eine andere Welt ist möglich" über politische Perspektiven diskutiert. Eine zentrale Forderung von ATTAC ist die schon erwähnte Tobin-Steuer und eine stärkere Regulierung der Finanzmärkte. Hältst du diese Forderungen für contraproduktiv, oder können das nicht erste Schritte sein, auf dem Weg zu einer besseren Kontrolle des "Casino-Kapitalismus"?

Ich halte diese Forderungen nicht für contraproduktiv, aber ich halte sie von falschen Grundannahmen ausgehend und ich halte sie für nicht weitgehend genug. Von falschen Grundannahmen ausgehend deshalb, weil diese Forderung implizit die Botschaft transportiert, der Markt ist dereguliert und der muss jetzt sozusagen wieder durch staatliche Regulierungen eingefangen werden. Nicht weitgehend genug deshalb, weil diese Forderung mittlerweile keine herrschaftskritische Komponente mehr hat. Die Forderung nach Tobin-Tax oder allgemein nach Regulierung der internationalen Finanzmärkte, ist mittlerweile eine Forderung die sich mehrere Regierende zu eigen gemacht haben. Ich verweise auf den französischen Ministerpräsidenten Jospin. Ich verweise auf jüngste Äußerungen von Gerhard Schröder. Ich denke, dass ist keine Forderung, die langfristig über das Bestehende hinausgehen würde.

Meine Position ist die - und das ist auch eine Position die im BUKO sehr stark vertreten wird - das ich sage, dass es nötig ist, nicht nur die neoliberalen Auswüchse des Kapitalismus zu kritisieren und Forderungen nach Re-Regulierungen aufzustellen, sondern den Kapitalismus selbst wieder zum Gegenstand der Kritik zu

machen. Und sich zu überlegen welche Forderungen wir aufstellen können, die über das Bestehende hinausweisen, die eine grundlegende Herrschaftskritik transportieren, die aber gleichzeitig einer Vielzahl von Menschen - und das ist der Vorteil der Tobin-Steuer - auch konkrete Handlungsangebote machen.

Ist die bei den Protesten des Sommers zu spürende Aufbruchstimmung nach den Attentaten auf die USA und dem folgenden Krieg gegen Afghanistan schon wieder beendet? Haben sich die Handlungsspielräume der Bewegung nicht dramatisch eingeengt angesichts der zugespitzten Weltlage?

Die Handlungsspielräume haben sich eingeengt und dies auf zweierlei Art und Weise: einmal sozusagen auf der diskursiven Ebene. Es ist doch zu spüren, dass die internationale Protestbewegung unter gewisse Legitimationszwänge gesetzt wird. Das herausragende und drastischste Beispiel ist die Äußerung von Silvio Berlusconi, der die Terroristen von New York und Washington in einem Zuge mit der Anti-Globalisierungsbewegung genannt hat. Ich denke, dass deutet darauf hin, dass sich gewisse diskursive Spielräume, die sich mit Genua geöffnet haben, wieder zu verengen drohen. Andrerseits haben sich auch materielle Spielräume verengt. Ich verweise auf die Anti-Terror-Gesetzgebungen und verwandte Vorhaben, die plötzlich in den Innenministerien, aber auch seitens der Europäischen Kommission, aus der Schublade gezogen wurden und die sich weniger gegen den Terror richten, sondern die gute Instrumente darstellen, um gegen die internationale Protestbewegung vorzugehen. Wenn also etwa die Europäische Kommission vorsieht, künftig die sogenannte widerrechtliche Inanspruchnahme öffentlichen Raumes unter Strafe zu stellen, dann ist das mit Sicherheit nichts, was sich gegen Terroristen richtet, oder mit dem Terror bekämpft werden könnte, sondern etwas, was sich bestens eignet, um künftig Proteste gegen internationale Großereignisse zu kriminalisieren.

Andrerseits muss man auch feststellen, dass die Terror-Angriffe von New York und jetzt der Krieg gegen Afghanistan der internationalen Protestbewegung in gewisser Weise Recht gegeben haben. Nämlich insofern als diese sagt, wir müssen gegen neoliberale Globalisierung und die katastrophalen Auswirkungen, die dieser Prozess in sehr vielen Ländern hat, vorgehen, und damit in gewisser Weise dazu beitragen dem Terrorismus den sozialen Nährboden zu entziehen. Ich will damit nicht sagen, dass die Anschläge in New York und Washington in irgendeiner Weise ein emanzipatorischer Protest gegen die desaströsen Auswirkungen neoliberaler Globalisierung waren. Es hatte nichts Emanzipatorisches an sich. Es war ein Anschlag von faschistischer Qualität. Aber es war durchaus ein Anschlag, den man in den Kontext der Problematik weltweiter Ungleichheit stellen kann und der die Herausforderung deutlich macht, jetzt auch mit Nachdruck gegen Neoliberalismus und neoliberale Globalisierung vorzugehen.

Das Interview führte Tom Binger

33. Weiter dagegen heißt nicht weiter so. Anti-Atom-Bewegung diskutiert in Leipzig

Autor: Dirk Hofmeister · Rubrik: Aktionen / Veranstaltungen; Anti-AKW-Bewegung · CD-Datei: daten/aksuche/ak457/21.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:457:21

Vorbemerkung: Die geringe Beteiligung an den Aktionen zum letzten Castor-Transport nach Gorleben hat in der Anti-AKW-Bewegung eine Debatte über das weitere Vorgehen ausgelöst. Praktischerweise fand nur zwei Wochen nach dem Castor in Leipzig eine Herbstkonferenz statt, auf der die AktivistInnen Raum zur Debatte hatten. Als Mitglied des Vorbereitungskreises der Konferenz gibt Dirk Hofmeister gleich im Anschluss einen (persönlichen) Überblick über die Debatte in Leipzig. Mm befasst sich dann verstärkt mit der Frage, wie es mit und ohne Castor weiter gehen könnte. Und Tom Binger nimmt die Mobilisierungsdefizite zum Gorleben-Transport und die Berichterstattung in der letzten ak zum Anlass, inhaltliche und politische Probleme herauszuarbeiten.

Wenn mensch den Beschlüssen auf Konferenzen glauben darf, dann geht es der Atommafia in der nächsten Zeit ordentlich an den Kragen. Ende November hat sich in Leipzig die Anti-Atom-Bewegung auf der Herbstkonferenz getroffen und zumindest die 150 Leute in Leipzig wollen auch nach dem Transportemarathon in diesem Jahr verhindern, dass hier einer sozialen Bewegung die Luft ausgeht: WAA-Transporte, Uran-Transporte, verstärkte Vernetzung nach Osteuropa, die klare Ablehnung des Krieges in Afghanistan und der "Anti-Terror-Pakete" von Innenminister Schily: wir haben etwas vor und wir haben was zu sagen.

Doch lässt sich die Konferenz natürlich nicht nur an dem messen, was letztlich an konkreten Aktionen dabei rum kommt. Die letzte Anti-Atom-Konferenz fand u.a. wegen des erwarteten WAA-Transportes im letzten Herbst (2000) und des Castor-Transportes in diesem Frühjahr vor anderthalb Jahren statt. In dieser Zeit ist sowohl im gesamtgesellschaftlichen Umfeld als auch in sozialen Bewegungen wie der Anti-Atom-Bewegung sehr viel passiert. Da war es zunächst einmal sehr wichtig, dass sich Anti-AKW-Bewegte mal wieder an einem Wochenende treffen, um die Vorstellungen des Engagements auf einen Nenner zu bringen. Vor allem in der Auswertung des Castor-Transportes nach Gorleben wurde immer wieder davon gesprochen, dass eine soziale Bewegung auch einen sozialen Ort braucht, um sich zu finden, zu äußern und selbstbestimmtes Leben auszuprobieren. Gorleben ist ein solcher sozialer Ort und für den aktionsorientierten Teil des Anti-AKW-Engagements auch in Zukunft nicht wegzudenken.

Doch hat sich schon bei der Vorbereitung der Konferenz gezeigt, dass es augenscheinlich so etwas wie ein inhaltliches Vakuum gibt. Nach der Idee der KonferenzvorbereiterInnen sollten die Novembertage in Leipzig am Ende eines Analyseprozesses in der Anti-Atom-Bewegung stehen, der schon im Sommer beginnen und so etwas wie Klarheit über die gesellschaftlichen Zustände und die Entwicklung sozialer Bewegungen bringen sollte. Der Diskussionsprozess, für den auch hier (ak 453) geworben wurde, kam jedoch nur schleppend voran. So mussten die eigentlichen Vorstellungen, sich bis zur Konferenz die Köpfe heiß zu diskutieren und dann in Leipzig klar zu haben, wohin es jetzt mit der Anti-Atom-Bewegung geht, zurückgeschraubt werden. Am Ende blieb das Programm, sich an dem Wochenende sowohl abgespeckt analytisch als auch konkret zu verständigen.

Es gibt ein inhaltliches Vakuum

Die Befürchtungen, eine Vorkonferenzanalyse sei deshalb nicht in die Gänge gekommen, weil es nichts zu sagen gibt, hat sich in Leipzig nicht bestätigt. Vielmehr fehlt der Bewegung so etwas wie ein sozialer Ort für inhaltlich-analytische Debatten. Aus den Diskussionen während der Konferenz ergibt sich für mich der Wunsch, dass der Rhythmus von abwechselnder Frühjahrs- und Herbstkonferenz wieder aufgenommen werden soll. Das ausschließlich aktionsorientierte Verständigen auf Deliplena und Mobilisierungstreffen reicht nicht, um inhaltlich vorwärts zu kommen.

In Leipzig wurde die Ablehnung des Krieges in Afghanistan so klar formuliert, wie es während des Castor-Transportes nach Gorleben im November gar nicht möglich war. In der Presseerklärung der Konferenz heißt es: "Militärische und ‚zivile` Nutzung der mörderischen Atomtechnologie sind untrennbar miteinander verbunden. Auch deshalb bleibt die Forderung der Anti-Atomkraft-Bewegung: sofortige Stilllegung aller Atomanlagen weltweit. Die Herbstkonferenz versteht sich als Teil des Kampfes gegen die äußere und innere

Formierung des Kapitals zur Durchsetzung und Sicherung von Herrschaft u.a. mit militärischen und so genannten sicherheitspolitischen Mitteln."

Außerdem wurde auf der Konferenz klar, dass der in Leipzig vertretene Teil der Anti-Atom-Bewegung sich nicht dem Sicherheitshype anschließen möchte und die Diskussion um die Abschaltung der AKW als Folge des 11. September ablehnt. In diesem Sinne ist das Vorgehen der großen Umweltverbände und einiger Bürgerinitiativen falsch, die nach den Anschlägen von New York und Washington eine Veränderung der atompolitischen Lage sehen und deshalb mehr Sicherheit und/oder die Abschaltung der AKWs fordern. Die Gruppe Anna-Liese aus Marburg schreibt dazu: "Wesentlich realistischer erscheint es ..., dass ein ‚adretter, gut rasierter und loyaler` Ingenieur eines Deutschen AKWs einen Gau herbeiführt, oder kurz: ‚Wer solche Ingenieure hat, braucht keine Selbstmordattentäter mehr`.

Als wollten sie diese These stärken, lieferten die Ingenieure des AKW Philippsburg am Tage der Vergeltungsschläge gegen die Taliban ein Meisterstück kraftwerkstechnischer Minderleistungen, und dies in einer Weise, das selbst die rot-grüne Bundesregierung den Kraftwerksblock stilllegen musste ... Stade, Ohu, Biblis, für jedes AKW in der BRD ließe sich eine Liste von mehreren hundert Störfällen aufstellen, angesichts derer es wahrscheinlicher erscheint, dass es in den 19 Jahren bis zur Stilllegung des letzten AKW in der BRD ... durch menschliches oder technisches Versagen zu einem schweren Störfall in der BRD kommt als durch islamistische Selbstmordattentäter."

Die geplanten Atomgeschäfte mit Russland, der Ausbau der Urananreicherungsanlage in Gronau oder die Atommülltransporte in die so genannte "Wiederaufarbeitung" werden auch in Zukunft nichts an ihrer Argumentationskraft verlieren. Es gibt also genügend Gründe auch weiterhin für die sofortige Stilllegung aller AKWs zu sein und dabei nicht die von Innenminister Schily geschnürten "Sicherheitspakete" zumindest flankierend unterstützen zu müssen.

Schon seit längerer Zeit gibt es in der Anti-Atom-Bewegung die Uran-Kampagne. Im Fokus dieser Kampagne steht die Urananreicherungsanlage (UAA) in Gronau, eine Anlage, die in Zukunft für halb Europa das Uran für die AKW-Brennelemente anreichern soll. Auf der Konferenz wurde sich darauf verständigt, die UAA in Zukunft stärker in Aktivitäten einzubeziehen. Das kann z.B. mit der Blockade eines Uran-Transportes geschehen. Überhaupt haben Transporte auch weiterhin nichts an ihrer Attraktivität verloren. Ob sie der Hauptschwerpunkt bleiben, wird sich zeigen. Der sich entwickelnde Widerstand gegen die WAA-Transporte ist schon mal sehr vielversprechend. Bisher sind in diesem Jahr 41 Atommüllbehälter in die Plutoniumfabriken nach Sellafield oder La Hague gerollt, mehr als doppelt so viele waren geplant. Der Normalfall für die Betreiber und die Politik "Castor-Transporte ohne Proteste" ist nicht eingetreten. Damit das auch in Zukunft so bleibt, haben sich auf der Konferenz ein paar Leute zusammengefunden, die gewissermaßen einen "ganzheitlichen Transporteansatz" zur Kampagne machen wollen: "Das heißt, wir wollen durch die bewusste Auswahl von vier Atomtransporten im Jahr unsere Kräfte bündeln und damit gleichzeitig verschiedene Stationen der Atomspirale öffentlichkeitswirksam angehen." (aus dem Bericht der AG, siehe auch "anti-atom-aktuell" 126, Dezember 2001). Demnach werden im ersten halben Jahr 2002 zwei WAA-Transporte blockiert, im dritten Quartal ein Urantransport und im Herbst der Transport nach Gorleben.

Blick nach Osten

Neben den Transporten soll in Zukunft das Thema Osteuropa stärker besetzt werden. Die russische Duma hat in diesem Frühjahr ein Gesetz verabschiedet, wonach Russland zur Atommüllkippe Westeuropas werden soll. Die AKW-Betreiber verkaufen ihren hochradioaktiven Müll nach Russland, der dort dann als Rohstoff zur Plutoniumgewinnung dienen soll und schließlich irgendwo verscharrt wird. Die westeuropäische Atomlobby ist an dem Deal sehr interessiert. Russische Anti-Atom-Initiativen haben aufgedeckt, dass es schon Geheimverträge gibt. Um den Kontakt nach Osteuropa zu intensivieren, waren zwei Aktivisten aus Russland in Leipzig. Alissa Nikulina und Vladimir Slivyak berichteten u.a. über die Pläne zum Ankauf von Atommüll und den Widerstand in Russland.

Als nächste Aktionen gegen die Atommüll-Deal mit Russland wird die Tagung des Deutschen Atomforums im Mai 2002 in Stuttgart "kritisch begleitet". Schon bei der letzten Tagung in diesem Mai in Dresden waren hochrangige Vertreter der russischen Atomindustrie in der BRD und haben für ihre Pläne geworben.

Außerdem soll mit den russischen Initiativen im Sommer 2002 ein gemeinsames Widerstandscamp an einem russischen AKW organisiert werden. Alissa Nikulina und Vladimir Slivyak haben den Aufenthalt in der BRD für weitere Vorträge und Kontakte genutzt.

Das schon angesprochene Thema Uran spielt auch für weitere Aktivitäten eine wichtige Rolle. Die Ungerechtigkeiten, die mit der Neoliberalisierung und der Globalisierung der kapitalistischen Wirtschaftsordnung einhergehen, lassen sich am Thema Uran punktgenau nachzeichnen. So wird das Uran z.B. in Australien oder Indien unter klar rassistischen Vorzeichen abgebaut. Die Weiterverarbeitung geschieht oftmals in Ländern, wo Minderheitenrechte keine Rolle spielen und schon geringste Sicherheitsbestimmungen nicht eingehalten werden. Da viele Anti-Atom-Bewegte nicht auf die eigene Scholle fixiert sind, haben sich viele an den Protesten von Göteborg oder Genua beteiligt oder fahren nach Brüssel. Nun soll der Anti-Atom-Aspekt am Beispiel Uran und Umweltrassismus stärker in die so genannte Antiglobalisierungsbewegung integriert werden.

Die Anti-Atom-Bewegung hat sich einiges vorgenommen. Was auf die vielversprechenden Ansätze folgt, ist noch unklar. Für Kampagnen und Aktionen gibt es Koordinierungstreffen und Deliplena. Doch die Konferenz in Leipzig hat auch gezeigt, dass eine Fortführung der inhaltlichen Auseinandersetzung Sinn macht. Eine Frühjahrskonferenz 2002, für die es zurzeit noch keine AusrichterInnen gibt, wäre dafür geradezu ideal.

Dirk Hofmeister

34. Krieg schlägt Castor. Die Anti-Atom-Bewegung stößt im Wendland an ihre Grenzen

Autor: Tom Binger · Rubrik: Anti-AKW-Bewegung · CD-Datei: daten/aksuche/ak457/14.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:457:14

Ähnlich wie VertreterInnen der BI Lüchow-Dannenberg und der gewaltfreien Sitzblockade WiderSetzen, zog auch DSe in der letzten Ausgabe (ak 456) ein durchaus positives Fazit aus dem Widerstand gegen den Castor-Transport nach Gorleben. Die Anti-Atom-Bewegung sei keineswegs erlahmt: "Von Frust und Aktionsmüdigkeit war im Wendland jedenfalls kaum etwas zu spüren. Trotz des martialischen Polizeiaufgebotes gelang es DemonstrantInnen immer wieder, Straßen und Gleise für mehrere Stunden zu besetzen." Angesichts des massiven Einbruchs in der überregionalen Unterstützung klingen solche Statements ein bisschen wie das berühmte Pfeifen im Walde. Schlagzeilen wie "Castor-Transport erreicht Gorleben in Rekordzeit", "Krieg schlägt Castor" oder die hämische Bemerkung von Einsatzleiter Hans Reime "wir waren Herr der Straße und Schiene", dürften der realen Lage leider wesentlich näher kommen.

Wohl noch nie war bei einem Castor-Transport nach Gorleben die bundesweite Aufmerksamkeit und das Medieninteresse so gering wie beim diesjährigen Herbst-Castor. Noch im Frühjahr war während der Transporttage der Widerstand gegen den ersten Gorleben-Castor in diesem Jahr das zentrale bundespolitische Ereignis. Die erste Atommüllfuhre nach Aufhebung des zweijährigen Transportstopps und nach Verabschiedung des Atomkonsenses zwischen rot-grüner Bundesregierung und Atomindustrie galt auch als Testfall dafür, ob durch die rot-grüne Atompolitik eine Befriedung des gesellschaftlichen Konfliktes um die Atomenergienutzung gelungen ist. Damals schien das Testergebnis eindeutig: Der rot-grüne Pseudo-Ausstieg hatte den Widerstand eher verstärkt. In diesem Herbst fehlten weitgehend die Ereignisse und spektakulären Aktionen, die dem Castor-Widerstand seinen Eventcharakter verleihen. Dadurch fehlten auch die symbolträchtigen Bilder in den Medien, deren mobilisierende Wirkung nicht unterschätzt werden sollte.

Das von der verschärften Sicherheitslage nach dem 11.09. unbeeindruckte Festhalten von Bundesregierung und niedersächsischer Landesregierung an dem Transporttermin könnte sich auszahlen. Gewisse Abnutzungserscheinungen sind bei den Protesten in Gorleben unübersehbar. Die bundesweite Mobilisierung ins Wendland erlebte beim zweiten Transport in diesem Jahr einen erschreckenden Einbruch. Nur die recht guten regionalen Aktivitäten im Rahmen von WiderSetzen und die Treckerblockaden der Bäuerlichen Notgemeinschaft haben den Gorleben-Widerstand vor einem politischen Desaster bewahrt. Doch auch beim regionalen Protestmilieu ist eine gewisse Überalterung nicht zu übersehen. Das linksradikale Spektrum hat in diesem Herbst das Interesse am Castor-Widerstand nahezu vollständig verloren. Nach den massiven Antiglobalisierungsprotesten in Genua und Göteburg und im Schatten der Terror-Attentate von New York und Washington und des Krieges gegen Afghanistan wurde der Castor-Transport zu einem Nicht-Ereignis. Die Prognose von Polizeieinsatzleiter Hans Reime: "Ich erwarte weniger Masse, aber mehr Militanz", hat sich jedenfalls nur in ihrem ersten Halbsatz bestätigt. Direkt nach dem Transport spekulierten deshalb auch bereits Polizeiführung und niedersächsisches Innenministerium darüber, den Sicherheitsaufwand bei zukünftigen Transporten deutlich reduzieren zu können.

Der Castor-Widerstand im Wendland droht seine Bedeutung als bundesweiter Kristallisationspunkt zu verlieren und zu einem regionalen Ereignis zu werden. Die Proteste dürften dann über eine rein symbolische Ebene nicht mehr hinauskommen. Das mobilisierende politische und materielle Nahziel - die Verhinderung des jeweiligen konkreten Transportes - lässt sich nach den Erfahrungen des Herbstes nicht mehr glaubwürdig aufrechterhalten. Auch der bröckelnde Widerstand gegen die WAA-Transporte nach La Hague und Sellafield spricht für eine erfolgreiche Zermürbungsstrategie der staatlichen Sicherheitsbehörden. Die Fixierung der Anti-Atom-Bewegung auf das Aktionsfeld Castor-Transporte könnte sich also als eine Sackgasse herausstellen.

Für weitergehende politische Ziele, wie die Ablehnung der rot-grünen Atompolitik und die Forderung nach einem sofortigen Atomausstieg, fehlt es scheinbar an geeigneten Angriffspunkten. Die Verabschiedung des Atomkonsenses und die anstehende Novellierung des Atomgesetzes - die einen politischen und rechtlichen Bestandsschutz für die laufenden Atomanlagen garantieren und die Atomindustrie von ihrem ungelösten Entsorgungsproblem befreien - haben sich bisher als wenig mobilisierungsträchtig erwiesen. Die Anti-Atom-Bewegung hat den Widerstand weitgehend an die Umweltverbände delegiert und ist damit

gegenüber der rot-grünen Konsensstrategie politisch in die Defensive geraten. Die Bundesregierung konnte einer breiten Öffentlichkeit weitgehend erfolgreich vermitteln, dass es sich bei der Atomenergie um ein Auslaufmodell handelt. Dadurch ist auch die politische Rückendeckung für die Anti-Atom-Bewegung stark geschrumpft. Selbst die aktuelle Debatte über den fehlenden Schutz der Atomanlagen vor Terrorangriffen schafft für Rot-Grün keine grundsätzlichen Akzeptanzprobleme. Das rot-grüne Projekt einer endgültigen Befriedung des gesellschaftlichen Konfliktes um die Atomenergienutzung könnte sich mit einiger Verspätung also doch noch als erfolgreich herausstellen.

Spätestens der im Wahljahr 2002 anstehende nächste Castor-Transport ins Wendland - diesmal mit zölf Behältern - wird zeigen, ob Gorleben endgültig zu einem bloß regionalen Problem geworden ist oder ob eine politische Opposition zur herrschenden Atompolitik sichtbar bleibt. Darüber hinaus ist die Anti-Atom-Bewegung dringend nach neue politische Perspektiven und Aktionsfelder angewiesen. Nur wenn es ihr gelingt, den Konflikt um die Atomenergie an neuen Punkten zuzuspitzen, kann sie wieder politische Attraktivität erlangen und verhindern, selbst zu einem Auslaufmodell zu werden.

Tom Binger

35. Sackgasse Castor?

Autor: Mm · Rubrik: Anti-AKW-Bewegung · CD-Datei: daten/aksuche/ak457/24.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:457:24

Unstrittig ist, dass die Beteiligung an den Aktionen im November im Wendland deutlich geringer ausgefallen ist. In der Bewertung dieser Tatsache spielt der "Krieg gegen den Terrorismus" eine zentrale Rolle. Viele - so wird vermutet - sind angesichts der Ereignisse und dem Tempo, welches bei der Verschärfung der Sicherheitsgesetzgebung vorgelegt wird, nicht zu einer klaren Analyse und Bestimmung der aktuell richtigen Intervention in der Lage. Es herrscht das Gefühl vor, wie ein Kaninchen auf die sich nähernden Scheinwerfer zu starren. Versuche, diese Starre durch eine Kampagne gegen ein ruhiges Hinterland ("Die Heimatfront aufmischen - den Castor stoppen") zu durchbrechen, kamen zu spät und zu zaghaft und wohl inhaltlich zu schwer zu vermitteln.

Die etablierten Medien haben ein Feuerwerk an Kriegspropaganda abgebrannt. Dagegen anzustinken - zudem mit einem Thema, welches dieses Jahr schon einmal groß gehypt wurde - ist mit unseren Mitteln nicht zu machen und vielleicht ist das auch nicht das Terrain, auf das wir uns einlassen sollten. Die Diskussion um die Problematik der "Aufmerksamkeitsökonomie" brachte jedenfalls kein konkretes Ergebnis. Unbestritten ist, dass wir uns etwas einfallen lassen müssen.

Im Gegensatz zum Frühjahrstransport gab es diesmal keine lange Vorbereitungszeit. Seit dem Transport im März 2000 ist jeder Transport in die Wiederaufarbeitungsanlagen (WAA) gestört worden, mit dem Ergebnis, dass die Zahl der durchgeführten Transporte nur die Hälfte der geplanten Transporte ausmacht. Konsequenz für uns war aber, dass wir den ganzen Sommer immer unmittelbar vor einem nächsten Transport standen und die Muse für eine fantasievolle Vorbereitung gefehlt hat. Darunter litt die Mobilisierung und machte uns für die Staatsmacht leicht berechenbar.

Problematik der Aufmerksamkeitsökonomie

Blickt man auf das gesamte Jahr zurück und berücksichtigt auch die Aktionen gegen die WAA-Transporte, dann ist es nicht so schlecht gelaufen, wie es bei alleiniger Bewertung des Herbsttransportes aussehen mag. Umstritten war in Leipzig jedoch, ob es politisch und kräftemäßig sinnvoll ist, auch weiter jeden WAA-Transport anzugehen. Zumindest die überregionale Mobilisierung soll im nächsten Jahr auf einige und nicht mehr alle Transporte gebündelt werden.

Ein Schwerpunkt der Diskussionen auf der Konferenz war die Debatte über die inhaltliche Ausrichtung - insbesondere über die Ausrichtung der Mobilisierung auf die Castor-Transport nach Gorleben. Es gibt eine Ahnung, dass diese Ausrichtung eine Sackgasse darstellt, und dass diese Sackgasse bereits Auswirkungen auf die Mobilisierung zum letzten Gorleben-Castor gezeigt hat.

Auslaufmodell Castor?

In der Argumentation geht es darum, dass von den Transporten in die WAA in absehbarer Zeit auf eine "direkte Endlagerung" umgestellt wird. Bis 2005 sollen an fast allen AKW-Standorten sogenannte Zwischenlager betriebsbereit sein, die WAA-Transporte entfallen dann. Befürchtet wird, dass die Argumente gegen Castor-Transporte nach Gorleben geschwächt werden: Es sind dann tatsächlich nur noch WAA-Rücktransporte, eine Blockade dieser Transporte würde die Atomindustrie nicht mehr treffen. Das von der französischen Regierung im Frühjahr 2000 gestellte Junktim, dass die derzeit noch nötigen Transporte in die WAA nur dann stattfinden können, wenn der in Frankreich lagernde Müll wieder zurückwandert, hätte keine Basis mehr. Auch könnte die Karte der "nationalen Verantwortung" (Deutschland muss seinen Atommüll zurücknehmen) erneut gespielt und der Protest dagegen als bornierter Heimatschutz denunziert werden. Angesichts dieser Situation sei es notwendig, neue thematische Ansätze auszubauen. Flankiert wird die Argumentation durch die Befürchtung, dass sich mit zunehmender Wiederholung eine Routine einschleicht, die die Lebendigkeit erstickt, den Widerstand berechenbar und damit für die Staatsmacht handhabbar macht.

Es gibt für diese Situation auch eine Art historischen Vorläufer. 1998 stoppte die damalige Umweltministerin Merkel die Castor-Transporte, weil Kontaminationen an der Außenhaut der Behälter gefunden wurden. Als "Schadensbegrenzung" sah sich die damalige Umweltministerin Merkel im Bundestags-Wahljahr genötigt, einen Transporte-Stopp zu verhängen, um in diesem Skandal nicht unterzugehen. Die Anti-Atom-Bewegung

hatte mit dieser Situation so ihre Probleme, war doch das bevorzugte Aktionsterrain auf einmal "verschwunden". Die damaligen Versuche, mit dem Thema Urantransporte einen neuen Schwerpunkt aufzubauen, zeigten, wie schwierig und zeitaufwendig es ist, zusätzlich zur inhaltlichen Begründung eine tragfähige Handlungsoption aufzubauen.

Aus den damaligen Erfahrungen baut sich die zweite Argumentationslinie auf. Sie geht davon aus, dass die Konzentration auf die Castor-Transporte keine inhaltliche Bestimmung war - weil diese Transporte das mit Abstand schlimmste an der Atomindustrie wären - sondern auf taktischen Überlegungen beruhte. An dieser Stelle war ein praktischer Widerstand gegen die Atomindustrie tatsächlich möglich. Andere Aktionsfelder waren entweder weg gefallen (wie etwa Wackersdorf) oder zu praktisch unangreifbaren Festungen aufgerüstet worden, wo höchstens symbolische Aktionen möglich waren. Die Möglichkeit, praktisch zu werden, ist für viele Protestierende - so die Einschätzung - das eigentlich attraktive am Widerstand gegen die Castoren. Die Kombination aus Inhalt und praktischer Handlungsoption, die zumindest in der Perspektive auf eine reale Verhinderung aus eigener Kraft hinausläuft, einem wohlgesinnten sozialem Umfeld und Konfrontation mit der Staatsmacht, produziert einen sozialen Ort, an dem eine positive Widerstandserfahrung gesammelt wird, an dem emanzipative Praxen ausprobiert und gelebt werden können. Solche Orte sind z.Z. sehr selten. Einen solchen Ort aufzugeben, ist schlicht falsch. Die Anstrengungen sollten vielmehr darauf gerichtet sein, weitere soziale Orte an anderer Stelle neu aufzubauen.

Mm

36. Imagebeschmutzung. Macht und Ohnmacht der Symbole

Autor: autonome a.f.r.i.k.a.-gruppe · Rubrik: Westdeutsche Linke allgemein; Geschichte der BRD; Bücher, Filme, Broschüren · CD-Datei: daten/aksuche/ak457/32.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:457:32

Da sind Sammler und die Jägerinnen gefragt: sich durch verstaubte Archive, unsortierte Stapel vergilbten Papiers zu graben oder sogar einen verloren geglaubten Plakatbestand aus einen "übel riechenden, löschwassergetränkten Haufen" zu zerren. Aber geschafft! Zum großen Fest des Schenkens ist nun die Fortsetzung des ersten Plaketebuches auf dem Markt (siehe ak 435). vorwärts bis zum nieder mit. 30 Jahre Plakate unkontrollierter Bewegung, so der Titel. 26 völlig neue Beiträge mit einer großen Auswahl abgedruckter Plakate sind der Inhalt und eine einzigartige CD. Die CD-ROM enthält das wohl größte elektronische Plakatarchiv im deutschsprachigen Raum. Der Artikel, in dem anhand ausgewählter Beispiele gezeigt wird, wie durch Bildveränderungen die Symbole der Macht (Regierung, Parteien, Konzerne usw.) zum Implodieren gebracht werden können, ist ein leicht gekürzter Vorabdruck aus dem den unbekannten wilden PlakatiererInnen gewidmeten Buch.

Plakate sind als Medium wie geschaffen, die Codes der Macht mit Methoden der Kommunikationsguerilla zu entstellen: Auf politischen, aber auch Werbeplakaten versuchen die jeweiligen Auftraggeber sich in ein günstiges Licht zu rücken, in der Hoffnung, dass viele Passantinnen hinschauen. Genau das machen sich Kommunikationsguerillas zu Nutze, wenn sie sich als semiotische Heckenschützen ("Sniper") betätigen, die die "Manifestationen" der Gegner durch Text/Bild-Korrekturen verändern: entweder um Sinnverschiebungen zu erreichen oder zu Denunziationszwecken (...). Besonders beliebte Ziele für Zufügungen und Überklebungen sind die Phrasen und Fratzen auf Wahlplakaten oder der Rassismus aus der Mitte der Gesellschaft auf Werbepostern. "Zusammen heißen wir Oberhausen - Fremdenhass ist Herzenskälte!" lautete der Text eines zu Toleranz mahnenden Plakats, das spielende Migranten-Kinder zeigte. "Leider schon abgeschoben!" klebten Unbekannte auf diese "Initiative der Stadt Oberhausen gegen Ausländerfeindlichkeit". (...)

Imagebeschmutzung bzw. Imageverschmutzung ist eine Praxis der Kommunikationsguerilla, die auf Techniken subversiver Kommunikation wie Fälschungen und Fakes, aber auch auf Klartext zurückgreift. Imagebeschmutzung zielt darauf, den Ruf einer Person, einer Gruppe, einer Partei, einer Stadt oder eines Landes nachhaltig zu schädigen. Sie soll denjenigen einen Strich durch die Rechnung machen, die sich - oft auf Kosten anderer- positiv darstellen und das Image einer schönen, heilen Welt bedienen. Das ist besonders wirksam, wenn Dritte wie Konsumenten, Urlauberinnen oder eine Jury mit von der Partie sind, deren Verhalten durch ein beschädigtes Image beeinflusst werden könnte.

No border, no nation - no deportation

Das Geschäft von Fluggesellschaften wie der Deutschen Lufthansa AG beruht nicht zuletzt auf der Fantasie einer Welt ohne Grenzen, offen für unbegrenztes Vergnügen oder Geschäftsideen aller Art. Die Realität der Migration und der oft todbringenden Grenzregime ist die verdeckte Kehrseite dieser Globalisierungsideologie. Das Lufthansa-Image beruht auf der Annahme, dass Reisen Spaß macht und dass es jedem Kunden möglich ist, an den entlegensten Ort zu reisen. Nicht ausgesprochen wird, dass Fluggesellschaften Flüchtlinge dorthin fliegen, wo sie definitiv nicht hinwollen: in die Länder, die sie aus politischen oder ökonomischen Gründen verlassen haben, oder an Orte, die sie noch nie gesehen haben. Während einer Abschiebeaktion im Mai 1999 starb an Bord des Lufthansaflugs LH 558 in den Sudan der Flüchtling Aamir Ageeb in Folge einer besonders brutalen Behandlung durch den Bundesgrenzschutz. Danach begann die von der antirassistischen Initiative "kein mensch ist illegal" getragene Kampagne "Deportation Class - Gegen das Geschäft mit Abschiebungen". Deportation Class machte die Widersprüche und die "verdeckte Kehrseite" der Globalisierungsideologie zum Thema und lobte auch einen Plakatwettbewerb aus. Im Februar 2000 konnten 30 Plakate begutachtet werden, die die Images, Schriftzüge, Begriffe und Logos der Lufthansa kidnappten und durch Veränderungen und Neukombinationen als Mittäter der rassistischen und inhumanen Abschiebepraxis exponierten. Mit Hintergrundinformationen zur Lufthansa-Geschäftspraxis wurden die Plakate als Wanderausstellung in zahlreichen Städten gezeigt. Nicht nur die vielen Aktionen auf Flughäfen und vor Reisebüros empfanden die Lufthansa und ihre Aktionäre als geschäftsschädigend, auch die Präsentation der Plakate im Internet (http://www.kmii-koeln.de/frame/dc.htm). Die Formulierungen der Lufthansa-Juristen verweisen auf die

verwendeten Montagetechniken: Beanstandet wurde die "Nutzung der für unsere Mandantin typischen Farben blau/gelb, [und die] Verwendung des für unsere Mandantin typischen Schriftzuges". Die Luftfahrtgesellschaft sah sich denunziert, wenn etwa ein Plakat in Anspielung auf den "Baby bringenden" Storch den todbringenden Kranich zeigt. Die Verknüpfung von Abschiebungen und der Reisefreiheitsideologie ("Beliebte Ziele") in der Deportation-Class-Kampagne wurde zum Double-bind für die Lufthansa. Ein Plakat dreht die Lufthansa-Werbebotschaft um und fordert die Passagiere auf, gegen Abschiebungen aktiv einzuschreiten ("Damit ihr Urlaub komplett wird"). Nicht wenige Plakate nutzten eine weitere Kommunikationsguerillataktik der Imagebeschmutzung: Die Camouflage.

Beschädigung zum Zwecke der Denunziation

Diese Kampagne zeigt die Vielfältigkeit des möglichen Umgangs mit den Symbolen der Macht und des Konsums auf Plakaten. Folgende Taktiken, die alle mit dem Prinzip der Verfremdung arbeiten, lassen sich bei Imagebeschmutzungen unterscheiden: Beschädigung, De/Montage und Rekomposition, Camouflage und Fake. Während die Beschädigung die Symbole des Gegners offen und deutlich destruieren soll, erfolgt bei den anderen Praktiken eine Aneignung im Sinne einer Entwendung, bei der die Bilder, Images und Logos in das eigene Plakat montiert werden und diese Übernahme auf eine Sinnverschiebung zielt.

Die außerparlamentarische und antiautoritäre linke Opposition in der Bundesrepublik wurde häufig von den Ereignissen getrieben, insofern verwundert es nicht, dass auch in ihren symbolischen Kämpfen der Bezug auf die hegemonialen Symbole quantitativ dominiert. Plakate sind besonders geeignet, sich kritisch mit einem vorgefundenen Zeichenfundus (Bildern, Worten etc.) auseinander zusetzen. Ein Mittel, die Symbole von Macht und Herrschaft zu verändern, um ihnen die eigene kritische Aussage mitzugeben, ist die Beschädigung. Beschädigung als grafische Veränderung kann diese Zeichen lächerlich machen und damit symbolisch entmachten. Oder sie verändert die Insignien der Macht, indem sie subversive oder in der Öffentlichkeit nicht ausgesprochene Inhalte in die jeweiligen Zeichen einfügt.

Beliebt sind Umwidmungen von hoheitlichen Wappen. Im Zuge der Startbahn-West-Auseinandersetzungen 1981/82 mutierte der Löwe aus dem hessischen Landeswappen zu einem Helm tragenden und Polizeiknüppel schwingenden Bullen, dem sogenannten Startbahnlöwen. Eine Variante des "Startbahnwappens" mit Stacheldraht und dem damaligen hessischen SPD-Slogan "Hessen vorn" kursierte als Aufkleber. Die zahlreichen Kriminalisierungsversuche (1.000 Ermittlungsverfahren) wurden bis 1984 fortgesetzt. (...)

Beispielhafte Aktionen, bei denen die Symbole der Macht immer wieder beschädigt wurden, waren die NOlympic-Bewegungen in Amsterdam (1984-1986) und Berlin (1991-1993). In diesen Imagebeschmutzungsaktionen ging es unter anderem darum, das Internationale Olympische Komitee (IOC) gegen die eigene Stadt aufzubringen. Fester Bestandteil beider Kampagnen war die Verballhornung der olympischen und städtischen PR-Symbole. Hierzu gehörte das Wortspiel "NOlympic" wie der entwertende Gebrauch der Olympischen Ringe. In Berlin, das viel von Amsterdam lernte, wurde immer wieder der veränderte Berliner Bär auf Plakate, Aufkleber, Spuckis, Hauswände und Flugblätter gepackt: "Volxsport statt Olympia" lautete eine beliebte Parole. Ein zerplatztes Ei auf der vom Bären geschmückten Glatze oder ein verunglückter Weitspringer unterstrichen die Entschlossenheit zum "Anti-Olympia-Klamauk".

(...) In Amsterdam und Berlin gebärdeten sich die Olympiagegnerinnen als gefährliche Chaoten und Terroristen, die kein gutes Bild für ihre Stadt abgaben. Die Amsterdamer reisten mit einer Hand voll Punks und anderen "Chaoten" nach Genf und organisierten vor dem Tagungsgebäude unschöne Krawallbilder, die das Schlimmste für den Austragungsort befürchten lassen sollten. Sie drehten das bürgerliche Repräsentationsprinzip um, indem sie sich im Blitzlichtgewitter am Rande von IOC-Treffen als die eigentlichen Vertreter der Stadt repräsentierten. Diese Imagebeschmutzungsaktionen trugen ihren Teil dazu bei, dass andere Städte zu Olympia-Austragungsorten erkoren wurden.

Poesie von Collage und Montage

(...) De/Montage und die Rekomposition funktionieren auf Grund des Zusammenspiels von Vorlage, verändertem Text und Bildneuzusammensetzung. Sie wirken durch die Anspielung auf das grafische und symbolische Erscheinungsbild des Gegners oder durch Anleihen bei der Populärkultur bzw. der Werbung. Das Ergebnis ist eine spezifische Poesie, die über den Horizont der Symbole der Macht und des Konsums hinausweist.

Im Zusammenhang mit Imagebeschmutzungen sind die bundesweiten "Innenstadtaktionen" zu erwähnen. 1997 nahm das Frankfurter Mobilisierungsplakat die kontrollgesellschaftliche Gettokartografie der "Gefährlichen Orte" in den Metropolen auf und rekonstruierte die "Gang-Areas" in Frankfurt unter einem anderen Gesichtspunkt. Einmal mehr wurde aus Frankfurt "Bankfurt" und die Übergriffe auf Arbeitslose, Wohnungslose oder Drogenbenutzer wurden im Newspeak der damals noch nicht so genannten New Economy lokalisiert. Das Plakat der Berliner "Innenstadtaktionen gegen Privatisierung, Sicherheitswahn und Ausgrenzung" bezog sich im Juni 1998 auf die Embleme und den Duktus der Kampagne der Deutschen Bahn AG (DB) "So ist es in Ordnung" und verkehrte deren ursprüngliche Absicht (Ruhe, Sauberkeit, keine unerwünschten Personen) in ihr Gegenteil: "So ist die Ordnung" und "Stadt für alle: Berlin laut billig international". Mit der Ästhetik von DB-Plakaten und umgestalteten DB-Icons warb die Rekomposition von Skatebordfahrern, Getränkekonsumentinnen u.a. für ein nicht vorgesehenes Verhalten im Bahnhof.

Wie sehr diese Art der Rekomposition bei de/montierten Organisationen auf Empörung stoßen kann, zeigt die SPD-Reaktion auf ein Poster des Kommunistischen Bundes (KB). Dessen Jugendmagazin Rebell hatte um 1976/77 ein Plakat beigelegt, wo auf schwarz-rot-goldenem Hintergrund die Aufschrift "Berufsverbote - Wir arbeiten weiter am Modell Deutschland - SPD" zu sehen ist. Aufgeführt waren 128 Berufsverbot-Fälle aus SPD-regierten Ländern. Die SPD war beleidigt und stellte Strafanzeige. In mehreren Städten kam es zu Beschlagnahmen, Plakatierer wurden belästigt und angezeigt. Doch die Amtsgerichte Hamburg und Münster folgten der Klassifikation der Staatsanwaltschaft ("hinterhältig") nicht. Vielmehr müsse sich die SPD angesichts ihrer Politik Kritik gefallen lassen. (...)

Fake: Die Sprechposition wechseln

De/Montage und Rekomposition ebenso wie die Camouflage wollen die eigentlichen Absichten der Urheberinnen der Plakate verbergen; sie sind eine Form der politischen Kommunikation, die darauf setzt, dass die Betrachterinnen das benutzte Originalplakat kennen. Anders beim Fake: Hier geht es nicht mehr nur um die Suggestivkraft der Verkleidung. Vielmehr tauchen nun Plakate auf, die tatsächlich den Eindruck erwecken wollen, es spreche der angebliche Urheber. Bei Fakes werden sowohl Optik als auch Sprechduktus entwendet, so dass für aufmerksame Betrachter die Frage aufkommt "Stimmt das?". Da der Gefakte davon ausgehen muss, dass Dritte glauben könnten, das Plakat stamme von ihm, muss er sich zu dem im Fake angesprochenen oder seiner angeblichen Position äußern oder sogar dementieren. Das funktioniert gut, wenn der Gefakte eigentlich lieber gar nichts gesagt hätte. 1991, während des Golfkriegs, wurden "IG-Metall-Plakate" geklebt, die "Bei Erklärung des Bündnisfalles durch die Bundesregierung" den "Generalstreik" ankündigten. Damit sollte die Gewerkschaft zu einer Stellungnahme gezwungen werden. 1991 brachte ein solcher Fake die Gewerkschaft noch in Bedrängnis. Zehn Jahre später hätte sie mit einem glatten Dementi wohl kein Problem mehr.

In den siebziger und achtziger Jahren waren linksradikale Fake-Plakate nicht sehr verbreitet, die Entwendung von Symbolen und der Wechsel der Sprechposition findet erst in den Neunzigern Verwendung. Der vergleichsweise hohe Aufwand bei der Herstellung von Plakaten legt einen eher spielerischen Umgang nicht sehr nahe. Einer Bewegung, die sich teilweise eines recht martialischen Gestus' bedient hat, deren Bildersprache und Gestaltungstechniken dem Punk und anderen gegenkulturellen Jugendbewegungen entliehen waren, fällt es schwer - und sei es nur zum Schein - einen anderen Standort des Sprechens zu beziehen. Uneindeutigkeiten widersprechen dem aufklärerischen Furor, und zudem hatten die oppositionellen Bewegungen nur sehr begrenzte Ausdrucksmöglichkeiten, da erschienen Fakes noch als verschwenderisch.

Sie tauchten in den letzten Jahren aber häufig im Zusammenhang mit der Frage nach der bundesdeutschen Kriegsfähigkeit auf. Deutschland führte 1999 unter rot-grüner Flagge seinen ersten Angriffskrieg nach 1945. Die Militarisierung des öffentlichen Raums durch öffentliche Gelöbnisse Wehrpflichtiger war bereits öffentlichkeitswirksam am 20. Juli 1999 in Berlin gestört worden. Anfang November berichtete das Stuttgarter Stadtmagazin heLift: "War das ein Spaß! 1.500 Bundeswehrsoldaten wurden nicht nur mit großem Bundeswehrblasorchester und Zapfenstreich aufs deutsche Land vereidigt, sondern stilecht von drei der größten deutschen Rockbands der neunziger Jahre begleitet. Pur spielte _Wenn ich am Boden liege, sorgst Du dafür, dass ich bald nach Kosovo fliege_. Die politisch hyperkorrekten Kölschrocker sangen _Verdamp lang her, dat mir im Graben lagen_, und die Scorpions spielten _Wind of Change_ mit der Bundeswehrtanzkapelle Günther Noris. Tja, so ändern sich die Zeiten. Problem: Nichts stimmte." Was war passiert? In jenem Herbst gingen Bundeswehr und CDU-Landesregierung daran, rund um das Stuttgarter Schloss den

Ausnahmezustand zu verhängen. 1.500 Rekruten sollten öffentlich geloben. Die Gelöbnisgegnerinnen führten dagegen einen regelrechten Symbolkampf, in dessen Verlauf eine ganze Reihe Fakes auftauchten, auch ein Plakat, das "im Rahmen der Gelöbnisfeier" ein Open-Air-Freiluftkonzert von Pur, Scorpions und Bap ankündigte. Als Veranstalter wurden SWR 3, die Stadt Stuttgart und die Bundeswehr genannt, der Eintritt sollte frei sein.

Das Plakat machte Furore und die erbosten Pur erstatteten über ihre Plattenfirma Intercord Strafanzeige gegen Unbekannt. Das Plakat der Gelöbnisgegner war ein Fake zwecks Imagebeschmutzung, bei dem nicht nur die Optik entwendet wurde, sondern auch die Sprechposition. Die Urheber stifteten Verwirrung unter den Fans, wichtiger war aber, dass sie die Bands zwangen, sich zu dieser nicht ganz unwahrscheinlichen Veranstaltung zu äußern. Während Pur, Scorpions und BAP sehr genau wussten, warum sie Zielscheibe eines solchen Fakes wurden (Wolfgang Niedeken machte direkte Werbung für die Beteiligung am Kosovokrieg, Pur sind die Inkarnation der grünen Realokultur, die Scorpions haben sich für ihr Gesamtwerk zu verantworten), rätselte der staatliche Gewaltapparat über die genaueren Hintergründe. Schließlich vermuteten sie eine "perfide Taktik der Autonomen": Sie würden versuchen, eine große Zahl harmloser Schlagerfans anzulocken, um dann aus dieser Menschenansammlung heraus gewalttätige Angriffe zu unternehmen. Diese und weitere Fake-Aktionen ließen den Polizeiapparat schwitzen, der staatliche Gewaltapparat brachte insgesamt 2.000 Polizisten, 1.400 davon rund um das Neue Schloss, in Position. Die Aktionen trieben die Kosten auf 500.000 DM und die Stuttgarter Nachrichten vom 19.10.1999 zitierten erboste Zuschauer: "Man könne nicht vom öffentlichen Gelöbnis sprechen und die Zuschauer dann 100 Meter hinter Absperrungen verbannen". Ein gelungener Fake provoziert eben mit falschen Informationen wahre Ereignisse.

In diesem Sinne funktioniert ein Plakat, das im Zuge des Kosovokriegs konzipiert wurde, aber erst 2001 in Umlauf kam und textlich wie bildlich die Gegenwart mit der Geschichte der Antikriegsbewegungen verbindet. Angesicht der zunehmenden Bereitschaft der rot-grünen Bundesregierung, Kriege zu führen, erinnert das Plakat kriegsgeile Sozialdemokraten, militarisierte Grüne und umgefallene Alt-68er an ihre eigene Geschichte. "Why" war das Plakat, mit dem ganze Generationen Kriegsdienstverweigerer sozialisiert wurden. "Why not?" bringt den Wandel der Gesinnung, den Opportunismus und Konformismus auf den Punkt. Auf dem Plakat, das "Nur wer sich ändert, bleibt sich treu" verkündet und das die Logos von SPD, Bundeswehr und Bündnis 90/Die Grünen ziert, ist zudem vermerkt: "kEin Plakat von Klaus Staeck". Vermutlich, weil er immer noch für Sozialdemokraten Werbung macht. Die Häme und die Wut, die diesem Plakat zu Grunde liegen, sollen wohl weniger die bornierten Parteigänger ansprechen als vielmehr diejenigen, die sich nicht einfach per Parteitagsbeschluss von ihrer Vergangenheit lossagen können.

Die Frage, die im Zusammenhang mit Kommunikationsguerilla im Allgemeinen und mit Imagebeschmutzung im besonderen nach wie vor gestellt wird, lautet: Was soll das? Ist das überhaupt politisch? Ergibt sich irgendeine Wirkung oder ist das nur symbolisches Zeugs, reine Selbstbefriedigung ohne politische Konsequenzen?

Tatsache ist, dass Formen der Kommunikationsguerilla derzeit ein breites Spektrum politischer Artikulation prägen. Dabei organisieren sich die jeweiligen Akteure nicht mehr in Gruppen mit festgezurrtem ideologischen Konzept, sondern für bestimmte Aktionen finden sich wechselnde Allianzen.

Politischen Ökonomie der Bilder + Symbole

Die Frage nach der aktuellen Wirkung dieser Politikformen lässt sich nur beantworten, wenn man den Wandel berücksichtigt, der in den letzten Jahren zu einer grundlegenden Änderung der Bedingungen von Arbeit und Produktion geführt hat. Die für den Fordismus typische Arbeitsorganisation wurde im Post-Fordismus von einer neuen Form, wenn nicht gar einer Neubestimmung von Arbeit selbst abgelöst. Dabei nahm die Bedeutung von "immaterieller" bzw. "mentaler" Arbeit immens zu. Dadurch wird nicht nur die Produktion von Gütern in den Ländern der dritten industriellen Revolution immer mehr durch Kommunikation bestimmt, sondern die menschliche Kommunikation selbst zu einem Produkt. Die Produkte sind in der Regel selbst schon Symbole und Bilder, oder ihr Tauschwert wird durch den Symbolgehalt wesentlich mitbestimmt. Die Lufthansa verkauft eben nicht nur Flüge, sondern auch das dazu gehörende Lebensgefühl: Modernität, Mobilität, Weltoffenheit, Freiheit. Lifestyle-Marken wie Nike funktionieren so.

Die wachsende Bedeutung von Zeichen und Symbolen geht mit einer technischen Entwicklung einher, die Kommunikationsguerilla begünstigt: Nicht zuletzt auf Grund der besseren digitalen Produktions- und Kopiertechniken sind Fälschen, Faken und Imitieren vielfältiger und einfacher geworden.

Für Kommunikationsguerilleras ist es nicht nur einfacher geworden, Symbole der Macht zu entwenden und umzunutzen, zugleich bekommt die Praxis der Imagebeschmutzung auch eine neue Durchschlagskraft. Wenn diese symbolische Ebene für den ökonomischen Erfolg eines Konzerns immer wichtiger wird, kann umgekehrt auch eine subversive Politik genau dort angreifen und durch das Beschädigen von Images den ökonomischen Erfolg bis in ruinöse Dimensionen beeinträchtigen. Das konstituiert eine neue Ebene von Verletzlichkeit. Vor diesem Hintergrund nimmt die Diskussion um die mitunter belächelte "symbolische Politik" der Kommunikationsguerilla eine fast paradoxe Wendung. Gerade weil sie auf der symbolischen Ebene vorgeht, erzielt sie Wirkungen auf der ökonomischen Ebene. Hier bekommt das Konzept "Imagebeschmutzung" Durchschlagskraft, da es den Kampf um die Deutung der Bilder aufnimmt und nicht ominösen guten alten Zeiten vor den Werkstoren nachtrauert.

autonome a.f.r.i.k.a.-gruppe

Vorwärts bis zum nieder mit. 30 Jahre Plakate unkontrollierter Bewegung.

Hersaugeber: HSK 13, 288 vierfarbiege Seite, 815 abgedruckte Plakate, 8.300 Plakate auf CD-ROM, 49,80 DM,

ISBN 3-935936-05-2, Verlag Assoziation A, Gneisenaustr. 2a, 10961 Berlin

Eine ausführlichere Version dieses Textes erscheint in der laufenden Nummer der com.une.farce online unter http://www.copyriot.com/unefarce.

37. Raus auf die Straße oder lieber in den Zoo? "1968": Kurzweilige Geschichte eines Mythos

Autor: Stefanie Gräfe · Rubrik: Westdeutsche Linke allgemein; Geschichte der BRD; Bücher, Filme, Broschüren · CD-Datei: daten/aksuche/ak457/29.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:457:29

Für Leute aus meiner Generation, also aus der sogenannten Generation "Golf", "X" oder warum nicht gleich "no Name" (nix bewirkt, nix erlebt), Leute also, die als Kinder mit Rudi Carell den Samstag abend und mit Roller-Skates die Nachmittage verbrachten, die sich als Jugendliche mit Birkenstock und Pumphosen rüsteten für den oft erfolglosen Kampf um Diskurshegemonie gegen Karotten-Karo-Hosen, Burlington-Socken und Junge Union, Leute, die zum Zeitpunkt der Ermordung Benno Ohnesorgs noch nicht auf zwei Beinen stehen konnten - für diese Leute bleibt die Geschichte, die mit der Chiffre "1968" gekennzeichnet wird, oft irgendwie mythisch.

Den meisten begegnete sie zunächst personifiziert durch irgendwelche SoWi- oder Deutsch-LehrerInnen, die mal mehr, mal weniger sympathisch waren; mitreißend waren sie meistens nicht. "Frustriert" war üblicherweise das Adjektiv, mit dem die Karotten-Fraktion diese Gestalten bedachte, und auch wir "Alternativen" waren ihnen gegenüber zwischen Sympathie und Misstrauen hin- und hergerissen - zu groß war die Kluft zwischen dem moralischen Nachdruck, mit dem sie uns zu gesellschaftskritischen Brechtinterpretationen veranlassen wollten und ihrem überaus konventionellen Lebensstil; auch hatte so mancher die Erfahrung gemacht, dass auch diese LehrerInnen ("ihr könnt mich gerne duzen") im Zweifelsfalle, und trotz ihres Ergriffenseins von Brecht und Büchner, durchaus konsequent die Disziplinar-Interessen der Institution Schule vertraten. Gleichwohl ahnte man, dass da mal eine andere Vergangenheit gewesen war, denn frustriert kann nur werden, wer irgendwann echte Erwartungen gehabt hatte. Und genau das unterschied uns von ihnen.

"Wer um 1970 den Zeitraum bis zur Revolution auf 20 Jahre veranschlagte, galt schon als Pessimist", schreibt Jens Renner in seinem in der Reihe Rotbuch 3000 erschienenen Buch "1968". Da ist er, der Mythos, das Unbegreifliche. Wie muss sich eine Jugend angefühlt haben, in der man wirklich glaubte, umfassende, plötzliche, radikale Veränderungen zum Besseren stünden unmittelbar bevor? In der, und wenn auch nur in einer einzigen Pariser Nacht, es tausenden von Menschen möglich schien, tatsächlich die Imagination au Pouvoir, die Fantasie oder was auch immer, was anderes eben, an die Macht zu bringen? Wir hingegen, jedenfalls viele von uns, waren fünfzehn Jahre später überzeugt, dass wahlweise Atomkrieg oder Super-GAU unmittelbar bevorstanden, (ob, nicht wie wir wohl 30 werden, das war in besonders düster-pathetischen Momenten die zentrale Frage) und es war uns unbegreiflich, dass so viele "normale" Leute einfach ihre Zukunft planten, als könnten sie sicher davon ausgehen, eine zu haben (und pünktlich zum Abitur flog Tschernobyl in die Luft).

Jedenfalls: Das Schöne an diesem Buch ist, dass es ihm auf 91 kleinen und äußerst gut lesbaren Seiten gleichzeitig gelingt, die Ereignisse um 1968 erstens zu beschreiben, zweitens sie mit Anekdoten zu illustrieren und drittens ihre Bedeutung einzuschätzen. Nachgeborene aller Generationen mit Bildungs- und Dabeigewesene mit Gedächtnislücken erhalten so die Gelegenheit, sich auf kurzweilige Weise diesem Mythos durchaus kritisch zu nähern, freilich, und das ist richtig so, ohne ihn letztlich entzaubern zu können. Etwas Nostalgie bleibt, auch in diesem Text, spürbar. Wohltuend andererseits, dass der Autor es schafft, einen kritischen Blick auf die Bewegungen der 60er und 70er zu werfen und dabei auf jegliche Art hämischen Abmeierns über die Naivitäten und das Scheitern der 68er RebellInnen verzichtet - hier erzählt ein Linker auch von seiner Geschichte, ohne am Ende, wie etwa die eine Grüne oder der andere Feuilletonist heutzutage, schließlich bei dem erleichterten Bekenntnis zu landen, endlich groß geworden und in der Mitte der Gesellschaft angekommen zu sein.

Sowohl der zeitgeschichtliche Vorlauf (Adenauer-Ära, nicht erfolgte Entnazifizierung, Antikommunismus und immer wieder: Spießbürgertum und Mief) als auch die theoretischen Inspirationen (von Luxemburg über Bloch, Adorno bis Ghandi), Themen und Aktionsformen, Lebensstil und Kultur, schließlich das Scheitern und der Zerfall der Bewegung in Gruppen und Grüppchen werden nachgezeichnet. Dabei wird immer wieder deutlich, dass die Ansprüche groß und die Schwierigkeiten der Umsetzung in die Realität noch größer waren. Gerade da, wo "1968" seine besondere und vielleicht auch langfristigste Wirkung entfaltete, nämlich in der Idee einer radikalen Verbindung von Privatem und Politischem, gerade da wurde dieser Graben zwischen

Anspruch und Praxis bisweilen grotesk. Da hatte man beispielsweise die Idee einer befreiten Sexualität einerseits und war andererseits selbstverständlich und, nebenbei, absolut bürgerlich so homophob wie die Mehrheit der Rest-Gesellschaft auch. Dass für die 68er-Frauen im allgemeinen Revolutionstaumel so wenig abfiel, dass sie schließlich, und glücklicherweise, die Neue Frauenbewegung gründeten, ist ja bekannt, aber wie ignorant die männlichen und wie provokativ die weiblichen GenossInnen damals zu sprechen pflegten, das illustriert diese Nach-Erzählung von 1968 ebenso anschaulich wie Theorie und Praxis von Kinderläden und antiautoritärer Erziehung. So scheiterte das Vorhaben eines Kreuzberger Schülerladens, mit Ausflügen in Villengegenden Klassengegensätze erfahrbar zu machen schließlich, sozusagen paradigmatisch, am Widerstand der zukünftigen revolutionären Subjekte: Die Kinder wollten lieber in den Zoo.

Und das Fazit? Die 68erInnen wollten die Gesellschaft verändern. Das ist ihnen auch geglückt. So modern, wie sie inzwischen ist, in genau der unauflösbaren Ambivalenz, die dieser Begriff bezeichnet, wäre sie ohne 1968 wohl nicht geworden. Und gleichzeitig hat diese modernisierte Gesellschaft ihrerseits die 68erInnen und die ihnen nachfolgenden Generationen verändert, hat ihnen teilweise größere individuelle Freiräume verschafft und dabei das Gefühl, den Mythos, diese rational nicht vollständig zugängliche Hoffnung auf eine große kollektive Umwälzung genommen.

Ganz genommen? Nein. Ein kleiner, aber hartnäckiger Rest Hoffnung auf Revolte ist geblieben und weitergewandert und - wer weiß, was eines Tages ... oder, um es sachlicher in den abschließenden Worten von Jens Renner zu fassen: "Die heutige Linke wird nicht umhinkommen, sich mit ihrer Vorläuferin auseinander zu setzen: um Fehler nicht zu wiederholen, aber auch, um die ermutigende Erkenntnis zu gewinnen, dass kleine radikale Minderheiten große Wirkungen erzielen können."

Stefanie Gräfe

Jens Renner: 1968. Rotbuch 3000 (hrsg. v. Martin Hoffmann), 2001, DM 16,80

38. AUFGEBLÄTTERT

CD-Datei: daten/aksuche/ak457/19.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:457:19

Datenjagd

Moderne AgentInnen haben so harmlose Namen wie Kuckies und Webkäfer; sie spionieren nicht im Auftrag des Vaterlandes, sondern sind im World Wide Web für die Firma unterwegs. "Kundendaten gehören zum Betriebsvermögen", erklärt der Online-Buchhändler Amazon, und aus diesem Grund werden ahnungslose Surfer auf Schritt und Klick überwacht. Ziel ist es, sogenannte Nutzerprofile zu erstellen. Dazu werden die persönlichen Daten der KundInnen gespeichert, um sie gezielt bewerben zu können. Untersuchungen zufolge ist jedeR Deutsche über 18 Jahre durchschnittlich 52 mal in Unternehmensdatenbanken registriert, dazu kommen noch Datenbanken im öffentlichen und nicht kommerziellen Bereich. Christiane Schulzki-Haddouti zeigt in ihrem Buch "Datenjagd im Internet", wie die Datenerhebung und Netzkontrolle funktioniert, und gibt auch gleich eine Anleitung zur Selbstverteidigung mit an die Hand. Kenntnisreich und auch für Laien verständlich beschreibt Schulzki-Haddouti die Tricks der DatenjägerInnen und stellt eine Vielzahl neuester Abwehrtools vor. Durch anschauliche Beispiele aus der Praxis und Anekdoten aus den Marketingzentralen der Unternehmen schafft es die Autorin, das eher trockene Thema unterhaltsam und informativ zu präsentieren. Das Buch ist also auch für Menschen interessant, die schon immer mal wissen wollten, was es mit den ominösen Dotwin-Pappscheiben von PRO-SIEBEN auf sich hatte oder wie die Online-Buchhändler Bol und Amazon den KundInnen auf sie zugeschnittene Angebote unterjubeln. Schulzki-Haddouti rät allen InternetnutzerInnen, sich aktiv gegen die Spionage zur Wehr zu setzen. Statt blind den Unternehmen und Staaten unsere Daten zur Verfügung zu stellen, sollten wir unser Recht auf informationelle Selbstbestimmung einklagen, fordert die Autorin. Denn gläserne KonsumentInnen sind genau so wenig wünschenswert wie gläserne BürgerInnen.

Christiane Schulzki-Haddouti: Datenjagd im Internet. Eine Anleitung zur Selbstverteidigung. RotbuchVerlag, Hamburg 2001, 220 Seiten, 28 DM

Schon wieder Eco

Nachdem in ak 449 für Umberto Ecos Bändchen "Mein verrücktes Italien" geworben wurde, muss hier ein Nachtrag geliefert werden. Denn inzwischen liegt ein Buch desselben Autors vor, das einfach mehr fürs Geld bietet: Ecos sämtliche Glossen und Parodien der Jahre 1963 bis 2000 - fast 600 Seiten, Hardcover, und das für lumpige 20 Mark. Statt einer erneuten Preisung von Ecos subtilem Humor hier eine Kostprobe aus einem echten Klassiker: den parodistischen Lektoratsgutachten, die Eco erstmals 1972 unter dem Titel "... müssen wir mit Bedauern ablehnen" veröffentlicht hat. "Verlagslektor" Eco schreibt über Manuskripte von Homer, Dante, Kant, Kafka und anderen - und lehnt sie "aus verlegerischen gründen" mehr oder weniger entschieden ab. Seine Parodie eines Gutachtens über die Bibel beginnt so: "Ich muss sagen, als ich den Anfang dieses Manuskripts und die ersten hundert Seiten las, war ich begeistert. Alles Action, prallvoll mit allem, was die Leser heute von einem richtigen Schmöker erwarten: Sex (jede Menge), Ehebrüche, Sodomie, Mord und Totschlag, Inzest, Kriege, Massaker usw. Kurz ein echter Reißer, gut konstruiert, mit effektsicheren Theatercoups, voller Fantasy, dazu genau die richtige Prise Messianismus, ohne die Sache ins Tragische kippen zu lassen. Beim Weiterlesen habe ich dann gemerkt, dass es sich um eine Anthologie diverser Autoren handelt, eine Zusammenstellung sehr heterogener Texte mit vielen, zu vielen poetischen Stellen, von denen manche auch ganz schön fade und larmoyant sind... Was dabei herauskommt, ist ein monströses Sammelsurium, ein Buch, das alle bedienen will und daher am Ende keinem gefällt." Der "Lektor" schlägt schließlich vor, nur die ersten fünf Bücher herauszubringen: "Das wäre ein sicherer Erfolg. Mit einem Titel wie ‚Die verlorene Schar vom Roten Meer` oder so." Offizielle Reaktionen des Vatikans auf Ecos "gotteslästerliche" Pamphlet sind leider nicht überliefert.

Umberto Eco: Sämtliche Glossen und Parodien 1963-2000; Frankfurt am Main (Zweitausendeins) 2001; 591 Seiten, 20 DM

Belagerter Irak

Nach der Niederlage der Taliban in Afghanistan könnte der Irak ins Visier US-amerikanischer Militärs geraten. Schon lange trommeln die Hardliner in der US-Regierung für einen Militärschlag. Dabei ist gegen das Land am

Euphrat seit mehr als zehn Jahren ein UNO-Embargo verhängt, was katastrophale Folgen für die Bevölkerung hat. Darauf weisen die Herausgeber eines Buches hin, das gründlich über die aktuelle Lage im Irak informiert. Dabei werden in den Kapiteln dieses Sammelbandes die Verbrechen des irakischen Regimes keineswegs geleugnet. Das Embargo aber trifft gerade nicht das Regime, sondern die breite Mehrheit der irakischen Bevölkerung trifft. Man muss nicht dem ehemaligen US-Justizminister Ramsey Clark folgen, der von mehr als anderthalb Millionen durch das Embargo betroffenen Menschen ausgeht. Die Zahl mag übertrieben sein. Insgesamt aber sind die von den AutorInnen beschriebenen Folgen des Embargos auf sozialem und auf medizinischem Gebiet erschreckend. Der UNO-Mitarbeiter von Sponeck erinnert noch einmal daran, dass der Irak von der Sowjetunion und später - während des ersten Golfkrieges zwischen dem Irak und dem Iran - vom Westen aufgerüstet wurde. Leider nur kurz erwähnt von Sponeck, dass auch die BRD zu den Waffenlieferanten zählte. Da hätte man sich einen ausführlicheren Beitrag gewünscht; schließlich war es auch deutsches Giftgas, das gegen rebellische Kurden in

Halabja eingesetzt wurde. Wie schreibt der Nahostkorrespondent der britischen Tageszeitung The Independent Robert Fisk richtig: "Es hat uns nicht weiter gekümmert, dass Saddam Hussein dieses Gas gegen die Kurden von Halabja einsetzte - weil diese Kurden damals mit dem Iran verbündet waren, während wir, die westlichen Länder, Saddams Invasion des Iran unterstützten." Beitrage von Fisk und anderen AutorInnen aus dem Ausland machen das Buch besonders lesenswert, weil sie erstmals in deutscher Sprache den internationalen Stand des Wissens über den Irak vorstellen. Das Buch könnte eine Diskussion über das Irak-Embargo anregen und den Widerstand gegen neue Militärabenteuer verbreitern helfen.

Rüdiger Göbel, Joachim Guillard, Michael Schiffmann (Hg.): Der Irak - ein belagertes Land; PapyRossa Verlag, Köln 2001, 243 Seiten, 28 DM

links, link, links-netz

"Orientierungen und Begründungen" dafür zu liefern, was heutzutage unter "links" zu verstehen ist, ist bekanntlich kein leichtes Unterfangen. Und es gibt nicht wenige Publikationsorgane, die mehr oder minder erfolgreich versuchen, diesem Anspruch gerecht zu werden - eines davon hält die geschätzte LeserIn gerade in den Händen. Nicht in den Händen halten, wohl aber vor Augen führen können sich orientierungsarme Linke diesbezügliche Hinweise auch im Netz. Wiederum aus Frankfurt kommt, ähnlich wie das hier bereits in ak 453 vorgestellte Internet-Magazin com.une.farce, die virtuelle Zeitschrift www.links-netz.de. (Übrigens, der Bindestrich ist wichtig, ohne ihn verirrt sich mensch nämlich in einem durchaus auch besuchenswerten, aber eben anderen Projekt der Rosa-Luxemburg-Stiftung.) links-netz verortet sich selbst zwischen undogmatischem Marxismus und zeitgenössischen linken Entwürfen (und wie solche eigentlich aussehen sollten, just darum geht es eben), und daraus ergibt sich zwingend, in prinzipieller Opposition zur "Berliner Republik". So reichen die Analysen von der Geschichte und Erbschaft der 70er Spontis, über die Radikalität der Schröderschen Biedermänner, über die Bewertung von Genua, der Kritik von Neoliberalismus und "Empire" bis hin zum Krieg in Afghanistan und zur linken Debatte um Antiamerikanismus und Antiimperialismus - siehe dazu beispielsweise den in dieser ak-Ausgabe veröffentlichten Artikel von Holloway und Peláez. Die insgesamt 19 HerausgeberInnen wollen mit den von ihnen publizierten Texten in laufende politische Debatten eingreifen, zugleich aber auch ein "offenes Diskussionsforum einrichten, das nicht den wirtschaftlichen Zwängen einer herkömmlichen Zeitschrift unterliegt." Dies wird bislang offenbar noch nicht im gewünschten Ausmaß genützt - drei Einträge warten noch auf Zuwachs - aber das kann ja durchaus noch werden, denn die Texte geben genug Anregung zur polischen Reflexion im Netz, am Kneipentisch oder auch im eigenen Kopf.

www.links-netz.de

39. EDITORIAL

CD-Datei: daten/aksuche/ak457/23.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:457:23

Statt des einschmeichelnden Geruchs von Zimt und Lebkuchenherzchen durchzieht die ohnehin schon erdige Produktionsstätte dieser Zeitung derzeit ein ganzer anderer Duft. Ausgerechnet in der Produktionswoche muss diese verdammte Pumpe in den Abwasserleitungen versagen. Und die Mitteilung des Vermieters, dass dringend benötigte Ersatzteile inklusive Handwerker lediglich 24 Stunden bräuchten, ist auch nicht unbedingt eine Erleichterung. Die Beine kräftig zusammen drücken, nicht dran denken, nicht drüber sprechen. Aber das hilft natürlich nur begrenzt und schon gar nicht der Konzentrationsfähigkeit. Was hätten wir nur gemacht, wenn es nicht um die Ecke die netten Menschen vom Buchladen in der Osterstraße geben würde? Sie öffneten uns die Türen, gewährten Eintritt und Austritt!

Doch nun zu etwas ganz anderem. Wir hatten es schon in der letzten Ausgabe angekündigt jetzt ist es so weit. Diese Zeitung ist 30! Solltet ihr darauf ein Gläschen erheben wollen, nur zu. Grußkarten, Glückwunschtelegramme, Lobpreisungen und Schmuckfaxe nehmen wir jederzeit gern entgegen. Feiern werden wir das ganze im Frühjahr 2002. Dazu später mehr!

Erinnern wollen wir an dieser Stelle noch einmal an die Umstellungen, die wir zum Jahreswechsel durchführen werden. Dass der Euro kommt hat sich rumgesprochen. Wir werden diese Umstellung auch mit einer Preiserhöhung verbinden müssen, erstmals nach über sechs Jahren. Die Einzelausgabe wird ab Januar 4,20 Euro kosten. Zusammen mit dem neuen ak-Magazin, das jeweils im Frühjahr und im Herbst zusätzlich erscheinen wird, kostet das Jahresabo dann 53 Euro.

Beim Probeabo ändert sich lediglich die Währung - nicht aber der Preis! Für drei Ausgaben werden künftig statt 10 DM 5 Euro fällig. So wollen wir erreichen, dass Interessierte auch weiter einen preisgünstigen Einstieg haben und sich davon überzeugen können, dass ein Jahresabo eine verdammt gute Sache ist.

Und da ohnehin derzeit viele mit Überlegungen für großartige Geschenke befasst sind: Wer jetzt noch ein Abo von ak an sich selbst oder andere verschenken will, kann das noch bis zum Jahresende zum alten Preis erledigen.

Schließlich wird ak ab Januar nicht mehr vierwöchentlich, sondern monatlich erscheinen. Das hat Auswirkungen:

- Für AutorInnen, die jetzt jeden zweiten Dienstag im Monat Redaktionsschluss haben.

- Für LeserInnen, denen wir die Zeitung jeden dritten Donnerstag im Monat zusenden werden.

- Für die Redaktion, die wegen Sommerpause nur noch 11 Ausgaben jährlich produzieren muss. (Das neue Magazin wird mit einer "eigenständigen" Redaktion gemacht.)

Angekündigt sei auch noch: Ab Ende Januar wird die dritte ak.Archiv-CD fertig sein. Auf ihr werden die Artikel von 1991 bis 2001 enthalten sein. Die Preise für das Update von ak.Archiv II werden wir euch in der nächsten Ausgabe bekannt geben.

Und bevor wir uns nach getaner Arbeit nun zum Jahresendessen auf den Weg machen: Wir wünschen euch erholsame und besinnliche Tage, einen prima Urlaub und einen guten Rutsch ins neue Jahr.

Eure ak-Redaktion

40. KALENDER

CD-Datei: daten/aksuche/ak457/36.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:457:36

Genua und Globalisierung

Wie geht es nach Genua und dem 11. September und dem EU-Gipfel in Brüssel weiter mit der "Antiglobalisierungsbewegung"? Welche Perspektiven gibt es jenseits des allgemein beliebten Event-Hopping, um den Protest auch lokal verankern zu können? Wie können inhaltliche Defizite (Stichworte: verkürzte Kapitalismuskritik und Reformismus) der Bewegung überwunden werden? Wie gehen wir mit den zunehmenden Repressionen um? Der Kulturverein Mozaik lädt am 21.12. zu einer Veranstaltung "Zwischen Event-Hopping" und sozialer Bewegung. Als ReferentInnen sind VertreterInnen der Gruppe wildcat und zwei ehemalige Genuagefangene eingeladen.

Bonn, 20.12., 20 Uhr, im Kulturverein Mozaik, Im Krausfeld 7, in der Bonner Altstadt

Jugendumweltkongress

Für alle, die nach dem Weihnachtsstress und den vielen Pflichtbesuchen mal wieder Lust haben, was "Vernünftiges" zu machen, könnte der neunte Jugendumweltkongress in Dresden die passende Gelegenheit sein, um sich von den Feiertagen zu erholen. Der neunte bundesweite Jukss-Kongress findet vom 26.12. bis zum 2.1. statt, bei diesem jährlichen bundesweiten Treffen werden auch dieses Mal wieder zwischen 500 bis 700 junge Menschen erwartet. Diskutiert werden soll zu den Schwerpunktthemen Rechtsradikalismus, Armut in Deutschland, Anders Leben und Umweltwissen und Ökologiegrundlagen. Dazu gibt es noch viel Kultur, Aktionen und Work-Shops.

Dresden, 26.12.01 - 2.1.02, Infos und Anmeldung bei Grüne Liga e.V., Schützenstr. 16, 01067 Dresden, Tel.: 0351/4943374, www.jukss.de

The Benefiz

Unter dem Titel "The Benefiz" hat die Kabarettgruppe Herrchens Frauchen viele Kolleginnen und Kollegen ins Hamburger Tivoli-Theater eingeladen, um gemeinsam im Tivoli Unterhaltung für einen guten Zweck zu bieten. Mit dabei sind neben der Gruppe von Frontfrau Lisa Politt auch die Sängerin und Schauspielerin Andrea Bongers, die Improtheatergruppe Hidden Shakespeare, die Chanson-Diva Tim Fischer, der Sänger und Gitarrist der Gruppe Drückerkolonne und die Kabarettisten vom Dienst Thomas Ebermann und Rainer Trampert. Seit 1996 gibt es diese Benefizveranstaltung und auch dieses Jahr kommt das Geld einem Kreis junger AsylbewerberInnen in Hamburg zu Gute.

Hamburg, 7.1.02, 20 Uhr, Karten im Schmidts Tivoli, Tel.: 040-31778899 oder unter www.tivoli.de. Die Karten kosten zwischen 8,80 und 25,30 Euro

Bürgerbahn statt Börsenbahn

Ausdünnung des Schienenverkehrs, neue Preispolitik, "Verschlankung" der Betriebsstrukturen und Ausgliedern von Servicebereichen - das sind Markenzeichen von Mehdorn und Konsorten. Wie kann eine Alternative dazu aussehen und wer organisiert Widerstand? Am 14. Januar hält Winfried Wolf, verkehrspolitischer Sprecher der PDS-Bundestagsfraktion, einen Vortrag über die aktuelle sowie die historische Verkehrspolitik im Kapitalismus. Veranstalterin ist die Rosa-Luxemburg-Stiftung.

Köln, 14.1.02, 19 Uhr, DGB-Haus Köln, Hans-Böckler-Platz 1, 50672 Köln

Crossover

"Wir gehen davon aus, dass sämtliche Macht- und Herrschaftsverhältnisse aufs engste miteinander verzahnt sind. Deshalb machen wir u.a. Nation, Patriarchat, Kapitalismus, Heterosexismus, Antisemitismus und Rassismus in ihren Verschränkungen zum Thema" So leiten die OrganisatorInnen der Crossover-Conferenz, die vom 17.1. bis zum 20.1.02 in Bremen stattfindet, ihre Kongressankündigung ein. Es gibt Work-Shops zu den Themen, wie "Sexuelle Gewalt und Krieg", "Innere Sicherheit", "Pink Silver", "Postkoloniale Kritik und Queer Politics" - um nur einige zu nennen. Neben den Work-Shops werden noch jede Menge Filme, sowie die Ausstellung "Bilder aus dem Transitbereich" gezeigt.

Bremen, 17.1. bis 20.1.02, Beginn Donnerstag ab 18 Uhr. Infos unter www.summmercamp.squat.net. Infotelefon ab dem 16.1.: 049/(0)117-7577615, E-Mail: summercamp@squat.net, Kosten: zwischen 10 und 25 Euro

Rio plus 10

Im September 2002 sollen im südafrikanischen Johannesburg zehn Jahre nach der UNO-Konferenz zu Umwelt und Entwicklung in Rio de Janeiro weitere Strategien zur Umsetzung nachhaltiger Entwicklung vereinbart werden. Wie ist der Stand der "Nachhaltigkeitsdebatte" heute? Welche konkreten Schritte einer nachhaltigen Politik wurden bereits gegangen? Wo gibt es Blockaden? Der Bundeskongress entwicklungspolitischer Organisationen (BUKO) bietet im Ende Januar ein Seminar zum Thema "Rio plus 10: die Neuauflage des Modernisierungsmärchens ‚nachhaltige Entwicklung`"? an. Ziel des Seminars ist es, ein Positionspapier zu entwickeln, das die aktuellen Entwicklungen miteinbezieht.

Frankfurt, 25./26. Januar, Dritte-Welt-Haus, Anmeldung: BUKO-Geschäftsstelle, Tel.: 040/393156, E-Mail: BUKOHH@t-online.de, Kosten: 60 DM, 20 DM ohne Verpflegung und Übernachtung

41. Spendet für ak! Und jährlich grüßt der Überweisungsträger:

CD-Datei: daten/aksuche/ak457/42.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:457:42

Kaum zu glauben, aber wirklich wahr: 30 Jahre gibt es diese Zeitung schon. 30 Jahre ak - eine bewegte Geschichte vom Arbeiterkampf zu analyse & kritik - das wäre ohne die Unterstützung vieler Freundinnen und Freunde nicht möglich gewesen. Alljährlich in der Adventszeit starten wir an dieser Stelle unsere berüchtigten Spendenaufrufe, und alljährlich haben wir bislang die Erfahrung gemacht, dass sie erhört werden. Das ist wunderbar und dafür danken wir euch!

Und zwar aus zwei Gründen: Einmal konnten wir euch bislang und können wir euch auch in Zukunft nur regelmäßig auf 36 Seiten mit linker Kritik und Analyse versorgen, wenn die Kasse stimmt. Für das kommende Jahr brauchen wir dazu 27.098,47 EUR. Seit unserem Spendenaufruf in der letzten Ausgabe sind bereits 5.269,53 EUR eingegangen, so dass uns jetzt noch 21.828.94 EUR zur Erreichung unseres Spendenziels fehlen. Der beiliegende Überweisungsträger wartet darauf, ausgefüllt zu werden!

Zum zweiten aber ist es in der linken Gazettenlandschaft schon recht einmalig, dass ein Projekt über einen so langen Zeitraum so kontinuierlich von FörderInnen aus dem ganzen Land unterstützt und damit ermöglicht wird. Natürlich müssen wir trotzdem immer haarscharf kalkulieren. Natürlich sind die Gehälter, die den bezahlten MitarbeiterInnen ausgezahlt werden, äußerst bescheiden. Natürlich können wir die Zeitung in dieser Form nur regelmäßig herausbringen, weil eine große Zahl von Menschen unbezahlt für ak arbeitet, als RedakteurIn, KorrekturleserIn, im Support und, last but not least, schreiben ja auch alle AutorInnen ohne Honorar. Obwohl die Bedingungen also alles andere als bequem sind, arbeiten wir gerne hier, und das eben auch, weil es Spaß macht, in einem Projekt zu arbeiten, das solidarisch von so vielen Menschen unterstützt wird. Eure Spende wirkt sich also durchaus auch in immaterieller Hinsicht äußerst positiv aus - auf unsere Motivation, kontinuierlich an der Verbesserung dieser Zeitung zu arbeiten.

So stehen fürs nächste Jahr ein noch weiter verbessertes Layout und ein neues Produkt, das ak-Magazin, ins Haus; Neuerungen, die wir als Ergebnis unserer Zukunftskonferenz im Februar 2001 entwickelt haben. Das ak-Outfit wird dann noch mehr zur inhaltlichen Qualität der Zeitung passen, und: Zwei Mal im Jahr werdet ihr die gewohnte ak-Qualität dann in anderer Form präsentiert bekommen (lasst euch überraschen!); eine überregionale ak-Magazin-Redaktion aus ak-RedakteurInnen und ak-AutorInnen arbeitet schon seit Monaten engagiert an der Entwicklung des neuen Magazins.

Damit wir also weiterhin nicht nur kontinuierlich, sondern auch gerne, kreativ und gut gelaunt dazu beitragen können, eine fundierte politische Auseinandersetzung in der Linken - in Zeiten von Anti-Terror-Koalitionen, Krieg und Krise wichtiger denn je! - am Laufen halten können, brauchen wir eure Unterstützung. Kurz und gut: Spendet für ak!! Und herzlichen Dank an die, die das schon getan haben.

ak-Redaktion

Konto:

Verein für politische Bildung, Analyse und Kritik e.V.

Konto 131 50 204

BLZ 200 100 20

Postbank Hamburg

Bei Spenden über 100 Mark/50 EUR erhaltet ihr von uns eine Spendenbescheinigung, die euch zugesandt wird. Spenden unter 100 Mark/50 EUR könnt ihr steuerlich direkt mit dem Überweisungsträger absetzen.

42. Krieg und Friedensstifter

CD-Datei: daten/aksuche/ak457/afghan.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:457:afghan

Krieg ist ein bisschen wie Blumenpflücken - finden zumindest seine Anstifter. Die in Afghanistan eingesetzte Bombe, die im Umkreis von 300 Metern alles Leben auslöscht, trägt in US-Militärkreisen den hübschen Namen Daisycutter ("Gänseblümchenschneiderö).

Auf den Krieg - ein Wort, das deutsche PolitikerInnen gar nicht gern hören - folgt nun der "Frieden". Kein Frieden ohne Friedensstifter: Während sich die USA durch ihren Bombenkrieg in der ganzen islamischen Welt erneut und dauerhaft verhasst gemacht haben, glänzt Deutschland als "ehrlicher Makler".

Das zu Bismarcks Zeiten geprägte Wort klingt nach selbstlosem Konflikt-Management, ist in Wahrheit aber die Umschreibung für eine zwar unauffällige, aber überaus effektive Form der Machtpolitik.

Dass deutsche Außen- und Militärpolitik auch im 21. Jahrhundert Interessenpolitik sein müsse, erklären die Strategen des Auswärtigen Amtes ganz offen. Achim Schmillen, Leiter des auswärtigen Planungsstabes, forderte schon im Mai 2001, also lange vor dem 11. September, Deutschlands Beteiligung an dem bevorstehenden "hegemonialen Wettlauf" um die Kontrolle über Zentralasien.

Den Siegern winken ökonomische Vorteile, vor allem aber gehe es "um politischen und religiösen Einfluss". Diese erfrischend offene Darlegung deutscher Interessen in Zentralasien blamiert all jene, die den Afghanistan-Feldzug als aufgezwungenen Abwehrkampf gegen den Terrorismus rechtfertigen.

In unserem aktuellen Teil geht es um den Krieg in Afghanistan, um deutsche Außenpolitik zu Bismarcks und zu Fischers Zeiten, um Diskussionen innerhalb der Friedensbewegung und um die taktischen Verrenkungen der letzten grünen "FriedensfreundInnen". Am algerischen Beispiel zeigen wir, wie die massenhafte Begeisterung für den politischen Islamismus zu erklären ist.

Seite 4-10